

Das Bischofsamt

in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands

nach dem Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments (1918)

bis zum

Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung (1933)

1957

Tebbe

Inauguraldissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Theologie
der Theologischen Fakultät
der Philipps-Universität Marburg/L.

Vorgelegt von

WALTER T E B B E
aus Breklum/Schleswig



Angenommen auf Grund des Gutachtens von Prof. D. Dr. Benz
und Prof. D. Dr. Graß

Tag der mündlichen Prüfung: 26. Juni 1957

Dekan: Prof. D. Dr. Würthwein

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 7
I. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands im Jahre 1918	„ 8
A. Allgemeine Übersicht	„ 8
B. Der Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments	„ 10
C. Leitende geistliche Ämter in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands, 1918	„ 11
II. Übergangslösungen	„ 12
A. Reibungslose Übergänge durch vertrauensvolles Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Organen in einer neuen Form von Partnerschaft	„ 12
B. Gewaltenteilung durch Zusammenwirken von Konsistorien und Synoden	„ 13
C. Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen	„ 13
D. Die Ablösung in Hamburg	„ 13
E. Vorbereitende Maßnahmen in Thüringen	„ 14
F. Wahlen zu den verfassungsgebenden Landessynoden	„ 14
III. Die „Bischofsfrage“ in den verfassungsgebenden Landessynoden	„ 15
A. Allgemeine Übersicht	„ 15
B. Die Sehnsucht nach geistlicher „Führung“	„ 17
C. Verfassungsentwürfe und Vorlagen	„ 19
D. Die Verhandlungen in den Ausschüssen und im Plenum der lutherischen Landessynoden	„ 22
E. Die Konzeption des sächsischen Synodalen Lotichius	„ 23
F. Bischofswahlen	„ 24
G. Die Beteiligung der Synoden an Verpflichtung und Amtseinführung der neuen Bischöfe	„ 24
IV. Das oberhirtlich-bischöfliche Amt in den Nachkriegsverfassungen der lutherischen Landeskirchen Deutschlands	„ 24
A. Der Verzicht auf ein kirchenleitendes geistliches Amt	„ 24
B. „Heimliche Bischöfe“	„ 25
C. Der „synodale Bischof“	„ 26
D. Der Anteil an der Regierung der Landeskirchen	„ 27
E. Ordination und Visitation	„ 28
F. Neue oberhirtliche Funktionen und Befugnisse	„ 28
G. Bischofsamt und Pfarramt	„ 29
H. Die Titelfrage	„ 30
V. Das lutherische Bischofsamt am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung	„ 31
A. Vorstöße in einzelnen Landeskirchen	„ 31
B. Verstärkung der „episkopalen Tendenzen“	„ 32
VI. Der Anteil des deutschen Luthertums an der Ausbildung oberhirtlich-bischöflicher Ämter	„ 33

Dokumententeil

A. Oberhirtliches Amt und Verfassungsneubau in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918

I. Bayern r. d. Rhs.	Seite 36
II. Braunschweig	" 39
III. Hannover	" 41
IV. Hansestädte: Hamburg und Lübeck	" 46
V. Mecklenburg	" 57
VI. Oldenburg	" 59
VII. Reuß ä. L.	" 60
VIII. Sachsen	" 61
IX. Schaumburg-Lippe	" 65
X. Schleswig – Holstein – Lauenburg	" 66
XI. Thüringen	" 76
XII. Württemberg	" 77

B. Verfassungsrechtliche Bestimmungen über das leitende, oberhirtliche Amt in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918

I. Bayern r. d. Rhs.	" 80
II. Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche	" 80
III. Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers	" 80
IV. Hansestädte	" 80
V. Mecklenburg	" 80
VI. Oldenburg	" 81
VII. Evangelisch-lutherische Kirche in Reuß ä. L.	" 81
VIII. Evangelisch-lutherische Landeskirche des Freistaats Sachsen	" 81
IX. Evangelisch-lutherische Landeskirche von Schaumburg-Lippe	" 81
X. Evangelisch-lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins	" 81
XI. Thüringer evangelische Kirche	" 81
XII. Evangelische Landeskirche in Württemberg	" 81

C. Verfassungsrechtliche Bestimmungen über oberhirtliche Ämter in einzelnen Sprengeln der evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918 (Mittelinstanzen, General-superintendenten, Prälaten u. a.)

I. Bayern	" 82
II. Hannover	" 82
III. Mecklenburg-Strelitz	" 82
IV. Reuß ä. L.	" 82
V. Sachsen	" 82
VI. Thüringen	" 82

**D. Verfassungsbestimmungen über leitende geistliche Ämter (oberhirtlich-bischöfliche Ämter) in
außerlutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918**

I. Evangelische Kirche der Altpreußischen Union	Seite 83
II. Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens	„ 83
III. Evangelische Landeskirche in Hessen	„ 83
IV. Evangelische Landeskirche in Hessen-Cassel	„ 83
V. Evangelische Landeskirche in Nassau	„ 83
Literatur - Verzeichnis	„ 84
Lebenslauf des Verfassers	„ 86



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554030_0034

EINLEITUNG

Die Frage nach Wesen und Ordnung der Kirche ist nach dem Jahre 1918, als eine seit den Tagen der Reformation bestehende staatskirchliche Verbindung zu Ende gegangen war, nicht wieder zur Ruhe gekommen. Es ist bezeichnend, daß damals das Problem eines kirchenleitenden geistlichen Amtes aufgetaucht ist und die Gemüter bewegt hat. Unsere Gedanken gehen heute, wo uns die Fragen der Ordnung des Kirchenwesens neuerlich aufgegeben sind, oft in jene Zeit zurück. Welche Wege haben die Verantwortlichen damals eingeschlagen, als es darum ging, den Kirchen der Reformation neue Verfassungen zu geben?

Das kirchenleitende Amt, vielfach in Gestalt des „Bischofs“ oder „Landesbischofs“, kann, seiner geschichtlichen Entwicklung und seinem Wesen nach, nicht isoliert, abseits von der Theologie-, Frömmigkeits- und Verfassungsgeschichte, dargestellt werden. Es ist eng mit allen Wesensäußerungen der Kirche verbunden und nur mit ihnen zusammen zu betrachten.

Danach wird es notwendig sein, das evangelische Bischofsamt in Geschichte und Gegenwart zu beleuchten. Ernst Benz hat das – nach der kirchenrechtlichen Arbeit von Paul Schoen in den 20er Jahren, als die Dinge erstmalig in Fluß gekommen waren – für die Phase seiner Entwicklung bis in das 19. Jahrhundert hinein getan; sein Buch „Bischofsamt und apostolische Sukzession im deutschen Protestantismus“ hat die Entstehung der vorliegenden Studie angeregt und ihr wertvolle Hinweise gegeben¹⁾. Eine Reihe von zeitgenössischen Arbeiten, meist in der Form von Aufsätzen, bestätigte die Dringlichkeit des Problems und bestärkte den Verfasser in seinem Bemühen, der Neubegründung des evangelischen Bischofsamtes nach 1918 nachzugehen. Auch dabei waren Empfehlungen von Ernst Benz maßgeblich, der am Schluß seines Buches die „historisch kritische Bearbeitung“ von vier Themen

vorschlägt, von denen er glaubt, daß sie „eine große Hilfe zur Lösung aktueller kirchlicher Verfassungsfragen darstellen würden“ (a. a. O., S. 227 f.).

Selbstverständlich konnten nicht alle vier Empfehlungen von Benz aufgenommen und in einer einzigen Arbeit vereinigt werden. Auch der weite Rahmen, in den Wilhelm Maurer seine Ausführungen stellt („Das synodale evangelische Bischofsamt seit 1918“), mußte eingeengt werden, wenn die Entwicklung des evangelischen Bischofsamtes deutlich hervortreten sollte. Aber die Ansätze, die beide Arbeiten boten, haben doch auf die vorliegende Untersuchung einzuwirken vermocht: Wer heute nach dem Bischofsamt in den evangelischen Landeskirchen Deutschlands fragt, muß vor allem in die kirchliche Verfassungsgeschichte nach dem ersten Weltkrieg zurückkehren.

Über diese Materie gibt es, vor allem in den 20er Jahren, eine reiche Literatur, von Aufrufen in den Tageszeitungen an bis hin zu Untersuchungen in theologischen oder kirchenrechtlichen Publikationen. So reizvoll es auch gewesen wäre, den z. T. leidenschaftlichen Gang der Diskussion um die „Bischofsfrage“ in der Öffentlichkeit darzustellen, konnte doch darauf verzichtet werden, weil die Verhandlungen in den Landessynoden jener Zeit auf dem Grunde dieser kirchlichen und außerkirchlichen Bewegung für oder wider den evangelischen „Bischof“ vor sich gehen. Gelegentlich wird die eine oder andere Stimme im Widerstreit der öffentlichen Meinung zu Worte kommen müssen.

In der vielschichtigen Literatur über die „Bischofsfrage“ in den 20er Jahren und nach 1945 hat man sich meist auf die nach 1918 verabschiedeten landeskirchlichen Verfassungen beschränkt und an ihnen die verschiedenen Probleme dargestellt. Für eine historisch-kritische Arbeit genügt das nicht.

¹⁾ „Die Frage, ob das Bischofsamt apostolischer Sukzession als Ordnungsprinzip des kirchlichen Lebens für die evangelische Kirche in einer theologisch und rechtlich verbindlichen Weise in Frage komme, ist der evangelischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahrzehnten durch eine Reihe bedeutsamer geschichtlicher Ereignisse aufgenötigt worden. Das erste Ereignis war die Revolution 1918, die zur Abschaffung der Monarchie und damit zum Erlöschen des landesherrlichen Summepiskopates führte. Damit wurde der evangelischen Kirche in Deutschland die kirchenrechtliche Grundlage entzogen, auf der sie seit der Zeit der Reformation existiert hatte, und es erhob sich die Frage, welches kirchenrechtliche Prinzip anstelle des erloschenen landesherrlichen Summepiskopates treten sollte. In diesem Zusammenhang sind bereits Pläne zur Wiederherstellung des Bischofsamtes apostolischer Sukzession in der evangelischen Kirche aufgetaucht . . .“ (Benz, S. 11). – „Eine Geschichte des Bischofsamtes im deutschen Protestantismus oder gar im Gesamtbereich des reformatorischen Kirchentums liegt bis jetzt überhaupt nicht vor. Dagegen gibt es eine Reihe von aufschlußreichen und bedeutsamen Versuchen, im Bereich des deutschen evangelischen Landeskirchentums das Bischofsamt apostolischer Sukzession wieder einzuführen. Ein Studium dieser Versuche ist gerade für die heutige Diskussion außerordentlich lehrreich und verdient um so mehr eine Berücksichtigung, als sie in der bisherigen Erforschung des deutschen Protestantismus so gut wie gar nicht beachtet worden sind. . .“ (a. a. O., S. 12). – „Auf dem dünnen Boden des Landeskirchentums und des landesherrlichen Summepiskopates konnten nur zwei christliche Lebenstypen sich entfalten: der Pastor und der Professor. Aber beide Typen waren ihrerseits so stark an die landesherrliche Autorität gebunden, daß sich bei ihnen nur selten ein wirkliches Gefühl für die Freiheit der Kirche entfalten konnte. . . . Unter diesen Umständen konnte sich auch eine verantwortungsbewußte, selbständige Führungsschicht der Kirche nicht entwickeln. . . . Viele aktuelle Krisen in der evangelischen Kirche erklären sich aus der Tatsache, daß die Inhaber führender kirchlicher Stellen nicht auf eine feste Tradition des kirchlichen Amtes und auch der kirchlichen Diplomatie zurückgreifen können, sondern ihre Regierungsmethoden zum Teil kirchenfremden Bezirken wie den Methoden der behördlichen Bürokratie, der Parteileitung, der Gewerkschaftsführung, des Militärs oder der Unterseeboottaktik entnehmen. . .“ (a. a. O., S. 14 f.). – „ . . . Die historisch kritische Bearbeitung folgender Themen würde eine große Hilfe zur Lösung aktueller kirchlicher Verfassungsfragen darstellen: 1) Die Geschichte des Bischofsamtes und der apostolischen Sukzession in den evangelischen Landeskirchen während des Reformationsjahrhunderts. . . . 2) Die zweite Frage, die einer Bearbeitung bedarf, ist die Geschichte des Bischofsamtes und der apostolischen Sukzession in der Brüderkirche. . . . 3) Es ist erforderlich, die neuesten Pläne und Entwürfe einer episkopalistischen Verfassung in Deutschland kritisch darzustellen, wie sie vereinzelt im Zusammenhang mit der Abschaffung der Monarchie 1918 und dann später bei dem Versuch der Schaffung einer bischöflichen Reichskirche in der nationalsozialistischen Ära und jüngstens anläßlich der Schaffung der EKd hervorgetreten sind. 4) Ebenso dringlich ist es, die Vorgänge bei der Schaffung der südindischen Kirche 1947 zu studieren und alle Probleme, die bei der Gründung und Einführung ihrer bischöflichen Verfassung hervorgetreten sind, . . . genauer darzustellen und mit den hier aufgezeigten Versuchen, vor allem mit der Gründung des Bistums von Jerusalem zu vergleichen. . . .“ (a. a. O., S. 227 f.).

Darum mußte diese Untersuchung weitere Quellen aufschließen, vor allem die Verhandlungsniederschriften der verfassunggebenden Landessynoden. Auch Vorlagen, Entwürfe und Ausschußverhandlungen, die den eigentlichen Gang der Entwicklung erkennen lassen, mußten in größerem Umfang herangezogen werden. Die Beschaffung dieser Unterlagen aus den einzelnen deutschen Landeskirchen im zweigeteilten Deutschland erforderte ein hohes Maß von Geduld, das die Fertigstellung der Monographie verzögert hat. Allerdings liegt das Quellenmaterial nicht vollständig vor; Verfasser glaubt jedoch nicht, daß weitere Aktenfunde, sollten sie möglich sein, das Bild entscheidend verändern würden. Sowohl die Auseinandersetzung um die „Bischofsfrage“, als auch die dann erfolgende Einrichtung von bischöflich-oberhirtlichen Ämtern treten deutlich hervor. Für die freundliche Unterstützung und sachliche Förderung, die die landeskirchlichen Archive und Bibliotheken geleistet haben, spricht Verfasser seinen aufrichtigen Dank aus. Er glaubt ermessen zu können, wieviel Mühe aufgewandt werden mußte, die Materialien aufzufinden und zur Verfügung zu stellen.

Die Untersuchung sollte, dem Vorschlag von Ernst Benz entsprechend, ursprünglich alle evangelischen Landeskirchen im deutschen Raum nach 1918 umfassen und die Weiterentwicklung nach 1933 einbeziehen. Beides erwies sich als undurchführbar. Den Verzicht auf eine Darstellung des Bischofsamtes nach 1933 begründet Verfasser damit, daß wesentliche Linien bereits in dem Zeitraum von

1918 bis 1933 erkennbar sind, daß ferner erst eine quellenkritische Geschichte des Kirchenkampfes vorliegen muß, auf deren Grund dann auch eine Monographie des Bischofsamtes und des Bischofsgedankens im nationalsozialistischen Deutschland geschrieben werden kann.

Ähnliches gilt für die Empfehlung, alle evangelischen Landeskirchen Deutschlands einzubeziehen. Die Literatur der 20er Jahre beschränkt sich zumeist auf die Provinzialkirchen der Altpreußischen Union. Dort hat die „Bischofsfrage“ allerdings eine erhebliche Rolle gespielt, im Endeffekt ist jedoch eine Lösung gefunden worden, die kein eigentliches „bischöfliches“ Amt schuf.²⁾ Auf dem Boden der lutherischen Landeskirchen, und zwar nicht nur in den größeren Kirchengebieten, auch nicht nur dort, wo man den Titel „Bischof“ annahm, ist dagegen eine Entwicklung vor sich gegangen, die originell und beachtlich ist. Darum schien es Verfasser geboten, sich auf die lutherischen Territorialkirchen zu beschränken, die bisher in der Literatur meist stiefmütterlich behandelt wurden, und den Zusammenhängen von Luthertum und Ordnung des Kirchenwesens am Modell des oberhirtlichen Amtes nachzugehen. Die vorliegende Untersuchung möchte nachweisen, daß das kirchenleitende Amt – der „Bischof“ oder der „Landesbischof“ – in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918 eine zukunftssträchtige Ausbildung erfahren hat. Sie möchte damit zugleich eine Lücke innerhalb der Literatur über das Bischofsamt schließen.

I. Die lutherischen Landeskirchen Deutschlands im Jahre 1918

A) Allgemeine Übersicht

Die Geschichte des Luthertums in Deutschland ist dadurch kompliziert, daß man es mit einer Reihe von Landeskirchen zu tun hat, die infolge ihrer engen Verbindung mit den förderativen Kräften jeweils eine eigene Entwicklung genommen haben. Eine Untersuchung, wie die vorliegende, muß daher auf diese Tatsache Rücksicht nehmen und die Vorgänge in den einzelnen lutherischen Landeskirchen gesondert darstellen.

Innerhalb des deutschen Staatsgebietes gab es am Ende des ersten Weltkrieges nicht weniger als 21 lutherische Landeskirchen, mit etwa 15,8 Millionen Seelen; in den unierten und reformierten Landeskirchen lebten 22,5 Millionen Evangelische. Seiner zahlenmäßigen Größe nach nimmt also das Luthertum innerhalb der evangelischen Landeskirchen Deutschlands einen bedeutenden Platz ein.

Es handelt sich dabei um folgende lutherische Landeskirchen:

- 1) die Evang.-luth. Kirche der Provinz Hannover, zu der damals noch die Reformierten unter dem gemeinsamen Konsistorium in Aurich zählten;
- 2) die Evang.-luth. Kirche der Provinz Schleswig-Holstein;
- 3) die Evang.-luth. Kirche Bayern rechts des Rheins;
- 4) die Evang.-luth. Kirche im Freistaat Sachsen;
- 5) die Evang. Landeskirche in Württemberg;
- 6) die Evang.-luth. Landeskirche von Mecklenburg-Schwerin;
- 7) die Evang.-luth. Landeskirche von Mecklenburg-Strelitz;
- 8) die Landeskirche des alten Herzogtums Oldenburg und des Fürstentums Lüneburg (Eutin);
- 9) die Evang.-luth. Landeskirche von Braunschweig;
- 10) die Evang. Landeskirche von Sachsen-Weimar;
- 11) die Evang. Landeskirche von Sachsen-Meiningen;

²⁾ „Die Scheidelinie zwischen den Freunden und Gegnern des Bischofstitels ging durch alle Parteien. Es war auch nicht der Osten für und der Westen gegen den Bischofstitel. Es saßen vielmehr auch Freunde im Westen und Gegner im Osten. So hing in der Tat die Entscheidung über den Bischofstitel nicht von irgendwelchen kirchenpolitischen Gesichtspunkten und Gruppenbeschlüssen ab, sondern das Gewissen jedes einzelnen Synodalen hatte zu entscheiden. Die „Entscheidung“ fiel negativ aus. Mit Ja haben 103, mit Nein 109 Synodale gestimmt, enthalten haben sich 3. Die Bischofsfrage war damit vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt“ (Foellmer, Oskar: Geschichte des Amtes der Generalsuperintendenten in den alt-preußischen Provinzen, 1931, S. 121).

- 12) die Evang.-luth. Landeskirche von Sachsen-Altenburg;
- 13) die Evang.-luth. Landeskirche von Sachsen-Gotha;
- 14) das autonome Kirchengebiet von Coburg, damals politisch Bayern angeschlossen, während der kirchliche Zusammenschluß mit Bayern später vollzogen wurde;
- 15) die Evang.-luth. Volkskirche Schwarzburg-Sondershausen;
- 16) die Evang.-luth. Landeskirche Schwarzburg-Rudolstadt;
- 17) die Evang.-luth. Landeskirche Reuß ä. L.;
- 18) die Evang.-luth. Landeskirche Reuß j. L.;
- 19) die Evang.-luth. Landeskirche von Schaumburg-Lippe;
- 20) die Evang.-luth. Kirche im Lübeckischen Staate;
- 21) die Evang.-luth. Hamburgische Landeskirche.³⁾

Die lutherischen Kräfte in den Unionskirchen müssen unberücksichtigt bleiben, weil sie für die Ausgestaltung eines oberhirtlichen, bischöflichen Amtes wenig haben beitragen können; es soll aber darauf hingewiesen werden, daß auch hier Ansätze vorhanden sind, die einmal gesondert untersucht werden müßten. Der Frage, welche Bedeutung das Luthertum in den Unionskirchen für die Kirchenverfassung gehabt hat, hat man bisher wenig Beachtung geschenkt.⁴⁾

Es ist bedauerlich, daß die „Evangelisch-lutherische Freikirche in Preußen“, unter dem Oberkirchenkollegium in Breslau, die sich in den 20er Jahren gleichfalls mit der „Bischofsfrage“ auseinandergesetzt hat, ohne jedoch ein bischöfliches Amt geschaffen zu haben, nicht in den Kreis der Betrachtung einbezogen werden konnte. Trotz mehrfacher Versuche, entsprechende Unterlagen zu beschaffen, blieben diese ohne Erfolg. Die Synodalprotokolle selbst sollen durch Kriegseinwirkung verloren gegangen sein.

Für die oben aufgeführten lutherischen Landeskirchen gelten folgende Beobachtungen, die ihre Lage am Ausgang des ersten Weltkrieges kennzeichnen:

1) Obwohl in allen Landeskirchen die bisherige enge Verbindung zwischen Kirche und Staat hinfiel, hat jede einzelne Landeskirche eine eigene, aus ihren besonderen lokalen und territorialen Verhältnissen notwendige Entscheidung vollziehen müssen. Während die Mehrheit der unierten Kirchen im Rahmen der preußischen Provinzen standen, gehörten nur zwei lutherische Landeskirchen, Hannover und Schleswig-Holstein, dem Verband des preußischen Staates an. Die große politische, geistige – und zum Teil auch kirchliche Einheit, die mit dem Preußentum gesetzt war, hatte nur für zwei lutherische Landeskirchen Geltung. Das rechtfertigt eine eigenständige Untersuchung neben der Literatur aus dem ersten Nachkriegsjahrzehnt, die sich fast ausschließlich mit den Provinzialkirchen Preußens befaßt. Es fehlt weithin an Stimmen, die zu einem Corpus Lutheranorum rufen.⁵⁾ Neben der Vielfalt der territorial-

kirchlichen Entwicklung hat die Frage Gewicht, wie stark das Vorbild „Preußen“ für die lutherischen Landeskirchen gewesen ist.

2) Im Gegensatz zu den preußischen Provinzialkirchen, die durch die Kriegereignisse, Gebietsabtretungen und Feindbesetzung schwer getroffen waren, blieben die lutherischen Landeskirchen, mit einer Ausnahme, in ihrem Gesamtbestand erhalten. Schleswig-Holstein verlor seine Gemeinden im Landesteil Nordschleswig; die Verhandlungsniederschriften der Landessynoden von Schleswig-Holstein geben ein ergreifendes Bild von den Nöten und Sorgen, die die Abtretung an Dänemark mit sich brachte. Auch nationale Leidenschaften haben gelegentlich das Feld in diesen Verhandlungen beherrscht. In allen anderen lutherischen Landeskirchen konnten die zur Neuordnung des Kirchenwesens Berufenen unmittelbar an die Vergangenheit anknüpfen.

3) Andererseits hat es innerhalb der lutherischen Landeskirchen Deutschlands einige territoriale Veränderungen gegeben: Coburg ging zur bayerischen Landeskirche über, unter zeitweiliger Wahrung seiner herkömmlichen Sonderrechte; von den insgesamt acht thüringischen Gebietskirchen vereinigten sich sieben, nur Reuß ä. L. blieb autonom, bis es unter dem Druck der politischen Verhältnisse im Jahre 1934 angeschlossen wurde. Das lutherische Landeskirchentum jener Tage zeigt sonst wenig Neigung zu großräumigen Zusammenschlüssen. Infolgedessen hat es die vorliegende Untersuchung mit insgesamt 15 lutherischen Landeskirchen zu tun, deren Verfassungsentwicklung dargestellt werden muß (die beiden Landeskirchen von Oldenburg, die sich separat entwickelten, sind dabei als zwei Landeskirchen gezählt). Weitere Zusammenschlüsse sind erst nach 1933 erfolgt, so die Vereinigung der beiden Landeskirchen von Mecklenburg, ferner einige kleinere Grenzbereinigungen zwischen Hannover und Braunschweig, Hannover und Hamburg im Zuge der „Kleinen Reichsreform“. Auch die Vereinigung der thüringischen Teilkirchen zu einem einheitlichen Kirchenkörper ist, bei aller Würdigung der theologisch-kirchlichen Bestrebungen, die vor allem von der Theologischen Fakultät in Jena getragen und genährt wurden, stark unter politischen Aspekten erfolgt. Die enge Verbindung der lutherischen Landeskirchen mit den Territorien und Dynastien hat kräftig nachgewirkt und ließ es nicht zu Zusammenschlüssen kommen. So gibt es auch weiterhin große Kirchenkörper neben Landeskirchen, die nicht viel größer als ein kirchlicher Aufsichtsbezirk sind (Superintendentur, Propstei, Dekanat). Auf die Ausbildung oberhirtlicher Ämter ist das nicht ohne bestimmenden Einfluß gewesen: Größere Landeskirchen waren leichter geneigt, „Landesbischöfe“ einzusetzen.

4) In den lutherischen Landeskirchen, die seit alters besonders eng mit den föderativen staatlichen Gewalten verbunden waren, mußte es überall dort,

³⁾ Die Übersicht entstammt den Kirchlichen Jahrbüchern von Schneider, 1919ff. Wegen der Übergangszeit sind die Namen der einzelnen Landeskirchen nicht ganz zuverlässig.

⁴⁾ Hier wären vor allem die neueren Arbeiten des Theologischen Konvents Augsburgischen Bekenntnisses zu nennen, vgl. Literaturverz.

⁵⁾ Vgl. im Dokumententeil Hannover, Sachsen und Bayern.

wo kirchenfeindliche Regierungen, z. B. in den „Volksstaaten“ oder den föderativen „Volksrepubliken“, zur Macht kamen, zu ersten Zusammenstößen kommen. Es hat nur wenige lutherische Landeskirchen gegeben, denen diese Erfahrungen erspart blieben, Störungen einer ruhigen Neuordnung des Kirchenwesens oder erhebliche finanzielle Nöte durch radikale Kürzungen oder gar Sperrungen der staatlichen Zuschüsse. Von einer ungestörten Symbiose von Staat und Kirche kann eigentlich nur in Hannover, Schleswig-Holstein, Württemberg, den beiden Oldenburg und Schaumburg-Lippe gesprochen werden. In den übrigen lutherischen Landeskirchen hat es entweder eine zeitweilige Trübung des Verhältnisses von Landesregierung und Landeskirche, oder aber, wie in Thüringen, Sachsen, Mecklenburg-Schwerin und vor allem in Braunschweig langandauernde Auseinandersetzungen zwischen beiden Partnern gegeben, so daß mehr als einmal Kulturkampfparolen auftauchen konnten. Diese Ereignisse haben nicht nur das in Gang befindliche Verfassungsgeschäft behindert, sondern sind auch von Bedeutung gewesen für die Einrichtung oberhirtlicher Ämter und die Träger derselben.

5) Mit ganz wenigen Ausnahmen, die später besonders genannt werden müssen, zeigen die lutherischen Landeskirchen, auch darin im Unterschied zu den übrigen evangelischen Kirchen Deutschlands, ein deutliches „Gefälle“ zum bischöflichen Amt. Gewiß, es ist nach 1918 auch in den lutherischen Gebietskirchen nicht überall und nicht in der gleichen Weise zum Durchbruch gekommen. Aber man kann keine Geschichte des evangelischen Bischofsamtes in Deutschland schreiben, das sich im wesentlichen in der Gestalt des „Landesbischofs“ darstellt, ohne den lutherischen Landeskirchen und ihrer Verfassungsneuordnung einen gewichtigen Platz einzuräumen. Die vorliegende Untersuchung möchte nachweisen, warum es gerade diese Kirchentümer gewesen sind oder sein mußten, in denen „episkopalistische Gedanken“ die Neuordnung des Kirchen- und Verfassungswesens bestimmen konnten. In allen anderen deutschen evangelischen Landeskirchen hat, trotz der großen Debatte in der altpreußischen Generalsynode, die „Bischofsfrage“ nicht die gleiche Stärke besessen.

B) Der Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments

Das landesherrliche Kirchenregiment hat für die lutherischen Landeskirchen in Deutschland außerordentliche Bedeutung gehabt, fühlten sie sich doch in den meisten Ländern in besonderer Weise mit ihrem landesherrlichen „Not-Bischof“ verbunden. Aber auch hier gilt: Die Lage ist im Jahre 1918, als die umwälzenden politischen Ereignisse eintraten, nicht einheitlich und gleichartig. Es wird sich daher empfehlen, auf die Vielgestaltigkeit der territorialen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen.

1) Zwei lutherische Landeskirchen, Hannover und Schleswig-Holstein, gehörten seit Jahrzehnten zum

Gebiet des preußischen Staates und brachten diese politisch-staatliche Zugehörigkeit auch in ihrem offiziellen Namen zum Ausdruck („Kirche der Provinz . . .“). Der Summepiskopat des Königs von Preußen war von diesen beiden lutherischen Landeskirchen, die sich der Union nicht anzuschließen bereit waren, nur deshalb hingenommen worden, weil die Krone von Preußen ihnen ihre herkömmlichen kirchlichen Rechte garantiert hatte. Die durch die Novemberrevolution heraufgeführten Ereignisse haben beide Landeskirchen in ihrem Streben nach konfessioneller und landeskirchlicher Selbständigkeit bestärkt. Besonders Hannover hatte, seiner Eigenart entsprechend, auch unter preußischer Herrschaft sein kirchliches Eigenwesen führen können. Schon der vor dem Ende des Krieges gewählten Landessynode war die Aufgabe einer „durchgreifenden Änderung der Kirchenverfassung von 1865“ gestellt worden; schon früh werden in Hannover Gedanken laut, die eine persönliche geistliche Führung der Landeskirche wünschen, besonders in den Kreisen, in denen sich die Liebe zum angestammten Fürstenhause, den Welfen, mit einer konfessionell-lutherischen Haltung verband.⁶⁾

In Schleswig-Holstein war man dagegen „preu-bischer“ als im konfessionsverwandten Hannover. Der Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments wurde hier schmerzlicher empfunden. Schon vor Erlaß des „Staatsgesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919“, das mehrfach bestritten und schließlich aufgehoben wurde, waren in Schleswig-Holstein, wo man synodal zu denken und zu handeln gewohnt war, lebendige Kräfte am Werke, die einer klaren Neuordnung entgegenstrebten. In beiden Landeskirchen sollte sich der Neubau der Verfassung gediegen und sorgfältig vollziehen.

2) In den außerpreußischen Gebieten, in denen eine z. T. sehr innige Verbindung mit den Fürstenhäusern bestanden hatte, deren Träger bis in die Gegenwart hinein bewußte Glieder der lutherischen Kirche gewesen waren, hat man, wie vielfältige Äußerungen aus jenen Tagen zeigen, den Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments nur ungern oder widerstrebend hingenommen und als Realität gewertet. Die führenden Vertreter der Landeskirche in Mecklenburg-Schwerin z. B. machten keinen Hehl aus ihrer, auch über die Revolution andauernden Treue gegenüber dem angestammten Fürstenhause und aus ihrer Abneigung gegen das Ende des landesherrlichen Kirchenregiments.⁷⁾ Wenn man eine Untersuchung darüber anstellen könnte, wie lange noch in lutherischen Landeskirchen für den landesherrlichen Notbischof sonntägliche Fürbitte gehalten worden ist, würde man wohl zu überraschenden Ergebnissen kommen.

Es ist bedauerlich, daß es nur in den seltensten Fällen zu einer offiziellen Verzichtserklärung des Landesherrn auf sein notbischofliches Amt gekommen ist, so in Oldenburg und in Thüringen, wie im unierten Baden. Der revolutionäre Umsturz muß die Lage der Kirchen so überraschend verändert haben, daß

⁶⁾ Vgl. die aufschlußreichen Lebenserinnerungen von Paul Fleisch.

⁷⁾ Vgl. Haack, Führungen und Erfahrungen, S. 212 ff.

sich keine Zeit fand, die Ablösung des landesherrlichen Summepiskopats auf dem Wege einer sauberen rechtlichen Regelung vorzunehmen. Die reiche Erfahrung, die die Landesherren seit Jahrhunderten gewonnen hatten, wäre den Kirchen auch dann zugute gekommen, wenn diese an der Neuordnung wenigstens mit beratender Stimme beteiligt worden wären. Doch es ist unnötig, darüber nachzudenken. Es bleibt bei der Feststellung, daß in diesen Ländern der Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments unter dem Druck der politischen Verhältnisse vor sich ging. An dankbaren Worten für das, was die Landesherren den Landeskirchen erwiesen haben, hat es nicht gefehlt. Es gereicht den späteren verfassunggebenden Synoden zur Ehre, daß sie diese Dankeschuld eingelöst haben.

3) Für zwei Landeskirchen hatte der Fortfall des landesherrlichen Kirchenregiments insofern besonders schwerwiegende Bedeutung, als dort das Fürstenhaus katholisch gewesen war, für Bayern und Sachsen.

Die relative Selbständigkeit, die beide Kirchen unter den obwaltenden Verhältnissen gewonnen hatten, durfte nach der Revolution nicht wieder eingeschränkt werden. Die Frage, wer an die „Spitze“ der Landeskirche treten sollte, hatte hier besonderes Gewicht, und wir werden den Vorgängen in beiden Landeskirchen sorgfältige Beachtung schenken müssen.

In Sachsen verzichtete das Kollegium der drei „Minister in evangelicis“ durch Erklärung des sächsischen Ministeriums des Kultus schon unter dem 26. November 1918 auf seine bisherigen notbischöflichen Rechte und machte dadurch die Bahn frei für eine Neuordnung durch Organe, die von der Kirche selbst bestellt werden konnten. Wenn es später dennoch in Sachsen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche gekommen ist, so hat das andere Gründe gehabt.

In Bayern ging der landesherrliche Summepiskopat gleichfalls früh auf das Oberkonsistorium in München über, das ihn bis zum Inkrafttreten der Verfassung von 1920 wahrgenommen hat. Im Unterschied zu Sachsen, wo Landeskonsistorium und Synodalausschuß die Kirchengewalt übernahmen, hat die lutherische Kirche in Bayern r. d. Rhs., unter katholischer Herrschaft schon früh auf sich selbst gestellt, von Anfang an eine kräftige und einlinige Führung gehabt. Auf die Ausbildung oberhirtlicher Funktionen ist das nicht ohne Einfluß gewesen: In Bayern war für oberhirtliche Gewalt von vornherein mehr Boden als etwa in Sachsen.

4) Die lutherischen Kirchen in den hansischen Stadtstaaten Hamburg und Lübeck, seit Jahrhunderten eng mit der Geschichte ihrer senatorischen Republiken verbunden, hatten, im Unterschied zu den fürstlichen Gebieten, eine freiheitlichere Entwicklung des Kirchenwesens erlebt, die sich am treffendsten mit dem Ausdruck des „Patronats“ der senatorischen Bürgerschaft bezeichnen läßt. In beiden Stadtstaaten, die auch nach der Revolution fortbestanden, ist es, wenn auch nicht sofort, - in

Hamburg 1919, in Lübeck endgültig 1921 (verankert im Vorspruch zur neuen Kirchenverfassung!) - zu einer offiziellen Verzichtserklärung des hansischen Staatswesens auf die ihm bisher zustehenden Patronatsrechte gekommen. Hamburg brauchte nur fortzuschreiten auf einem Wege, der seit 1870 vorgezeichnet war, in Lübeck vollzog sich konsequent die Loslösung vom senatorischen Patronat. Beide Landeskirchen haben den veränderten Umständen, die sie nicht unvorbereitet trafen, in hansischem Bürgersinn Rechnung getragen, - interessante Einzelfälle für die Existenz lutherischer Kirchentümer in senatorischen Stadtstaaten. Die ausgedehnte Diskussion über das städtische Patronat in Hamburg verdient Beachtung.

C) Leitende geistliche Ämter in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands, 1918

In allen lutherischen Landeskirchen hat es, mit geringen Ausnahmen, „oberhirtliche Ämter“ gegeben, die die dem evangelischen Bischof (= Superintendenten) zustehenden Doppelfunktionen Ordination und Visitation besaßen; in größeren Kirchengebieten gewöhnlich auf mehrere Ämter verteilt:

- 1) Hannover — der Abt zu Loccum, vier Generalsuperintendenten;
- 2) Schleswig-Holstein — zwei Generalsuperintendenten, der Superintendent von Lauenburg;
- 3) Bayern r. d. Rhs. — der Präsident des Oberkonsistoriums in München, Kreiskonsistorien in Ansbach und Bayreuth;
- 4) Sachsen — der Präsident des Landeskonsistoriums, der Oberhofprediger in Dresden, 28 Superintendenten;
- 5) Württemberg — vier Generalate (Prälaturen);
- 6) Mecklenburg-Schwerin — sieben Superintendenturen;
- 7) Mecklenburg-Strelitz — ein Landessuperintendent und sieben Pröpste;
- 8) Herzogtum Oldenburg — sieben Vorsitzende der Kreissynoden;
- 9) Fürstentum Lübeck (Eutin) — ein Superintendent;
- 9) Braunschweig — sechs Generalsuperintendenten, zwei Stadtsuperintendenten, für Braunschweig und Wolfenbüttel;
- 10) Sachsen-Weimar — ein Generalsuperintendent, dreizehn Superintendenten;
- 11) Sachsen-Meiningen — vierzehn Superintendenten;
- 12) Sachsen-Altenburg — ein Generalsuperintendent, acht Superintendenten;
- 13) Sachsen-Gotha — acht Superintendenten;
- 14) Coburg — ein Generalsuperintendent, sechs Superintendenten;
- 15) Schwarzburg-Sondershausen — ein Landesoberpfarrer, vier Oberpfarrer;
- 16) Schwarzburg-Rudolstadt — ein Generalsuperintendent, fünf Superintendenten;
- 17) Reuß ä. L. — ein Superintendent;
- 18) Reuß j. L. — drei Superintendenten;
- 19) Schaumburg-Lippe — ein Landessuperintendent, zwei Superintendenten;
- 20) Lübeck — Senior und Hauptpastoren;
- 21) Hamburg — Senior und Hauptpastoren.

Die Vielfalt der geistlichen Ämter ist auffallend. Das Amt der Generalsuperintendenten erinnert an die preußischen Verhältnisse. Der Superintendent, das alte reformatorische „Bischofsamt“, ist häufig vertreten, der Landessuperintendent selten und eigentlich nur in kleineren Kirchentümern vertreten. Es wäre an der Zeit, eine Geschichte dieses Amtes zu schreiben, das in deutschen Landeskirchen in den letzten Jahrzehnten stärker in den Vordergrund gerückt ist. Der später anzutreffende Landespropst, ein Titel, der auch in Synodalverhandlungen eine Rolle spielen konnte, fehlt damals noch völlig. Der „Propst“ findet sich vornehmlich in den Kirchengebieten, die im Norden Deutschlands, unweit vom nordischen Luthertum, liegen. Daß er in Braunschweig später eingeführt wurde, hat keine historischen oder traditionellen Gründe. Traditionsreiche Ämter, die später als Stützen der neuen oberhirtlichen Funktionen dienen sollten, – der Abt zu Loccum (Hannover), der Oberhofprediger in Dresden (Sachsen), Senior und Hauptpastoren (Hansestädte, Hauptpastoren auch im früheren Schleswig-Holstein bekannt) – haben die Stürme der Revolution überdauert. Als es darum ging, „bischöfliche“ Ämter herauszustellen, denen neben Ordination und Visitation auch die Repräsentation der Gesamtkirche und Teilhabe

an der Kirchenregierung zukommen sollte, hat man sich an sie erinnert und versucht, ihnen zu neuem Leben zu verhelfen.

Diese Ämter hatten sich kraft ihrer geistlichen Qualität erhalten, sie wurden aber auch geschätzt, weil sie sich in einer längeren Territorial-Kirchengeschichte bewährt hatten. In Bayern wußte jeder, was der Präsident des Oberkonsistoriums darstellte, in den Hansestädten, welches Amt Senior und Hauptpastoren vertreten.

Die Kumulation von Funktionen und Amtspflichten, die die Zeit nach 1918 für die kirchenleitenden und -regierenden Ämter brachte, hat dazu geführt, daß vollere Titel gewählt wurden; ältere Bezeichnungen verschwanden, neue traten an ihre Stelle, schlichte Titel wurden angereichert (Superintendent – Landessuperintendent; Propst – Landespropst). Dekan (Bayern) und Prälat (Württemberg) vermochten sich, außer in Süddeutschland, nirgends durchzusetzen. Die Sprachreiniger taten ein übriges, um die Titel der leitenden kirchlichen Amtsträger fortzuentwickeln.⁸⁾

Schon von diesen Wahrnehmungen aus ist verständlich, daß man in vielen Landeskirchen berechnete Hemmungen hatte, den Bischofstitel einzuführen.

II. Übergangslösungen

Den Übergangslösungen, obwohl sie z. T. nur kurze Zeit in Geltung waren, kommt insofern besondere Bedeutung zu, als sie die Richtung erkennen lassen, in die der Verfassungsneubau der einzelnen Landeskirche geführt werden sollte: Blieben sie nur kurze Zeit in Kraft, so vollzog sich die Ordnung des Landeskirchenwesens in ruhigen Bahnen, entsprechend dem bisherigen Stand seines geistlichen und rechtlichen Lebens; nahmen sie längere Zeit in Anspruch, so mußten Widerstände überwunden und zahlreiche Bedenken berücksichtigt werden. Der schnelle Abschluß des Verfassungsgeschäfts in Oldenburg und Bayern entsprach dem geschlossenen und einheitlichen Willen der dortigen Landeskirchen; das bedächtige Vorgehen in Hannover und Sachsen entsprach nicht nur der besonderen Situation der beiden Landeskirchen, sondern ist diesen auch zugute gekommen. Auch diese Beobachtungen haben Einfluß auf die Ausbildung oberhirtlicher Funktionen gehabt: Daß Bayern starke episkopalistische Tendenzen zeigte, war dort ebenso angelegt, wie Oldenburg seinerseits und Braunschweig damals keinen Hang zeigten, Oberhirten mit bischöflichen Funktionen herauszustellen.

A) Reibungslose Übergänge durch vertrauensvolles Zusammenwirken von staatlichen und kirchlichen Organen in einer neuen Form von Partnerschaft

In einer Reihe von lutherischen Landeskirchen Deutschlands zeigte sich nach dem Hinfall des lan-

desherrlichen Kirchenregiments, daß dies eigentlich dem Landesherrn – oder seinen Vertretern – als *membrum praecipuum ecclesiae*, d. h. in seiner Eigenschaft als Angehörigen der Landeskirche, anvertraut worden war. Da es letztlich nicht an seiner amtlichen Stellung, sondern an seiner evangelischen „Qualität“, an seiner Zugehörigkeit zur Kirche hing, war nach seinem Hinfall die Möglichkeit einer neuen „Partnerschaft“ zwischen Vertretern des Staates und der Kirche gegeben.

Einen einmaligen Sonderfall bietet das kleine Schaumburg-Lippe, das freilich als lutherische Landeskirche besonders klein, übersichtlich und aktiv kirchlich war. Da dort seit langem eine Kirchenverfassung in Geltung war, die lediglich einiger Ergänzungen und Änderungen bedurfte, konnten synodale und konsistoriale Organe unverzüglich an die Arbeit gehen. Das kirchenleitende Amt des schaumburg-lippischen Landessuperintendenten hatte sich seit 1895 bewährt. Die vorliegende Untersuchung hat, wie der Dokumententeil erweist, sich um die Materialien aus dem kleinen Fürstentum und seiner Landeskirche besonders bemüht, weil in der einschlägigen Literatur Schaumburg-Lippe entweder nur geringe Beachtung fand oder gar mit Lippe-Detmold verwechselt wurde.

In Bayern übernahm das Oberkonsistorium in München die Kirchengewalt, eine Außerordentliche Generalsynode konnte bereits 1919 zusammentreten und eine Wahlordnung für die Verfassungsgebende Generalsynode erlassen, die dann schon im Jahre

⁸⁾ Neben den Beiträgen in den Aussprachen der Landessynoden, die häufig auf Sprachreinigung drängen, haben vor allem in Thüringen und dem oldenburgischen Landesteil Eutin derartige Bestrebungen verfassungsrechtlichen Niederschlag gefunden, vgl. Dokumententeil Oldenburg, Landesteil Lübeck, Gesetz- und Verordnungsblatt 1920, Nr. 24.

1920 die endgültige Landeskirchenverfassung verabschieden sollte.

In den beiden Landesteilen des Großherzogtums Oldenburg hat der Staat den dortigen Landeskirchen keine Schwierigkeiten bereitet. Im oldenburgischen Stammland übernahm zuerst der Oberkirchenrat, dann „das Kirchenvolk“ die vorläufige Nachfolgerschaft des bisherigen Landesherrn, im Landesteil Lübeck weiß sich „die Landeskirche“ als Trägerin der Kirchengewalt. In beiden Landeskirchen bereiteten sich synodale Lösungen vor.

Besonders reibungslos verlief die Entwicklung in Württemberg, wo eine „Evangelische Kirchenregierung“ selbständig an die Stelle des bisherigen Summepiskopats treten und eine verhältnismäßig schnelle Abwicklung des Verfassungsgeschäfts bewerkstelligen konnte. Der „Regierungs-“ und behördliche Charakter des zukünftigen württembergischen Kirchenregiments wurde dadurch freilich befestigt und hat erst viel später einer anderen Entwicklung zum oberhirtlichen Leitungsamt Platz gemacht.

In Lübeck verblieb es zunächst bei der bisherigen Regelung, derzufolge der Senat „Rechte in kirchlichen Angelegenheiten“ behielt.

Die Übersicht zeigt, daß Übergänge überall da reibungslos waren, wo entweder konsistoriale oder synodale Organe, in vertrauensvoller Partnerschaft zum Staat, die Kirchengewalt übernahmen. Schwierigkeiten sind dagegen überall da aufgetreten, wo „Gewaltenteilung“ vorgenommen wurde, wenngleich man solche Maßnahmen nicht ausschließlich verantwortlich machen kann für das Aufkommen von Schwierigkeiten im Verhältnis von Staat und Kirche. Daß damit aber Gefahrenmomente gegeben waren, ist unbestreitbar. Sie haben das Verfassungsgeschäft zeitweilig behindert.

B) Gewaltenteilung durch Zusammenwirken von Konsistorien und Synoden

In den meisten lutherischen Landeskirchen – mit Ausnahme der beiden Kirchen von Mecklenburg – bestanden ordentlich gewählte synodale Vertretungen. Es entsprach dem durch die Revolutionsergebnisse gestärkten Vertrauen zu parlamentarischen Gremien, daß diese sich zu Worte meldeten und ihre Rechte geltend machten. Durch ihre ständigen Ausschüsse verlangten sie, an der bisher durch die Landesherren wahrgenommenen Kirchengewalt beteiligt zu werden.

Die konsistorialen Organe, wenn sie sich auch die Umwandlung in rein kirchliche Behörden gefallen lassen mußten, waren 1918 intakt. Mit reicher Sachkenntnis und reifen Erfahrungen ausgestattet, behaupteten sie das Feld und ließen sich bald an der Ausübung der Kirchengewalt beteiligen. In den kommenden Synodalverhandlungen bringen sie ihre

Stimme zu Gehör und tragen ihre eigenen Verfassungsentwürfe vor. Das gilt für Hannover und für Schleswig-Holstein, zwei Landeskirchen in preußischen Provinzen, denen sowohl das preußische Beamtentum, als auch die Entwicklung der Selbstverwaltung auf preußischem Boden zugute gekommen waren. Die „Zentralstelle“, die sich in Schleswig-Holstein bildete, stellt fast ein Modell für sorgfältiges und sachkundiges Vorgehen in den Fragen der Neuordnung des Landeskirchenwesens dar. Auch in Sachsen hat man, wenn auch zeitweilig unter großer Behinderung durch die staatlichen Stellen, eine sorgfältige Gewaltenteilung versucht, die später für die endgültige sächsische Landeskirchenverfassung in Kraft geblieben ist.⁹⁾

C) Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen

Einige lutherische Landeskirchen, vor allem kleinere Kirchenkörper, die empfindlicher betroffen wurden, haben Kämpfe mit den staatlichen Organen, den „Volksräten“, Landtagen oder Landesregierungen durchstehen müssen, die von ihnen erhebliche Opfer an Geld und Zeit forderten, und die sie nicht zu einem stetigen Fortgang des Verfassungsneubaus kommen ließen. Artikel 137 der Weimarer Verfassung hat ihnen, wenn es zum Austrag vor Gericht kam, erst nach langwierigen Verhandlungen zur Freiheit der Entscheidung verholfen.

Woher kamen diese Schwierigkeiten? Sie sind zumeist, auch wenn andere Gründe angegeben wurden, etwa ein mangelhaftes kirchliches Wahlrecht, auf ein Unvermögen beider Partner zurückzuführen: der staatlichen Organe, weil sie, von Machtrausch ergriffen, sich des rechtswidrigen Eingriffs in das Eigenleben der Landeskirchen nicht enthalten konnten; — der Landeskirchen, weil sie entweder restaurativen Tendenzen huldigten oder auf die Übernahme von Eigengewalt durch zeitgemäße Verfassungsordnungen und gewählte Organe nicht rechtzeitig vorbereitet waren. Die Hilflosigkeit kleinerer Teilstaaten und kleiner Landeskirchen kommt in diesen Auseinandersetzungen nach 1918 in erschütternder Weise zum Ausdruck. Das gilt für Mecklenburg-Schwerin, für Braunschweig, aber auch für einige thüringische Gebietskirchen. Diese Ereignisse, die weder für den Staat, noch für die betroffenen Landeskirchen ein Ruhmesblatt darstellen, haben keineswegs dazu beigetragen, leitende geistliche Ämter entstehen zu lassen. Es ist bezeichnend, daß man z. B. in Braunschweig eine Kirchen„regierung“ schuf, die analog den staatlichen Leitungsgremien geordnet ist.

D) Die Ablösung in Hamburg

Hier kann man, ebensowenig wie in Schaumburg-Lippe, von einer Übergangslösung sprechen. Die Entwicklung in Hamburg zeigt deutlich zwei beherrschende Tendenzen, beide verbunden mit freiheit-

⁹⁾ „Für diejenige Verfassung, die das freieste Spiel der Kräfte den einzelnen Organen gewährleistet, halte ich die sächsische Verfassung, die übrigens auch peinlich vermeidet, dieselben Männer zweimal mit einer Sache zu befassen. Der kollegiale Ausbau der Leitungsbehörden hat natürlich die Nachteile, die jedes Kollegium in Kauf nehmen muß, das mit Mehrheitsbeschlüssen arbeitet. Doch bieten diese Mehrheitsbeschlüsse stets die Gewähr für eine maßvolle und ruhige Fortentwicklung der kirchlichen Regierungstätigkeit, während diese Gewähr fehlt in den beiden letzten Verfassungen von Württemberg und Bayern, die die Fülle der Kirchengewalt in die Hand einer Einzelperson legen“ (Haebler, Die rechtl. Stellung des Kirchenregiments . . . , 1925, S. 166).

lichem hansischen Bürgersinn: eine rechtliche „Ab-lösung“ der noch verbliebenen Patronatsrechte des Senats, die auch bald vollzogen werden konnte, — und eine ständige Stärkung der geistlichen Leitung der Stadtkirche durch den Senior, dem man konsequenterweise später das Amtskreuz der Bischöfe und Kirchenpräsidenten verlieh. Daß eine solche Entwicklung, der eigentlich nur der Bischofs-Titel fehlte, nicht widerspruchlos hingenommen wurde, kann nur den überraschen, der mit der Geschichte des hansischen Kirchenwesens im hamburgischen Stadtstaat nicht vertraut ist. Nachdem die letzten Reste des senatorischen Patronats gefallen waren, konnte sich auch in Hamburg ein leitendes geistliches Amt entfalten, ein Beweis dafür, daß selbst innerhalb der festen hansischen Tradition, der es an Freiheit nicht gefehlt hat, der Wandel der politischen Verhältnisse für die Entwicklung des Kirchenwesens erhebliche Folgen haben konnte. Hier hat sich etwas vollzogen, das symptomatisch ist und bisher kaum Beachtung gefunden hat. Eine Geschichte des hamburgischen Hauptpastorates soll in Vorbereitung sein.

Lutherisches Kirchentum, vor allem in kleineren landes- oder stadtkirchlichen Gebilden, pflegt außerordentlich fein zu reagieren, wenn sich die Verbindung der staatlichen Gewalt mit der Kirche lockert — oder gar löst.

E) Vorbereitende Maßnahmen in Thüringen

Die Gründe, die zur Bildung einer einheitlichen Landeskirche in Thüringen geführt haben, sind hier nicht weiter zu untersuchen. Sie sind so vielgestaltig, daß sie einer besonderen Monographie bedürfen. Hier ist lediglich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die dann auch für die Frage nach Kirchenregierung und leitendem geistlichen Amt wichtig sein dürften:

1) Der Zusammenschluß mehrerer „Landeskirchen“ zu einem einheitlichen Gesamt-Kirchenkörper erfolgt in einem Augenblick, als die politischen Kräfte auf organischen Zusammenschluß drängen. Der politische Zusammenschluß geht dem kirchlichen voraus. Es ist für lutherisches Denken geradezu charakteristisch, daß die Entwicklung nicht umgekehrt verläuft. Der Anschluß von Reuß ä. L. (1934) und die Vereinigung der beiden Landeskirchen von Mecklenburg (1933) bestätigen diese Beobachtung.

2) Der Zusammenschluß erfolgt durch Beschlußfassung der Einzelsynoden, ist also ein ordentlicher Rechtsakt. Die geistlichen Mitglieder der Konsistorien werden ebenso beteiligt wie die synodalen Vertretungen.

3) Es ist gleichfalls für die lutherischen Landeskirchen in jenen Tagen kennzeichnend, daß die für die Vereinigung erforderlichen Maßnahmen nicht überstürzt, sondern sukzessiv durchgeführt werden. Die Kontinuität mit der bisherigen Geschichte soll gewahrt bleiben, die Teilkirchen sollen sich langsam an die neue Einheit gewöhnen, von der man hofft, daß sie wächst und nicht befohlen wird. Es hat ein volles Jahrzehnt gedauert, bis die endgültige Vereinigung in Thüringen vollzogen war!

4) Daß es auch Kräfte, u. a. eine ganze Landeskirche gab, die dem geplanten Zusammenschluß fernblieben, ist zu beachten.

Diese Entwicklung brachte es mit sich, daß ein eigentlich leitendes geistliches Amt, mit oberhirtlichen Funktionen ausgestattet, in Thüringen zunächst noch nicht entstehen konnte. Der in das Amt des späteren Landesoberpfarrers berufene Geistliche war zugleich Generalsuperintendent einer thüringischen Teilkirche (Sachsen-Altenburg).

F) Wahlen zu den verfassungsgebenden Landessynoden

Auch hier muß unsere Untersuchung sich auf wenige Bemerkungen beschränken, obwohl das Thema schier unerschöpflich ist und reizvolle Aspekte eröffnet.

Selbstverständlich war das Wahlverfahren für die Landeskirchenversammlungen, denen nunmehr ein grundlegender Neubau der Verfassung zufiel, wichtig: Mit ihm fiel schon eine Art Vor-Entscheidung! Wer würde in die verfassungsgebende Synode einziehen, in ihr Sitz und Stimme haben? Es ist verständlich, daß es um den Wahlmodus, obwohl die Zeit eilte und nach der verfassungsgebenden Synode rief, lange Verhandlungen, z. T. auch erhebliche Auseinandersetzungen gegeben hat. Dabei ist es vor allem um folgende Fragen gegangen:

1) Soll das „Kirchenvolk“, wie von vielen Seiten gefordert, in einer „Urwahl“ befragt, seine Vertreter in die verfassungsgebende Synode delegieren, d. h. soll nunmehr das für das staatliche Leben geltende Wahlverfahren unbedenklich auf die Kirche übertragen werden? Gewichtige Stimmen sprachen dagegen und konnten sich vielerorts durchsetzen.

2) Sollen nicht überall dort, wo kirchliche Vertretungen bestehen, diese an den Wahlen zu den verfassungsgebenden Körperschaften beteiligt werden, wie etwa in Bayern und Altpreußen vorgesehen, d. h. soll nicht auch dadurch der genossenschaftliche Aufbau des Landeskirchenwesens herausgestellt werden?

3) Im Verfolg der politischen und sozialen Entwicklung war die Forderung berechtigt, der Frau das Wahlrecht nicht länger vorzuenthalten. Die Diskussion um das Frauenwahlrecht, in der politischen Ebene ausgetragen und entschieden, dringt nun auch in die Synodalverhandlungen ein. Fast überall wird den Frauen das Wahlrecht zugestanden, dennoch hat es die Frau als synodale Abgeordnete schwer, ihre Stimme zur Geltung zu bringen. Die Gründe, die für oder gegen das Frauenwahlrecht in den Synodalvertretungen vorgetragen werden, sind interessant und aufschlußreich.

4) Im Unterschied zu den politischen Verhältnissen beanspruchten die Minderheiten in der Kirche, vor allem die liberale Linke, gebührende Vertretung. Sie ist ihnen eigentlich auch überall gewährt worden. Dadurch entsprachen die Synoden freilich arithmetisch nicht ganz dem Willen der Wählerschaft. In den Aussprachen im Plenum oder den Verhandlungen in den Ausschüssen haben die Abgeordneten der Minderheiten jeweils tatkräftig mitgewirkt, auch zur Frage nach der geistlichen Führung der Landeskirchen ihr Votum deutlich gegeben. In künftigen Wahlgesetzen versuchten die Minderheiten ihren Einfluß sicherzustellen. Es berührt sympathisch, daß

die Synodalverhandlungen von Sachlichkeit und Ritterlichkeit beherrscht wurden. Ausfälle, wie sie in den politischen Parlamenten täglich geschahen, haben sich nirgends in einer Landessynode ereignet. Es blieb erst den nationalsozialistischen Gewalthabern vorbehalten, fleigelhafte Umgangsformen in die kirchlichen Vertretungen einzuführen. Daß die Vornehmheit, mit der man nach 1918 in den verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen reden und handeln konnte, der sachlichen Auseinandersetzung nicht ihre Schärfe nahm, beweisen die Verhandlungsniederschriften zur Genüge. Gerade die Behandlung der „Bischofsfrage“ ist ein Modell für

eine mit letzter Entschiedenheit geführte Kontroverse.

5) Durch die Wahlen wurde zugleich das „Kirchenvolk“ aufgerufen zur Anteilnahme an den Fragen nach Ordnung und Neubau der Landeskirchen. Die Redner in den Plenumsverhandlungen weisen gelegentlich auf den „Auftrag“ hin, den sie seitens der Wählerschaft bekommen haben.

Nach diesen Vorbereitungen, die in den einzelnen Landeskirchen verschieden langen Zeitraum beanspruchten, konnten die verfassungsgebenden Synoden ihre Arbeit aufnehmen.

III. Die „Bischofsfrage“ in den verfassungsgebenden Landessynoden

A) Allgemeine Übersicht

Mit Ausnahme von Schaumburg-Lippe, wo sich ein grundlegender Verfassungsneubau erübrigte, haben sich in allen lutherischen Landeskirchen, auch in Hamburg, die neugewählten Landessynoden (vielerorts tragen sie andere Namen, auch das ein Zeichen für die territoriale Vielfalt und lokale Gebundenheit des deutschen Luthertums) mit der Erarbeitung von Landeskirchenverfassungen befaßt. Der Hinfall des bisherigen landesherrlichen Summe-episkopats zog die Notwendigkeit nach sich, die Trägerschaft der Kirchengewalt grundlegend zu regeln und der Landeskirche eine neue „Spitze“, bzw. eine Vertretung nach außen und Stärkung der landeskirchlichen Leitung nach innen zu geben. An der Frage, wer der legitime Nachfolger des hingefallenen „Notbischofs“ sei, konnte keine Konstituante vorübergehen.

Die Verhandlungsniederschriften, die erhalten sind, und die im folgenden erstmalig kritisch bewertet werden, bieten ein anschauliches Bild, – oft auch ein schmerzliches Bild, von der Lage der Kirche in jener Nachkriegsphase, von dem Willen, die Landeskirchen neu zu ordnen und ihnen eine Rechtsgestalt zu geben, die auf längere Sicht feststehen sollte. Das ist den verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen auch weithin gelungen. Wenn auch die Eingriffe und Rechtsbrüche des nationalsozialistischen Staates viele Rechtsordnungen außer Kraft gesetzt haben, so hat doch nach 1945 eine Restitution der Verfassungsarbeit jener Jahre nach dem ersten Weltkrieg stattgefunden, unter Korrektur, Erweiterung und Einbau der Erfahrungen, die die Landeskirchen im Verlauf des Kirchenkampfes hatten sammeln müssen. Mit anderen Worten: Das Verfassungswerk jener Jahre ist auch gegenwärtig – und wird es sich auf längere Sicht hin bleiben – der Grund, auf dem alle Verfassungs- und Rechtsordnung in den lutherischen Landeskirchen ruht. Die Durchsicht der erreichbaren Landeskirchenverfassungen nach 1945 ergab die Bestätigung dafür, daß man sich in vielen Fällen mit Erweiterungen der nach 1918 beschlossenen Verfassungen zufrieden geben mußte. Daß eine Landeskirche, die so viele Zerstörungen erlebt hatte, wie das von Thüringen gilt, eine völlige Neuordnung vorzunehmen hatte, ist verständlich. Schon deshalb kann man an den Überlegungen der verfassungsgebenden

Landeskirchenversammlungen nach 1918 nicht achtlos vorübergehen, sondern muß sie kennen, würdigen und ihnen schuldigen Dank erweisen.

Das gilt in hervorragendem Maße für die Unternehmungen in der Frage nach der Leitung der Kirche. Es sind gerade die Verfassungsbestimmungen über das bzw. die kirchenleitenden Ämter gewesen, die sich nach 1933 als Hort der reinen Lehre und Verkündigung, nach 1945 als Grundlage fruchtbarer Erneuerung erwiesen haben. Das erhöht den kritischen Wert einer Untersuchung über die Verhandlungen der damaligen verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen über die „Bischofsfrage“.

Die Landessynoden nach 1918, die nicht nur auf Grund sehr verschiedenartiger Wahlverfahren zustande gekommen waren, bieten in jeder Weise ein buntes und vielfarbiges Bild, sowohl in Hinblick auf die verschiedenen Landeskirchen, – selbstverständlich mußte ein württembergischer Landeskirchentag anders aussehen als eine thüringische Landessynode! – als auch im Blick auf die differente Zusammensetzung der einzelnen Synode selbst. Man ist versucht, auf die von senatorisch-freiheitlichem Geist erfüllte Versammlung in Hamburg oder in Lübeck, auf die z. T. aus Gemeinschaftsvertretern bestehende Synode in Württemberg, auf die in dieser Weise erstmalig zusammentretende Versammlung in den beiden mecklenburgischen Synoden, auf die winzig kleinen oder die ausgedehnt großen verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen hinzuweisen und sie lebendig darzustellen. Verfasser hofft, daß die Beiträge zu den Aussprachen, die der angefügte Dokumententeil bringt, ein bescheidenes Bild von den einzelnen Synoden vermitteln können.

Obwohl die synodalen Vertretungen der lutherischen Landeskirchen nach dem ersten Weltkrieg ein so verschiedenartiges Gepräge tragen und jede für sich gesondert dargestellt und behandelt werden müßte, lassen sich doch einige Merkmale beobachten, die für alle in ähnlicher Weise gelten:

1) Alle Landessynoden jener Tage, bis hin zu denen in kleinen Gebietskirchen, die selbstverständlich nur wenig Auswahl an geeigneten Abgeordneten hatten, haben vor der außerordentlichen Aufgabe, ihren Kirchen eine auf weite Sicht geltende Rechtsordnung zu geben, nicht kapituliert, sondern

sich dieser wacker gestellt. Viele Male haben die Redner darauf hingewiesen, daß sie sich des der Synode auferlegten hohen Maßes an kirchengeschichtlicher Verantwortung bewußt seien.

2) Nirgends ist das Geschäft des Verfassungsneubaus in hektischer Unruhe oder unfruchtbarer Eile geschehen; die Synodalen haben sich Zeit gelassen, und das ist den Landeskirchen zugute gekommen. Erst sieben Jahre nach Ende des Krieges, im Jahre 1925, war die letzte landeskirchliche Verfassung, die der Kirche von Mecklenburg-Strelitz, verabschiedet! Vergleicht man die Verfassungen, die schnell angenommen werden konnten, mit denen, die erst nach längerer Frist fertiggestellt waren, so wird man zwar einräumen müssen, daß die frühen Verfassungen kraftvoll auftreten, daß aber das Maß an Erfahrung und die Unterrichtung, die die einzelnen Landeskirchen einander haben zuteil werden lassen, vorteilhaft auf die neue Rechtsordnung eingewirkt haben. Häufig begegnet man auch Gedanken, die in Altpreußen eine Rolle gespielt haben, wohin viele Blicke und Wünsche gingen. In den landeskirchlichen Archiven finden sich viele Schreiben, die den unmittelbaren Austausch zwischen den für die Verfassung Verantwortlichen über landeskirchliche Grenzen hinweg dokumentieren. Das bedeutet, daß auch das deutsche Luthertum bereit war, auf das Votum anderer Landeskirchen zu hören. Es wird noch festgestellt werden müssen, ob es einen „lutherischen Arche-Typ“ unter den damaligen Landeskirchenverfassungen gegeben hat, wie dieser aussah, und welche Bedeutung etwa die Vorgänge in der altpreußischen Union für die Lutheraner in den benachbarten Landeskirchen gehabt haben.

Daß das Verfassungsgeschäft jener Tage viel Zeit in Anspruch nahm, wird aber auch sehr einfache Gründe gehabt haben: Deutschland, nach einem verlorenen Krieg am Boden liegend, konnte sich nur schwer von den Kriegs- und Besatzungslasten erholen, die Nachrichtenübermittlung war, vor allem in der ersten Nachkriegszeit, erschwert, viele Männer waren noch in Gefangenschaft oder damit beschäftigt, sich eine Existenz aufzubauen, die politischen Verhältnisse waren ungeordnet usw. Trotzdem ist nochmals festzustellen, daß die Bedächtigkeit und Langsamkeit des Verfassungsneubaus den Landeskirchen förderlich gewesen sind.

3) Man könnte versucht sein, zu meinen, die Ergebnisse der Wahlen zu den verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen, durch die Mandatare verschiedener kirchlicher oder theologischer „Gruppen“ in die Synoden einzogen, hätten sich nachteilig auf den Gang der Verhandlungen auswirken und die Arbeit hemmen müssen. Verfasser glaubt, nachdem er viele Niederschriften gelesen hat, das gerade Gegenteil behaupten zu dürfen. Gewiß, das Bild, das die neugewählten Landeskirchenvertretungen boten, war bunt und vielfältig, und die Zusammensetzung der Landessynoden stellte besonders hohe Anforderungen an das Präsidium, dem eigentlich für alle Landeskirchen Lob gespendet werden muß; aber es war doch etwa bei der „Bischofsfrage“ so, daß jeglicher „Fraktionszwang“ aufgegeben werden mußte, die Fronten sich ver-

schoben, nicht nur in Altpreußen, sondern auch in den lutherischen Landeskirchen, und echte Gegensätze freimütig ausgetragen werden konnten, die quer durch alle kirchenpolitischen „Richtungen“ hindurchgingen. Vergleicht man damit etwa die ausgedehnten Debatten in der Praeambel-Frage, die vielerorts eine Rolle gespielt hat, wieder nicht nur in Altpreußen, sondern auch in Hannover, Schleswig-Holstein und Sachsen, so spürt man, daß dort die Gruppegegensätze weit mehr versteift blieben und nicht aufgetaut werden konnten. So bietet die „Bischofsfrage“ geradezu ein Modell dafür, wie Synodalverhandlungen sein sollen. Das Phänomen der „Kirchenleitung“ erwies sich eben als ein echtes kirchliches Problem, angesichts dessen vorgefaßte Fraktionsmeinungen versagen mußten; die Sache selbst zwang die Beteiligten in ihren Bann und stellte eine besondere kirchliche Gegenwartsaufgabe dar. Daß an den Synodalverhandlungen häufig eine weitere Öffentlichkeit teilnahm, durch Akklamation oder Protest, wird jeweils angeführt werden müssen. Wer die „Bischofsfrage“ in den Synodalverhandlungen nach dem ersten Weltkrieg beobachtet, kann einen Blick in die ur-eigentliche Werkstatt der Landeskirchen tun.

4) Die oppositionellen Gruppen, an deren versteiftem Widerspruch viele Verhandlungsgegenstände scheiterten, haben, wenn die „Bischofsfrage“ zur Diskussion stand, nicht nur besonders eifrig und frisch mitgewirkt, z. T. ihre vorher bezogenen Standorte verlassen, sondern auch ein erstaunliches Maß an Geduld und Bereitschaft gezeigt. Sie haben dadurch den Verhandlungen und Abstimmungen einen großen Dienst erwiesen.

5) Wenn man von den bereits genannten kirchenpolitischen Gruppen absieht, die in den verfassungsgebenden Landessynoden vertreten waren und sich zu ihren einmal bezogenen Standpunkten bekannten, wird man überall zwei differenten Gruppen begegnen, die das Feld beherrschen: den erfahrenen Synodalen, die schon mehrfach in den Vertretungen ihrer Landeskirche mitgewirkt hatten, und die sich häufig äußern, – aber auch den „Neulingen“, die, aus den verschiedenen Schichten des Volkes und der Kirche kommend, erstmalig vertreten sind und ihre Jungfernnreden halten. Jedesmal, wenn ein solcher Synodaler auftritt, gibt es erfreuliche Augenblicke. Sie haben sich zwei Erfahrungen aneignen müssen, die Erfahrenen und die Neuen: sie sind nicht Mitglieder eines „kirchlichen Parlaments“, in dem es wie auf den Gefilden der parlamentarischen Demokratie hergeht, – und auch hier, wo die Belange von Kirche und Gemeinde vertreten sein wollen, geht es nicht ohne „Kompromiß“ oder Ausgleich. Paul Fleisch, eine der markantesten Erscheinungen des damaligen synodalen Lebens auf dem Boden des deutschen Luthertums, hat das nicht nur später in seinen Erinnerungen festgehalten, sondern auch damals bewährt und bewiesen. Beide Beobachtungen haben für die Behandlung der „Bischofsfrage“ erhebliche Bedeutung: manchmal schien es, als gleite die Debatte in politische Ressentiments oder kirchenpolitische Opportunität ab, immer aber wird sie zurückgerufen zu der profunden Verantwortlichkeit, das Beste für den Verfassungsneubau der Landeskirche zu wollen. Ebenso ist es

in der gleichen Frage an keiner Stelle darum gegangen, nur einen Standpunkt zum Siege zu führen; gerade in der „Bischofsfrage“ hat es Ausgleich und Kompromiß gegeben. Das Beispiel, das die Generalsynode der altpreußischen Kirche bot, hat Schule gemacht: auch in den lutherischen Landeskirchen ist man, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht ohne Zugeständnisse an alle Verhandlungspartner ausgekommen. Für grundlegende Neuordnung war die wirre Zeit nach dem verlorenen ersten Weltkrieg nicht reif.

6) Wie die Verhandlungsniederschriften zeigen, waren damals auch Persönlichkeiten beteiligt, die aus parteipolitischen oder sozialen Gruppen kamen und um dieser Herkunft willen abgeordnet waren, Gewerkschaftssekretäre oder Mitglieder der sozialistischen Parteien, auf der anderen Seite Vertreter der reaktionären oder restaurativen Kräfte. Auch darin sind die damaligen Landeskirchenversammlungen ein getreues Abbild ihrer Zeit. Es ist aufschlußreich, die Äußerungen gerade dieser Synodalen zur Frage nach dem kirchenleitenden Amt zu studieren.

7) Als die damaligen Landessynoden an das mühevolle und weitschichtige Gebiet des Verfassungsneubaus gingen, mußten sie sich auf zwei Standesgruppen besonders stützen und verlassen, auf die geistlichen Synodalen, auch wenn diese überall in der Minderheit blieben, – und auf die Juristen, unter ihnen viele erfahrene Verwaltungsbeamte und Kirchenjuristen. Das Votum des einfachen Gemeindegliedes konnte ihnen gegenüber nicht das gleiche Gewicht besitzen. Ihre Anwesenheit gab den Verhandlungen in den Ausschüssen oder im Plenum eine beachtliche Höhe, so daß man weite Partien der Protokolle mit Genuß liest. Die Publikationen zur „Bischofsfrage“ haben kaum, aufs Ganze gesehen, die gleiche Höhe. Darum kann sich die vorliegende Untersuchung im wesentlichen auf die Synodalverhandlungen beschränken. Als es darum ging, das Problem der Kirchenleitung gesetzlich zu ordnen, sind alle Gesichtspunkte des Für und Wider zur Sprache gekommen. Bewährte Kirchenjuristen, wie etwa D. Böhme in Sachsen, v. Zeller in Württemberg, Gebhard in Bayern, Lampe in Hannover, Giese in Mecklenburg-Schwerin und viele andere, haben großen Einfluß auf den Gang der Synodalverhandlungen gehabt. Ihr erfahrener Rat hat die verfassungsgebenden Synoden häufig vor übereilten Entscheidungen bewahrt und dadurch die Würde der verantwortlichen landeskirchlichen Versammlung gewahrt. Unter den Theologen, wo bewußt auf namentliche Nennung verzichtet wird, fallen nicht nur die zahlreichen Hochschullehrer auf, sondern auch profilierte Vertreter des kirchlichen Lebens in Stadt und Land. Meist ist es „erste Garnitur“, die an den Verhandlungen beteiligt wird.

8) Auch in den lutherischen Landeskirchen, so z. B. in Sachsen und Württemberg, war man sich bewußt, den Neubau der landeskirchlichen Verfassungen nicht isoliert vornehmen zu können, sondern im Zusammenhang zu sehen mit dem Bemühen, alle evangelischen Landeskirchen Deutschlands in einem größeren Kirchenbund zu vereinigen. In Praeambeln, ersten Paragraphen oder feierlichen Erklärungen nimmt man häufig darauf Bezug und

spricht man die Erwartung aus, daß dem landeskirchlichen Neubau ein Überbau in einem Corpus Evangelicorum folgen möchte. Auf die Einzelgestaltung der Landeskirchenverfassungen hat dies Bemühen freilich verhältnismäßig wenig sichtbaren Einfluß gehabt, wenn man nicht ein bestimmtes kirchliches Allgemein-Denken voraussetzen darf oder in den Entscheidungen in Altpreußen modellartige Vorgänge auch für andere deutsche Landeskirchen entdecken will.

9) Andererseits zeigen sich in betont lutherischen Kirchen, z. B. in Hannover, – hier wesentlich unter dem Einfluß der Gruppe um Paul Fleisch – aber auch in Bayern oder dem kleinen, auf lutherische Bruderhilfe besonders angewiesenen Reuß ä. L., fruchtbare Ansätze zu einem Zusammengehen mit anderen lutherischen Kirchen in Deutschland oder gar im Ausland. Es ist bezeichnend, daß die Fürsorge für die Lutheraner in anderen Kirchen bei den Hannoveranern den Funktionen des landesbischöflichen Amtes zugeschlagen wird, und daß es die lutherischen Landeskirchenführer gewesen sind, die später weitere Schritte auf dem Wege zu einer vereinigten lutherischen Kirche Deutschlands machten. Freilich, über vereinzelte Ansätze ist man damals kaum hinausgekommen. Es bedurfte kräftigerer Anstöße von außen, um die konfessionsverwandten lutherischen Kirchen einander anzunähern. Die Isolation, in der sich die meisten lutherischen Kirchen damals befanden, zeigt sich auch darin, daß man nur selten Auswärtige in die neugeschaffenen kirchenleitenden Ämter berief, daß man bei Bischofseinführungen diese nicht durch leitende Geistliche verwandter Landeskirchen vornehmen ließ.

10) Die „Prominenz“ des damaligen Luthertums, sowohl an den Fakultäten, als auch in hervorragenden kirchlichen Stellungen, ist in den verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen vertreten, alte, bewährte Gestalten neben neuen Namen. Schon tauchen in den Synoden Männer auf, die später im deutschen Luthertum besondere Bedeutung gewinnen sollten: Hartenstein und Wurm in Württemberg, Meiser und Schoeffel in Bayern, Rendtroff und Erich Stange in Sachsen, Fleisch und Marahrens in Hannover, Thümmel und Weinel in Thüringen, Behm in Mecklenburg-Schwerin, Tolzien in Mecklenburg-Strelitz, Mordhorst und Völkel in Schleswig-Holstein. Auch die jüngere Generation, eben aus dem Weltkrieg heimgekehrt, ergreift das Wort und wächst in kirchliche Verantwortung hinein.

B) Die Sehnsucht nach geistlicher „Führung“

Die zahlreichen Quellen aus jenem Jahrzehnt nach dem ersten Weltkrieg, die für die vorliegende Untersuchung ausgeschöpft werden konnten, reden mit unüberhörbarer Stimme von geistlicher „Führung“. Der Ruf nach geistlichen Persönlichkeiten, die kraftvoll und vollmächtig an die „Spitze“ der Landeskirchen treten, sie zu neuem Leben erwecken, die Lauen aufrütteln und die Gegner zurücktreiben, will nicht verstummen. Das frühe Auftreten solcher Wünsche, in der Öffentlichkeit, in den Gemeinden und dann auch in den Synoden, hier quer durch alle Gruppen hindurch, verbietet es, diese Bewegung mit dem

Schlagwort „Episkopalismus“ abzutun. Wer so zu deuten versucht, bleibt den Nachweis schuldig, woher mit einem Male ein „episkopalistisches Denken“ habe kommen können.

Für jene Jahre wird man nicht vom „Episkopalismus“ reden können; eine solche Deutung dürfte erst möglich sein, nachdem hochkirchlich-liturgische Reformbewegungen aufgetreten sind und ihre Forderungen angemeldet haben. Das gilt aber kaum schon für die kirchen- und verfassungsrechtliche Entwicklung nach dem Jahre 1918.¹⁰⁾

Was damals zum Ausdruck kam, muß in einer tieferen Schicht des deutschen Protestantismus beheimatet gewesen sein, und Verfasser glaubt, daß der spontane Ruf nach der Einzelpersonlichkeit, die man an der Spitze der Kirche sehen wollte, in Urgründen der Erfahrung der deutschen evangelischen Christenheit zu suchen sein werden. Damit nähert sich die Betrachtung freilich einem Bereich, der einer besonderen sorgfältigen Bestandsaufnahme und Durchforschung bedürfte, dem Raum der Frömmigkeitsgeschichte der evangelischen Christenheit in Deutschland. Das überraschend schnelle Auftauchen von Gedanken nach 1918, die um die „Idealgestalt“ eines geistlichen „Führers“ kreisen, läßt sich m. E. nur deuten, wenn man sich bis in jene Untergründe des Empfindens, Denkens und Träumens der evangelischen Christenheit Deutschlands hineinwagt.

Vorweg sei bemerkt, daß es um den „Bischof“ bzw. um das Bischofsamt eigentlich immer erst in dem Stadium des Bewußtwerdens der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gegangen ist. Die Forderungen nach Einsetzung von „Bischöfen“ stehen auf ganz tiefem Grunde: auf dem inbrünstig vorgetragenen Wunsch, eine sichtbare „Spitze“ der Kirche zu haben, nach der man sich in einer wirren Zeit ausrichten könne.

Dabei haben Erinnerung, Kritik und Hoffnung einander die Hand gereicht:

1) Erinnerungen daran – wie in vielen enthusiastischen Beiträgen nachgelesen werden kann –, daß unserer evangelischen Kirche in ihrer „klassischen Zeit“, der Zeit der Reformation, große Gottesmänner und streitbare Glaubenshelden geschenkt worden waren. Diese Erinnerung, durch Lutherfeiern immer neu genährt, durch die seit den Jahren vor dem ersten Weltkrieg neu entfachte Luther- und Reformationsforschung wissenschaftlich untermauert, im kirchlichen und staatlichen Unterricht jahrzehntelang befestigt und tief in das Volksbewußtsein eingedrückt, hatte in der Zeit der Auseinandersetzung mit einem neuerstarkenden Katholizismus neuen Auftrieb erhalten und war unter den schweren Nachkriegserfahrungen wieder an die Oberfläche gelangt. Will es da wunder nehmen, daß der Ruf nach vollmächtigengeistlichen „Führerpersönlichkeiten“ überall wieder laut wird! Vielleicht verbinden sich damit auch Gedanken an eine längst vergangene Zeit, in der es noch die Führung durch die Geistlichen gegeben hatte. So ist es verständlich, daß in einer aussichts-

losen politischen Lage, in der die Throne gestürzt und die „Herren“ gefallen waren, die Sehnsucht in den religiösen Sektor abwanderte und nach dem geistlichen „Führer“ verlangte. In vielen Verhandlungsbeiträgen der verfassungsgebenden Landessynoden melden sich solche Sehnsüchte und Erinnerungsbilder zu Worte. Die Gegner des Bischofsgedankens werden es nicht leicht haben, solchen mit Inbrunst vorgebrachten Wünschen entgegenzutreten.

2) Seit langem war die evangelische Christenheit Deutschlands in eine Unzahl von Landeskirchen und -kirchlein gespalten, kollegial regiert worden. Die abwägende Bedächtigkeit, mit der Kollegien und Behörden zu regieren pflegten, die oft entwürdigende Abhängigkeit der Konsistorien von den Trägern der Staatsgewalt in den größeren oder kleineren Ländern des deutschen Bundesstaates hatten das Regierungs- und Leitungsgeschäft der Landeskirchen in langsamen institutionellen Bahnen dahingehen lassen. Es ist nicht verwunderlich, daß es vor allem die Pfarrer und die Gemeinden waren, die sich von der Einsetzung eines persönlichen geistlichen Regiments größere Freiheiten zu gesamtkirchlichem Handeln und ein Aufholen der Versäumnisse der konsistorial regierten Kirche gegenüber den entkirchlichten, mobil gewordenen Massen erhofften. Die Kritik an der alten Konsistorial-Kirche wird in allen Landeskirchen laut, oft mit einer Schärfe, die der Berechtigung entbehrt, oft aber auch mit einer Leidenschaft, die aufgewühlte Untergründe ahnen läßt. Von Rechts bis Links war man sich einig, daß die Zeit reif sei, persönliches Regiment einzusetzen. Der Blick auf die römische Kirche mit ihrer intakten Hierarchie, vor allem im Süden, die alle Stürme der Zeiten so großartig unversehrt überstanden hatte, verstärkte auch bei vielen evangelischen Christen das Begehren, bischöfliche Leitung einzuführen. Und da in der evangelischen Christenheit Deutschlands für Kritik an Kirche und Kirchenwesen immer bereiter Boden gewesen war, so erwies sich auch die Nachkriegslage als geeignet, Protest gegen das bisherige Kirchenregiment freimütig anzumelden. Die Synodalverhandlungen zeigen, daß es des gesamten Aufwandes der Besonnenen bedurfte, um diese Sturmwellen der historischen und der persönlichen Kritik einzudämmen. Es ist erfreulich, daß keine verfassungsgebende Landessynode dem vorhandenen „Mythus“ vom Bischofsamt als „Führeramt“ erlegen ist.

3) Kirchenverfassungen auf dem Boden der evangelischen Kirchen sind nie nur aus Nützlichkeits- oder Opportunitätsgründen gemacht worden, sondern haben immer ein starkes Element an Hoffnungsgut besessen. So ist auch der Bischofsgedanke, der damals kräftig hervortrat, ein Stück Hoffnung der evangelischen Landeskirchen in Deutschland gewesen. Sowohl die Synodalverhandlungen, als auch die späteren Verfassungen zeigen, daß man bei den Bestimmungen über das kirchenleitende Amt offen bleiben wollte für künftige Entwicklung: man gab, von wenigen Ausnahmen abgesehen, dem Oberhirten bzw. den Oberhirten nur geringe verfassungsmäßige Rechte, aber man sah zugleich vor, daß ein solches

¹⁰⁾ Die wichtigsten Anstöße für die moderne liturgische Bewegung geschehen mit dem „Berneuchener Buch“, 1925. („Es entspricht dem Wesen der evangelischen Kirche, daß sie unter der Führerschaft eines Mannes steht. In solcher bischöflichen Leitung ist die lebendige Führung durch das Zeugnis des Gewissens für die wechselnde Stunde gewahrt . . .“, a. a. O., S. 131.)

Amt, dessen Funktionen Verfassungsbestimmungen allein nicht zu beschreiben vermöchten, sich entfalten, ausdehnen und entwickeln solle. Der Rahmen war weit genug gespannt, und die Geschichte des evangelischen Bischofsamtes in der Zeit des Nationalsozialismus hat erwiesen, wieviele Möglichkeiten schon in den Landeskirchenverfassungen vorgesehen waren und ausgeschöpft werden konnten, als es darauf ankam. Daß der „Führergedanke“ schon nach 1918 auch im kirchlichen Raum verbreitet war, läßt sich nicht bestreiten. Insofern ist der Satz einzuschränken:

„Es sind vor allem die Deutschen Christen gewesen, die den Führergedanken in die Kirche eingeführt haben. Er gehört zu ihren Grundsätzen . . .“.¹¹⁾

Der „Führergedanke“ war schon zuvor da. Er hat seit 1918 neuen Auftrieb erhalten und ist wohl damals schon in tiefliegenden Sehnsüchten der evangelischen Christenheit Deutschlands vorhanden. Was bei den „Deutschen Christen“ neu, und damit außerordentlich gefährlich für den Gang der Kirchengeschichte wurde, war die Verbindung des geistlichen „Führergedankens“ mit politischem Willen. Dadurch entstand Verwirrung und wurde der Kirche erheblicher Schaden zugefügt; es tritt hinzu, daß es dieser kirchenpolitischen Gruppe gelingen konnte, alle Sicherungen, die 1918 noch intakt gewesen waren, auszuschalten und ein persönliches Regiment in die Kirche einzuführen, das der Willkür Raum gab. Ein Mythos bleibt so lange ungefährlich, das beweist die Geschichte des „Führergedankens“ in der evangelischen Christenheit Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg, als die Korrektive aktionsfähig bleiben, die seiner Ausbreitung einen wirksamen Damm entgegenstellen können. Daß das in den evangelischen Landeskirchen in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg gelungen ist, verdanken sie den reifen geistlichen und konsistorialen Kräften, die sich nicht der Verantwortung entzogen, sondern zur Stelle waren, als es um den Neubau des Kirchenwesens ging. Den synodalen Vertretungen ist gleichermaßen Anerkennung zu zollen für die Sorgfalt, mit der sie „Recht“ geschaffen und unerfüllbaren Wünschen entsagt haben.

Die lutherischen Kirchen, in denen die reformierte Scheu vor dem Bischofsamt fehlte,¹²⁾ haben es schwerer gehabt als diese: sie haben sich dem ganzen Ernst der Frage nach dem oberhirtlichen Amt und der Kirchenleitung stellen müssen. Da bereits in ihrem Grundbekenntnis, der Confessio Augustana (Art. XXVIII), vom rechten Gebrauch des Bischofsamtes die Rede war, und da es nicht wenige außerdeutsche lutherische Kirchen gab, die seit langem gute Er-

fahrungen mit der Institution von Bischöfen gemacht hatten – worauf in den Synodalverhandlungen auch gelegentlich hingewiesen werden konnte –, war es ihnen möglich, die Fragen nach persönlicher geistlicher „Führung“ dem Dickicht mythischer Wunschgebilde zu entreißen und sie in den Kreis nüchterner kirchenrechtlicher Arbeit einzubeziehen.

C) Verfassungsentwürfe und Vorlagen

Für die folgenden Ausführungen muß auf den der Arbeit angefügten Dokumententeil hingewiesen werden, der, nach Landeskirchen aufgegliedert, die wichtigsten Phasen des Verfassungsneubaus enthält.

In keiner Landeskirche ist man ohne gründliche Vorarbeit an die Neuordnung des Kirchenwesens herangegangen. Durch Mitwirkung und Einschaltung verschiedenartiger Kräfte, die an der künftigen Gestalt der Kirche interessiert waren, differenziert sich die Verfassungsgeschichte jener Tage.

Hier ist zunächst eine Beobachtung wichtig: Schon an der Frage, wer die Verantwortung auf sich nahm, an der Neuordnung des Landeskirchenwesens aktiv mitzuwirken, sollte sich die Gestalt desselben entscheiden.

1) Die „Machtübernahme“ durch die Synoden – nach dem Fortfall des landesherrlichen Kirchenregiments als bisherigen Trägers der Kirchengewalt – zeigte sich in vielen lutherischen Landeskirchen schon daran, daß die Synoden es nunmehr ausschließlich als ihre Aufgabe ansahen, die Verfassungsarbeit der Synode vorzubereiten, Vorschläge oder Entwürfe zu machen. So wird in Hamburg, entsprechend seiner bisherigen kirchenrechtlichen Entwicklung seit 1870, bereits im Jahre 1919 eine neue Kirchenverfassung durch die Synode beschlossen; nach ihrem Zusammentritt im folgenden Jahr setzt die neue Synode „einen dauernden Ausschuß zur weiteren Durcharbeitung der Kirchenverfassung ein“.¹³⁾ Dies Verfahren, das Verfassungsgeschäft ausschließlich im Raum synodaler Verhandlungen zu belassen, hat später Widersprüche aus der hamburgischen Geistlichkeit und den Gemeinden hinnehmen müssen.

Auch in einer kleinen Landeskirche, wie in Reuß ä. L., die ihrem Kirchentag viel Macht gab, konnten, trotz der zeitweiligen Störungen durch die Staatsgewalt, die Überlegungen zur Neuordnung des Kirchenwesens im Schoß der Synode vorgenommen werden.

Ähnlich stand es in Oldenburg und in Braunschweig, wo die Landessynoden – in Braunschweig sollten, soweit erforderlich, Mitglieder des Konsi-

¹¹⁾ Studemund, Wilhelm: Die evangelische Kirche und das Führerprinzip, 1934, S. 5.

¹²⁾ Die Thesen des reformierten Synodalen D. Hesse: „Warum sind wir gegen den Bischofstitel? 1) Nicht, weil wir den Titel Generalsuperintendent gern hätten. 2) Nicht, weil wir kein Verständnis für das Verlangen nach geistlichen Führern hätten. 3) Nicht, weil wir alle reformiert wären. 4) Weil wir bewußtmaßen zur Union unserer Landeskirche stehen. 5) Weil die Not der Zeit zur Einheit mahnt. 6) Weil es uns gefährlich erscheint, die Hlg. Schrift, so wie es geschieht, in diese Frage hineinzuziehen. 7) Weil die Anknüpfung an die altkatholische Zeit zu deutlich den Weg nach Rom zeigt. 8) Weil uns die Zeit der Romantik mit ihren Bischöfen eine Warnung ist. 9) Weil viele Verfechter des Bischofstitel schon jetzt mehr wollen als einen bloßen Namen. 10) Weil die Äußerungen in der kirchlich zugänglichen Presse schon jetzt erheblich weitere Forderungen aufstellen. 11) Weil wir auf der Fortsetzung der einmal beschrittenen Linie eine Verdinglichung der Gnade sehen müssen, die dem Evangelium widerspricht. 12) Weil wir eine Verdiesseitigung der Königsherrschaft Christi befürchten.“ (Verhandlungen der achten Generalsynode, Berlin 1926, S. 329 ff.)

¹³⁾ Schneider, Kirchliches Jahrbuch 1920, S. 417.

storiums eingeschaltet werden – bzw. ihre Ausschüsse, den Neubau der Verfassung bewerkstelligen sollten.

Auch in Schleswig-Holstein, wo freilich mannigfache Schwierigkeiten überwunden werden mußten, gingen die synodalen Gremien an die Arbeit.

Württemberg, das schon sehr früh seine Landeskirchenverfassung fertigstellen kann, setzt einen Synodalausschuß von 15 Mitgliedern ein, der die neue Verfassung berät und dem Plenum dann im Jahre 1920 vorlegt.

Das Verfahren, an der Herstellung der neuen Landeskirchenverfassungen ausschließlich die Synoden zu beteiligen, zeigt die Richtung an, in die man nunmehr gehen will: In diesen lutherischen Landeskirchen wird die gewählte Synode die Trägerin der Kirchengewalt sein und alle anderen landeskirchlichen Funktionen aus sich ableiten. Die Ausschaltung anderer Kräfte sichert eine schmale Basis der kirchlichen Gesetzgebung und bewahrt vor Komplikationen. Da eine Gewaltenteilung vermieden wird, besteht wenig Aussicht, ein kraftvolles oberhirtliches Amt herauszustellen. Für Württemberg kam hinzu, daß die Frage, ob der Kirchenpräsident Geistlicher oder Jurist sein solle, offen blieb. Die ausgedehnte Debatte über die gleiche Frage in Oldenburg weist in die gleiche Richtung.

2) In einigen Landeskirchen bleibt das Geschäft der Neuordnung des Kirchenwesens nicht im esoterischen Kreis der dazu gewählten und bestellten Synoden, sondern wird in breitester Öffentlichkeit erörtert, so stark, daß die offiziellen Vertretungen sich genötigt sehen, darauf Rücksicht zu nehmen. Das gilt z. B. für Sachsen und die beiden mecklenburgischen Landeskirchen. In diesen drei Landeskirchen finden vielerorts Versammlungen statt, aus denen heraus Forderungen und programmatische Beschlüsse gefaßt werden, von denen man hofft, daß sie auf die Gestaltung der künftigen Verfassung Einfluß nehmen werden. Auch in Oldenburg waren „Richtlinien“ entstanden, die im wesentlichen aus Pfarrerkreisen kamen. Das in Hannover eine besonders lebhaft öffentliche Debatte aufbrach, erklärt sich aus der Wachsamkeit bestimmter kirchlicher Kreise und kirchenpolitischer Gruppen, aber auch aus der Tatsache, daß man mit Argwohn die Wiederkehr einer konsistorialen Herrschaft befürchtete. Mit Ausnahme von Oldenburg sollte es in den genannten Landeskirchen erhebliche Kontroversen über die neuen Landeskirchenverfassungen geben. In Hannover sind denn auch nicht weniger als drei verschiedene Entwürfe vorgelegt worden, die nach Grundtendenz und Einzelbestimmungen stark voneinander abwichen.

3) Daß bei der Erarbeitung der neuen Verfassungen konsistoriale und synodale Kräfte zusammenwirken mußten, zeigen z. B. die Vorgänge in Bayern:

Hier stellten Synodalausschuß und Oberkonsistorium „Leitsätze“ auf, die für die künftige Verfassung wegweisend sein sollten. Den Verhandlungen der Generalsynode in Ansbach 1920 lagen sodann, entsprechend diesem Ansatz, zwei Entwürfe im Wortlaut vor, einer des Kirchenregiments, einer des Verfassungsausschusses. Die Synode sollte entscheiden, welche Kraft in Zukunft in Bayern bestimmend sein solle.

Auch in Lübeck wirkten ein Ausschuß des Kirchenrats und die Synode bei den Vorlagen für eine neue Kirchenverfassung zusammen.

Ähnlich wie in Bayern traten auch in Hannover und Sachsen die Konsistorien und die Synoden als Konkurrenten in den Verhandlungen um die Gestalt der neuen Kirchenverfassung auf.

Nach dieser allgemeinen Übersicht kann sich unsere Untersuchung auf die Vorgänge in drei größeren lutherischen Landeskirchen beschränken, auf Bayern, Hannover und Sachsen. Es wird sachgemäß sein, Bayern voranzustellen, einmal, weil hier die neue Landeskirchenversammlung verhältnismäßig früh zum Abschluß ihres Verfassungswerkes gekommen ist, zum anderen, weil die beiden vorgelegten Entwürfe unschwer zusammenschweißen waren, zum dritten, weil die endgültige verfassungsrechtliche Ordnung, im Unterschied zu den meisten anderen Schwesterkirchen, zugunsten einer Stärkung des kirchenregimentlich-oberhirtlichen Prinzips geschehen ist. Sachsen, wo zwei konkurrierende Kräfte miteinander rangen, soll an zweiter Stelle folgen, während die Verfassungsgeschichte in Hannover, die überaus kompliziert ist, den Abschluß bilden muß.

Unsere Untersuchung beschränkt sich zunächst auf die bei Zusammentreten der verfassungsgebenden Synoden eingereichten Entwürfe, um den für den nächsten Abschnitt vorgesehenen Synodalverhandlungen nicht vorzugreifen, die so bezeichnete Details bieten. Dabei wird sich herausstellen, daß nicht die Verhandlungen in Hannover, die sich bei Beginn als die kompliziertesten zeigten, sondern diejenigen in Bayern, vor allem aber diejenigen in Sachsen, das interessanteste Material enthalten. Ja, man ist geneigt, zu sagen, daß die bedeutsamsten Äußerungen zur „Bischofsfrage“, was die lutherischen Landeskirchen insgesamt angeht, innerhalb der sächsischen Landessynode gefallen sind.

1) Bayern

Die Äußerungen über die Neuordnung des Landeskirchenwesens aus Bayern haben dadurch besonderen Wert, daß sie einer sehr frühen Phase der Kirchenverfassungsgeschichte angehören. Wenn hier von „episkopalen“ Tendenzen die Rede sein kann, dann ist das nur ein Beweis dafür, wie ursprünglich und alt solche Gedanken in Bayern verwurzelt waren.¹⁴⁾

¹⁴⁾ „Der Aufbau dieser Kirche (gemeint ist Bayern) war im 19. Jahrhundert möglich und hat sich nach außen gefestigt durch den staatlichen Aufbau des neuen Königreiches. Graf Montgelas, der allmächtige Minister des ersten bayerischen Königs Max Josef, dachte als ein Kind der französischen Bildung. Der Staat, für den er sorgen wollte, war ungleich mehr zentralistisch ausgerichtet als die Länder, in denen die Traditionen des alten deutschen Reiches fortlebten. Diese Straffheit mußte der Kirche zugute kommen; denn um 1800 konnte man sich Kirche nur als Departement des Staates denken. So nahm die junge Kirche an den Vorzügen und an den Gefahren und Schwächen eines rationalistisch und darum totalistisch aufgebauten Staates teil. Das ist der Kirche in vielen Punkten bis zu dem heutigen Tage geblieben. Von München aus wurde alles regiert, von den Ministern war alles abhängig, der Landrichter wie der Forstmeister. Es konnte gar nicht anders sein; als daß man den Dekan analog zum „staatlichen Kollegen“ und darum als Amtswalter einer Münchener Behörde sah. Dadurch entstand eine straffe Einheit von den armen Dörfern der Röhn bis zur reichen Reichsstadt Lindau. Daß sie allen Gefahren zum Trotz schließlich Segen brachte, verdanken wir aber nicht Montgelas und seinen Methoden, sondern der inneren Festigung der Kirche“ (Merz, Georg: Das bayerische Luthertum, 1955, S. 8; vgl. auch die Ausführungen über Bezzel, a. a. O., S. 45 f.).

Es bleibt bemerkenswert, daß die bayerischen Äußerungen, Entwürfe und Vorschläge, aus der Mitte einer bewußt lutherischen Kirche kommend, zeitlich vor entsprechenden Vorgängen in Altpreußen oder den anderen lutherischen Landeskirchen geschehen!

In den beiden Entwürfen, die in Ansbach vorgelegt werden, dem des Oberkonsistoriums und dem des Verfassungsausschusses, finden sich, auch in Bezug auf die Kirchenleitung, so viele übereinstimmende Gedanken, daß sie in Auswahl kurz angeführt werden sollen:

a) Beide Entwürfe wahren darin die Kontinuität mit der bisherigen Entwicklung in Bayern, daß sie das Präsidialamt beibehalten möchten, dem hervorragende Gestalten der bayerischen Kirchengeschichte Profil gegeben hatten. Vorschläge, einen Bischof oder Landesbischof einzusetzen, kamen von anderer Seite und konnten sich nicht gleich Annahme verschaffen.

b) Beide Vorlagen wollen einen Geistlichen an der „Spitze“ der Landeskirche haben, kennen sich also zu Erfahrungen, die Bayern in seiner besonderen Lage mit geistlichem Regiment hat sammeln können.

c) In beiden Entwürfen findet sich erstmalig ein Begriff, der durch die Bayern in das Verfassungsrecht der lutherischen Kirchen eingeführt worden ist, der des „Oberhirten“. Die Bayern haben Ernst damit gemacht, auch die Leitung ihrer Landeskirche vom geistlichen Amt aus zu begründen. Sie durchbrechen so ein starres Prinzip, das fast alle damaligen Landeskirchenverfassungen beherrscht hat.¹⁵⁾

d) Beide Vorlagen ordnen zwar den Kirchenpräsidenten in die landeskirchliche Regierung und Verwaltung ein, geben ihm aber so viele Freiheiten, daß man eigentlich nicht von einer Eingliederung, sondern von „Leitung“ sprechen kann, die, bayerischem Denken entsprechend, auf der Mitte zwischen behördlichem Präsidium und oberhirtlicher Lenkung liegt. Der neue Oberhirte sollte die eigentliche Vertretung der Landeskirche nach außen besitzen, auch ein Gedanke, der sich unmittelbar aus den Notwendigkeiten der bayerischen Kirche ergeben haben wird. Sie bedurfte allezeit einer kraftvollen persönlichen Repräsentation und Wahrnehmung ihrer Belange in der Öffentlichkeit.

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, ist auf einen bezeichnenden Unterschied zwischen den beiden Entwürfen hinzuweisen. Dieser liegt nicht in der Ebene des Verhältnisses Kirchenpräsident – Oberkonsistorium, wie man hätte vermuten können, sondern an anderer Stelle: bei dem Verhältnis des Kirchenpräsidenten zu den bereits vorhandenen Generaldekane, die, ähnlich dem Superintendenten in anderen lutherischen Landeskirchen, bereits im Besitz „oberhirtlicher“ Rechte waren. Während der

kirchenregimentliche Entwurf es dabei bewandt sein lassen will, die Generaldekane in ihren Rechten nicht einzuengen, also eine Art Zerteilung des oberhirtlichen Amtes (Verteilung auf den Kirchenpräsidenten und die Generaldekane) vornehmen möchte, stößt der Entwurf des Verfassungsausschusses gerade an dieser Stelle mutig vor: der Kirchenpräsident soll Oberhirte für die gesamte Landeskirche im vollen Sinne des Wortes sein, „unbeschadet der Zuständigkeit der Kreisdekane“, er soll fernerhin die Ernennung der Geistlichen und der kirchlichen Beamten übertragen bekommen. Dafür sollen die Kreisdekane – dieser Titel hat sich später durchgesetzt – in ihren Diözesen oberhirtlich tätig sein und als „Oberkirchenräte“ Sitz und Stimme im Landeskirchenrat erhalten, d. h. auf diese Weise an der Landeskirchenregierung beteiligt werden.

2) Sachsen

Entsprechend voraufgegangenen „Richtlinien“ legt hier das Landeskonsistorium einen Verfassungsentwurf vor, der, wie in seiner Begründung dann auch ausgeführt wird, den „Episkopalismus“ ablehnt – und damit, wie vorauszusehen war, ausgedehnte Debatten in der verfassungsgebenden Versammlung heraufbeschwor. Schon in dem Entwurf, der, zumal er von seiten des Konsistoriums kam, abwägende Tendenz und Ausgleich unter den einzelnen „Gewalten“ der Landeskirche herzustellen bemüht war, werden kirchenrechtlich-genossenschaftliche Erwägungen in den Vordergrund gerückt: die Ausübung der Kirchengewalt wird auf verschiedene Organe verteilt. Das bedeutete, daß oberhirtliche Funktionen, wenn überhaupt vorgesehen, eingeschränkt wären durch die übrigen Organe und sich mit ihnen in Kirchenregierung und -leitung zu teilen hätten. In den anschließenden Synodalverhandlungen ging es darum, die Vorlagen des Konsistoriums gegenüber dem Verlangen der Landessynode zu verteidigen. Rücksicht auf die katholische Kirche ließ Vorsicht walten gegenüber der Einführung des Bischofsamtes.

3) Hannover

Die Verfassungsentwicklung wurde hier dadurch kompliziert, daß nicht weniger als drei Entwürfe vorlagen, auf die der Dokumententeil verweist.

Die Vorlage des Superintendenten D. Bußmann-Ahlden, die aus einer Reihe von gewichtigen Gründen kaum Aussicht auf Annahme durch die Synode hatte, ist für uns nur deshalb von einigem Interesse, weil sie zeigt, daß selbst in dieser lutherischen Landeskirche, die ihres genuinen Luthertums wegen starke Abneigung gegen unionistische und preußische Tendenzen hatte, Elemente preußischen kirchlichen Denkens einzudringen vermochten. Aber gerade deshalb mußte ein solcher Entwurf der Ablehnung verfallen.

Der vom Landeskonsistorium und dem ständigen Ausschuß der Landessynode vorgelegte Entwurf sah

¹⁵⁾ „Art. 46, Abs. 3 der Verfassung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 10. September 1920 gibt dem Kirchenpräsidenten das Recht, „in allen Gemeinden oberhirtlich tätig zu sein“. Nach Art. 48, Abs. 2, kann er in dieser Tätigkeit durch das dienstälteste geistliche Mitglied des Landeskirchenrates vertreten werden. Auch die Kreisdekane üben in dem ihnen zugewiesenen Bezirk „oberhirtliche Tätigkeit“ aus (Art. 54). Dieser Begriff ist damit neu in das evangelische Kirchenrecht eingeführt worden. Er besagt, daß dem Bischof das Recht zusteht, in jeder Gemeinde ohne Rücksicht auf das geltende Parochialrecht pfarramtliche Befugnisse wahrzunehmen . . .“ (Maurer, Wilhelm, Das synodale evangelische Bischofsamt seit 1918, 1955, S. 28.)

zwei Leitungsgremien vor, das synodale und das konsistoriale. Beide Kollegien sollten in einem obersten Geistlichen einen gemeinsamen Vorsitzenden bekommen. Damit werde, meinte man, ein „persönliches Regiment“ vermieden, die Amtsbefugnis der bisherigen Generalsuperintendenten nicht eingeengt und einem Vorsitzenden, über dessen Amtstitel noch entschieden werden müsse, die Möglichkeit gegeben, die Größe seiner Persönlichkeit und den Wert seiner Anregungen einzusetzen. Dieser Entwurf war auf Ausgleich angelegt und sah ein oberhirtliches Amt nur in bescheidenen Ansätzen vor. Die Landessynode mußte sich kritisch mit ihm auseinandersetzen.

Demgegenüber betonte Paul Fleisch, der einen dritten Entwurf einbrachte, die Notwendigkeit, das landesbischöfliche Amt einzurichten und seinem Träger, auch dem Generalsuperintendenten gegenüber, eine starke Stellung zu geben. Durch beide Vorlagen zog sich eine Kampfansage hindurch, die in den langandauernden Verhandlungen der Landessynode ausgetragen wurde.

Schon diese kurze Übersicht zeigt, daß, als es um den endgültigen Neubau der landeskirchlichen Verfassungen ging, zwei Kräfte auf den Plan traten, mit denen man bei den Beratungen über die Schaffung und den Ausbau oberhirtlicher Ämter rechnen mußte: die Vertreter der Konsistorien und die Kreise, die nach starker geistlicher Leitung verlangten. Wenn man den Konsistorien auch nicht das Bestreben unterstellen darf, aus persönlichem Prestige für eine Eindämmung des „episkopalen Denkens“ eingetreten zu sein, so haben sie doch mäßigend auf den Fortgang der Verhandlungen in dieser, viele bewegenden „Bischofsfrage“ eingewirkt. Wo es dann zu einer kraftvolleren Ausprägung des oberhirtlichen Amtes gekommen ist, ist dies zumeist in Auseinandersetzung mit den Vertretern der Konsistorien vor sich gegangen.

Schleswig-Holstein mußte bei den vorausgegangenen Darlegungen ausgeklammert werden, weil es dort bei der „Bischofsfrage“ um eine Reihe von Sonderproblemen ging, die in dieser Form eben nur für die dortige Landeskirche vorhanden waren.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Verlangen nach geistlicher Leitung, oft verbunden mit der Forderung nach Bischöfen oder Landesbischöfen, fast überall vorhanden ist, sich aber, vor allem von seiten der sachkundigen konsistorialen Kräfte bestritten, nur unter heftigen Auseinandersetzungen durchsetzen konnte. Das Verlangen aus dem „Kirchenvolk“, den Gemeinden, der Pfarrerschaft und einer weiteren Öffentlichkeit kommt ihm entgegen; es bedurfte aber sehr sorgfältiger Begründung, um ihm zur Verwirklichung zu verhelfen. Auch galt es, vielfältige Ressentiments zu überwinden, die sich gegen den katholisch klingenden „Bischofs“-Titel erhoben. Hier reiften späte Früchte einer jahrhundertelangen antikatholischen Erziehung heran.

D) Die Verhandlungen in den Ausschüssen und im Plenum der lutherischen Landessynoden

Auch hier muß auf den Dokumententeil verwiesen werden, während unsere Darstellung sich auf die Hauptlinien beschränken kann. Es wird sich empfehlen, im Folgenden einen Überblick zu geben, der die chronologische Reihenfolge wahrt:

1) Württemberg

Die Aussprache kreist im wesentlichen um zwei Probleme, die beide die Frage nach den oberhirtlichen Funktionen nicht klar heraustreten lassen: kollegiale oder persönliche Leitung, – Verhältnis des Kirchenpräsidenten zu den bisherigen Prälaten (Generalsuperintendenten). In beiden Fällen kommt es zu einem Kompromiß. Der Kirchenpräsident, der nicht ein Geistlicher zu sein braucht, wird zwar mit erheblichen Regierungsrechten ausgestattet, besitzt seine Gewalt aber im wesentlichen als behördliches Organ; die oberhirtlichen Befugnisse der Prälaten erfahren keine Einschränkung.

2) Bayern

Wie im benachbarten Württemberg, wird auch in Bayern, trotz mehrfacher Anträge, der Bischofstitel selbst abgelehnt, dem Kirchenpräsidenten aber eine Stellung eingeräumt, die bischöflicher ist als in allen anderen lutherischen Landeskirchen.

3) Oldenburg

Hier hat sich ein oberhirtliches Amt nicht zu entfalten vermocht. Der Präsident im Hauptamt ist nicht Oberhirte seiner Landeskirche, sondern Vorsitzender und Glied einer kollegial arbeitenden Behörde; es bleibt sogar noch offen, ob er Theologe oder Jurist bzw. Verwaltungsbeamter sein müsse.

4) Mecklenburg

In den beiden Schwesterkirchen setzt sich das landesbischöfliche Amt, mit einer Reihe von oberhirtlichen Funktionen ausgestattet, durch, freilich eingeengt durch die in beiden Landeskirchen kräftigen konsistorialen Organe, besonders in Mecklenburg-Schwerin, wo an der Spitze des Oberkirchenrates noch einige Jahre eine beherrschende Persönlichkeit das Feld behauptete.

5) Sachsen

In der sächsischen Landessynode sind die kraftvollsten Vorstöße zugunsten der Einrichtung eines evangelischen Bischofsamtes erfolgt. Es gereicht dieser verfassungsgebenden Versammlung zur Ehre, daß sie der Erörterung über das Problem des oberhirtlichen Amtes nicht nur den breitesten Raum gegönnt hat, sondern auch die bestbegründeten Vorschläge von allen Seiten entgegennehmen durfte. Größe und Tradition dieser lutherischen Landeskirche, die unter ihren gewählten Synodalvertretern die besten Köpfe des deutschen Luthertums hatte, erklären diesen Tatbestand. Die Vorschläge des Synodalen Lotichius bedürfen, ihrer Originalität und Einmaligkeit willen, eigener Darstellung.

6) Schleswig-Holstein

Vorstöße, auch für diese Landeskirche ein einheitliches oberhirtliches Amt zu schaffen, das alle drei Landesteile – Holstein, Schleswig und Lauenburg – umfassen sollte, wären, wie die im Dokumententeil wiedergegebenen Unterlagen zeigen, beinahe zum Ziel gekommen. Es ist nicht eigentlich das synodale Denken gewesen, das den Schleswig-Holsteinern seit langem eigen war, und das diesen

Vorstoß auf ein einheitliches landesbischöfliches Amt paralyisiert hat, sondern vielmehr das traditionelle Empfinden, das nicht über die Grenzen der drei Bischofssprengel glauben zu können. Man hatte gute Erfahrungen mit den drei Suffragan-Bischöfen gesammelt und brachte darum einen im Ausschuß bereits gefaßten Beschluß, der ein landesbischöfliches Amt vorsah, zu Fall. Es blieb bei der bisherigen Regelung. Bei relativer oberhirtlicher Selbständigkeit werden die drei „Bischöfe“ different in die „Kirchenregierung“ eingegliedert. Den Generalsuperintendenten von Holstein und Schleswig wird der Bischofstitel beigelegt, während sich der bisherige Superintendent von Lauenburg, dessen Rechte, wie die des Herzogtums Lauenburg, eine gewisse Stärkung erfahren, mit dem Titel eines Landesuperintendenten abfinden muß. Die Synoden und die Pröpste, deren herkömmliche Rechte, z. T. bischöfliche Reservate, ausdrücklich bestätigt werden, erfahren durch das Einströmen von „episkopalen“ Gedanken, die auf schleswig-holsteinischem Boden wenig Anklang finden, keine Minderung. Ein einheitliches landesbischöflich-oberhirtliches Amt fehlt für diese Landeskirche, die auch fernerhin starke Tendenzen zur Dezentralisation zeigt.

7) Hannover

Nach ausgedehnter Debatte kommt es hier zu einem Kompromiß, wie er dem bedächtigen Wesen des Niedersachsens entspricht. Man schafft ein landesbischöflich-oberhirtliches Amt, das sich allerdings anderen Ämtern und Organen gegenüber durchsetzen muß, der Landessynode, dem Landeskirchenamt, dem Kirchensenat, dem Abt zu Loccum und schließlich den Generalsuperintendenten gegenüber. Der neue Landesbischof, mit geringen verfassungsmäßigen Rechten ausgestattet, besitzt aber, und das hat sich später bewährt, so viele Möglichkeiten, vor allem durch seine Tätigkeit als Vorsitzender, daß sich dies mit geringen Rechten versehene landesbischöfliche Amt in den Tagen des Kirchenkampfes als handlungsfähig erwies, als Unordnung und Unrecht in die Kirche hineingetragen wurden.

8) Hamburg

Die Kirchenverfassung von 1923 bringt, obwohl der Bischofstitel vermieden wird, obwohl fernerhin der hamsche Senior aus der Zahl der Hauptpastoren gewählt werden muß, eine Stärkung des oberhirtlichen Amtes, wie es früher der hamsche Superintendent einmal besessen hatte: der Senior wird wieder Vorgesetzter der Pastorenschaft, ist nicht mehr nur Primus inter pares.

Die Verhandlungen in den verfassungsgebenden Landessynoden zeigen alle nur möglichen Gesichtspunkte im Für und Wider um das Bischofsamt; sie gewinnen dadurch an Reiz, daß die traditionellen lokalen Tendenzen und Empfindungen lebhaft aufgerufen werden. Nicht die Vorlagen und Entwürfe, sondern die Synodalverhandlungen bieten das wertvollste Material zur Frage nach dem Bischofsamt in den Tagen nach dem Hinfall des landesherrlichen Summepiskopats. Wenn es auch nur an wenigen Stellen, wie später nachgewiesen werden muß, zu echter oberhirtlicher Leitung gekommen ist, so zeigen doch diese Verhandlungen, daß 1) der episkopale

Gedanke in der evangelischen Christenheit Deutschlands lebendig war und nicht mehr unbeachtet bleiben konnte, und daß 2) die damals beschlossenen Verfassungen, zumal sie dem Kompromiß von Synodalverhandlungen entstammen, nicht das letzte Wort in der Frage des Verfassungsneubaues sein sollten.

E) Die Konzeption des sächsischen Synodalen Lotichius

Wie bereits ausgeführt, ist es, abgesehen von vereinzelt, nicht genügend begründeten Anträgen in verschiedenen Landessynoden, eigentlich nur der sächsische Synodale Lotichius gewesen, der mit einem originellen Vorschlag hervorgetreten ist. Wenn dieser auch verworfen wurde und damals keine Aussicht auf Annahme durch das Plenum hatte, so tut dieser Entwurf das, was bei allen anderen Überlegungen außer acht gelassen worden war: er bemüht sich ernsthaft um die Frage, wer denn nun, nachdem der Landesherr als Not-Bischof hingefallen war, dessen legitimer Nachfolger sein könne. Dieser Vorstoß, der es tapfer wagt, dem allgemein vorhandenen Glauben an das synodale Element entgegenzutreten, ist unserer Beachtung wert.

Der Synodale Geheimrat Lotichius tritt in den Akten und Verhandlungen der 10. und 11. sächsischen Landessynode auf und äußert sich vornehmlich zu den Fragen der Nachfolgeschaft des bisherigen Trägers der Kirchengewalt. Bereits in den Jahren 1893 bis 1910 war Lotichius als Oberkonsistorialrat, später als Geheimer Rat, im sächsischen Landeskonsistorium tätig. Als die Nachkriegssynoden zusammentraten, war er also ein in kirchlicher Verwaltungstätigkeit erfahrener Mann. Das gibt seinem mutigen Wort in der „Bischofsfrage“ besonderes Gewicht, und das Plenum hat, obwohl auch kräftige gegnerische Stimmen laut wurden, seinem einsamen Votum Gehör geschenkt und ihm gebührende Aufmerksamkeit widerfahren lassen.

Unter Hinweis auf die Materialien im angefügten Dokumententeil muß hier folgendes festgehalten werden: der Synodale Lotichius hat selbst, als er seinen Antrag begründete, zwei Gedanken aufgeführt, durch die er sich von dem Entwurf des Verfassungsausschusses unterschieden wisse, das freie Gegenüber zum Konsistorium (und, wie im Einzelnen nachgewiesen werden kann, auch zur Synode!) und die Ersetzung des sogenannten Summepiskopats durch eine persönliche „Spitze“. Die Stärke des Vorschlages liegt in seiner Einlinigkeit, die auch vom Plenum anerkannt wird, seine Schwäche freilich darin, daß das kirchenleitende Amt aus reicher kirchenregimentlicher Erfahrung des Antragstellers, letztlich nicht aber aus dem geistlichen Amt und dessen Grundfunktionen heraus entwickelt wurde. Den Stiftungscharakter der Kirche hat der Entwurf Lotichius, so darf man sagen, in der gesamten Diskussion der damaligen verfassungsgebenden Landeskirchenversammlungen am kraftvollsten und eindrücklichsten gewahrt. Die kirchlichen Kräfte – Lotichius mußte damit rechnen, das sowohl die konsistorialen, als auch die synodalen Mächte gegen ihn auftreten würden! – haben den Antrag Lotichius gegen eine verschwindend kleine Minderheit abgelehnt. Erst

spätere Jahre sollten zeigen, daß der einsame Rufer aus der sächsischen Landessynode schon damals auf dem rechten Wege gewesen war.

F) Bischofswahlen

Hier können natürlich nur die Landeskirchen aufgeführt werden, in denen das Amt von Bischof oder Landesbischof geschaffen worden war. Zu Bischofswahlen ist es in folgenden Landeskirchen gekommen: Sachsen (Ihmels), Mecklenburg-Schwerin (Behm), Braunschweig (Bernewitz), Schleswig-Holstein (Mordhorst für den Sprengel Holstein, Völkel für den Sprengel Schleswig), Hannover (Marahrens) und Mecklenburg-Strelitz (Tolzien). In allen Fällen läßt sich das Gleiche beobachten: die Wahl, verfassungsmäßig festgelegt, entscheidet sich mit überwiegender Mehrheit für einen Kandidaten, der der Person nach fast überall bekannt ist. Berufungen von auswärts, wie in Braunschweig oder Schleswig (wo man Geh. Rat D. Rendtorff aus Sachsen für Schleswig zu gewinnen suchte), sind damals noch ungewöhnlich. Wahl und Berufung geschehen in würdiger Form und stellen den Höhepunkt und Abschluß des Verfassungswerkes dar. Die Gewählten danken in bewegten Worten und geloben, ihr Amt gemäß der Verfassung und auf dem Grunde des lutherischen Bekenntnisses zu führen. Die neuen Oberhirten sollten es, trotz des Vertrauens, das ihnen die synodalen Vertretungen entgegengebracht hatten, nicht leicht haben, sich eine, ihrem zukünftigen oberhirtlichen Wirken angemessene Position zu verschaffen.

G) Die Beteiligung der Synoden an Verpflichtung und Amtseinführung der neuen Bischöfe

Die Synoden ließen sich nicht das Recht nehmen, die Verpflichtung der neuen Oberhirten durch ihr Präsidium vornehmen zu lassen. Auch das ist in feierlicher und würdiger Form geschehen. Auf das Ordinationsgelübde des Gewählten pflegte man dabei damals keinen Bezug zu nehmen. Der neue Oberhirte empfing sein Amt aus der Hand der Synode und wurde von den Vertretern der amtierenden Kirchenbehörde begrüßt.

Die gottesdienstliche Einführung, jedes Vorganges auf evangelischem Boden entbehrend, geschah vielfach in einer Weise, bei der die Auftragsrechte der landeskirchlichen synodalen Vertretung gewahrt bleiben sollten. Sowohl in Sachsen, als auch in Hannover erübrigte sich eine eigentliche „Einführung“, worüber der Dokumententeil Auskunft gibt. Der Oberhofprediger in Dresden und der leitende Geistliche der hannoverschen Landeskirche – analog dem Abt zu Loccum – brauchten nicht neu eingeführt zu werden. Von einer Einführung durch einen auswärtigen Oberhirten oder gar von Gedanken der apostolischen Sukzession hören wir nichts. Wo eine Einführung geschah, verblieb sie in landeskirchlichem Rahmen, durch Hinzutritt von auswärtigen Ehrengästen. Auch das Luthertum zeigt damals Verlegenheit gegenüber dem neuen Anspruch.

IV. Das oberhirtlich-bischöfliche Amt in den Nachkriegsverfassungen der lutherischen Landeskirchen Deutschlands

A) Der Verzicht auf ein kirchenleitendes geistliches Amt

In den Landeskirchen von Württemberg, Oldenburg, Lübeck, Braunschweig, Schleswig-Holstein, Hamburg und Thüringen hat man, wie die Verfassungen dieser Kirchen zeigen, zunächst darauf verzichtet, die fortgefallene notbischöfliche „Spitze“ des bisherigen Landesherrn durch ein echtes evangelisches Bischofsamt zu ersetzen. Gewiß, das ist auch in den übrigen Kirchentümern nur recht unvollkommen geschehen, aber in den genannten Territorialkirchen hat ein bewußter Verzicht stattgefunden. Er kommt in folgenden Tatsachen zum Ausdruck:

1) Während man in den übrigen Landeskirchen dem Verlangen des „Kirchenvolkes“, einen „Bischof“ oder „Landesbischof“ als geistliche „Führerpersönlichkeit“ an die Spitze der Landeskirchen zu stellen, jedenfalls in der Weise nachgegeben hat, daß man ein oberhirtliches Amt schuf, wenn auch z. T. mit recht beschränkten verfassungsmäßigen Rechten ausgestattet, hat man diesen Gedanken in den aufgeführten Kirchengebieten bewußt ausgeklammert. Die Synodalverhandlungen, etwa in Schleswig-Holstein, wo es tatsächlich „Bischöfe“ geben sollte, zeigen, daß episkopale Tendenzen dort nur in verhältnismäßig geringem Umfang durchdringen konnten.

Dort hat es, trotz des vorstoßenden Vorschlages durch den Verfassungsausschuß, im Endeffekt kein „landeskirchliches“ Bischofsamt gegeben.

2) Der Verfassungsentwicklung in diesen Landeskirchen ist, bei aller Verschiedenheit im einzelnen, gemeinsam, daß sie an die Spitze der Kirche wieder eine kollegiale „Behörde“, einen „Rat“ setzten, der Regierungsgewalt und Weisungsbefugnis hat, in dem Fragen des Vorsitzes und Abstimmungsmodus wichtig sind. Die eigentlich oberhirtlichen Funktionen, die ja von einer „Kirchenregierung“ oder einem Oberkirchenrat nicht wahrgenommen werden können, bleiben demgemäß bei den kirchlichen „Mittelinstanzen“, in Württemberg bei den Prälaten (Generalsuperintendenten), in Oldenburg bei den Kreispfarrern, in den Hansestädten bei den Hauptpastoren, in deren Kollegium der Senior jeweils Primus inter pares ist, in Braunschweig bei den Kirchenräten (den späteren Propsten), in Schleswig-Holstein bei den Suffragan-Oberhirten, in Thüringen auch weiterhin bei den bisherigen Teilkirchen-Organen, über denen die langsam zusammenwachsende Gesamtkirche mit ihren Organen wie eine Dach-Organisation stand.

Ein landeskirchlich-oberhirtliches Amt hat sich da nur schwer entwickeln lassen, wo der behördlich-kirchenregimentlichen Zentralisation eine ephorale Dezentralisation gegenüberstand. In diesen Landes-

kirchen war die Selbständigkeit der Kirchen-Kreise, Propsteien oder Einzelgemeinden (wie etwa in den Hansestädten) eine so starke Macht, daß sie der Installation eines kirchenleitenden, oberhirtlich-bischöflichen Amtes hinderlich war. Die Aufgabe der in die landeskirchlichen Leitungsgremien eingegliederten Geistlichen bestand im wesentlichen darin, an der „Regierung“ der Landeskirche entweder durch Vorsitz oder durch kollegiales Votum mitzuwirken. Oldenburg und Württemberg verzichteten sogar noch darauf, die Frage zu entscheiden, ob die Präsidialfunktionen im Oberkirchenrat durch einen Geistlichen oder durch einen Juristen wahrgenommen werden sollten. Das ist ein deutlicher Verzicht auf ein landeskirchliches Oberhirtenamt. In beiden Landeskirchen, auch wenn man dem Kirchenpräsidenten in Württemberg eine rechtlich starke Stellung gab, flossen die Amtsbefugnisse des Präsidenten aus seiner behördlichen Stellung; der Name „Präsident“, der staatlichen Sphäre entlehnt, entsprach durchaus dem Charakter dieser Dienststellung. In den Hansestädten und in Thüringen hat sich, wenn auch in verschiedener Weise, oberhirtliches Wirken in eine andere Richtung hin entwickeln können: im Gegenüber zur Pfarrerschaft und im Verkehr mit Pastor und Gemeinden. Die Eingliederung in die landeskirchlichen Regierungs- und Zentralbehörden und die Abhängigkeit von den synodalen Gremien boten keine Ansatzmöglichkeiten für eine weitere Entfaltung.

B) „Heimliche Bischöfe“

Die Nachkriegsverfassungen der lutherischen Landeskirchen Deutschlands, vor allem in kleineren Kirchengebieten, in denen es seit langem angesehene geistliche Ämter gab, die im Besitz oberhirtlicher Rechte waren, vor allem der Ordination und der Visitation, haben auch da bischöfliche Ämter bewahrt, wo Name und Titel fehlten und man sich dieses Erbes kaum bewußt gewesen ist. Gewöhnlich findet sich der „heimliche Bischof“ dort, wo die Verfassungsbestimmungen schweigen oder auf traditionelle, neu bestätigte Rechte hinweisen. Versucht man einen Überblick über diese Zusammenhänge zu gewinnen, so erweist sich

1) das lutherische Amt des Superintendenten, in jenen Jahren häufig überhöht durch die neue Titulatur „Landessuperintendent“ oder Propst = „Landespropst“, als Hort lutherischer Bischofsfunktionen.

Den „Landessuperintendenten“ treffen wir an in Schaumburg-Lippe, wo er seit je eine starke geistliche Stellung hatte, die in den kommenden Jahren ausgebaut werden sollte; ferner im Herzogtum Lauenburg, das in losem Verband mit der schleswig-holsteinischen Landeskirche seine Sonderrechte zu wahren wußte. Auch die Landessuperintendenten der beiden mecklenburgischen Schwesterkirchen können als Suffraganbischöfe hier genannt werden. Der Superintendent von Reuß ä. L., als Oberkirchenrat in die landeskirchliche Behörde eingegliedert, besaß volle bischöfliche Rechte in Ordination und Visitation.

2) Ähnliches gilt für die „Generalsuperintendenten“, z. B. in Hannover, und ihre Kollegen in Bayern und Württemberg mit dem für die süddeutschen Verhältnisse üblichen Titel. Gegenüber den für die

gesamte Landeskirche installierten Oberhirten in Bayern und Hannover hatten sie erhebliche Reservatrechte. In Württemberg waren sie die eigentlichen „Bischöfe“. In dieser, ihren eigenen Weg gehenden Landeskirche besaßen die Prälaten (Generalsuperintendenten) volle oberhirtliche Gewalt, mit der einen Einschränkung, daß sie nicht für die Gesamtkirche handeln konnten und nur teilweise an deren Regierung beteiligt waren.

3) Auch die sächsischen Superintendenten – hier hatte sich das lutherische Superintendentenamt besonders rein erhalten – waren durch die Einrichtung eines landesbischöflich-oberhirtlichen Amtes, das sich durch die in Sachsen vorgenommene Gewaltenteilung eingeschränkt fühlen mußte, in ihren oberhirtlichen Funktionen kaum beschnitten, wie die sächsische Landeskirchenverfassung zeigt.

4) Eine besonders originelle Stellung, in ihrer Weise nur auf dem Boden hansischer Geschichte und stadtkirchlicher Entwicklung und in lutherischen Kirchentümern denkbar, nahmen die Hauptpastoren ein. Sie besaßen zwar nur geringe bischöfliche Funktionen, waren aber in einer einzigartigen Weise aus der übrigen Pfarrerschaft herausgehoben: aus ihrer Mitte mußte der Senior, der die Pfarrerschaft im „Geistlichen Ministerium“ zu vertreten und zu leiten hatte, gewählt werden. Und dieser wuchs gerade in jenen Jahren in die bischöflichen Funktionen des lutherischen Superintendenten hinein. Hier bestand also, gleichsam in Gestalt eines Wahlkollegiums, ein traditionelles Gremium, das zumindest die Chance besaß, den zukünftigen Superintendenten (= Senior) der Gesamtpfarrerschaft zu stellen. Bei aller Angleichung an die allgemein sichtbaren Tendenzen der verfassungsrechtlichen Entwicklung, die sich auch in den hansischen Stadtkirchen bemerkbar macht, haben diese doch ihre eigenen Formen bewahrt, unter ihnen das Amt der Hauptpastoren, das im benachbarten Schleswig-Holstein verschwunden war, und dies Amt hatte Teile bischöflicher Funktionen an sich gezogen.

5) In Sachsen hatte es das traditionsreiche Amt des Oberhofpredigers in Dresden gegeben, dem, seitdem das Herrscherhaus katholisch geworden war, für die Vertretung bei Hofe und gegenüber katholischen Tendenzen einige Bedeutung zukam. Nach 1918 war diesem Amt durch Fortfall der königlichen Hofhaltung der Boden entzogen worden, der Oberhofprediger wurde Parochialgeistlicher wie jeder andere Pfarrer. Als man in Sachsen an die Errichtung eines landesbischöflich-oberhirtlichen Amtes dachte, erinnerte man sich des traditionsreichen Amtes in Dresden, am Sitz des Landeskonsistoriums, auch seiner Exemption und seiner besonderen Rechte – und machte den Vorschlag, dies Amt nicht aufzuheben, sondern mit einem neuen geistlichen Wirkungskreis zu füllen, indem man dem künftigen Landesbischof die Stelle des Oberhofpredigers in Dresden zuwies, so daß man für eine „sedes“ hatte. Man entging damit nicht nur den beträchtlichen Schwierigkeiten der Einführung des neuen Oberhirten und der Zuweisung eines pfarrlichen Amtssitzes neben der Kirchenbehörde, sondern konnte unmittelbar an ein Amt anschließen, das eine ehrwürdige Geschichte und

den Glanz traditionellen Erbes für Kirche und Öffentlichkeit besaß. Der Oberhofprediger in Dresden war also ein „heimlicher Bischof“.

6) Einen besonderen Platz nimmt der Abt zu Loccum ein. Als die Frage auftauchte, wer die „Spitze“ der hannoverschen Landeskirche bilden könne, nachdem der landesherrliche Summepiskopat hingefallen war, haben Paul Fleisch und seine Freunde die Erinnerung an dies traditionsreiche Amt, dessen Institution für den Nicht-Hannoveraner schwer verständlich zu machen ist, für die Gegenwart und ihre Aufgabe des Verfassungsneubaues zu erhalten gewußt.

Was gab dem Abt zu Loccum, diesem fast einzigartigen Amt im lutherischen Kirchentum, eigentlich nur vergleichbar mit dem Abt zu Bursfelde/Weser, einem Amt, das einem Mitglied der Theologischen Fakultät von Göttingen vorbehalten war, seine besondere Stellung, was qualifizierte ihn, „heimlicher Bischof“ zu sein und für die Konstruktion des oberhirtlichen Amtes in der hannoverschen Landeskirche in Betracht gezogen zu werden?

a) Hier war – einmalig für das deutsche Luther-tum – ein Amt vorhanden, das mehr als nur Tradition besaß; der Abt zu Loccum konnte sich aus vorreformatorischer Zeit herleiten, besaß also etwas, was kein anderes Amt in den lutherischen Landeskirchen aufweisen konnte, weitreichende historische und kirchenrechtliche Kontinuität. Daß der Träger dieses Amtes alte Souveränitätsrechte hatte, also dem landesherrlichen Summepiskopat nicht unterstanden hatte, qualifizierte ihn, nachdem dieser fortgefallen war, eine selbständige Position auch weiterhin beanspruchen zu können.

b) Der Abt zu Loccum hatte Vorrang vor den Geistlichen der hannoverschen Landeskirche; er war herkömmlicherweise der „erste Geistliche“ in einem Landeskirchentum, das eben erst zu einem einheitlichen Kirchenkörper zusammenwuchs. Es ist daher kaum verwunderlich, daß man in diesem geschichtlichen Augenblick an sein Amt erinnern konnte. Der Abt zu Loccum hatte historische Anwartschaft auf das landesbischofliche Amt in Hannover. Paul Fleisch hat ausführlich dargelegt, warum man dennoch später auf rechtliche Zusammenlegung der beiden Ämter verzichtet hat.

c) Nach der Reformation und dem Aufhören des Klosterwesens war der Abt zu Loccum im Amt geblieben, hatte aber einen Zuwachs an Funktionen bekommen, die ihn befähigten, Anwartschaft auf die oberhirtliche Leitung der hannoverschen Landeskirche zu erheben. Die Funktionen, die man anderenorts den Landesbischöfen zulegte, z. B. die Fürsorge für den theologischen Nachwuchs, besaß der Abt zu Loccum bereits seit längerem.

d) Durch den Wahlmodus (Wahl durch einen Konvent) besaß der Abt zu Loccum einen unschätzbaren Vorzug: er war unabhängig von synodalen Mehrheitsbeschlüssen und wurde zugleich auf Lebenszeit gewählt.

e) Auch seine finanzielle Lage bot ihm die Möglichkeit, aus der Abtspfründe zu leben und von anderen Einnahmen unabhängig zu sein.

f) Endlich bestand die Ordnung, daß der Abt zu Loccum sich selbst einführt. Auch dadurch konnte man Ungelegenheiten entgehen.

Indem die hannoversche Landessynode sich wesentliche Anliegen der Eingaben von Paul Fleisch und Freunden zu eigen machte und diese in die spätere Landeskirchenverfassung organisch einfügte, trug sie nicht nur der Referenz vor Kontinuität und traditionellem Herkommen Rechnung – ein Zug, der dem hannoverschen Konservatismus entsprach –, sondern löste sie eine Dankesschuld ein gegenüber dem Kloster Loccum und der langen Reihe seiner hervorragenden Äbte. Wenn es, bis heute, dennoch nicht zu einer ständigen Zusammenlegung der beiden Ämter gekommen ist, so blieb doch der Abt zu Loccum, solange er nicht Landesbischof von Hannover war, „heimlicher Bischof“, und unsere Untersuchung darf an diesem Befund nicht achtlos vorübergehen. Die Schwierigkeit, das Amt des hannoverschen Landesbischofs mit dem des Abtes von Loccum zu verbinden, lag nicht zuletzt in der Tatsache, daß der Abt von Loccum auf Lebenszeit gewählt wurde, während das für den hannoverschen Landesbischof nicht ohne weiteres galt.

C) Der „synodale Bischof“

Das Stichwort vom „synodalen Bischof“ gilt für die lutherischen Landeskirchen Deutschlands nur in bedingter Weise. Gewiß, die Wahl der neuen Oberhirten wird in allen landeskirchlichen Verfassungen, die ein oberhirtliches Amt für die gesamte Landeskirche vorsehen, von den Synoden vollzogen. Vorschlagsrechte, etwa von seiten der Pfarrerschaft und ihrer Konvente, in publizistischen Äußerungen der 20er Jahre gelegentlich gefordert, werden nur selten berücksichtigt. An dieser Stelle setzt sich das synodale Denken kräftig durch. Nach allgemeiner Übernahme der Kirchengewalt und Fortfall des landesherrlichen Summepiskopats reservieren sich die Synoden, mit wenigen Ausnahmen (Sachsen, Württemberg, Lauenburg) das Recht der Bischofswahl. In Mecklenburg-Strelitz haben Oberkirchenrat und Kirchentagsvorstand nach Anhören des Propste-Konvents (diese wieder nach vorheriger Besprechung mit der Pfarrerschaft) das Vorschlagsrecht für die Wahl des Landesbischofs. Fast überall wird dabei $\frac{2}{3}$ -Mehrheit gefordert und sind, wenn eine solche nicht sogleich erreicht wird, weitere Wahlgänge vorgesehen. Aber: trotz dieser mehrfachen Sicherungen bleibt es bei einem „Wahlvorgang“, der in die Nähe parlamentarischer Methoden rückt. Daß derjenige, der die Leitung der Landeskirche innehat, durch die Landessynode zum Rücktritt gezwungen werden kann, ist nur in Württemberg gesetzlich verankert. Hannover sieht vor, daß der Landesbischof von sich aus zurücktreten kann. Das oberhirtliche Amt ist also in den lutherischen Kirchen nicht der synodalen Überwachung ausgeliefert worden. Die Eingliederung des Oberhirten in die Kirchengewalt ist nicht total durchgeführt, wie in anderen evangelischen Landeskirchen Deutschlands geschehen, es bleibt von der eigentlichen Kontrolle durch die Landessynode ausgenommen. Darum kann man hier nur in Einschränkung von einem „synodalen Bischof“ reden. Das Gegenüber zu den Synoden bleibt schon da-

durch gewahrt, daß der Landesbischof zwar von den Synoden gewählt und vor ihnen jederzeit zu sprechen berechtigt, doch nicht ihr Mitglied ist. Die Selbständigkeit der neuen Oberhirten den Synoden gegenüber wird nicht aus ihrem geistlichen Amt heraus entwickelt; es bleibt darum einstweilen noch bei einem merkwürdigen Zwischenzustand: sie nehmen ihr Amt aus der Hand der synodalen Organe entgegen, sind aber der weiteren Kontrolle durch diese entnommen.

Viel stärker sind die neuen Oberhirten allerdings den konsistorialen Leitungs- und Regierungsorganen eingegliedert, selbst in Hannover, wo man an dieser Stelle der Verfassungsneuordnung besonders behutsam glaubte vorgehen zu müssen. Man sollte darum, für die lutherischen Kirchen in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg, weniger von einem „synodalen“, als von einem „konsistorialen Bischof“ sprechen. Der Anteil, den die Landesbischöfe an den konsistorialen Regierungsbefugnissen bekommen, ist so groß, daß es notwendig ist, darüber weitere Angaben zu machen. Hier lag zugleich eine der schwierigsten Aufgaben bei der Einrichtung oberhirtlicher Ämter.

D) Der Anteil an der Regierung der Landeskirchen

Durch den Besitz der Kirchengewalt waren die bisherigen Landesherren in besonderer Weise an der Regierung der Landeskirchen beteiligt gewesen. Die Konsistorien waren „Königliche Behörden“, ihre Beamten hatten das Patent königlicher Anstellung. Auch wenn sie sich im allgemeinen darauf beschränkten, Gesetze und Verordnungen auszufertigen, hatten sie doch erheblichen Einfluß auf die behördliche Regierung der im Bereich ihres „Landes“ bestehenden Kirchen nehmen können.

Das alles war nach dem Jahre 1918 hingefallen, und auch die Not-Lösungen, die sich in Preußen und einigen anderen Ländern als Übergang anboten, hatten nur den Charakter von Provisorien. Unter Hinweis auf die angefügten Dokumente ist der Anteil der neugewählten Oberhirten an den Regierungsgeschäften in folgender Weise zu umschreiben:

1) Das konsistoriale Präsidialamt bleibt, auch da, wo man den Namen selbst vermied, erhalten, die Kontinuität mit den bisherigen konsistorialen Organen gewahrt. In einer so wirren Zeit kam viel darauf an, die behördlichen Organe intakt zu erhalten. Der in den meisten Landeskirchen reibungslose Ablauf der Verfassungsneuordnung ist auf das gediegene Funktionieren der kirchlichen Bürokratie zurückzuführen.

2) Wenn man weithin darauf verzichtet hat, das oberhirtliche Amt aus dem geistlichen Amt heraus zu entwickeln, so war man geneigt, ihm die Anordnungsgewalt und Vorgesetztenbefugnisse beizulegen, die dem an Gehorsam und Ehrerbietung gewöhnten Deutschen entgegenkamen. Der süddeutsche Kirchenpräsident trägt diese Funktionen in hervorragendem Maße, z. T. sogar gegenüber den synodalen Organen, aber auch dem ham-

burgischen Senior wuchsen damals ähnliche Befugnisse zu. Das gab ihnen, wenn auch nicht geistliche, so doch dienstliche Befugnisse in reichem Maße und hat ihre amtliche Position gestärkt. In Mecklenburg-Schwerin war Ähnliches vorgesehen; man mußte jedoch mit der endgültigen Ausführung warten, bis ein Personalwechsel in der Leitung des Oberkirchenrats geschehen war. Gerade dies Beispiel beweist, daß Opportunitätsgründe für eine kräftige Beteiligung der landeskirchlichen Oberhirten an der Regierungsgewalt sprachen. Am schwächsten wurde diese in Sachsen, Hannover und Thüringen ausgebildet. In Sachsen und Hannover waren so viele „Konkurrenten“ des landesbischoflichen Amtes vorhanden, daß sich eine sorgsam abgewogene Gewaltenteilung empfahl, in Thüringen kam man damals über gemütvoll und selbstverständliche Umschreibungen der Funktionen des künftigen Landesoberpfarrers kaum hinaus.

3) Schon in den entsprechenden Vor-Beratungen der verfassungsgebenden Landessynoden hatte man auf den Zwiespalt hingewiesen, der überall da aufbrechen muß, wo man ein oberhirtlich-geistliches Amt aus den konsistorial-behördlichen Funktionen heraus entwickelt und gestaltet. Die beiden süddeutschen lutherischen Landeskirchen stellen das Extrem einer Bindung an die Vorgesetzengewalt behördlicher, präsidialer Organe, die thüringische Lösung eine letztlich verwaschene Selbstverständlichkeit dar. Lediglich Bayern macht, durch seine starke Betonung des oberhirtlich-geistlichen Elements, wett, was durch die Eingliederung in die landeskirchliche Zentralinstanz behördlich gebunden war.

4) So können denn auch Ausfertigung der Gesetze, Ernennungen und Zurrufesetzungen unter den Funktionen der Oberhirten in den Vordergrund treten, während die beiden Urfunktionen des evangelischen Bischofsamtes, Ordination und Visitation, zwar auch häufig den Bischöfen zugestanden werden, sie diese aber eigentlich nur im Zusammenwirken mit den geistlichen „Mittelinstanzen“ wahrnehmen können.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß der nachschauende Betrachter sich einer leichtfertigen Kritik enthalten sollte und Verständnis dafür gewinnen müßte, daß eine solche gesetzliche Verankerung der Beteiligung an der Regierung der einzelnen Landeskirchen damals unumgänglich schien; die Geschichte etwa des hannoverschen Bischofsamtes nach dem Jahre 1933 zeigt, daß dies die Rechte, die man ihm 1922 glaubte vorenthalten zu müssen, später an sich zog. Freilich, das Übermaß an Beteiligung in den landeskirchlichen Regierungsgeschäften, das schon dem früheren Landesherrn als Not-Bischof belastet hatte, führte in vielen Fällen dazu, daß die geistliche Qualität des oberhirtlichen Amtes verdeckt werden konnte. Bischöfe als „Vorsitzende“, als Mitglieder der Landeskirchenämter, Konsistorien oder Oberkirchenräte, — das schien so nur in einem Lande möglich zu sein, das eine lange konsistorial-behördliche Regierung der Kirche und des Staates hinter sich hatte; Einordnung, Eingliederung und Beteiligung des obersten geistlichen Leitungsamtes ließen ein gesundes Gegenüber vermissen und mußten an vielen Stellen dazu führen, daß die Freiheit, die Kirche aus dem Wort zu regieren und beim Bekenntnis

zu erhalten, Einschränkungen erfuhr. In den Landessynoden haben die Redner mehrfach auf diese Entwicklung hingewiesen. Daß das lutherische Bischofsamt dennoch nicht unter den Akten der behördlichen Institution versunken ist, sondern lebendige Kräfte hat entfalten können, die dann dem deutschen Luthertum zugute kamen, verdankt es seinen hervorragenden bischöflichen Vertretern, die aus den synodalen Wahlhandlungen hervorgegangen sind.

E) Ordination und Visitation

Unsere Untersuchung kann sich hier kurz fassen und auf die Übersichten verweisen, die Paul Schoen, freilich wesentlich unter kirchen- und verfassungsrechtlichem Gesichtspunkt, über die potestas des evangelischen Bischofsamtes gegeben hat.¹⁶⁾

In den kleineren lutherischen Landeskirchen, so in Schaumburg-Lippe, Oldenburg, Landesteil Lübeck, Reuß ä. L. und den Hansestädten bestand keine Notwendigkeit, Visitation und Ordination auf mehrere Hände zu verteilen; beide Funktionen verblieben auch fernerhin bei den traditionellen oberhirtlichen Ämtern, die einen erheblichen Teil ihrer geistlichen Gewalt von ihnen herleiten konnten.

In größeren Kirchengebieten, so z. B. in Bayern, den beiden mecklenburgischen Landeskirchen, in Sachsen und Hannover, mußten die neuen Oberhirten partizipieren. Während ihnen allgemein das Ordinationsrecht zugesprochen wurde, freilich nicht überall obligatorisch für die gesamte Landeskirche, führte die Entwicklung dahin, sie von der Pflicht regelmäßiger Visitationen zu befreien. Sie mußten damit auf eine Funktion verzichten, die in vielfältiger Weise Oberhirten, Pfarrer und Gemeinden zu einer Gesamtgemeinde zusammenführen konnte. Die Fürsorge für den theologischen Nachwuchs, die man ihnen allgemein zuerkannte, blieb unvollständig, wenn sie nicht auch die Ordination verwalteten, der Dienst an Pfarrern und Gemeinden lückenhaft, wenn sie nicht regelmäßig auf Visitationsreisen gingen. Man kann weitere Gründe für diesen offenkundigen Mangel angeben. Die Fülle der Repräsentationspflichten, die auf sie zukam, vermochte das kaum aufzuwiegen. Schleswig-Holstein-Lauenburg hatte guten Grund, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, die in den Oberhirten Ordinatoren und Visitatoren sah.

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß die gänzliche Preisgabe von Ordination und Visitation, wie etwa in Württemberg oder Oldenburg, dem Bischofsamt von vornherein den Boden entzog.

Die oben geschilderte Entwicklung, so verständlich sie auch aus der Sachlage heraus sein mag, hat im gleichen Augenblick, als nunmehr Ansätze für ein evangelisches Bischofsamt vorhanden waren, wesentliche Lebensfunktionen eines solchen Oberhirtenamtes herausgebrochen.

F) Neue oberhirtliche Funktionen und Befugnisse

Aber die Zeit nach dem ersten Weltkrieg war erfinderisch; sie hat, als sie darauf verzichtete, dem neuentstehenden Oberhirtenamt die beiden Grundfunktionen des evangelischen Bischofsamtes allgemein

zu belassen, es nicht an Anstrengungen fehlen lassen, diesem neuen Amt eine Fülle von neuen Funktionen und Befugnissen zu geben, deren Zahl – vgl. die entsprechende Aufstellung bei Paul Schoen – Legion ist.

1) Das sind zunächst die Pflichten, die sich aus dem Charakter der Kirche als genossenschaftlichem Gebilde ergaben, Präsidialpflichten, Vertretung der Kirche nach außen und in vermögensrechtlicher Hinsicht, Weisungsgewalt gegenüber untergeordneten Stellen und Organen.

2) Daneben tritt das Unmaß an Amtspflichten, die die Landeskirche als Körperschaft des öffentlichen Rechtes bei öffentlichen Anlässen vertreten sollen, die Repräsentationsaufgaben, an denen es in Zukunft für die neugewählten Oberhirten nicht fehlen sollte, Pflichten, wie sie z. T. bereits ihre Vorgänger aus der Zeit des landesherrlichen Kirchenregiments besessen hatten, die aber ebenso gut durch geeignete weltliche Vertreter der Landeskirchen hätten wahrgenommen werden können, wenn man sich frühzeitig daran gewöhnt hätte, die Mitarbeit der Laien im Raum der evangelischen Landeskirchen ernster zu nehmen. In den gleichen Zusammenhang gehören die in fast allen Landeskirchenverfassungen genannten Funktionen, Weihehandlungen vorzunehmen. Es wird nirgends ersichtlich, warum diese Funktionen integrierender Bestandteil des oberhirtlichen Wirkens sein müßten, und der Betrachter kann sich des Verdachtes nicht erwehren, daß hier eine folgenschwere Vermischung der geistlichen mit den weltlichen, speziell den repräsentativen Befugnissen, stattgefunden hat.

3) Die Zahl der Pflichten, die die neuen Oberhirten gegenüber den Pfarrern wahrnehmen sollen, für deren Fort- und Weiterbildung, für den theologischen Nachwuchs, Studenten und Kandidaten, ist gleichfalls Legion und kaum zu übersehen, geschweige denn von einer einzigen Persönlichkeit wahrzunehmen. Selbstverständlich wirkt der Oberhirte an entscheidender Stelle bei den beiden theologischen Prüfungen mit, besucht er die Predigerseminare und Kandidatenvereine, soll er mit der theologischen Arbeit vertraut bleiben. Man gewinnt den Eindruck, daß die Gestalt des Professors, der der deutsche Protestantismus seit den Tagen Martin Luthers kräftige Züge verliehen hat, im lutherischen Bischofsamt fröhliche Urstände feiern konnte! Die Folgen der Verlagerung von Ordination und Visitation werden deutlich sichtbar.

4) Werke, Vereine, Anstalten und Stiftungen haben sich seit dem 19. Jahrhundert auf dem Boden der Kirchen, oft aber unmittelbar neben ihnen, entwickelt. Wo war ein verbindendes Band? Als man oberhirtliche Ämter schuf, bedachte man ihre Träger, ohne ihnen allerdings in den meisten Landeskirchen offizielle Weisungs- und Visitationsbefugnisse den freien Arbeiten der evangelischen Christenheit gegenüber geben zu können, mit der Wahrnehmung dieser Verbindung, bot ihnen dadurch mannigfache Möglichkeiten, die sich segensreich ausgewirkt haben, belastete sie aber mit Funktionen, die sie in dieser Fülle kaum wahrnehmen konnten.

¹⁶⁾ Schoen, Paul, Der deutsche evangelische Bischof . . . , 1925, S. 414 ff.

5) An einer Stelle hat man dem künftigen Bischofsamt eine zukunftssträchtige Aufgabe zugedacht, die auch gelegentlich in den Verfassungsbestimmungen wiederkehrt: nach 1918 war die „volksmissionarische Stunde der Kirche“, wenn man so einmal sagen darf, angebrochen. Wer sollte vorgehen? Nicht ein Einzelner, der von seinem Standort aus mangelnden Überblick hatte, – sondern Der, von dem man annehmen durfte, daß er das Ganze des landeskirchlichen Lebens im Auge hatte, und dessen Bemühen darauf gerichtet sei, die entkirchlichten und verführten Massen kraft seines Amtes anzusprechen. Verfasser glaubt, daß der Ansatz, der damit gegeben war, höchst unvollkommen und gefährlich war, aber er möchte doch darauf hinweisen, daß die Männer und Frauen, denen wir die Nachkriegsverfassungen verdanken, eines richtig gesehen haben: die Hauptaufgabe eines künftigen evangelischen Bischofs könnte nicht eine konsistorialbürokratische, sondern eine geistliche sein; und weil sie erkannt hatten, daß der Gemeindepastor, wie auch der nächste kirchliche Vorgesetzte, zur Erfüllung dieser gesamtkirchlichen Aufgabe ungeeignet seien, weil sie ferner dem neuen Oberhirten ein besonderes Maß an geistlicher Freiheit zudachten, darum gaben sie ihm eine solche Erwartung mit auf den Weg und verankerten diese in ihren Verfassungen. Die Persönlichkeiten mancher Bischöfe, die begnadete Volksmissionare waren, bestärkten sie in diesen Hoffnungen und ließen in der Tat einen neuen „Typus“ des evangelischen Bischofs entstehen, den des „volksmissionarischen Bischofs“, der ein beachtliches Korrektiv zu Volkskirche und Bürokratie darstellt.

6) Eine Aufgabe neuer Art, die den Oberhirten in ganz erheblichem Maße zuwachsen sollte, haben die Väter der Nachkriegsverfassungen damals kaum übersehen können: das stärkere Zusammenwachsen der evangelischen oder der lutherischen Kirchen in Deutschland und darüber hinaus. Daß diese Entwicklung durch leitende geistliche Persönlichkeiten leichter zu betreiben sein werde als durch Vertreter von Kirchenbehörden, sollte schon die nächste Zukunft erweisen. Hier lag, in der Tat, ein fruchtbarer Ansatz für Männer, die aus der Fülle des geistlichen Leitungs- und Regierungsamtes heraus handeln konnten. Der Anteil der evangelischen Bischöfe, besonders auch der lutherischen, an der fortschreitenden Eini-gung der evangelischen Christenheit in Deutschland nach 1918 ist kaum abzuschätzen.

G) Bischofsamt und Pfarramt

Die Frage, ob und in welcher Weise der neue landeskirchliche Oberhirte „Pfarrer“ sein und pfarramtliche Funktionen wahrnehmen solle bzw. könne, tritt in den Verfassungen, in den vorausgegangenen Synodalverhandlungen, aber auch in der allgemeinen öffentlichen Debatte um das Bischofsamt in jenen Tagen kaum hervor; sie wird erst nach 1933 und erneut nach 1945 diskutiert.

Die Gründe dafür sind leicht zu entdecken: aus synodaler Wahlentscheidung hervorgegangen, soll der Oberhirte, wenn er überhaupt Geistlicher ist,

vor allem an der „Regierung“ der Landeskirche teilnehmen, er gehört zu ihren leitenden Organen. Auf seine Qualifikation als Geistlicher wird selten Bezug genommen, das Ordinationsgelübde, das er einmal abgelegt hat, spielt bei seiner Berufung, Wahl und Einführung sichtbar keine Rolle. Nur in kleineren Landeskirchen verbleibt es bei der herkömmlichen Übung, daß der Oberhirte auch einen Pfarrsprengel, eine pfarramtliche sedes mit ihren Amtspflichten hat. In größeren Landeskirchen schien bei der Überfülle von administrativen und repräsentativen Pflichten kein Raum für pfarrlichen Dienst zu sein.

Die Ablösung vom pfarramtlichen Einsatz wird in vielen Fällen, wenn man den Oberhirten nicht als „Oberkirchenrat“ in die landeskirchliche Regierungsbehörde vollständig eingegliedert hatte, dadurch kompensiert, daß man die Landeskirche, der er als „erster Pfarrer“ vorgesetzt war, als einheitlichen Pfarrsprengel betrachtete, in dem man ihm Kanzelrecht und die Möglichkeit zu Abkündigung und Hirtenbrief einräumte,¹⁷⁾ freilich nicht in allen Landeskirchen ohne Einschränkung durch das herkömmliche Recht der Pfarrer und geistlichen „Mittelinstanzen“.

Die Beziehung zum Pfarramt sucht man auf dem Weg des dienstlichen und seelsorgerlichen Umgangs mit Pastoren und Gemeinden zu lenken. Das entsprach der Auffassung vom Öffentlichkeitsdienst der Kirche, wie sie damals üblich war. Gewiß, die Bischöfe jener Tage haben vielfältige Gelegenheit gehabt, das Wort zu verkündigen und sich an Gemeinde und Öffentlichkeit zu wenden; dem eigentlich pfarramtlichen Dienst aber wurden sie mehr und mehr entzogen. Sie wurden Teil des institutionellen „Überbaues“, in den sich die Landeskirchen einfügen ließen. Das vertiefte die Kluft, die zwischen einem „Oben“ und „Unten“ in der evangelischen Christenheit Deutschlands entstehen konnte. Das landesherrliche Kirchen-„Regiment“ wurde auf diese Weise in den nunmehr staatsfreien Landeskirchen konserviert.

Neben den kleineren lutherischen Landeskirchen, die ihre Oberhirten mehr im Bannkreis des Pfarramtes belassen konnten, sind hier vor allem die beiden Hansestädte zu nennen, die ihren Senioren durch regelmäßige Teilnahme am Predigt- und Pfarrdienst ihrer sedes-Gemeinden und durch ihren Vorsitz im Geistlichen Ministerium Gemeinde- und Pfarramts-Nähe garantieren konnten. Hier waren denn auch fruchtbare Ansätze für ein oberhirtliches Amt im Verkehr mit Pfarrern und Gemeinden vorhanden. In den größeren Landeskirchen hat eigentlich nur der Landesbischof von Sachsen, in seiner Eigenschaft als Oberhofprediger in Dresden, eine ihm zustehende regelmäßige Predigtstätte gehabt. Seine Kollegen in den größeren Landeskirchen waren zu vagantes geworden, die fast jeden Sonntag auf einer anderen Kanzel ihrer Landeskirche zu stehen sich angewöhnten. Die Verlagerung aus dem regelmäßigen Predigtturnus an einer Parochialgemeinde in die volksmissionarische oder repräsentative Öffentlichkeit ist unverkennbar. Das Bemühen, dem Bischof auch einen festen Amtssitz zu geben – vgl. den Amtssitz des Amtes zu Loccum

¹⁷⁾ Über den „Hirtenbrief“ im Raume evangelischen Kirchentums gibt es wohl noch keine gesonderte Untersuchung; eine solche würde für künftige Überlegungen sehr nützlich sein.

im damaligen „Loccumer Hof“ in Hannover – und auf Residenzpflicht zu drängen, wird erst viel später sichtbar. Die Mobilität der Bischöfe, von den Landeskirchen, den Pfarrern und den Gemeinden mit Recht oft beklagt, hat damals ihren Anfang genommen.

H) Die Titelfrage

Die Frage, welche Amtsbezeichnung die neuen, durch die verfassungsgebenden Landessynoden gewählten Oberhirten tragen sollten, hat erhebliches Gewicht besessen. Das gilt besonders für die lutherischen Landeskirchen Deutschlands. Man kann das nur verstehen, wenn man den tiefliegenden Untergründen nachspürt.

1) Das Problem der Titulatur konnte solange auf sich beruhen, als es bisher der Staat gewesen war, als „Schirmherr“ und „Regent“ der Kirchen, der über Würden und Ehren zu befinden hatte. Mit der Übernahme des landesherrlichen Schutzes war auch diese Frage erledigt. Die staatliche Regierung und Oberaufsicht beließ zwar die alten, aus der Reformationszeit stammenden Titel (z. B. Superintendent), zeigte jedoch das Bestreben, Amtsbezeichnungen, die auch im staatlichen Bereich Geltung hatten, im kirchlichen Raum einzuführen. So kann es dort Präsidenten, Räte, Geheime Räte, Kommissare, Generalsuperintendenten u. ä. geben.

2) Der Hinfall des landesherrlichen Kirchenregiments führt keineswegs zu einem Aufhören der staatlichen Titulatur, zeigt aber die Tendenz, belastete Amtsbezeichnungen fallen zu lassen, schlichte kirchliche Titel, z. B. den Superintendenten, dadurch zu neuen Ehren zu bringen, daß man sie plerophorisch anreicherte, Superintendent – Generalsuperintendent – Landessuperintendent. In einer Zeit, in der auf politischem Gebiet eine demokratische Einordnung vor sich ging, waren in der Kirche Strömungen vorhanden, vollere Titulaturen zu finden.

3) Der Bischofstitel, den der Landesherr, obwohl der Sache nach in seinem Besitz, selbst kaum oder nur in den seltensten Fällen gebraucht hatte, war für evangelisches Empfinden neu. Man hatte ihn hervorgeholt, und als er da war, entdeckte man, daß er durch jahrhundertelange Übung im Katholizismus eine ganz bestimmte Prägung und Gestalt gewonnen hatte. Während die einen ihn leidenschaftlich ablehnten, haben andere den Versuch gemacht, ihm auch auf lutherischem Boden neuen Glanz zu geben, wie z. B. aus der vernünftigen Debatte in der hannoverschen Landessynode hervorgeht, wo man die Frage nach einer gebührenden Anrede des Landesbischofs ernsthaft diskutieren konnte. Die Frage, ob man einen Bischof oder einen Landes-Bischof haben wolle, ist in den meisten Fällen zugunsten des Landesbischofs entschieden worden: man hat damit wohl zum Ausdruck bringen wollen, daß der Sprengel des neuen Oberhirten die gesamte Landes-Kirche, d. h. die territorialgeschichtlich gewordene Einheit eines „Landes“ sei. Daß Schleswig-Holstein bei mehreren Bischöfen blieb, hat lokale Gründe: die dortige Landessynode konnte sich nicht zur Konstruktion nur eines oberhirtlichen Amtes bereitfinden, sie gab einem der drei Bischöfe den

administrativen und repräsentativen „Vorsitz“ in der Kirchenregierung, blieb aber bei der traditionellen Ordnung von drei bischöflichen Sprengeln.

4) Die Diskussion um die Beibehaltung des „Kirchenpräsidenten“ ist bezeichnenderweise in Bayern, nicht in Württemberg, am leidenschaftlichsten gewesen: dort hatte man ja, in der Tat, dem Träger dieses hohen Amtes eine solche Fülle von echt oberhirtlichen Funktionen beigelegt, daß der präsidiale Titel, der in Bayern dann auch früher als im benachbarten Württemberg gefallen ist, auf die Dauer nicht mehr angemessen schien für das kirchenleitende Amt in der Landeskirche. Daß diese Titulatur auf die beiden süddeutschen Landeskirchen des Luthertums beschränkt blieb und später nur noch in nichtlutherischen deutschen Landeskirchen bewahrt bzw. erneuert wurde (Pfalz, Hessen), ist aufschlußreich. Auf die Dauer war sie lutherischem Empfinden nicht angemessen.

5) Auch der „Generalsuperintendent“, bis heute charakteristisch für die großen Provinzialkirchen der Union, hat im deutschen Luthertum keinen bleibenden Boden gefunden: in Württemberg wich er den Prälaten, in Schleswig-Holstein den beiden Bischöfen, Hannover ersetzte ihn in den 30er Jahren durch seine Landessuperintendenten. Die Erinnerung an eine alte lutherische Institution, die mit Generalvisitationen und Generalinspektionen verbunden war, verblaßte, Ressentiments gegen behördlich-obrigkeitliche Befugnisse, sowie das Vorhandensein des Titels in Preußen, mögen mitgewirkt haben, diesen vollklingenden Titel verschwinden zu lassen. Auch in Bayern entschied man sich gegen die „Generaldekane“ und für die Installation von „Kreisdekanen“. Das liegt alles auf der gleichen Linie der Entwicklung.

6) Gering ist auch der Raum, den der Titel „Propst“ einnimmt. Sieht man von Schleswig-Holstein und zwei traditionellen Ephorien in Hannover („Pröpste“ in Ulzen und Lüchow) ab, von Braunschweig, wo man ihn später einfuhrte, um den blässeren „Kirchenrat“ zu ersetzen, so zeigt sich, daß es eigentlich nirgends im Luthertum recht gelungen ist, den „Propst“ heimisch werden zu lassen. In Oldenburg, Landesteil Lübeck, läßt sich die gleiche Entwicklung wie in Braunschweig beobachten: der leitende Geistliche von Eutin, früher Kirchenrat und Superintendent, steigt zum „Landespropst“ auf. Ob die Nähe von Schleswig-Holstein mit seiner Propsteiverfassung und von Lauenburg (Superintendent – Landessuperintendent) bestimmend gewesen ist? Das Gesetz, das für Eutin die Änderung der Titulatur des leitenden Geistlichen verkündet, verweist auf sprachliche Gründe.

7) Tendenzen der Eindeutschung und Sprachreinigung, die vor allem Latinismen und undeutsche Wortungetüme bei den kirchlichen Amtsbezeichnungen ausmerzen möchten, werden gelegentlich sichtbar. Freilich, warum etwa „Propst“ dem deutschen Sprachempfinden mehr entsprechen sollte, als es der biedere „Superintendent“ tut, ist kaum einzusehen. Auch der Bischofstitel wird von den Freunden deutscher Amtsbezeichnungen gern empfohlen. Der „Oberpfarrer“ und endlich der „Landesoberpfarrer“ (Thüringen) entstammen, wenn man nicht theologische

oder kirchenpolitische Strömungen dahinter vermuten muß, gleichfalls dem Eindeutschungsbemühen, das in Thüringen bereiten Boden gefunden hatte.

8) Wieder waren es die Hansestädte gewesen, die in ihren Stadtkirchentümern lokal gewachsene und bewährte Amtsbezeichnungen – den Senior und die Hauptpastoren – bewahrt hatten. Sie zeigten sich nach 1918 zunächst keineswegs geneigt, auf diese Eigenrechte zu verzichten, haben aber später den Tendenzen Tribut zahlen müssen, im deutschen Protestantismus zu Titulaturen zu kommen, die allgemein üblich waren und dementsprechend überall verstanden werden konnten. Die Verleihung des Zeichens der bischöflichen Würde, des Amtskreuzes, an den hamburgischen Senior, beweist das nicht nur, sondern wird auch damit begründet, daß man den ersten Geistlichen der hansischen Landeskirche seinen Kollegen in anderen Landeskirchen angleichen müsse.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Frage der Titulatur und Amtsbezeichnung damals mehr als eine Stilfrage gewesen ist; hinter ihr stand das Ringen um den geistlichen und institutionellen Standort der neuen Oberhirten. Dabei zeigten sich folgende Tendenzen:

1) Die Abwertung des urlutherischen Superintenden, der, außer in Sachsen, als Bezeichnung

eines oberhirtlichen Amtes, nur durch füllende Zusätze fortzuleben wußte;

2) das Bemühen, belastete oder mißverständliche Titulaturen aus der Zeit des Staatskirchentums durch genuin kirchliche Amtsbezeichnungen zu ersetzen (Fallenlassen der Generalsuperintendenten und der -Räte);

3) die Aufnahme von Sprachreinigungsbestrebungen, die auf erhöhte Popularität der neuen Titel drängten;

4) die Angleichung der oberhirtlichen Amtsbezeichnungen an Titel, die allgemein verbreitet, bekannt, verständlich und geachtet waren. Dieser Tendenz sind schöne alte Titel, soweit sie lokal gebunden waren, zum Opfer gefallen.

Der Bischofstitel hat sich in vielen lutherischen Kirchen langsam durchgesetzt, ein Beweis dafür, daß er sachlich die besten Voraussetzungen für Aufnahme in lutherischen Landeskirchen bot, zugleich aber auch ein Zeichen dafür, daß man in den lutherischen Gliedkirchen Fülle und Reichtum des bischöflichen Amtes haben wollte. In den außer-lutherischen Territorialkirchen Deutschlands hat er sich dagegen nur zum Teil einführen lassen.

V. Das lutherische Bischofsamt am Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung

A) Vorstöße in einzelnen Landeskirchen

Hier ist nur wenig nachzutragen. In den Landeskirchen, in deren verfassungsgebenden Synoden, oft erst nach hartem Kampf, ein oberhirtliches geistliches Amt durchgesetzt werden konnte, hatten dessen Inhaber nun genug damit zu tun, der Fülle ihrer neuen Amtspflichten nachzukommen und dem neuen Amt, zumal ihm viele mit Kritik und Skepsis begegneten, weithin sichtbaren Inhalt zu geben. Wenn man die vitae der damaligen amtierenden lutherischen Bischöfe schreiben könnte, würde man einem respektablen Ringen um die Gestalt des landesbischöflichen Amtes auf dem Boden lutherischen Landeskirchentums begegnen.

Wenn es um die „Bischofsfrage“ dennoch hier und dort Diskussionen gegeben hat, so lag das im wesentlichen an folgenden Gründen: in der größten evangelischen Kirche Deutschlands, der Altpreußischen Union, ist bemerkenswerterweise gerade die „Bischofsfrage“, dort immer neu entzündet als „Titelfrage“, nicht zur Ruhe gekommen, sondern hat noch im Jahre 1925 und 1927 die Gemüter bewegt und erregt. Selbstverständlich sind solche Vorgänge nicht ohne Einfluß gewesen auf die Entwicklung in anderen Landeskirchen. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich zwar auf die bloße Beobachtung dieser Tatsache, ohne der Frage, wie sich die Verhandlungen in Altpreußen auf andere Kirchengebiete haben auswirken können, weiter nachzugehen. Dazu müßte weiteres publizistisches Material erschlossen werden. Es sei lediglich vermerkt, daß innerhalb

der Debatte in der altpreußischen Generalsynode bedeutsame Stimmen geäußert wurden, und daß es nicht selten lutherische Synodale waren, die eine „episkopale“ Lösung befürworteten.

Das in Schleswig-Holstein die Frage nach dem Amtssitz des Bischofs für Schleswig, den die Schleswiger aus begreiflichen Gründen in der Stadt Schleswig und am dortigen Dom residieren wissen wollten, nicht zur Ruhe kam, verwundert nicht. Tiefere grundsätzliche Fragen um das Bischofsamt selbst waren nach den vorausgegangenen Debatten in der verfassungsgebenden Versammlung freilich nicht mehr zu erwarten.

In Hannover ließen sich traditionell begründete Hoffnungen erfüllen: im Jahre 1928 starb der bisherige Abt zu Loccum, D. Hartwig, der amtierende Landesbischof D. Marahrens konnte durch den Konvent des Klosters Loccum nunmehr auch die Abtswürde empfangen und beide Ämter in seiner Person vereinigen.

Mecklenburg-Schwerin mußte im Jahre 1930, nach dem Tode des ersten Landesbischofs D. Behm, erneut zur Bischofswahl schreiten. Im Briefwechsel zwischen dem Oberkirchenrat und dem Neugewählten, Prof. D. Rendtorff, werden mehrfach grundsätzliche Fragen über das bischöfliche Amt behandelt.

Auffällig ist ferner, daß die „Bischofsfrage“ in zwei verschiedenen Bereichen des lutherischen Landeskirchentums in Deutschland in jenen Jahren nicht zur Ruhe gekommen ist:

1) In den beiden süddeutschen Landeskirchen, in denen man das Amt des „Kirchenpräsidenten“ bewahrt, diesem aber teilweise bischöfliche Befugnisse zugeschlagen hatte, in Bayern und in Württemberg. Der 1931 gewählte Ständige Ausschuß des 2. württembergischen Landeskirchentages bat den damaligen Kirchenpräsidenten D. Wurm, im Amt seit 1929, künftig den Titel Bischof „anzunehmen“. Diese Formulierung ist charakteristisch für den Gang der Entwicklung in einer Landeskirche, die sich nach 1918 noch nicht einmal klar dafür entschieden hatte, ob sie ihr kirchenleitendes Amt einem Geistlichen oder einem Juristen anvertrauen solle! Wurm selbst hat diesen Antrag nur auf seine Person beschränkt. Verfassungsrechtlich ist der Bischofstitel dann erst im Jahre 1948 in Württemberg eingeführt worden, und erst damals hat man grundsätzlich Bezug auf das Ordinationsgelübde des Gewählten genommen, womit endgültig entschieden war, daß das kirchenleitende Amt bei den Württembergern zukünftig ein geistliches sein sollte. In Bayern haben zwei Landessynoden, wie der Dokumententeil ausweist, sich mit Anträgen beschäftigen müssen, die den Titel „Bischof“ anstelle des „Kirchenpräsidenten“ forderten. Hier bringen freilich erst die politischen Ereignisse des Jahres 1933 endgültig den landesbischoflichen Titel.

2) In den beiden norddeutschen Landeskirchen Schaumburg-Lippe und Hamburg, in beiden erstmalig, taucht die Frage nach dem oberhirtlichen Amt in den 20er Jahren auf: in Schaumburg-Lippe gibt es 1927 so etwas wie eine „kleine Verfassungsänderung“ durch Schaffung eines Landeskirchenamtes, nachdem sich nach 1918 ein Neubau der landeskirchlichen Verfassung erübrigt hatte; aus der Pastorenschaft (Sprecher Pastor Heidkämper-Bückeburg) kommt fast gleichzeitig ein Vorschlag, den Oberhirten der kleinen Landeskirche, den Landessuperintendenten, erst nach Befragung der Superintendenten und des Pfarrervereins durch die Synode wählen zu lassen. Vielleicht hat hier das Verfahren der benachbarten westfälischen Kirche mitgewirkt (s. Dokumententeil). In Hamburg, wo der Senior, wie der Dokumententeil nachweist, tatsächlich eine kräftigere oberhirtliche und Vorgesetztenstellung errungen hatte, spielt sich im Herbst 1925 eine aufschlußreiche öffentliche Auseinandersetzung ab, die in vielem an das erinnert, was in Altpreußen geschehen war; hansische Unabhängigkeit fürchtete hierarchische Bestrebungen und damit eine ungewöhnliche Änderung der hamburgischen Kirchenverfassung.

B) Verstärkung der „episkopalen Tendenzen“

Die Vorgänge in Altpreußen, aber auch in einzelnen lutherischen Landeskirchen (s. o.), zeigen, daß der Wunsch, oberhirtliche Ämter zu haben, auch dann nicht verstummt ist, als die neuen Landeskirchenverfassungen verabschiedet waren. Gerade der Kompromiß, den die Generalsynode der altpreußischen Landeskirchen in dieser, viele Gemüter erregenden Frage geschlossen hat, ist ein Beweis dafür, daß man sie nicht zu lösen wagte, sondern offen ließ. Daß etwa Bayern und Württemberg, letzteres besonders lange, zögerten, den letzten Schritt auf das landesbischofliche Amt hin konsequent zu vollziehen, spricht dafür, wie unbefriedigend die Konstruktion der ersten Nachkriegsjahre geblieben war.

Die Antwort darauf, warum die „Bischofsfrage“ trotz guter Ansätze und verheißungsvoller Neuordnung nicht zur Ruhe gekommen ist, läßt sich aus den dieser Untersuchung zugrundeliegenden Materialien nur andeutungsweise geben:

1) Wie bereits dargelegt, ist es den verfassungsgebenden Landessynoden eigentlich in keiner lutherischen Kirche gelungen, einen Geistlichen als Oberhirten an die Stelle des hingefallenen notbischoflichen Amtes der Landesherren unmittelbar zu setzen. Die Übernahme dieser Funktionen durch die Synoden und die Konsistorien bzw. durch ein Prinzip der „Gewaltenteilung“, das seinen Ursprung in einem kirchenfremden Denken nicht verleugnen konnte, hat Lösungen verhindert, wie sie z. B. der sächsische Synodale Lotichius vortragen konnte. Solange einerseits die „Kirchengewalt“ beherrschend im Vordergrund stand, andererseits Pfarramt und Ordination nicht grundlegende Qualifikation für den Inhaber des oberhirtlichen Amtes waren, konnten die Probleme der „geistlichen Leitung“ nicht befriedigend gelöst werden. Mit ganz wenigen Ausnahmen hat das lutherische Landeskirchentum in den Nachkriegsjahren an dieser Entwicklung teil: es konnte nirgends zu einer echten Entfaltung des landesbischoflichen Amtes kommen; es blieb bei einem Bischofsamt, wenn ein solches überhaupt vorgesehen war, das mit einer oder mehreren der vorhandenen oder neuerstarkenden Gewalten in der Kirche, der Synode oder dem Konsistorium, teilen mußte. Die Eingliederung des Bischofs in die Kirchenregierung bot sich als die Form an, die dem tatsächlichen Stand der Verhältnisse entsprach. Das konnte nicht verhindern, daß der Wunsch, ein vollmächtiges Bischofsamt zu haben, neuen Boden im Kirchenvolk, in den Gemeinden, in der Pfarrerschaft, sowie in einer weiteren Öffentlichkeit fand. Die Diskussion, die vor dem Zusammentritt der verfassungsgebenden Landessynoden entbrannt war, ging an vielen Orten weiter.

2) Die neuen Oberhirten, die ihr Amt mit Eifer, Hingabe und Geschick aufnahmen, haben vielfach erkannt, daß die in den Landeskirchenverfassungen verankerten Bestimmungen Grenzen, vor allem der Zuständigkeiten, gesetzt hatten, die auf die Dauer einem fruchtbaren oberhirtlichen Wirken hinderlich sein mußten. Man muß es ihnen zur Ehre anrechnen, daß nirgends der Versuch sichtbar wird, weitere „Machtbefugnisse“ zu usurpieren. Sie haben sich dagegen bemüht, dem neuen Amt Profil und Inhalt zu geben. Es ist bedauerlich, daß erst die politischen Umwälzungen nach 1933 in den „intakten Landeskirchen“ eine größere verfassungsrechtliche Stabilität des oberhirtlichen Amtes schaffen konnten, die sich auch den Landessynoden gegenüber bewähren sollte. Damals hat es sich gezeigt, daß das Wirken der Bischöfe und Landesbischofe sich allgemeine Anerkennung und Gefolgschaft erworben hatte. Der Kirchenkampf stellte unter Beweis, daß die evangelischen Oberhirten, die ihr Amt nicht einer pseudo-staatlichen Gewalt, sondern dem Gremien vor 1933 verdankten, einen festen Stand in den Gemeinden und unter der Pfarrerschaft ihres Landes hatten. Die Festigkeit, mit der die meisten von ihnen der nach Macht in den Landeskirchen greifenden deutsch-christlichen Bewegung widerstanden, einige von ihnen den Verlust

ihres Amtes ertrugen, hat dazu beigetragen, den Wunsch nach bischöflich-oberhirtlicher Führung im deutschen Luthertum nicht zur Ruhe kommen zu lassen.

3) Es ist nicht verwunderlich, daß auch die „Deutschen Christen“, die im Jahre 1932 programmatische Erklärungen aufstellten, das „Führerprinzip“ in die kirchlich-politische Debatte warfen: sie konnten, wie bereits dargestellt, damit rechnen, daß man im „Kirchenvolk“ die Sehnsucht nach geistlichen „Führerpersönlichkeiten“, häufig in romantischem Gedenken an den oft gefeierten Luther, nicht begraben hatte, und es war ihnen nicht schwer, ihre Forderungen nach geistlicher „Führerschaft“ mit Analogien aus der politischen Ideologie zu verbinden. Auch hier ergibt sich eine Verstärkung „episkopalen“ Denkens, wenn auch in Verbrämung mit politischen Forderungen. Sie haben diese Forderungen auf dem Wege über das synodale Element – Neuwahlen zu den Landessynoden – durchzusetzen gewußt. Diese, gewiß nicht unbedeutende Entwicklung zu verfolgen, die in den Jahren des Kirchenkampfes so verhängnisvolle Ernennungen von deutschchristlichen „Bischöfen“ gebracht hat, überschreitet schon die Aufgabe der vorliegenden Untersuchung. Sie gehört in eine Geschichte des Kirchenkampfes in Deutschland hinein, die die Präliminarien der Jahre vor 1933 einbeziehen und darstellen muß. Daß Anknüpfungsmöglichkeiten an einen, schon vor dem Nationalsozialismus vorhandenen Wunsch nach geistlichen „Persönlichkeiten“ gegeben waren, hat die obige Darstellung erwiesen.

4) Eine Verstärkung haben die episkopalen Gedanken aber auch durch die in den 20er Jahren aufblühende liturgische Bewegung bekommen. Als man die Liturgie und den Gottesdienst neu entdeckte und beiden wieder einen zentralen Platz im Leben der Kirche, der Gemeinde und des Einzelnen zuwies, mußte man notwendigerweise zu Konsequenzen auf dem Gebiet der Kirchenverfassung und -ordnung gelangen. Es konnte nicht ausbleiben, daß auch dem Bischof und dem oberhirtlichen Amt neue Kräfte zuwuchsen.

5) Endlich hat die Begegnung mit den bischöflich verfaßten Kirchen, die den lutherischen Landeskirchen Deutschlands in den 20er Jahren ermöglicht wurde, den „episkopalen Tendenzen“ Auftrieb gegeben. Daß der hansische Senior nicht länger ohne die Insignien eines Bischofs im Kreise der Landeskirchenführer erscheinen sollte, daß der Oberkirchenrat der räumlich kleinen strelitzschen Landeskirche die anderen lutherischen Oberkirchenbehörden im norddeutschen Raum bat, den Bischofstitel einzuführen, sind Beweise für die Stärke der Tendenzen, oberhirtlich-bischöfliche Ämter einzurichten. Der Bischofsgedanke ist, obwohl in den zuvor beschlossenen Landeskirchenverfassungen noch unbefriedigend gelöst, aus der Geschichte des Luthertums in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg nicht fortzudenken, und es wäre eine lohnende Aufgabe, seinen zeit- und theologiegeschichtlichen Hintergründen weiter nachzuspüren.

VI. Der Anteil des deutschen Luthertums an der Ausbildung oberhirtlich-bischöflicher Ämter

Der Anteil des deutschen Luthertums an der Ausbildung eines oberhirtlich-bischöflichen Amtes ist groß. Man wird kaum fehl gehen, wenn man die Behauptung aufstellt, daß es ein solches Amt in den deutschen Landeskirchen damals und später nur geben konnte, weil die lutherischen Landeskirchen auf diesem Wege vorangegangen waren. Denn: in Altpreußen hat man diese Frage, obwohl kräftig vorgetragen und gut begründet, letztlich offen gelassen, weil die Rücksichten auf konkurrierende „Gewalten“ stärker waren – in den außerlutherischen Landeskirchen war das Bischofsamt, wenn es überhaupt vor 1933 eingeführt worden war, noch weniger Ausfluß des geistlichen Amtes als in der Mehrzahl der lutherischen Schwesterkirchen – , endlich, es waren zwei lutherische Landeskirchenverfassungen, Bayern und Mecklenburg-Schwerin, die das Prinzip des „oberhirtlichen Wirkens“ in ihren Text aufnahmen und damit kirchenrechtlich verankerten.

Die vorliegende Untersuchung kann sich aber mit diesem statistischen Befund nicht zufrieden geben; er würde ein unzutreffendes und unzureichendes Bild vom eigentlichen Beitrag des deutschen Luthertums zur Frage nach dem oberhirtlich-landesbischöflichen Amt geben. Es ist eine andere Tatsache, die Beachtung verdient:

Dem deutschen Luthertum war bereits seit langem ein „bischöfliches Amt“ eigen und vertraut, das

Amt des „Superintendenten“. Als es nach dem ersten Weltkrieg darum ging, oberhirtliche Ämter einzurichten, konnte man an dies alte lutherische „Bischofsamt“, z. T. unmittelbar, anknüpfen. Es ist ferner daran zu erinnern, daß sich dies Amt, z. B. in der Gestalt des Generalsuperintendenten, in der altpreußischen Union überall dort gehalten und ausgebildet hatte, wo lutherisches Denken seit je selbstverständlich war, vor allem in den mittleren und östlichen Provinzialkirchen. Ein oberhirtlich-landesbischöfliches Amt, das nicht an diese Entwicklung seit den Tagen der Reformation anschließen wollte, das nicht die Frage nach dem Verhältnis des neu zu schaffenden Amtes zu den bereits vorhandenen superintendentialen Ämtern zu lösen bereit war, sollte wenig Aussicht auf dauerhaften Bestand und fruchtbares oberhirtliches Wirken haben.

Die Frage nach einem „Arche-Typ“ des lutherischen Bischofsamtes läßt sich dahingehend beantworten: dieser ist im Amt des Superintendenten vorhanden. Dies Amt hat Ordination und Visitation (auch die sog. Generalvisitation) zu verwalten, steht der Landesgeistlichkeit vor, ist um deren Vor- und Weiterbildung bemüht. Wenn somit der wesentliche Teil seiner Funktionen Ausfluß des geistlichen Amtes ist, so bewahrt das Superintendenten-Amt seine Unabhängigkeit dadurch, daß seine Inhaber – im Bereich des deutschen Luthertums! – nicht gewählt

oder nur auf Zeit eingesetzt werden, sondern vom Landesherrn als Not-Bischof und Inhaber der Kirchengewalt ernannt werden, fast überall auf Lebenszeit. Diese Qualifikation wird in den meisten Territorialkirchen später auf das bischöfliche bzw. Landesbischöfliche Amt übertragen.

Dies Amt des Superintendents hatte sich in den kleineren und gebietsmäßig übersichtlichen Kirchen rein erhalten. Wir finden es in Lauenburg, Schaumburg-Lippe, dem oldenburgischen Landesteil Lübeck, in einigen thüringischen Landeskirchentümern. Während es in der Hansestadt Lübeck vom dortigen Senior verwaltet wurde, war dessen hamburgischer Kollege eigentlich nur Platzhalter für die seit Jahrhunderten unbesetzt gebliebene Stelle des „Superintendenten“, die auf Bugenhagens Kirchenordnung zurückgeht.

In den größeren Landeskirchen, so in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Hannover, Sachsen, Braunschweig, Bayern und Württemberg, hatte sich das Superintendenten-Amt in den „Mittelinstanzen“ halten können, die, als man daran ging, ein landesbischöfliches Amt zu schaffen, sich diesem gegenüber mit dem ihnen seit langem übertragenen Ordinations- und Visitationsrecht behaupteten. Die Einrichtung eines landesbischöflich-oberhirtlichen Amtes brachte für diese Landeskirchen einen landesbischöflichen Oberbau über die bereits vorhandenen „bischöflichen“ Ämter, die nun ihrerseits auf suffragan-bischöflicher Ebene oberhirtlich tätig blieben; die bayerische Landeskirchenverfassung spricht das am deutlichsten aus. /

Damit entfiel in den größeren lutherischen Landeskirchen die Möglichkeit, landesbischöfliche Ämter als Ausfluß des geistlichen Amtes zu errichten. Wie bereits geschildert, mußten Repräsentation, volksmissionarische Betätigung und Fürsorge für die theologische Vor- und Weiterbildung, sowie Beteiligung an der behördlichen „Kirchenregierung“ und synodalen Gesetzgebung dem Landesbischof zugeschlagen werden. Das hemmte eine konsequente Entwicklung des landesbischöflich-oberhirtlichen Amtes aus Pfarramt und geistlichen Funktionen heraus. Diese verblieben den Nachfolgern des lutherischen Superintendentenamtes. Während die Superintendenten stärker das Gegenüber zu Pfarrerschaft und Gemeinden bewahren konnten, rückten die Landesbischöfe in die Nähe der Synoden und Konsistorien und fanden dort Bindungen, die sie Pfarrern und Gemeinden gegenüber nicht haben konnten. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung gewesen, die damals augenscheinlich nicht aufzuhalten war.

So läßt sich als erster Zug für den Beitrag des deutschen Luthertums zum oberhirtlichen Amt feststellen: die lutherischen Landeskirchen haben in fast allen Verfassungen das ursprünglich lutherische „Bischofsamt“, d. h. das Amt des Superintendenten, erhalten, wenn dies Amt auch, z. B. in den größeren Kirchenkörpern, meist „Mittelinstanz“ blieb und sich einen landesbischöflichen Oberbau gefallen lassen mußte. Es sollte eine Frage der Zukunft sein, in welchem Verhältnis die neuen landeskirchlichen Oberhirten zu den überkommenen Suffragan-Bischöfen, den Superintendenten, stehen. Dabei zeigt sich zugleich die Tendenz, im lutherischen Raum keine Analogie zu dem für Altpreußen charakteristischen Generalsuperintendenten zu bewahren.¹⁸⁾ Wo es

¹⁸⁾ „Das Superintendentenamt und das Konsistorium haben in den einzelnen Ländern eine ziemlich gleichmäßige Entwicklung durchgemacht. Überaus bunt und mannigfaltig ist dagegen die Geschichte, die das Generalsuperintendentenamt erlebt hat. Teils nahm der Generalsuperintendent eine bischöfliche Stellung ein, teils war er nur Aufsichtsbeamter, teils hatte man den Sinn um das Wesen dieses Amtes verloren. Im 19. Jahrhundert erlebte der Generalsuperintendent in Preußen eine bedeutungsvolle Wiederherstellung . . .“ (Foellmer, Oskar: Geschichte des Amtes der Generalsuperintendenten in den altpreußischen Provinzen, 1931, S. 1 f.) – „Die historische Übersicht hat gezeigt, daß das Generalsuperintendentenamt in allen protestantischen Ländern Deutschlands, in denen der Ausbau des kirchlichen Lebens von den Landesherrn ausging, zur Einführung gekommen ist. Eine Ausnahme machen allein Hessen und die Länder, die den hessischen Verfassungstyp angenommen haben. Die protestantische Kirchenverfassung weist somit eine Einheitlichkeit auf, die bei den äußerst verschiedenen Bedingungen, unter denen es in den einzelnen Ländern zu einer Kirchenverfassung gekommen war, zu beachten ist. Die höchsten Geistlichen in den protestantischen Ländern tragen den Titel: Generalsuperintendent. Die Funktion der Generalsuperintendenten waren in den einzelnen Gebieten allerdings verschieden. Eine Gleichheit wäre auch unmöglich gewesen“ (a. a. O., S. 36). – „Die historische Darstellung hat gezeigt, wie verschieden der Inhalt des Generalsuperintendentenamtes sein konnte. Zugleich aber war erkennbar, daß sich zwei Typen von Generalsuperintendenten gebildet haben: der sächsische und der württembergische. Für den Typus des Generalsuperintendenten, wie ihn die württembergische Visitationsordnung von 1553 ausgeprägt hat, ist das Entscheidende die Verbindung mit dem „Synodus“ oder „Kirchenrat“. Die ganze württembergische Kirchenverfassung ist aus der Visitation herausgewachsen. So erhält auch das Amt des Generalsuperintendenten seinen Inhalt von der Visitation her. Es ist in den Visitationsapparat eingebaut. Es ist nicht die „Spitze“ der kirchlichen Verwaltung, es ist nur Vermittlungsinstanz zwischen Superintendenten und Synodus . . . infolge dieser Gebundenheit konnte dieser Typus sich nicht zu einem Organ entwickeln, das von sich aus die Initiative für die Gestaltung des kirchlichen Lebens ergreifen und damit das kirchliche Leben in besonderem Maße befruchten konnte. Will man für diesen Typus eine Wurzel suchen, so könnte man nur darauf hinweisen, daß hier eine Parallele zu der allgemeinen weltlichen Zentralverwaltung, wie sie sich in der letzten Hälfte des 15. Jahrhunderts entwickelt hat, vorliegt . . . Der andere Typus sei der sächsische genannt, und zwar deshalb, weil für diesen Typus in der Bestellung Bugenhagens zum Generalsuperintendenten 1533 der Ursprung liegt. Zu einer Klarheit über diesen Typus ist es aber in Kursachsen nicht gekommen. Die Entwicklung wurde hier dadurch abgebrochen, daß der württembergische Typus übernommen wurde. Der sächsische ist dann erst durch seine Verpflanzung nach Brandenburg und Pommern zur Ausbildung gekommen. Er ist in die Kirchenordnungen der Gebiete, die später zu Altpreußen kamen, aufgenommen und hier zur bleibenden Einrichtung geworden. Das Charakteristische an dem sächsischen Typ ist, daß der Generalsuperintendent als der Fortsetzer des bischöflichen Amtes erscheint. Auf ihn sind die iura ordinis des Bischofs übergegangen. . . . In allen später zur brandenburgisch-preußischen Monarchie gehörenden Gebieten haben die Generalsuperintendenten ihre Wurzel in dem bischöflichen Amte. Sie üben die iura ordinis des Bischofs aus. Ihre Hauptfunktionen bestehen im allgemeinen darin, daß sie die Examina abhalten, ordinar, die Superintendenten einführen, Superintendenten und Pfarrer visitieren und Generalvisitationen abhalten“ (a. a. O., S. 37 f.). – „Der sächsische Typus gliedert sich wieder in einzelne Arten dadurch, daß die Generalsuperintendenten in den verschiedenen Gebieten eine andere Stellung gegenüber den iura iurisdictionis des Bischofs haben. In Pommern sind die iura iurisdictionis uneingeschränkt auf die Generalsuperintendenten übergegangen. In den anderen Gebieten sind sie auf die Konsistorien übergegangen. Der Anteil des Generalsuperintendenten an den iura iurisdictionis bestimmte sich hier durch sein Verhältnis zu dem Konsistorium. Entweder hat der Generalsuperintendent den Vorsitz im Konsistorium, oder er ist nur Mitglied des Konsistoriums, oder er gehört überhaupt nicht zum Konsistorium. Danach würde sich der sächsische

dies Amt gab, vgl. Hannover und Württemberg, entfernte es sich deutlich von seinem preußischen Kollegialgebilde.

Der Reichtum an Ämtern – und Amtsbezeichnungen –, für das deutsche Luthertum geradezu charakteristisch, drückt sich **zweitens** darin aus, daß traditionelle Ämter, die einen guten Namen hatten und den Vorzug besaßen, erhebliche Unabhängigkeit von den staatlich-politischen Verhältnissen bewiesen zu haben, nicht abgeschafft, sondern erhalten wurden. Das gilt vom Abt zu Loccum ebenso wie vom Oberhofprediger in Dresden, vom Senior und den Hauptpastoren der Hansestädte, wie auch von den den süddeutschen Landeskirchen eigenen Kirchenpräsidenten. Ja, es läßt sich sagen, daß überall da, wo man völlig neue Ämter und Titel schuf, wie z. B. in Thüringen, ein der Kontinuität lutherischen Denkens fremder Zug eingetragen wurde, der das neue Amt blaß bleiben ließ. Wo eine starke Eingliederung in die Kirchen-„Regierung“ geschah, konnte sich gleichfalls eine dem Deutschen Luthertum eigene Kraft, oberhirtliche Ämter zu entwickeln, nicht recht entfalten. Dort mußte es nach 1933, als die Kirchenbehörden von den politischen Bürokraten überschwemmt wurden, zu Bindungen oder Auseinandersetzungen kommen, die eine Abhängigkeit heraufbeschworen, wie sie selbst in den Tagen des landesherrlichen Kirchenregiments undenkbar gewesen war.

Drittens: In keiner lutherischen Landeskirche hat man, wenn auch das Gegenüber zu den synodalen Organen nicht überall sauber gewahrt worden war, den Versuch gemacht, die neuen Oberhirten zu Präsidenten der Landessynoden zu machen.¹⁹⁾ Das ist auffällig. Gewiß, es fehlte in den meisten Landeskirchen nicht an einigen Abhängigkeiten vom Willen der Synoden, deren Zweidrittelmehrheit oft eine Rolle spielen konnte, und das Schlagwort vom „synodalen Bischof“ hat mancherorts Berechtigung; aber nirgends – auch das war lutherischem Denken fremd – hat man den Oberhirten so in das synodale Organ einzugliedern gewagt, wie es etwa reformiertem Denken entsprach und in Rheinland-Westfalen rea-

liert worden war. Hier ist ein fruchtbarer Ansatzpunkt vorhanden: Bischof und Synode bleiben in einem, wenn auch damals noch unbefriedigenden Gegenüber.

Viertens: Das deutsche Luthertum hat, freilich nur in einigen Landeskirchen verfassungsrechtlich verankert, der Pfarrerschaft ein Vorschlagsrecht für die Bischofswahl eingeräumt, in einem Falle sogar ein Wahlkollegium gebildet. Auch an dieser Stelle würde man später weiter vorstoßen müssen. Die Beteiligung anderer Landeskirchen oder eines größeren Kirchenbundes war noch nirgends vorgesehen. Damit blieben der Weitsichtigkeit und Unabhängigkeit der personellen Entscheidung bei Besetzung eines landesbischoflichen Amtes Grenzen gesetzt, die damals noch nicht überschritten werden konnten.

Fünftens: Ein gewisser Reichtum ist darin zu sehen, daß das deutsche lutherische Landeskirchentum „Bischöfe“ und „Landesbischöfe“ nebeneinander haben konnte, Bischöfe, die, wie z. B. in Schleswig-Holstein, gleichberechtigt nebeneinander Oberhirten – mit Ordination und Visitation – ihrer Sprengel waren –, Landesbischöfe, deren Amt eine ganze Landeskirche als Sprengel umfassen sollte. Um die spannungsvolle Problematik, die mit beiden Ämtern des deutschen Luthertums gegeben war, hatte sich das deutsche Luthertum in den folgenden Jahren zu mühen. Außerlutherische Kirchen in Deutschland haben diese Aufgabe, die so eigentlich nur von lutherischen Verfassungsdenken aus anzugreifen und zu meistern war, nicht in gleichem Maße vor sich gehabt.

So zeigt das deutsche Luthertum jener Tage, obwohl auch in seiner Mitte die schwerwiegende Frage unbefriedigend gelöst blieb, wer der legitime Nachfolger des fortgefallenen landesherrlichen Notbischofs sein könne, wertvolle Ansätze zur Ausbildung eines echten oberhirtlichen Amtes und hat es nach 1933, sowie nach 1945 mithelfen dürfen, geistliche Leitung aus synodaler Gebundenheit und konsistorialer Eingliederung zu lösen und auf den Grund des geistlichen Amtes zurückzuverweisen.

Typus in vier Arten spalten: 1) der Generalsuperintendent hat zugleich die iura iurisdictionis; 2) der Generalsuperintendent ist Vorsitzender des Konsistoriums; 3) der Generalsuperintendent ist Mitglied des Konsistoriums; 4) der Generalsuperintendent gehört nicht zum Konsistorium. Die Frage, dem Generalsuperintendenten ein äußeres Zeichen seiner Würde zu verleihen, ist scheinbar niemals erwogen worden. . . .“ (a. a. O., S. 39). – Durch Kabinettsorder von 1890 hat Kaiser Wilhelm II. den Generalsuperintendenten ein goldenes Amtskreuz verliehen, vgl. Foellmer, S. 104.

¹⁹⁾ In der thüringischen Landeskirchenverfassung von 1951 wird der dortige Landesbischof von amtswegen Präsident der Landessynode, vgl. Maurer, Wilhelm: Das synodale evangelische Bischofsamt seit 1918, S. 53.

DOKUMENTENTEIL

A. Oberhirtliches Amt und Verfassungsneubau in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918.

Die im folgenden gegebenen Dokumente werden in der alphabetisch angeordneten Reihenfolge der lutherischen Landeskirchen Deutschlands in ihrem Bestand nach 1918 gegeben.

I. Bayern r. d. Rhs.

„Nach dem politischen Umsturz vom November 1918 enthielt sich die neue Regierung derberer Eingriffe in die kirchliche Sphäre, wie sie in Preußen unter dem kurzen Ministerium Adolf Hoffmanns sofort einsetzten. Speziell kirchliche Fragen wurden mit einiger Vorsicht behandelt; nicht so zurückhaltend war man auf dem Schulgebiet...“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 376.)

Zur Wahlordnung für die außerordentliche Generalsynode v. 23.—31. 7. 1919 in Ansbach: „Die Wahl zur verfassungsgebenden Generalsynode geschieht nicht durch einmalige direkte Wahl (Urwahl) seitens der Kirchenglieder, sondern findet in zwei getrennten Wahlhandlungen statt. Durch direkte Wahl wird zunächst in allen Gemeinden ein verstärkter Kirchenvorstand gewählt, diese Gemeindevertretungen sind dann der Wahlkörper für die Generalsynode — unter Ausschaltung der Diözesansynoden. Gegenüber der Tendenz der direkten Urwahl, welcher schon der im Dezember 1918 bestellte Arbeitsausschuß mit Entschiedenheit widersprochen hatte, wurde betont, daß die Landeskirche die aus den Einzelgemeinden zusammengefaßte Gesamtgemeinde sei. Die Gemeinde also sei die Urzelle der Kirche, nicht die Individuen. Für gewagt hielt man jede Voreiligkeit betr. Urwahlen, ehe durch Klärung des Verhältnisses von Staat und Kirche erkennbar sei, wie die kommende Trennung von Kirche und Staat auf das ‚Kirchenvolk‘ wirken werde ...“ (a. a. O., S. 378.)

Zusammensetzung der Generalsynode: 148 Abgeordnete, darunter 50 geistliche Synodale, aus 31 Wahlkreisen, Präsident D. v. Pechmann.

Verordnung betr. die Aufhebung der landeskirchlichen Verfassung der protestantischen Kirche in Bayern und der Kirche der Pfalz v. 28. 1. 1920: „Dadurch war ein für die Kirche nicht ungünstiger Übergangsstand geschaffen, der über den Charakter eines schwankenden und bestrittenen Provisoriums weit hinausgeht. Die Kirche behält ihre Subsistenzmittel und gewinnt ihre Selbständigkeit...“ (a. a. O., S. 382.)

Der Generalsynode in Ansbach wurden zwei Entwürfe für eine neue Kirchenverfassung vorgelegt:

1. eine Vorlage des im Amt befindlichen Oberkonsistoriums (vgl. Verhandlungen der verfassungsgebenden Generalsynode ..., S. 33 ff.) sah einen Landeskirchenrat als Kollegium an der Spitze der Landeskirche vor, bestehend aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und der erforderlichen Zahl geistlicher und weltlicher Mitglieder (Art. 46). Der von der Landessynode mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit auf Lebenszeit gewählte Präsident, ein Geistlicher, sollte an der Spitze des Landeskirchenrates stehen (Art. 45 II) und die Kirche in vermögensrechtlichen Angelegenheiten und in Rechtsstreitigkeiten vertreten (Art. 45 IV). „Unter Wahrung der Zuständigkeit des Generaldekans“ steht es ihm zu, „in allen Gemeinden der Landeskirche oberhirtliche Funktionen auszuüben“ (Art. 46 II). „Die selbständige Aufgabe der Generaldekane (über diesen Titel hat es längere Debatten gegeben!) ist die Pflege und Prüfung des gesamten inneren Kirchenwesens einschl. des Religionsunterrichts, die Ordination der Kandidaten, die amtsbrüderliche seelsorgerliche Beratung der Geistlichen, die Installation der Dekane, die Vornahme von Weihehandlungen. Die Generaldekane können von Geistlichen und Gemeinden zur Schlichtung von Streitigkeiten angerufen werden“ (Art. 50 II). Oberhirtliche Funktionen waren hier also bereits für das Amt der Generaldekane vorgesehen; die Aussprache innerhalb der Generalsynode mußte entscheiden, wie das Eine kirchenleitende Amt mit dem der Generaldekane zu verbinden war.

2. Der Entwurf des Verfassungsausschusses, der größere innere Freiheit besaß, neigt zu einer Stärkung des Einen kirchenleitenden Amtes, ohne jedoch für seinen Inhaber die Bezeichnung „Landesbischof“ zu fordern. Gegenüber

den Funktionen der Generaldekane, die hier „Kreisdekane“ heißen, betont er: „Er (d. h. der Kirchenpräsident) hat unbeschadet der Zuständigkeit der Kreisdekane das Recht, in allen Gemeinden oberhirtlich tätig zu sein“ (Art. 45 a III). Außer der Vertretung der Landeskirche nach außen — nach dem kirchenregimentlichen Entwurf sollte der Kirchenpräsident eine solche Funktion nur als Vorsitzender des Landeskirchenrates haben — wird empfohlen, dem leitenden geistlichen Amt „die Ernennung der Geistlichen und der kirchlichen Beamten“ (Art. 45 a IV 2) zu übertragen. Die Kreisdekane, für ihre Diözesen oberhirtlich tätig, sollen den Titel „Oberkirchenrat“ haben und an der Regierung der Landeskirche dadurch unmittelbar mitbeteiligt werden, daß sie als geistliche Mitglieder Sitz und Stimme im Landeskirchenrat erhalten (Art. 51).

Auszüge aus den Verhandlungen der Generaldebatte:

Aus der grundsätzlichen Erklärung des im Amt befindlichen Oberkonsistorialpräsidenten D. Veit:

„... Wir haben unsere Aufgabe nicht darin gesehen, um jeden Preis etwas Neues zu schaffen; denn wir sind nicht der Meinung, daß alles, was war, in jeder Beziehung untauglich und zum Untergange reif war. Nicht von innen ist der Kirche die Aufgabe, vor der wir stehen, erstanden, sondern von außen ist sie zunächst ihr aufgezwungen worden. Dabei geben wir gerne zu, daß, wie das beim Bauen zu gehen pflegt, manche Mauer sich als morsch und mancher Pfeiler als nicht mehr tragfähig erwiesen hat. Aber wie wir auf die stetige Folge der Entwicklung von Anfang an das größte Gewicht gelegt haben, so schien es uns auch bei der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs nicht etwa nur ein Gebot der Pietät, sondern eine Förderung gesunder Weiterbildung zu sein, Lebensfähiges zu erhalten, Neues dem Alten nicht aufzupropfen, sondern vom Alten zum Neuen hinüberzuleiten und den Ordnungen unserer Kirche den vertrauten heimatlichen Charakter zu erhalten ...“ (Verhandlungen, S. 86 f.)

„Der Gemeinde müsse ein neues Maß von Bewegungsfreiheit in ihrem äußeren und inneren Leben eingeräumt werden, in die Kirchenleitung müsse ein starkes persönliches Moment hineingetragen werden, die Männer der Kirchenleitung müßten in freie, innerliche, seelsorgerliche Fühlung mit den Geistlichen und Gemeinden kommen, dabei aber Mitglieder des Landeskirchenrates bleiben, der seinerseits der bewährten Mitarbeit der Juristen nicht entbehren wolle noch könne ...“ (a. a. O., S. 102 f.)

Oberamtmann Metzger:

„Der Zentralpunkt des Entwurfes ist das Problem der Kirchenleitung. Sie kann persönlich oder nach dem Kollegialsystem ausgestaltet werden. Letzteres war ein notwendiges Übel früherer Zeiten, ist aber jetzt veraltet und überwunden und nicht notwendig mit dem Wesen unserer Kirche verwachsen. Was wir wünschen, ist persönliches System in geistlichen Angelegenheiten. Der Präsident soll nicht Präsident des Kollegiums, sondern der Kirche sein mit dem Titel: Landesbischof, eine Konsequenz seiner Stellung. Der Rahmen des Entwurfs läßt nicht freien Spielraum zum Ausbau der Stellung des Präsidenten zu einer bischöflichen Stellung. Die Generaldekane sollen Werkzeuge des geistlichen Kirchenpräsidenten sein in geistlichen Dingen, die er in seiner Hand hat, unter seiner persönlichen Verantwortung, unter Ausschaltung des Landeskirchenrats. Sie stellen die geradlinige Verbindung zwischen Landesbischof und Geistlichen her. Im Generalsynodalausschuß ist zwischen Kirchenleitung und Synode ein hemmendes Band eingesetzt im Interesse ruhigen Fortgangs des kirchlichen Lebens ...“ (a. a. O., S. 110 f.)

Pfarrer Meiser:

„... Es wäre ein Schaden für die Kirche, wenn die charismatischen und pneumatischen Elemente in unseren Gemeinden nicht die Möglichkeit hätten, diese ihre Kräfte innerhalb der Kirche auswirken zu lassen (Art. 8 II). Hin-

sichtlich der Kirchenleitung scheint der Entwurf keinen Raum zu lassen für die Entfaltung starker geistmächtiger Persönlichkeiten in den leitenden Stellungen. Darum empfiehlt sich das episkopale System mit Generaldekanen. Die Tatsache, daß die größte Anzahl der Forderungen, die wir heute stellen, bereits auf der Generalsynode des Jahres 1849 geltend gemacht wurden, beweist, daß sie aus dem Wesen und Bedürfnis der Kirche herausgewachsen sind..." (a. a. O., S. 111.)

Prof. D. Bachmann:

"... Der Kirchenpräsident des Entwurfs ist eine unglückliche Zwittergestalt. Die ungehemmte Entfaltung der einzelnen Persönlichkeit hat ihre Gefahren im Gefolge. Die Durchführung des reinen Bischofsamtes in einem vorwiegend katholischen Land scheint gewagt, der Blick nach der katholischen Seite ist bestechend, aber trügerisch; denn der deutsche Katholizismus wird nicht monarchisch, sondern kollegial regiert. Man ruft nach dem Landesbischof. Ob aber auch der Wille der Geistlichen und Gemeinden, sich einer starken Autorität unterzuordnen, immer so stark sein wird, wie es heute zu sein scheint, ist zu bezweifeln. Es muß in der Kirche auch eine Stelle geben, wo das Persönliche zurücktritt zugunsten einer rein sachlichen Geschäftsführung. Der Bischof, wenn er eine starke Persönlichkeit ist, wird der Geschäftsführung seine persönliche Prägung aufdrücken, das wird alle Konflikte zu persönlichen machen, besonders wenn es solche theologisch-dogmatischer Art sind. Dazu ist die Last eines solchen Amtes für die Schultern einer Persönlichkeit zu groß. Die Bedenken gegen das kollegiale System sind übertrieben, es lähmt nicht das Verantwortungsgefühl, einer wächst am andern. Dem Wesen der evangelischen und der christlichen Kirche entspricht die kollegiale Leitung besser als die andere, damit wird das Prinzip der brüderlichen Gemeinschaft wirksam. Das repräsentative Moment halte ich am glücklichsten dargestellt in dem Triumvirat des Präsidenten des Landeskirchenrates, des Präsidenten der Landessynode und des Vorsitzenden des Generalsynodalausschusses. Für die Auswirkung des persönlichen Moments ist der Generaldekan besser geeignet als der Landesbischof..." (a. a. O., S. 116.)

Kirchenrat D. Boeckh:

"... Das Episkopalsystem und das Kollegialsystem scheinen sich mir durchaus nicht auszuschließen, sondern der Entwurf stellt eine glückliche Synthese zwischen beiden dar. Das bisherige Kollegialsystem mußte fallen, weil es aufs innigste verknüpft war mit dem Staatskirchentum. Wir erwarten von der neuen Verfassung, daß sie Rechnung trägt dem sehnlichen Verlangen nach seelsorgerlicher Durchdringung des oberhirtlichen Amtes der Kirchenleitung. Wir verlangen, daß die Kirchenleitung weit entfernt bleibe von jedem evangelisch-verbrämten Papsttum. Die Bischöfe, die man fordert, sind nicht die Bischöfe der Urchristenheit, sondern genau besehen die Bischöfe der ersten katholischen Kirche, die zum Papsttum führten..." (a. a. O., S. 119.)

Dekan Lambert:

"... Die tiefe Sehnsucht nach lebendigen Quellen religiösen Lebens hat das Verlangen nach einem Bischof erweckt..." (a. a. O., S. 120.)

Landgerichtspräsident Rohmer:

"... Es wäre bedauerlich, wenn die kollegiale Erledigung ernster Dinge aus der Kirchenleitung verschwände... In der Kirche... dürfen wir keine Institution haben, die geeignet wäre, Persönlichkeiten auszulöschen. Darum dürfen wir nicht eine bischöfliche Verfassung in der autokratischen Form schaffen, wie sie gewünscht wurde. An den Namen Bischof knüpfen sich gewisse Vorstellungen von einem starken Inhalt, der bei uns nicht vorhanden sein kann; wir verletzen weite Kreise unseres Volkes, in denen sich an diesen Namen aus geschichtlichen Gründen Gefühle knüpfen, die ihnen das Wort unerträglich machen. Kann der Bischof ein konstitutioneller Monarch sein? Ein Mann, dessen Amt so im Geistlichen wurzelt, würde sich niemandem, auch der Generalsynode nicht, verantwortlich fühlen; eine stete Quelle schwerer Differenzen. Zum Bischofsamt paßt die synodale Verfassung nicht. Das synodale Element, das sich durch den Generalsynodalausschuß, wie oft gesagt wurde, in den letzten Jahren so bewährt hat, dürfen wir doch jetzt nicht abschwächen wollen... Wir haben keine Tradition, die es ermöglicht, glatt vom jetzigen System in das bischöfliche überzugehen... Wenn schon der Bischof

kommen soll, dann geschehe es nicht mit einem jähen Bruch, sondern man suche auch hier einen Übergang... man kann nicht Systeme von einem Tag zum andern ändern, die so wesentlich verschieden sind. Sehen Sie zu, ob nicht auf dem Weg des Entwurfs zu erreichen ist, was sie wollen: Persönlichkeitsarbeit..." (a. a. O., S. 123.)

Schriftsteller Pförtner:

"... Wir sind Vertreter eines starken persönlichen Regiments; denn wir brauchen einen Führer für den Kampf. Die Kollegialverfassung ähnelt einem Kriegsrat, der in der Geschichte nicht im besten Geruche steht..." (a. a. O., S. 132.)

Postverwalter Schmidt:

"... Der Name Bischof wird mir erst geschmackvoll als 'evangelischer Landesbischof'..." (a. a. O., S. 134.)

Lic. Dr. Schoeffel:

"... Der Ausschuß hat sich gegen die ausschließliche Geltung des Kollegialprinzips und für eine mehr persönlich geartete Kirchenleitung entschieden... Es möge nur angedeutet sein, daß wohl alles, was für oder gegen die persönliche Spitze gesagt werden kann, erörtert wurde... Mit überwältigender Mehrheit... hat sich der Ausschuß gegen eine rein kollegial verfaßte Kirchenleitung ausgesprochen... Alles Oberhirtliche habe dem Kirchenpräsidenten in eigener Zuständigkeit zuzufallen, damit er in dieser Hinsicht vom Landeskirchenrate unabhängig sei, dagegen sei die Verwaltung der Kollegialbehörde des Landeskirchenrates zu überweisen, wobei der Kirchenpräsident als Vorsitzender des Landeskirchenrates nur primus inter pares sei... der Kirchenpräsident soll nicht ein Bischof sein, der kraft seines Amtes in allen Gemeinden die Pfarrrechte ausüben kann; seine Sonderstellung liegt vielmehr auf dem Gebiete des Oberhirtlichen, also der Vornahme von Handlungen, zu denen (wie etwa zu Installationen, Ordination, Kircheneinweihung) der Pfarrer nicht zuständig ist... Abschließend nun wie in einer Überschau über diese Artikel vom Kirchenpräsidenten möge gesagt werden, daß in diesen Ausschußanträgen dem Kirchenpräsidenten ein solches Maß von Rechten gegeben ist, daß er... sehr wohl imstande ist, die Kraft seiner Persönlichkeit dem kirchlichen Leben einzuwirken; daß aber andererseits die hier beschriebenen Amtsvollmachten nicht so ungeheuerlich sind, daß daraus eine Gefahr für die Kirche erwachsen könnte oder ein Präsident Bedenken tragen müßte, diese Amtsgewalt zu übernehmen... Es verträgt sich nicht mit der Würde des hohen Amtes eines Kirchenpräsidenten, daß er sein Amt immer wieder durch Wahl sich erwerben soll... Mit allen gegen eine Stimme wurde beschlossen: Der Kirchenpräsident wird mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit, und zwar — wie ein nachträglich klärender Einschub besagt — mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Ein weiterer Vorschlag des Referenten, zu bestimmen, daß der Kirchenpräsident zurückzutreten habe, wenn $\frac{2}{3}$ der abgegebenen Stimmen erklären, daß sein Rücktritt um des Wohles der Landeskirche geboten sei, wurde schließlich unter der Bedingung zurückgezogen, daß die Regelung dieser sehr vorsichtig und zart zu behandelnden Materie im Beamten-gesetz erfolgen werde... Schwierig war nur die Titel-frage. Sie hängt aufs innigste mit der Bezeichnung der führenden Persönlichkeiten in der Landeskirche zusammen, hängt von ihr ab... Zunächst war die Frage: Kirchenpräsident oder Bischof?... Daß der Titel Kirchenpräsident nicht allzu schön ist, wird niemand bestreiten; daß aber der Titel Bischof römisch klingt und etwas aussagt, was bei uns nicht in ihm liegt, ist auch offenkundig. Nur eine Äußerung aus dem Ausschusse verdient hier festgehalten zu werden, weil sie vielleicht eine Debatte im Plenum von vornherein klärt, jene nämlich eines Anhängers des Bischofsnamens. Er meinte, daß er den Bischofstitel nicht auf einen Mehrheitsbeschluß gründen wolle, ein gutes Wort, weil es dem Frieden diene und der Entwicklung Raum läßt... Selbst wenn... die Entwicklung dem Bischofe zueilt, so ist doch heute die Zeit noch nicht da, ihn zu schaffen. Wir müssen heute nicht die ganze Entwicklung vorwegnehmen und von vornherein mit etwas Abneigung belasten, was später vielleicht von selber kommt. Das war die Überzeugung des größten Teiles im Ausschuß. Mit allen gegen 10 Stimmen wurde der 'Landesbischof' abgelehnt; mit allen gegen vier Stimmen der Titel: 'Präsident der Landeskirche' angenommen, der in einer späteren Abstimmung dahin ergänzt wurde, daß die amtliche volle Bezeichnung zu lauten habe: 'Präsident der ev.-luth. Kirche

in Bayern r. d. Rhs.', daß die Anrede und der geläufige Name aber Kirchenpräsident sein solle, was sich schon deshalb empfiehlt, weil es der Präsidenten gar viele gibt, einen Kirchenpräsidenten in Bayern aber nur einmal, also jede Verwechslung ausgeschlossen ist, und weil damit ein schöner Zusammenklang mit anderen süddeutschen evangelischen Landeskirchen geschaffen ist ..." (a. a. O., S. 241 ff.)

Oberkonsistorialpräsident D. Veit am Schluß der Aussprache:

"... Wir waren von Anfang an der Meinung, daß zwischen den zwei sich gegenüberstehenden Anschauungen Episkopalsystem und Kollegialsystem ein Mittelweg gefunden werden muß, der dem Berechtigten beider Anschauungen genug tut. Im heißen Suchen nach diesem Ausgleich sind wir alle einig, und haben uns gefunden. Die Vorlage des Kirchenregiments steht auf dem Boden, daß dieser Ausgleich gefunden werden kann darin, daß die Leitung der Kirche in der Hand der Kirchenbehörde bleibt, und daß dem berechtigten Verlangen nach oberhirtlicher Wirksamkeit einzelner Persönlichkeiten damit Rechnung getragen werden kann, daß wir Generaldekane aufstellen und an ihre Spitze einen Generaldekan stellen, der der erste Generaldekan im Lande sein soll und zugleich Präsident des Landeskirchenrates. Das Oberkonsistorium ist der Meinung, daß diese Konstruktion vollauf genügend hätte, das zu erreichen in der Landeskirche, wonach ein so starkes Verlangen in der ganzen Landeskirche geht. Der Ausschuß hat den Ausgleich darin gesucht, daß er die oberhirtliche Tätigkeit in den Vordergrund gerückt hat und damit den obersten Generaldekan als Leiter des Landeskirchenrates bezeichnet und ihm die Stellung des Präsidenten desselben zuweist ..." (a. a. O., S. 256.)

Der Ausgleich, den die Synode fand, suchte die Momente einer starken persönlichen und geistlichen Leitung der Landeskirche Bayerns mit denen des bewährten konsistorialen und synodalen Elementes zu verbinden. „In der bayerischen Verfassung zeigt sich das Streben nach einer straffen Zusammenfassung und einer Gliederung, die der katholischen Diözese nicht unähnlich ist, überträgt sie doch dem Kirchenpräsidenten so weitgehende Befugnisse und verlangt sie doch von ihm das Amt eines Geistlichen, daß der Vergleich naheliegt. Der bayerische Kirchenpräsident soll also in erster Linie Bischof sein! Das geht m. E. auch daraus hervor, daß er weit weniger als sein württembergischer Amtsgenosse mit eigentlichen Verwaltungsrechten von untergeordneter Bedeutung betraut ist... In Bayern ist dem Kirchenpräsidenten keine weitere Behörde angegliedert oder nebengeordnet, dort steht er wirklich — wie es ja auch in der Verfassung heißt — ‚an der Spitze‘ der Landeskirche... Die Stellung des Kirchenpräsidenten in Bayern ist also wirklich der eines katholischen Bischofs ähnlich und auf jeden Fall viel selbständiger als die des württembergischen Kirchenpräsidenten. An dieser Tatsache ändert auch nichts die Einschränkung ‚aber nur einmal aus demselben Grunde‘, die dem Rechte der Auflösung der Synode des bayerischen Kirchenpräsidenten hinzugefügt ist, während sie schon bei der entsprechenden Bestimmung der württembergischen Verfassung fehlt..." (Haebler, Hans Otto: Die rechtliche Stellung des Kirchenregiments ..., 1925, S. 176 f.)

— "... Mit Zuständigkeiten, die nicht als Ausflüsse der oberhirtlichen Tätigkeit angesehen werden können, ist das geistliche Oberhaupt der Landeskirche vor allem in den Landeskirchen Bayerns und Mecklenburg-Schwerins ausgestattet, die übereinstimmend den Bischof berufen: die Landeskirche nach außen zu vertreten, die Ernennung der Geistlichen und der kirchlichen Beamten zu vollziehen, die kirchlichen Gesetze und Verordnungen auszufertigen und zu verkünden... Er ist also hier zur Handhabung der vollziehenden Gewalt weit über den geistlichen Bereich hinaus bestellt und erscheint nicht nur als die geistliche Spitze der Kirche..." (Schoen, Paul: Der deutsche evangelische Bischof, 1925, S. 419); "... Die Eingliederung des Bischofs in die Zentralbehörden der Kirche hat überall stattgefunden. Denn überall herrschte die Ansicht vor, daß der Bischof, um seine Aufgabe als geistlicher Führer der Kirche wirklich erfüllen zu können, in dauernder Verbindung mit der oder den kirchlichen Zentralbehörden stehen muß..." (a. a. O., S. 421); "... Der wiederholt ventilierte Gedanke, in dem Landesbischof ein Gegengewicht gegen die Synode zu schaffen, wie es in modernen Demokratien der Präsident gegenüber dem Parlament darstellt oder doch darstellen kann, ist nur in der bayerischen Landeskirche verwirklicht worden. Nur hier ist ihm eine rechtliche Handhabe ge-

geben, der Synode hindernd entgegenzutreten, indem er gegen Beschlüsse der Landessynode mit aufschiebender Wirkung Einspruch erheben und die Synode sogar auflösen kann... Und das hängt hier damit zusammen, daß der bayerische Kirchenpräsident nicht lediglich als der geistliche Führer der Kirche gedacht ist ..." (a. a. O., S. 423.)

Aus einem Rechenschaftsbericht des Kirchenpräsidenten D. Veit anläßlich der ordentlichen Landessynode in Ansbach am 9. August 1922:

"... Gott sei Dank, der uns diese Wege hat finden lassen, sie sind doch die rechten gewesen. Ich stehe nicht an, daran zu erinnern, daß ich nicht zu denen gehört habe, die mit voller Freudigkeit diese Wege beschritten haben. Aber die Erfahrung hat mich nun eines Besseren belehrt und der Vergleich mit anderen Landeskirchen hat es mir bestätigt, daß wir den rechten Weg gegangen sind bis hinaus zu dem viel angefochtenen Titel eines Kirchenpräsidenten. Er hat sich überraschend schnell bei dem gemeinen Mann eingeführt; was dem Oberkonsistorialpräsidenten, als Wort genommen, trotz der bedeutenden Träger dieses Namens in hundert Jahren nicht gelungen ist, das ist dem Wort Kirchenpräsident in 11 1/2 Jahren zuteil geworden. Ich neide heute noch nicht den Titel Landesbischof meinen Kollegen im Norden, die in diesem Schmuck auftreten. Ich kann mit einem gewissen Lächeln sagen, daß ich die Sache mehr in der Hand habe als sie mit ihrem schönen Titel ..." (Verhandlungen ..., 1922, S. 155.)

Aus dem „Vertrag zwischen dem Bayerischen Staate und der Evang.-luth. Kirche in Bayern rechts des Rheins“ vom 15. November 1924:

Der Staat gewährleistet „der Kirche die gleichen Rechte und Befugnisse, die in Art. 8 § 2 des Konkordates vom 29. März 1924 der katholischen Kirche eingeräumt sind, wenn und soweit die Kirche darauf anträgt“ (Art. 14). In Art. 21 heißt es in bezug auf den Kirchenpräsidenten: „I. Zur Bestreitung des Personalaufwandes des Landeskirchenrats leistet der Staat jährliche Zuschüsse und zwar a) für den Kirchenpräsidenten in Höhe der jeweiligen Besoldung eines bayerischen Staatsrates... III. Für den Kirchenpräsidenten wird außerdem eine Dienstaufwandsentschädigung in dem dem Erzbischofe von München-Freising jeweils zustehenden Betrage gewährt“. Dagegen sicherte sich, analog dem Konkordat mit der katholischen Kirche, der bayerische Staat das Recht zu, bei Personalfragen Einsprüche anmelden zu können: „Art. 29. Vor der Wahl des Kirchenpräsidenten durch die Landessynode wird deren Präsidium mit der Bayerischen Staatsregierung in Verbindung treten, um sich zu versichern, daß gegen die für die Wahl in Betracht kommenden Kandidaten Erinnerungen politischer Natur nicht obwalten. Die Antwort der Staatsregierung wird unverzüglich erfolgen. Art. 30. Im Hinblick auf die Aufwendungen des Bayerischen Staates für die Bezüge der Seelsorgegeistlichen wird die Kirche vor Ernennung der Pfarrer der Staatsregierung die Personalien des in Aussicht genommenen Geistlichen mitteilen; allenfallsige Erinnerungen der Staatsregierung sollen in möglichst kurzer Zeit erfolgen“. Weitere Texte bei Giese-Hosemann, Die Verfassungen der Deutschen Evang. Landeskirchen, Bd. II, 1927, S. 529 ff.)

Die Bitte, das Amt des Kirchenpräsidenten in ein auch dem Titel nach landesbischofliches umzuwandeln, ist in Bayern nicht verstummt. Schon im Jahre 1924 lag der Landessynode folgender Antrag vor:

(I. ordentliche Tagung der Landessynode ..., 15. Sitzung, 16. Juli 1924), ... Antrag Kitzingen: Ausbau unserer Verfassung im bischöflichen Sinne. Referent Pfarrer D. Steinlein führt aus: Von der Bezirkssynode Kitzingen liegt folgender Antrag vor: „Die Bezirkssynode Kitzingen wendet sich einmütig an die Landessynode mit der Bitte, die Verfassung unserer Landeskirche den Kreisdekanen gegenüber im Interesse der Gemeinde im bischöflichen Sinne noch weiter auszubauen"... Nach eingehenden Beratungen ist der 5. Ausschuß einstimmig dazu gekommen, einmal in Übereinstimmung mit den Wünschen der Kitzinger Synode, die Vermehrung der Kreisdekane um einen zu empfehlen... (Verhandlungen ..., 1924, S. 114 ff.)

Auf der Tagung der Landessynode im Jahre 1927 (vgl. Verhandlungen ..., 1927, S. 11) kommt die von den Kitzingern im Jahre 1924 beantragte episkopale Erweiterung der Kirchenverfassung erneut zur Sprache: „Der Landeskirchenrat ist einschließlich der Herren Kreisdekane der Auffassung, daß der Aufgabenkreis und die Geschäfts-

verteilung gerade so, wie es geschehen ist, und nach der verordnungsmäßigen Zuständigkeitsregelung... zu geschehen hatte, im Geiste der Kirchenverfassung durchgeführt wurde und daß unsere Kirchenverfassung den Vorzug hat, den Zuständigkeitskreis und das Verhältnis zwischen oberhirtlicher und Verwaltungstätigkeit glücklicher zu lösen als andere Verfassungen..."

Auf der gleichen Tagung läßt die Landessynode den Art. 57 der Kirchenverfassung, der Dienstaufsichtsbeschwerden betrifft und auf sechs Jahre befristet war, fallen, stärkt also die Stellung des Kirchenpräsidenten, vgl. Verhandlungen ..., 1927, S. 134 ff., 279 ff. Auf der neunten Sitzung, am 30. August 1927, kommt ein erneuter Antrag auf Ausbau der bischöflichen Verfassung, diesmal aus Dinkelsbühl, zur Verhandlung:

„Abgeordneter Brosius beantragt namens des vierten Ausschusses über den Antrag der Bezirkssynode Dinkelsbühl betreffend Änderung des Titels Kirchenpräsident zur Tagesordnung überzugehen. Die Bezirkssynode Dinkelsbühl regt die Einführung des Bischofstitels an Stelle des Titels Kirchenpräsident an mit der Begründung, daß der Bischofstitel das Ansehen unserer Landeskirche in der lutherischen Welt erhöhen würde. Die Änderung des Titels ‚Präsident der evang.-luth. Landeskirche in Bayern‘ würde eine Verfassungsänderung bedeuten. Die Gründe, die für die Bezeichnung Präsident sprechen, wurden gegenüber den Gründen, die seinerzeit für den Bischofstitel vorgebracht wurden, in der verfassungsgebenden Synode als die gewichtigeren gewürdigt und der Titel ‚Präsident‘ in der Verfassung festgelegt. Zwingende Gründe, jetzt in dieser Hinsicht eine Verfassungsänderung vorzunehmen, liegen nicht vor. Der von der Bezirkssynode Dinkelsbühl vorgebrachte Grund kann in keiner Weise als ein einigermaßen für eine Verfassungsänderung ins Gewicht fallender Grund angesehen werden. Damit erübrigt sich auch in diesem Zeitpunkt eine weitere Beratung darüber, welchem Titel der Vorzug zu geben sei, da die in Hinsicht auf die geschichtliche Entwicklung unserer Landeskirche und auf autoritative und repräsentative Stellung des Kirchenpräsidenten zu betonenden Gesichtspunkte schon von der verfassungsgebenden Synode in ausgiebigster Weise erörtert worden sind. Abg. D. Steinlein bemerkt, daß damit die Frage des Titels nicht ein für allemal für die Zukunft entschieden sei. Auch Luther habe den Gedanken des Bischofstitels vertreten. Durch die jetzige Abstimmung werde es nicht unmöglich gemacht, später bei gegebener Zeit für den Bischofstitel einzutreten. Abg. Dr. Rohmer: Gewiß habe sich Luther so ausgesprochen, aber Luther war nicht in der Lage, aus den Verhältnissen der Jahre 1920 und 1921 und aus den Verhältnissen der verfassungsgebenden Synode für den Bischofstitel sich auszusprechen. Abg. D. Steinlein bemerkt, daß er nur die geschichtliche Tatsache habe feststellen wollen, daß der Bischofsgedanke der Reformation nicht widerspreche. Der Ausschußantrag wurde einstimmig angenommen..." (Verhandlungen ..., 1927, S. 233 f.)

Als das Jahr 1933 mit seinen umwälzenden Veränderungen auch in den Kirchen den Willen nach starker persönlicher und geistlicher „Führung“ brachte, wählte die außerordentliche Landessynode, nach dem Rücktritt des bisherigen Kirchenpräsidenten D. Veit, den Oberkirchenrat D. Meiser zum Kirchenpräsidenten und verwandelte das Amt des Kirchenpräsidenten in das eines Landesbischofs, vgl. Verhandlungen ..., 1933, S. 25 ff. Die Kirchengesetze, die dazu erlassen wurden, liegen in der Linie einer starken persönlichen und oberhirtlichen Stellung des leitenden Geistlichen und bestätigen eine Entwicklung, die für Bayern schon seit über einem Jahrzehnt kennzeichnend war.

Die Amtseinführung des neuen „Landesbischofs“ wurde in der ehrwürdigen St. Lorenzkirche zu Nürnberg mit allem Aufwand des jungen nationalsozialistischen Staates am 11. Juni 1933 durch den bisherigen Kirchenpräsidenten D. Veit vollzogen:

„... Daß Herr Kirchenpräsident D. Veit die feierliche Amtseinführung übernommen hat, war eine außerordentlich glückliche Lösung dieser Frage. Ganz grundsätzlich betrachtet, ist ja die Übergabe solch eines Amtes durch den Vorgänger auf den Nachfolger, wo es irgend möglich ist, der kirchliche Weg. Mit Recht hat Oberregierungsrat Bracker im Rathaussaal seine Tätigkeit an diesem Tage nur als eine ‚Vorstellung‘ in der Öffentlichkeit bezeichnet. Dazu kommt auch die persönliche Seite der Sache: Mit

welch unnachahmlicher Würde hat doch Herr Kirchenpräsident D. Veit schon immer gerade solche Akte vollzogen, wie konnte man ihn gerade hier wieder wahrhaft priesterlich walten sehen! Es war nicht nur ein äußerliches Ding, sondern echte Verbundenheit mit dem Nachfolger, wenn er sich selber im Blick auf das jüngste Gericht mit ihm zusammenschloß und so das Amt in die letzte Verantwortung rückte, sich und dem neuen Landesbischof ein fröhliches Darbringen von Erntegaben erlehend... Wohl keiner hat sich dem Gefühl von der Größe der Stunde entziehen können, als dann der bisherige Träger des Amtes das goldene Kreuz von den Schultern nahm und es dem Nachfolger anlegte: ‚Ich übergebe Dir das Kreuz, das deine Vorgänger getragen haben. Es gemahne Dich an den, der bis zum Kreuz gehorsam war...‘“ (Korrespondenzblatt für die evang.-luth. Geistlichen in Bayern, 58. Jahrgang, Nr. 25, 19. Juni 1933.)

II. Braunschweig

„... Noch weiter ging das radikal regierte Braunschweig. Hier bestellte die Regierung einen Landeskirchenrat aus fünf Synodalen und vier Vertretern der Landtagsparteien, darunter zwei Parlamentariern, die für Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen eingetreten waren. Dem stimmte sogar die kirchliche Linke zu in der Hoffnung, auf diesem Wege eigene Richtungsinteressen befördern zu können. Doch konnte 1919 nach Erlass der Weimarer Reichsverfassung die Synode gegen diese Maßnahmen der Regierung als eine Verletzung der Verfassung mit Erfolg Berufung beim Reiche einlegen. Daraufhin wurde Anfang 1920 zwischen Ministerium und Konsistorium ein Abkommen getroffen, wonach neugewählte Kirchenräte den Wahlkörper für die verfassungsgebende Landessynode abgeben sollten... In Braunschweig hatte die gewählte verfassungsgebende Landessynode am 23. Januar 1920 auf der Grundlage der Schrift und der lutherischen Bekenntnisse eine Kirchenverfassung beschlossen und zur finanziellen Auseinandersetzung mit dem Staate ein vorläufiges Kirchenregiment bestellt, als die Regierung unter Zustimmung der Landesversammlung die Rechtsbeständigkeit der Landessynode anfocht und die staatlichen Beihilfen zur Pfarrereinsparung verweigerte, wodurch die Pfarrer in bittere Not kamen. Indes entschied das von der Synode angerufene Reich 1922 gegen die braunschweigische Regierung und sicherte damit die Anerkennung der Verfassung. Aber seine Geldzuschüsse beschränkte der Staat auf 40 % der früheren Beträge. Zum Landesbischof wurde der Balte Bernewitz, ehemals Generalsuperintendent von Mitau, gewählt, der sich nachdrücklich für die kirchlichen Belange beim Staate einsetzte..." (Meyer, Johannes: Kirchengeschichte Niedersachsens, 1939, S. 247 und 249.)

„... Die vorläufige Kirchenregierung war gezwungen, sich an den Reichsminister des Innern mit dem Ersuchen zu richten, den Streitfall mit dem Ziel der Durchführung des Art. 137 an den Staatsgerichtshof zu bringen (Reichsgericht). Die Entscheidung fiel zugunsten der Kirche. Der Senat stellte fest, daß die Bestimmungen des neuen braunschweigischen Staatsgrundgesetzes, nach denen der Kirche auf Diktat des Staates ein bestimmtes Wahlverfahren vorgeschrieben wurde (!), im Widerspruch mit der Reichsverfassung stehe, also rechtsunwirksam sei; denn Reichsrecht geht vor Landesrecht. Dieser Entscheid hat weittragende präjudizielle Bedeutung für die ‚Freiheit der Kirche‘. Das geschah im Februar 1922. Der staatliche Einspruch gegen den kirchlichen Ausbau hat die braunschweigischen Pfarrer zeitweilig in schwere Notlage gebracht..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 49. Jahrgang, 1922, S. 501.)

„... Der Druck dient nur zur Hebung des religiösen Bewußtseins. Allmählich merkt das auch die Staatsregierung in Braunschweig. Das frühere Konsistorium, dem als einer reinen Staatsbehörde die Hände sehr gebunden waren, hat der nach der neuen Kirchenverfassung zu bildenden Kirchenregierung Platz gemacht. Langwierige Verhandlungen im Landtag dienten der Überleitung in die neuen Verhältnisse, wobei auch die Festsetzung einer Rente zum Unterhalt der kirchlichen Verwaltungsbehörden gelang. Wenn gleich nicht alle finanziellen Wünsche der Kirche erfüllt wurden, so hat doch die Synode vom Mai 1924 das Abkommen bestätigt, die vorläufige Kirchenregierung definitiv gemacht durch ergänzende Wahlen und den neuen Landesbischof (D. Bernewitz) berufen..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 51. Jahrgang, 1924, S. 428.)

Aus einem Rundschreiben des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses vom 18. April 1921, Nr. K. A. 507, an die zur Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz verbundenen Kirchenregierungen außerhalb Preußens:

„... Während die Verselbständigung der evangelischen Kirchen im Sinne des Art. 137 der Reichsverfassung in der Mehrzahl der Landeskirchen teils unbehelligt vom Staate, teils unter seiner Mitwirkung in die Wege geleitet ist, muß eine Hemmung der kirchlichen Verfassungsgesetzgebung durch den Staat für Braunschweig und Reuß festgestellt werden. In Braunschweig hat die verfassungsgebende Landessynode im Herbst v. J. die neue Kirchenverfassung zum Abschluß gebracht. Die Staatsregierung hat aber gegen den Beschluß der Synode bezüglich der Einsetzung einer vorläufigen Kirchenregierung Einspruch erhoben, so daß das Inkrafttreten der Verfassung überhaupt in Frage gestellt ist.“ (a. a. O., S. 7.)

Kirchengesetz, die Bildung einer vorläufigen Kirchenregierung betreffend (Nr. 11 107 vom 24. Dez. 1921) — in: Amtsblatt des Braunschweigischen Landes-Konsistoriums XXXIV. Jahrgang, Stück 13:

„... Die vorläufige Kirchenregierung besteht aus dem Präsidenten des Landes-Konsistoriums als Vorsitzenden, dem geistlichen Vizepräsidenten und drei von der Synode aus ihrer Mitte gewählten Mitgliedern. Von den Mitgliedern der Synode muß eins ein Geistlicher sein ... Die vorläufige Kirchenregierung bleibt im Amte, bis eine Kirchenregierung auf Grund der zu erlassenden Verfassung der Landeskirche gebildet ist ...“

Der der verfassungsgebenden Landessynode vorgelegte Entwurf der braunschweigischen Kirchenverfassung sah keinen Landesbischof vor. Unter V) Die Kirchenregierung, heißt es in § 49: „Die Kirchenregierung besteht aus: 1.) dem Präsidenten des Landeskirchenrats als Vorsitzenden, 2.) einem Mitgliede des Landeskirchenrates, das, wenn der Präsident kein Geistlicher ist, das dienstälteste geistliche, sonst das dienstälteste weltliche Mitglied sein muß, 3.) dem Vorsitzenden des Landeskirchentages, 4.) zwei vom Landeskirchentage auf die Dauer von 6 Jahren aus seiner Mitte zu wählenden Mitgliedern. Ein Mitglied des Landeskirchentages muß ein Geistlicher sein ...“

Zur Wahl des ersten braunschweigischen Landesbischofs (nach den Akten des Landeskirchenamtes in Wolfenbüttel):

„... Der Verfassungsausschuß hat in seiner Sitzung am 16. Juni d. J. beschlossen, an Ort und Stelle durch 3 Mitglieder der Synode, von denen je 1 Mitglied jeder Fraktion angehören soll, Erkundigungen über die für die Stelle des Landesbischofs in Frage kommenden Geistlichen, nämlich den Generalsuperintendenten Bernewitz in der Nähe von Breslau und den Pastor von Lübke in Hankensbüttel (?) einzuziehen und die Kirchenregierung zu ersuchen, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen ...“

„... Dem Mangel, daß der Generalsuperintendent Bernewitz landfremd ist, scheint mir doch der Umstand, daß er bereits an leitender Stelle gestanden hat, als nicht zu unterschätzender Vorzug gegenüberzustehen. Auch befürchte ich, daß, wenn ein braunschweigischer Geistlicher gewählt werden sollte, der zu den tonangebenden Kreisen des Landespredigervereins gehört, der letztere völlig die Kirchenregierung in die Hand bekommen würde ...“ (Aus einem Brief des Oberkirchenrats Wicke an den Präsidenten der Landessynode, Elend, 7. Juli 1922.)

Ein Schreiben des Präsidenten der verfassungsgebenden Synode am 1. August 1923 fordert: „Die Unterstellung des Landesbischofs unter die Oberaufsicht der Kirchenregierung“.

D. Bernewitz erwidert unter dem 13. August 1923: „... die Oberaufsicht über die amtliche Thätigkeit des Landesbischofs steht überhaupt der Kirchenregierung zu und brauchte nicht für diesen einen Fall dem aus Kollegen des Landesbischofs bestehenden Landeskirchenamt übertragen zu werden. Es wäre doch peinlich, die Behörde über ihren Vorsitzenden urteilen zu lassen ... Strafbestimmungen im Dienstvertrage eines Landesbischofs empfinde ich doch als mißlich und entbehrlich. Sollte er straffällig werden, so ist er nach § 16 ff. a. a. O. als Geistlicher ohnehin strafbar. Sollte man indessen diesen Punkt deshalb für nöthig halten, weil nicht das Landeskirchenamt, sondern die Kirchenregierung urteilen soll, so schlug ich die decentere Fassung vor ...“

Kundgebung des Landesbischofs D. Bernewitz:

„An die Evangelisch-lutherischen Christen im Braunschweiger Lande.“

Durch die Wahl der Verfassungsgebenden Landessynode zum Landesbischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Braunschweigs berufen und dieser Berufung mit großem Ernst und heißem Gebet folgend, entbiete ich den evangelisch-lutherischen Christen im Braunschweiger Lande Gott zum Gruß. Aus vielerlei Stürmen und mancherlei Kampf und Not evangelischen Glaubens und deutschen Volkstums kommend, habe ich es auf Gottes Gnade hin gewagt, den von mir erwarteten Dienst tun zu wollen, soweit meine Kraft reicht und Gottes Hand mich trägt. Ich will den Gemeinden des Landes, ihren Geistlichen und Gliedern zu dienen suchen mit der Kraft, die in den Schwachen mächtig ist, unter Wachen und Beten, so wahr mir Gott helfe! — Ich bitte die evangelisch-lutherischen Christen im Braunschweiger Lande, sich um Gottes willen immer mehr dessen bewußt zu werden, was sie sein sollen, nämlich Menschen, die den Grund gefunden haben, der ihren Anker ewig hält.

Es ist für alle Sehenden klar, daß wir in Zeiten schwerster Erschütterungen stehen! Im Gewirr unzähliger Abwege finden die Kurzsichtigen sich nicht mehr zurecht und „machen sich selbst löchrige Brunnen, da kein Wasser drinnen ist“. Die wirtschaftliche Not treibt die einen in die Verzweiflung, die anderen in die Wut, jeder ist sich selbst der Nächste und die Zukunft ist dunkler denn je. Die überhandnehmende geistige Zerfahrenheit wird sich in immer schwereren Wirrnissen auswirken, wenn wir die drohenden Zeichen der Zeit verkennen. Den Wert eines Menschen erkennt man daran, wie er die Not übersteht. Die Schwachen und Halben brechen in ihr zusammen, die Wertvollen werden durch sie immer freier und reifer. Wir stehen in entscheidenden Prüfungstagen unseres deutschen Volkes und unserer Gemeinden, größer aber als ihre äußere ist ihre innere Not. Der Wiederaufbau des Volkslebens und des Seelenlebens hängt nicht sowohl von Preisen und Kursen, als vielmehr davon ab, ob wir in vorgerückter Stunde erkennen werden, daß es der Geist ist, der lebendig macht. Wir müssen für die Überzeugung leben und streben, daß Recht und Pflicht, Ehre und Gewissen, Wert und Unwert an Gottes Wort und an Seinem Geist gemessen werden müssen. Dem will und soll unsere Kirche dienen, und dann ist sie die beste Dienerin unseres Volkes und des einzelnen. Die Kirche aber seid Ihr! „Baut euch auf als die lebendigen Steine!“

„Der Gott aber aller Gnade, der Euch berufen hat zu Seiner ewigen Herrlichkeit in Christo Jesu, wolle Euch stärken und festigen, vollbereiten und gründen! Ihm sei Ehre und Macht in Ewigkeit!“

Wolfenbüttel, den 1. September 1923.

D. Bernewitz, Landesbischof.“

Auszüge aus Braunschweiger Tageszeitungen anläßl. der Einführung des Landesbischofs D. Bernewitz am 15. September 1923:

„... hielt sodann Stadtsuperintendent Kirchenrat Runte eine Ansprache, in der er zunächst mitteilte, daß er, nachdem Pastor Dr. Bernewitz einstimmig durch Zuruf zum Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche des Landes gewählt worden sei, den Auftrag der Landessynode habe, den Landesbischof in sein hohes kirchliches Amt einzuführen. Dann führte er weiter aus, daß die Ernennung eines Landesbischofs durch die veränderten Staatsverhältnisse erforderlich geworden sei, aber nichts an der demokratischen Verfassung der Landeskirche ändere. Es handle sich hier lediglich um eine Amtsbezeichnung, die nichts gemein habe mit dem Amtscharakter eines katholischen Bischofs. Die Landessynode ist autonom in der kirchlichen Gesetzgebung; sie wählt die Kirchenregierung und den Landeskirchentag, und zwar beide nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht. Das Landeskonsistorium ist nach dreieinhalbhundertjährigem Bestehen am 1. September d. J. aufgelöst worden, nachdem die Trennung zwischen Kirche und Staat erfolgt war. Den Mitgliedern des Konsistoriums, die mühevoll Arbeit geleistet haben, spreche er herzlichen Dank aus. In schwerer, ernster Zeit übernehme der Landesbischof die Leitung der Landeskirche. Schwer lasten auf dieser die finanziellen Sorgen, und große Schwierigkeiten werden bei der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche noch zu überwinden sein. Es ist ein köstliches Amt, das Ihnen (dem Landesbischof) übertragen wird. Die Seele

erfüllt von dem Reichtum theologischen Wissens und allgemeiner Bildung, Herz und Kopf voller Erfahrungen aus den Stellungen, die Sie bisher bekleidet haben, werden Sie darnach streben; unserer Landeskirche und deren Verfassung das rechte Leben und die rechte Bewegung zu geben, das Recht der Kirche zu wahren und, wenn es sein muß, für das Recht der Kirche zu kämpfen. Stadt-superintendent Runte schilderte dann die Schwierigkeiten, mit denen die Kirche in jetziger Zeit zu kämpfen habe und bat die Gemeinde, dem neuen Landesbischof mit herzlichem Vertrauen entgegenzukommen. Hierauf überreichte Generalstaatsanwalt Holland als Präsident der verfassunggebenden Synode vom Altar dem Landesbischof die Bestallungsurkunde. Landesbischof Dr. Bernewitz leistete dann den Eid, worauf ihm die Amtskette mit dem goldenen Kreuz umgehängt wurde. Zu Beginn dieser feierlichen Handlung setzte Glockengeläut vom Dome ein ..."

"... Generalstaatsanwalt Holland nahm ihm zunächst den Eid auf die Kirchenverfassung ab und schmückte ihn darauf mit dem äußeren Zeichen der Würde, dem goldenen Bischofskreuz! ..."

Die Landesregierung, die zur Einführung des neuen braunschweigischen Landesbischofs offiziell eingeladen worden war, entschuldigte ihr Fernbleiben durch einen Brief, der die Unterschrift des damaligen braunschweigischen Ministers Grotewohl trägt.

Emeritierungsgesuch des Landesbischofs D. Bernewitz:

D. Bernewitz
Landesbischof

Wolfenbüttel, 26. 7. 33

An die Kirchenregierung

Am 31. März d. J. habe ich das siebenzigste Lebensjahr vollendet; am 1. September d. J. vollenden sich 10 Jahre, seit ich im Dienst der Braunschweigischen Landeskirche stehe. Ich bitte die Kirchenregierung auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen vom 27. Dezember 1922, anzuerkennen, daß die Voraussetzungen für meinen Anspruch auf Emeritur gegeben sind und mich zum 1. Oct. d. J. in den Ruhestand zu versetzen.

D. Bernewitz.

III. Hannover

"Der in Göttingen sofort nach dem politischen Umsturz durch Prof. D. Titius begründete und alsbald Wurzel schlagende Volkskirchenbund mit der Forderung der Geltendmachung kirchlicher Interessen im politischen Leben trug auch den Gedanken einer Reform der kirchlichen Verfassung durchs Land. Die letzte Landessynode war ohnehin mit dem Mandat gewählt, eine tiefgreifende Änderung der Kirchenverfassung von 1865 in die Wege zu leiten ... Im Dezember 1918 bei einer Tagung des Hannoverschen Pfarrervereins kamen die Bedenken zur Aussprache und Begleichung. Das Landeskonsistorium trat zu Beginn des Jahres mit dem Landessynodalausschuß und einer Anzahl von Vertrauensleuten in Verhandlungen ein, deren Ergebnisse aber zunächst vertraulich blieben. Im März 1919 wurden den Superintendenden 'Richtlinien' zum Entwurf einer neuen Kirchenverfassung zugestellt. Inzwischen waren die Gemeinschaftskreise unter Ablehnung des Gedankens irgendwelcher Separation, für Beibehaltung der Volkskirche eingetreten und erklärten sich bereit, an ihrer Belebung mitzuhelfen, sofern die Bekenntnisgrundlage nicht angetastet werde ... Im April 1919 berief das Landeskonsistorium eine Konferenz von etwa 100 Teilnehmern (auch Frauen), an der neben Vertretern einzelner Bezirkssynoden Angehörige aller kirchlichen Richtungen und Arbeitsgebiete beteiligt waren. Auch die freien Gewerkschaften waren vertreten. Die Mehrzahl sprach sich dafür aus, daß die bestehende Landessynode und nicht eine besondere Konstituante, den Verfassungsneubau in die Wege leiten solle ... Die 'Richtlinien' hatten einen von der Landessynode zu bestellenden 'Landeskirchenrat', also ein Kollegium, als oberste Instanz in Aussicht genommen. Die Versammlung trat für eine persönliche Spitze desselben, den Sonderbischof, ein, als welcher der Abt zu Loccum zuständig sei. Im Juli 1919 hat das Landeskonsistorium den Bezirkssynoden den Entwurf einer Verfassung ... unterbreitet, der sich in einigen Partien von dem Entwurf der 'Richtlinien' unterscheidet, aber sonst erweiternd das ganze Verfassungsgebiet umschließt, auch die Gemeindeordnung und Gemeindevertretung ... Ende November 1919 erließ

das Landeskonsistorium eine Ansprache an die Gemeinden, in welcher mitgeteilt wurde, daß die Grundzüge einer neuen Verfassung mit dem ständigen Ausschuß der Landessynode ausgearbeitet und daß Vertreter verschiedener Standpunkte und aus verschiedenen Landesteilen mit ihrem Rat gehört seien. Nun werden zwei Vertreter aus jedem Wahlbezirk geladen, welche die Bezirkssynodalausschüsse delegieren sollen, zur Superrevision. Zu Anfang des Jahres 1920 sind die Arbeiten völlig abgeschlossen. Die einer Einberufung der Landessynode, seitens der Staatsregierung entgegenstehenden Schwierigkeiten scheinen noch nicht völlig beseitigt zu sein." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 372 ff.)

"Die Provinzialsynode der Ev.-luth. Kirche der Provinz Hannover tagte — mit Unterbrechungen — vom 26. Oktober bis 13. November 1920. Die Frage, ob die Neuverfassung der Provinzialkirche von der Synode selbst oder von einer besonderen gesetzgebenden Versammlung, wie in Altpreußen, zu bewirken sei, wurde im letzteren Sinn entschieden, nicht ohne Widerspruch. Es wurde das zweifellose Recht der Synode, diesen Akt selbst zu vollziehen, mit Nachdruck betont (Sup. Schaaf-Potshausen, P. D. Oehlkers-Hannover). Weiter wurde hervorgehoben, daß die Synode die Verantwortung für die Beschlüsse der Konstituante zu tragen haben werde. Erst auf einen ausdrücklichen Antrag (D. Schwerdtmann) festzustellen, daß die Konstituante über Lehre und Bekenntnis nichts zu bestimmen und zu beschließen haben werde, entstand ein Konsensus, der schließlich die Berufung der Konstituante nahezu zum einstimmigen Entschluß brachte. Man beschloß Urwahl, um eine Neuwahl der Kirchenvertretungen zu vermeiden. Die Verhältniswahl des Entwurfs wurde gestrichen. Zum Schutz der Minderheiten sollen bis zu 10 solcher Mitglieder der Minoritäten, die wenigstens ein Drittel der Stimmen ihrer Gruppe in ihrem Wahlbezirk erhalten haben, berufen werden. Die Zahl der Gewählten soll 78 betragen. Den Generalsuperintendenten, dem Abt von Loccum, den Vertretern der theologischen Fakultät und des Kirchenrechts in Göttingen wurde beschließende Stimme zuerkannt." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 48. Jahrgang, 1921, S. 401 f.)

"... Die preußische Regierung hatte verlangt die Einberufung einer Synode, die nur ein Wahlgesetz für eine Verfassunggebende Kirchenversammlung beschließen sollte und die dann, dem staatlichen Drucke nachgebend, Urwahlen beschlossen hat ..." (lt. brieflicher Mitteilung von D. Fleisch).

"Lutherische Kirche von Hannover. 78 Abgeordnete, fast 50 der Rechten angehörig, 12 der Linken, 16 der Mitte. Unter den Deputierten nur eine Frau (Frau Paula Müller-Otfried). Die Kirchenversammlung trat am 6. Dezember 1921 zur Beratung zusammen. Damit erloschen die landesherrlichen Befugnisse der 3 Minister in evangelisch auch hier, und das Landeskonsistorium mit dem Synodalausschuß übernahm die Kirchengewalt. Es lagen drei Entwürfe vor: der der Kirchenregierung, begründet von Oberkonsistorialrat Lampe, einer der Lutherischen Vereinigung und der sog. Ahldener Entwurf (Sup. D. Bußmann). Der erste will die Kirchengewalt der Landessynode, die Verwaltung der Kirche einem Landeskirchenrat übertragen, mit geistlicher Spitze (Landesbischof). Der zweite Entwurf (Konventual Fleisch) ist rein episkopalistisch, läßt die Führerstellung des Landesbischofs scharf heraustreten und gibt dem Pfarramt weitergehende Entfaltung als der dritte Entwurf, der 'Volkskirche' und Gemeinderechte mehr in den Vordergrund stellt ... Der dritte Entwurf (D. Bußmann) lehnt den Landesbischof ab und wünscht Vereinigung aller Kompetenz der Kirchenbehörden und Wahl aller Pfarrer und Superintendenden durch die Gemeinden ... Ein Deputierter, Vorsitzender eines sozialdemokratischen Wahlvereins in Einbeck, nahm unter Beifall für seine Genossen eine freundliche Stellung zu Kirche und Religion in Anspruch. Am 10. Dezember schloß das Plenum seine Beratungen und setzte einen Verfassungsausschuß von 36 Mitgliedern ein (13 geistlichen und 23 weltlichen), der im Januar 1922 seine Beratungen begann." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 49. Jahrgang, 1922, S. 480 f.)

"Die Verfassung der Evang.-luth. Landeskirche von Hannover ist am 1. Juli 1924 verkündet und in Kraft getreten am 1. November 1924 ... Sie gibt der Landeskirche eine bischöfliche Spitze. Der auf den 13. Mai 1925

einberufene erste Landeskirchentag wählte Generalsuperintendent D. Marahrens zum Landesbischof ..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 52. Jahrgang, 1925, S. 525.)

Schon bald nach dem Ende des Krieges hat der Konventualstudiendirektor im Kloster Loccum Paul Fleisch in einer Broschüre, „Gedanken zur Kirchenfrage in lutherischem Sinne erwogen“, Hannover 1919, Grundsätzliches über den Neubau der Landeskirche ausgeführt:

„... Die sichtbaren Stücke des Kirchenbegriffs (Wort und Sakrament) bedingen ganz allein die Erscheinungsform der Kirche, kein irgendwelches ‚göttliches‘ Recht, d. h. es muß zwar irgendwie eine äußere Verfassung da sein, die die Verwaltung von Wort und Sakrament ordnet und sicherstellt, aber wie diese Ordnung ist, wie die Kirche also verfaßt ist, ist grundsätzlich gleichgültig und bleibt der praktischen Erwägung überlassen ...“ (a. a. O., S. 7.)

„Versuchen wir nunmehr zum Schluß kurz zu skizzieren, wie darnach die Kirche ihr eigenes Haus wird umbauen müssen. Wir betonen nochmals, daß es uns gut lutherisch zu sein dünkt, wenn möglichst wenig umgebaut wird. Daher können wir nicht einstimmen in die großen Neubaupläne, wie sie jetzt von vielen Seiten vorgeschlagen werden. Wir halten es nicht für richtig, jetzt eine freie deutsche evangelische Reichskirche schaffen zu wollen u. dgl., selbst wenn man uns verbürgte, daß das zu keiner Unionsmacherei führen solle. Vielmehr gilt es u. E., unsere bestehende hannoversche Landeskirche zu erhalten und nur soweit umzubauen, wie es nach dem bisher Gesagten nötig ist. Das ist nicht bloß ... gut lutherisch gedacht, entspricht nicht nur unserm hannoverschen am Alten festhaltenden Sinne, sondern scheint uns auch geradezu praktisch nötig zu sein, einmal, um die Landgemeinden, auf die jetzt sowieso soviel Neues einströmt, nicht völlig zu erschüttern, und sodann, um die Kontinuität des Rechts zu wahren, was gerade wegen der kirchlichen Besitzansprüche dringend nötig ist. Da andererseits aber auch eine Vereinzelung in kommenden Zeiten schädlich sein kann, so wird ein zunächst loser Zusammenschluß mit benachbarten und rechtlich auf demselben Grunde stehenden Kirchen, d. h. mit den übrigen nordwestdeutschen Landeskirchen gesucht werden müssen. Ob derselbe später einmal enger wird, ist eine Frage der Zukunft ...“ (a. a. O., S. 29 f.)

„Die eigentliche Kirchenregimentliche Gewalt aber läge hinfort bei der Landessynode. Auch in ihr werden jetzt die Laien überwiegen müssen ... Ich muß gestehen, daß ich gegen das Hervorgehen der Landessynode aus freien Gemeindevahlen schwere Bedenken habe. Gerade weil ich die Tore der Kirche weit offen lassen will, darf doch die Landessynode nicht zum Objekt wilder Volkssammelungsaktionen werden. Vielleicht mag das später gehen, wenn das Bewußtsein, was es um kirchliche Wahlen ist, die Gemeinden mehr beseelt. Dazu mögen die Kirchenvorstands- und Bezirkssynodalwahlen erziehen. Bis dahin würde ich mit aller Energie dafür eintreten, daß die Bezirkssynoden die Wahlkörper für die Landessynode bleiben und ihrerseits die 20 Pastoren und die 40 Laien wählen, etwa so, daß von den letzteren je einer Kirchenvorsteher innerhalb des Wahlbezirkes sein muß, während der andere jedesmal frei (auch weltlich oder geistlich) gewählt werden kann. Wichtig ist aber auch bei der Landessynode die Vertretung der großen Vereinigungen, die als Landesvereine oder landeskirchliche Anstalten von der Synode selbst anerkannt werden ..., zuviele würden es darum schon nicht werden; gegen die Gefahr könnte ja später eine Höchstzahl eingeführt werden. Aber daß solche Einordnung in die Landessynode unserer Kirche deren Leben günstig beeinflussen würde, wird wohl niemand bezweifeln ... Von der Inneren Mission kann nur Leben und Anregung ausgehen. Ihre freie und doch feste Einordnung, etwa wie hier vorgeschlagen, scheint mir eins der wichtigsten und segensreichsten Erfordernisse des jetzigen Umbaus zu sein. Daß auch der Abt zu Loccum und die Generalsuperintendenten Mitglieder der Landessynode sein müßten, ist wohl selbstverständlich. Das hängt mit der Ausgestaltung der Spitze unserer Landeskirche zusammen. Da stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wünschen den Landesbischof, die andern eine kollegiale Spitze. Wenn der erste Wunsch manchmal als lutherisches Verfassungsideal hingestellt wird, so ist das nach dem oben Gesagten irrig. Die Entscheidung hat vielmehr rein nach praktischen Erwägungen

zu geschehen, und die sprechen schon wegen der verschiedenartigen Gebiete Hannovers gegen den Landesbischof. So bliebe nur die kollegiale Spitze, in der aber selbstverständlich das Berechtigte am ersten Wunsche, das Verlangen nach dem ‚Persönlichen‘, erfüllt sein müßte. Dies Moment repräsentieren aber die Generalsuperintendenten. Sie an die rechte Stelle zu bringen, wird also eine Hauptaufgabe sein ...“ (a. a. O., S. 36 ff.)

Die Wahlen zur Verfassungsgebenden Kirchenversammlung waren, entgegen dem Vorschlag von Paul Fleisch, regelrechte Urwahlen und fanden am 25., 26. und 27. September 1921 statt. Anschauliche Berichterstattung über die Kirchenwahlen, vgl. „Evangelische Wahrheit“, 13. Jahrgang, 1921/22, Sp. 18–20; 37–38. Die Versammlung selbst konnte auf den 6. Dezember 1921 nach Hannover einberufen werden. Die Arbeit an einer künftigen Verfassung für die hannoversche Landeskirche wurde der Synode dadurch erleichtert, daß ihr nicht weniger als drei Verfassungsentwürfe vorgelegt wurden:

1) Der Entwurf des Superintendenten D. Bußmann-Ahlens (vgl. Aktenstücke der verfassungsgebenden Kirchenversammlung, 1921, Nr. 7) hatte geringste Aussicht auf Annahme: Er entsprach weder der herkömmlichen Haltung der hannoverschen lutherischen Landeskirche in ihrer bekenntnismäßigen Grundlegung (vgl. Praeambel, § 5 Abs. 2), noch konnte der konsequent durchgeführte synodal-presbyteriale Gedanke für Hannover in Frage kommen. Durch Wahlen sollten von den Vertretungen der Gemeinden und den Pfarrern bis hin zu den kirchlichen Leitungsgremien alle Ämter besetzt werden. Bußmann wollte an die Spitze der Landeskirche ein Oberkirchenamt stellen, dessen Kollegium eines seiner sieben Mitglieder (drei Theologen, vier weltliche, vgl. § 35 des Entwurfs) zum Vorsitzenden wählt. Selbstverständlich war hier kein bischöfliches Amt vorgesehen. D. Bußmann begründete seinen Entwurf mit den Erfahrungen, die er selbst als langjähriger Auslandspfarrer „mit Verfassungsfragen in staatsfreien Kirchen, sowie als Propst der Erlöserkirche in Jerusalem“ habe gewinnen können (Protokolle, 1921/22, S. 22 f.). „Selbständigkeit der Kirche gegenüber Ihren Feinden ..., eine gute Verfassung, die das Gefüge der Kirche fester machen und Anhänger gewinnen wird“, sind für seinen Entwurf ebenso charakteristisch wie die Furcht vor einer starken geistlichen, bischöflichen Leitung der Kirche: „Die Behörde soll nicht zuviel eingreifen und verfügen. Wenn ein Landesbischof eingesetzt wird, dann wird die Selbständigkeit der Pfarrer noch mehr eingeschränkt ... Die Verwaltung der Kirche muß vor allem billig eingerichtet werden. Einen Landesbischof, Generalsuperintendenten im Hauptamt sowie ein Revisionsbureau können wir uns nicht leisten ... Die Namen der kirchlichen Organe müssen deutsch sein, da sie sonst im Volke nicht verstanden werden ...“ (a. a. O., S. 24.)

Aus der Kritik des Generalsuperintendenten D. Möller an dem Bußmannschen Entwurf, in der Aussprache der Synode:

„... Die Wechselbeziehungen zwischen Einzelpersonen und Menge sind dann im Gleichgewicht, wenn beide sich ergänzen und sich in Schranken halten. Auf der einen Seite muß eine Menge ihren Willen zum Ausdruck und zur Geltung bringen können. Sie überschlägt sich aber in ihren Forderungen, wenn sie keine Schranke findet. Es muß ihr deshalb eine charaktervolle starke Persönlichkeit entgegentreten können. Andererseits bedarf aber auch die Persönlichkeit der Beschränkung durch den Willen der Menge, sonst überschlägt sie sich in ihren Forderungen. Diesen Lebensbedingungen trägt der Entwurf des Herrn D. Bußmann nicht Rechnung. Er hat zwar den Vorzug der Konsequenz aus einem Prinzip. Alles geht aus Majoritäten hervor ... Es fehlt also die Spannung zwischen dem Willen einer Menge und deren ausführenden Organen, einerseits und einer selbständigen Einzelpersonlichkeit andererseits, die ihr Recht nicht von Majoritäten herleitet. Ich meine daher, daß es in der Leitung der Landeskirche einer Persönlichkeit bedarf, die ihre Stellung unmittelbar von der Landessynode ableitet und ein Gegengewicht gegen die Veränderlichkeit der Majoritäten bildet ...“ (Protokolle ..., S. 72 f.)

2) Landeskonsistorium und ständiger Ausschuß der Landessynode überreichten am 19. November 1921 einen zweiten Verfassungsentwurf (vgl. Aktenstücke, 1921,

Nr. 2), den Dr. Lampe in der ersten Sitzung der verfassungsgebenden Versammlung am 6. Dezember 1921, wie folgt, begründete (vgl. Protokolle ..., 1921/22, S. 10 ff.):

„... der Entwurf steht auf dem Boden des synodalen Prinzips, aber nicht ohne Einschränkung: Die oberste Leitung der Kirche soll in der Hand der Landessynode liegen, aber die Verwaltung wird einer besonderen, von ihr eingesetzten ständigen Behörde zur selbständigen Ausübung übertragen ... Wesentliche Aufgabe des Landesynodalvorstandes ist es, zu verhindern, daß ein Gegensatz zwischen der Verwaltungstätigkeit des Landeskirchenrates und dem Willen der Landessynode hervortritt. Damit dies erreicht wird, ist vertrauensvolles Zusammenarbeiten nötig. Durch Verfassungsbestimmungen läßt sich das nicht vorschreiben, aber als gutes Mittel erscheint der Vorschlag, beiden Kollegien einen gemeinschaftlichen Vorsitzenden zu geben. Daß dieser immer ein Geistlicher sein muß, ist nicht vorgeschrieben, aber in der Annahme, daß es ein Geistlicher sein wird, ist für ihn der Name ‚Landesbischof‘ vorgesehen. Es mag geprüft werden, ob der Name richtig und nicht mißverständlich ist; denn der Landesbischof soll nur kirchenregimentliche Funktionen als Vorsitzender, nicht auch selbständige geistliche Funktionen haben. Sonst wäre eine genaue Abgrenzung seiner Rechte gegenüber den Rechten der Geistlichen, Superintendenten und Generalsuperintendenten erforderlich. Gleichwohl wird hier einer bedeutenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu segensvoller Wirksamkeit erschlossen. In jedem Kollegium kann ein bedeutender Vorsitzender den größten Einfluß durch seine Leitung der Geschäfte, die Verteilung und Einteilung der Arbeit, durch Anregung wichtiger und neuer Maßnahmen usw. ausüben. Dabei ist die Gefahr eines allzu persönlichen Regiments durch Einfügung in ein Kollegium vermieden. Der Einfluß des Landesbischofs wird allein von der Größe seiner Persönlichkeit und dem Wert seiner Anregungen abhängen ... Von größter Bedeutung und schwierig ist die Regelung seines Verhältnisses zu den Generalsuperintendenten. Das bedeutsame und segensvolle Amt der Generalsuperintendenten soll und muß erhalten bleiben. Sie können durch den Landesbischof nicht ersetzt werden, weil die Landeskirche zu groß ist; ihr Amt darf aber auch nicht beschränkt werden in seiner Aufgabe der selbständigen persönlichen Aufsichtigung und Pflege der Geistlichen und Gemeinden ...“

Bedenken von Paul Fleisch gegenüber diesem Entwurf:

„Seitens der Kirchenbehörde wird, wie es scheint, der bisher veröffentlichte Entwurf der Verfassungsgebenden vorgelegt werden. Gebunden ist sie nicht daran. Einige Bedenken dagegen haben wir schon früher geäußert: 1. Die Behördenkirche tritt zu stark hervor ... 2. Es steht viel zu viel darin, was nicht in eine Verfassung gehört, sondern in Dienst- und Geschäftsordnungen des Kirchenvorstands u. dgl. 3. Die Bestimmungen über die Spitze sind nicht klar und, wie sie dastehen, kaum auszuführen. 4. Der Landesbischof muß Geistlicher sein ...“ (Evangelische Wahrheit, 13. Jahrgang, 1921/22, Sp. 36 f.)

In seinen späteren Lebenserinnerungen hat sich Fleisch noch deutlicher über die Motive für diesen Verfassungsentwurf ausgesprochen:

„Das Landeskonsistorium wollte seine Position bewahren und womöglich stärken. Es besaß den Vorzug der Sachkenntnis und in Oberkonsistorialrat Lampe, der wohl der eigentliche Verfasser des amtlichen Entwurfs war, einen äußerst fleißigen und zähen Vertreter. Nur, daß er manchmal die antikonsistoriale Mentalität der Versammlung unterschätzte. Der Landessynodalausschuß wollte die Macht des Ausschusses in den Vordergrund schieben. Hier hätte man die Leitung gern nach dem Muster der Provinzialverfassung gestaltet, wo das Landesdirektorium unter dem Ausschuß stand. Die Generalsuperintendenten wollten kein Tittelchen ihres Amtes zugunsten des Landesbischofs aufgeben, so daß ich einmal einen von ihnen in einer Ausschußsitzung dringend bat, nicht so stur weiterzukämpfen. Das könne ihrem Amte schaden. Er hat mir's — zu seiner Ehre sei es gesagt — nicht übel genommen ...“ (Erlebte Kirchengeschichte, 1952, S. 101.)

3) Der Entwurf, den Paul Fleisch selbst vorlegte, kam zwar nicht unverändert zur Annahme, besaß jedoch so viele Vorzüge, daß er es dann im wesentlichen gewesen ist, der der neuen Landeskirchenverfassung das Profil gegeben hat, vgl. Aktenstücke ..., 1921, Nr. 8. Er hatte

eine klare bekenntnismäßige Grundlage, baute auf Pfarramt und Gemeinde auf, ließ die Tür für Verbindungen zu den Konfessionsverwandten offen — wie Fleisch überhaupt gesamt-lutherisch dachte, während die Vorschläge von Bußmann gesamtevangelisch waren — und rechnete mit den genuin hannoverschen Verhältnissen, wie vor allem seine später noch zu würdigenden Vorschläge für eine enge Verbindung des Klosters Loccum mit der hannoverschen Landeskirche zeigten.

Nach diesem Vorschlag ist die Landessynode als Inhaberin der Kirchengewalt die gesetzgebende Vertretung der Landeskirche (§ 90). Sie soll auch den Landesbischof wählen, dem eine starke und bestimmende Stellung zugesichert wird (§ 108). Unter den Generalsuperintendenten soll der Landesbischof den Vorsitz führen; geistliche Leitung und Selbständigkeit gegenüber Kirchenregierung, Landeskonsistorium und Generalsuperintendenten werden hervorgehoben, § 116, 3. Zu seinen ausgedehnten Funktionen soll schon damals die „Fürsorge für die Lutheraner im Auslande“ gehören, vgl. § 116, 2. Die Schaffung des landesbischoflichen Amtes, dem Fleisch noch im Jahre 1919 abgeneigt gewesen ist, hat er vor der Versammlung u. a. folgendermaßen selbst begründet:

„Der Bischofsgedanke wird nicht aus hierarchischen Gründen angestrebt, sondern weil, wenn dem Landesbischof auch die Sorge für das innere Leben der Kirche zusteht, ein Mann an der Spitze stehen muß, dem die Verkündung des Evangeliums eine Lebensaufgabe ist, und weil die Landeskirche in diesen sturmdurchwehten Zeiten eines einzelnen Mannes als Führer bedarf. Ein Landesbischof an der Spitze der Landeskirche wird auch in gefährlichen Zeiten mehr des Beistandes und der Hilfe der Gemeindeglieder sicher sein als ein Präsident des Landeskonsistoriums. Die Generalsuperintendenten sollen neben ihm das dezentralisierende Element darstellen. Sie sollen als Kollegium Fragen des inneren Lebens der Kirche beratschlagen, zugleich aber auch ihre Sprengel im Landeskonsistorium vertreten. Sie sollen erhalten bleiben, einmal, weil sie ein Gegengewicht gegen autokratische Neigungen des Landesbischofs bilden, und zum anderen, weil aus ihnen die zukünftigen Landesbischofe hervorgehen sollen. Gegen autokratische Neigungen des Landesbischofs würde auch die Bestimmung aufzunehmen sein, daß der Landesbischof von zwei Dritteln der Landessynode gewählt sein, also das Vertrauen der großen Mehrheit genießen muß. Ferner muß man der Synode auch das Recht zusprechen, den Landesbischof mit derselben Mehrheit zum Rücktritt zu zwingen, wogegen ihm das Recht der Auflösung der Landessynode zustehen muß ...“ (Protokolle, S. 18.)

Diese Grundgedanken finden sich auch an vielen Stellen in der von Fleisch redigierten „Evangelischen Wahrheit“, wo er unter der Rubrik „Kirchliche Rundschau“ seine Leser ständig auf dem Laufenden hält, die wichtigsten Probleme der Kirche, vor allem des Verfassungsneubaus, behandelt und mit großer Sachkenntnis für seine Anliegen eintritt, z. B.:

„... Wir haben den Landesbischof nötig. Aber soll man es nun vielleicht so machen, daß man äußere Verwaltung und geistliche Leitung ganz trennt? Soll man Landesbischof und Generalsuperintendenten von aller Verwaltungsarbeit befreien? Der Gedanke hat ja etwas Verlockendes, ist aber doch nicht durchführbar. Denn einmal soll doch alle äußere Verwaltung nur dem geistlichen Zwecke der Kirche dienen, und andererseits ist dieser leider nicht zu ‚beachten und zu erwägen‘, ohne auch recht äußerliche Dinge in diese Erwägung zu ziehen. Was nützt es dem Landesbischof, über die bessere geistliche Versorgung etwa einer Gegend nachzudenken, wenn er an der Beratung über Aufbringung der Mittel usw. gar nicht beteiligt ist. Diese scharfe Scheidung ist in der Praxis des Alltags nicht durchführbar. Darum muß er auch in der Verwaltungsbehörde darin stehen und den Vorsitz führen, wodurch aber nicht ausgeschlossen ist, daß er in rein geistlichen Dingen auch selbständig neben ihr steht ...“ (13. Jahrgang, 1921/22, Sp. 67.)

Wie sah nun die Verfassung aus, der die Landessynode endgültig zugestimmt hat? Die Synode, zu deren Mitgliedern auch der bewährte Kirchenrechtslehrer Prof. Paul Schoen-Göttingen gehörte, dem wir eine Arbeit über den evangelischen Bischof verdanken, hat sich diese Arbeit nicht leicht gemacht, sondern Sachlichkeit bewiesen. Es kam zu einem Kompromiß, der freilich die Vorlage von Paul Fleisch stärker berücksichtigte als die des Landes-

konsistoriums. Fleisch selbst berichtete seinen Lesern in der „Evangelischen Wahrheit“ über den Ausgang der Verhandlungen:

„... Wie sieht nun der Entwurf des Ausschusses aus? Natürlich ist er in vielen Stücken ein Kompromiß, wie alle Verfassungen, nicht die reine Durchführung einer Idee. Die gibt es auch nur am grünen Tisch oder in Wolkenkuckucksheim ... Alles mußte miteinander ausgeglichen, ausbalanciert werden, vor allem im Kirchenregiment. Der Ausschuß hat sich dabei zu der sogenannten Dreigliederung entschlossen, d. h. über der Zentralverwaltungsbehörde und dem Landessynodalvorstand steht noch eine Kirchenregierung, jetzt Kirchensenat genannt ...“ (13. Jahrgang, 1921/22, Sp. 243 f.)

„An der Spitze der Landeskirche wird in Zukunft ein Kirchensenat stehen. Er ist nicht eigentlich eine Verwaltungsbehörde, sondern ein Element der stetigen Leitung des Ganzen. Er ist der Träger derjenigen Befugnisse, die bisher dem landesherrlichen Kirchenregiment zustanden ... Der Kirchensenat ist in seinen Entschlüssen von der Landessynode unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen, hat aber über seine Betätigung der Landessynode auf Anfragen Auskunft zu geben ... Der Landesbischof nun soll gar nichts Beamtenhaftes an sich haben. Man hat sogar ganz ängstlich vermieden, ihn überhaupt in eine beamtenartige Tätigkeit hineinzuziehen, m. E. fast zu ängstlich, so daß ich fürchte, er werde sich im Beamtenapparat zu wenig durchsetzen können. Ich hätte ihn ruhig zum Vorsitzenden nicht nur des Kirchensensats, sondern auch des Landeskirchenamts gemacht, nur natürlich so, daß es ihm gestattet sein sollte, die Geschäfte zum großen Teil nach seinem Ermessen dem weltlichen Präsidenten zu alleiniger Verantwortung zu übertragen. Aber man hat, wie gesagt, alles Beamtliche von ihm fernhalten wollen, und bei der erwähnten hannoverschen Neigung ist es vielleicht gut so. Er hat nun rein die geistliche Führung ... Vorgesehen ist in der Verfassung auch der Fall, daß Landesbischof und Abt zu Loccum vereinigt werden, indem ausdrücklich für diesen Fall bestimmt ist, daß die Einkünfte der Abtspfründe dann auf sein Dienstinkommen ganz oder teilweise angerechnet werden. Das ist die Stellung unseres zukünftigen Landesbischofs. Unsere Leser wissen, daß wir sie hie und da gern noch weiter ausgebaut gesehen hätten. Aber auch das Erreichte scheint uns so zu sein, daß, wenn uns Gott den rechten Mann schenkt, er in dieser Stellung unserer Kirche ein rechter geistlicher Führer werden kann ... Das wird also die zukünftige Spitze unserer Landeskirche sein. Vielleicht erscheint sie einem auf den ersten Blick kompliziert. In Wirklichkeit ist sie eine bedeutende Vereinfachung gegenüber dem bisherigen Zustande. Wir hatten Konsistorien und in ihnen, aber auch selbständig neben ihnen, die Generalsuperintendenten. Über diesen stand das Landeskonsistorium mit dem ständigen Ausschuß der Landessynode, darüber, z. T. auch direkt über den Konsistorien, der Minister und endlich der Summepiskopus. Jetzt fallen die Konsistorien; die Generalsuperintendenten treten in und neben das Landeskirchenamt. Mit diesem arbeitet auch in Zukunft der Landessynodalvorstand, darüber steht der Kirchensenat mit dem Landesbischof. Die Gesetzgebung aber liegt in der Hand der Synode. So sind alle Elemente, die zur Leitung der Kirche gehören, vertreten: das synodale, das konsistoriale und das geistliche, jedes so, daß es zum Segen der Kirche sich möglichst auf seine Art auswirken kann ...“ (13. Jahrgang, 1921/22, Sp. 260 ff.)

Zur Frage der Kirchengewalt in der hannoverschen Landeskirche:

„... Es muß festgestellt werden, daß nach der Verfassung der evang.-luth. Landeskirche Hannovers nicht einem Organ, sondern einer Mehrheit von Organen die Bezeichnung (= Träger der Kirchengewalt) zukommt ...“

„... Auch der Landesbischof ist als selbständiges Organ durch die Verfassung nicht zum Träger der Kirchengewalt bestimmt. Seine Befugnisse sind nicht in erster Linie kirchenregimentliche Befugnisse, sondern Ausflüsse der potestas ordinis. Seine Aufgabe ist die „geistliche Führung in der Landeskirche“ (Art. 99), die er im Rahmen der in Art. 100–103 geregelten Zuständigkeit ausüben kann. Allerdings sind ihm auch gewisse Verwaltungsbefugnisse eingeräumt, aber nach dem Wortlaut der Verfassung doch nur in sehr beschränktem Maße. Vor allem aber sind seine Befugnisse, anders als bei Landes-

kirchentag, Kirchensenat und Landeskirchenamt, einzeln erschöpfend aufgezählt (Schoen, Verfassungsrecht, S. 173), so daß also niemals eine Vermutung der Zuständigkeit für ihn sprechen kann. Nach ausdrücklicher Bestimmung ist der Landesbischof für seine Tätigkeit dem Landeskirchentage verantwortlich (Art. 105), kann also von einem der die oberste Kirchengewalt ausübenden Organe zur Rechenschaft gezogen werden und untersteht damit diesem Organ. Der Landesbischof ist an der Gewaltträgerschaft nur indirekt beteiligt: als Vorsitzender des Kirchensensats ...“

„... Die oberste Gewalt in der Kirche ist sonach aufgeteilt unter drei oberste Organe: Landeskirchentag, Kirchensenat und Landeskirchenamt. Sie stehen, zivilrechtlich gesprochen, nicht in einer Gemeinschaft zur gesamten Hand, so daß sie zusammen Träger der Kirchengewalt sein würden, sondern in einer Gemeinschaft nach verschiedenen bestimmten Bruchteilen. Jedes Organ hat einen ihm durch die Verfassung zugewiesenen Bruchteil der Kirchengewalt inne. Und innerhalb seiner Zuständigkeit vertritt jedes Organ voll die Kirche ...“ (Wagenmann, Karl: Träger der Kirchengewalt in der evang.-luth. Landeskirche Hannovers, 1930, S. 5; 12; 13.)

In seinen Erinnerungen hat Fleisch, rückblickend auf die Verfassungsarbeit der damaligen Landessynode, schreiben können:

„In diesen Wochen habe ich gelernt, daß Verfassungen niemals am grünen Tisch etwa nach bestimmten Idealen gemacht werden, sondern das Ergebnis von Kompromissen zwischen realen Machtfaktoren sind, auch in der Kirche ... Einen Landesbischof, der für seine Stellung hätte eintreten können, gab es noch nicht. Das mußten wir Freunde dieses Amtes tun. Uns war klar, daß wir den Titularbischof des amtlichen Entwurfs, der der Vorsitzende des Ausschusses sein wollte und nicht Geistlicher zu sein brauchte, nicht wollten. Nach unserer Meinung mußte er vielmehr bestimmte Rechte haben. Es gab nicht wenige Gegner ... In der Verfassungsgebenden waren es vor allem die Liberalen, die jetzt plötzlich ihr Herz für das „objektiv urteilende“ Landeskonsistorium entdeckten, aber auch außerhalb ihrer Gruppe gab es Gegner des Bischofsamtes. Viele Pastoren waren gegen das Kanzelrecht des Bischofs. Die Mehrzahl der Laien war dagegen für das neue Amt zu haben. So haben wir es durchgesetzt, wenn auch nicht mit allen Befugnissen, die es haben mußte. Vor allem machte man ihn — nach meiner Meinung ein großer Fehler! — nicht zum Vorsitzenden des Landeskirchenamtes. Ich tröstete mich mit dem Wort, das ich damals scherzend oft gesagt habe: „Rupft dem Hahn nur die Federn aus! Sie wachsen ihm wieder“. Sie sind ihm später in der Tat wieder gewachsen, alle, sogar noch einige mehr, als ich meinte ...“ (Erlebte Kirchengeschichte, S. 101 f.)

Stimmen aus der Landessynode zur „Bischofsfrage“:

„... Den Landesbischof lehnen wir ab. Durch ihn kommt nur ein Teil des alten obrigkeitlichen Druckes wieder ...“ (Protokolle ..., 1921/22, S. 89.)

„Der Entwurf Fleisch hat manches Gute, aber ist zu hochkirchlich, er räumt dem Bischof eine Stellung ein wie nicht einmal der amtliche Entwurf. Der Bischof des Neuen Testaments, auf den verschiedentlich hingewiesen ist, ist nicht der Bischof des Entwurfs, sondern ist Prediger und Seelsorger. Jetzt aber wird die Bischofsmütze begehrt, zu der sich weitgehende Ansprüche gesellen würden ...“ (a. a. O., S. 91.)

„Eine geistliche Spitze in Gestalt eines Bischofs halte ich für eine Stilverhöhnung unseres Kirchenbaues, sofern das grundsätzlich anerkannte und gewählte Synodalsystem zuguterletzt in das Episkopalsystem umgebogen wird. Es ist auch eine falsche Vermengung von Wortverkündigung und Verwaltung, denn Verwaltung und Regierung ist in der Lutherkirche immer von Predigt und Seelsorge geschieden gewesen. Ein evangelischer Bischof würde jedenfalls die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen, er würde alle Gefahren und Schwächen des Katholischen, aber nicht dessen Vorzüge haben ...“ (a. a. O., S. 96.)

In drei Lesungen hat sich der „Bischofsgedanke“ dann aber doch durchsetzen können. Der erste Landeskirchentag der Evang.-luth. Landeskirche Hannovers hat auf seiner Sitzung am 17. Juni 1925 den damaligen Generalsuperintendenten Marahrens mit 59 von 63 Stimmen zum ersten Landesbischof gewählt. Der Wahl war eine eingehende

Aussprache über Titel und Amtszeichen des neuen Oberhirten vorausgegangen. Der Titel „Hochwürden“ wird angenommen, abgelehnt werden „Hochwürden Gnaden“, „Bischöfliche Gnaden“ oder „Bischöfliche Hochwürden“, vgl. Protokolle ..., 1925, S. 275 f. Der Gewählte dankt mit bewegten Worten und bezeugt vor der Versammlung, daß er sein Amt auf dem Grunde der lutherischen Rechtfertigung des Sünders zu führen gedenke, vgl. Protokolle ..., 1925, S. 277. Den Geistlichen und Gemeinden der Landeskirche wird im Kirchlichen Amtsblatt, St. 11 vom 20. Juni 1925 mitgeteilt:

„Mit großer Freude teilen wir den Geistlichen und Gemeinden mit, daß der Generalsuperintendent Marahrens von dem ersten Landeskirchentage am 17. Juni d. J. zum Landesbischof gewählt worden ist. Er hat die Wahl angenommen und wird am Sonntag, dem 28. Juni, 3. Sonntag nach Trinitatis, sein Amt als Landesbischof in einem Festgottesdienste in der hiesigen Marktkirche, mittags 12 Uhr, übernehmen ... In allen Kirchen unserer Landeskirche ist im Gottesdienst am 28. d. M. der Einführung des Landesbischofs fürbittend zu gedenken ...“

Wie gestaltete sich die Einführung des neuen Oberhirten? Ging es dabei um „Einführung“ oder „Amtsübernahme“? Das „Hannoversche Sonntagsblatt“ teilt in Nr. 26 vom 28. Juni 1925 mit:

„In allen Gottesdiensten der Landeskirche wird an diesem Sonntag des Landesbischofs fürbittend gedacht. Dieser vollzieht seine Einführung selbst ...“

So ist es denn auch geschehen. Der Festgottesdienst vollzog sich nach der Ordnung des hannoverschen Hauptgottesdienstes; ein eigentlicher Einführungsakt hat nicht stattgefunden. Der neue Landesbischof „gelobte vor aller Öffentlichkeit“, sein Amt im Auftrage Jesu Christi zu führen, und sagte in seiner Predigt:

„... Dies Amt, das lediglich in der aus Gott geborenen Initiative seine Norm hat und berufen ist, der Kirche zu dienen, übernehme ich mit dem feierlichen Versprechen, daß ich nichts anderes als dem edlen und guten Willen Gottes diene und ihn zur klaren Darlegung bringen will ...“ (Hannoverscher Kurier, 29. Juni 1925.)

Auf einem Festakt nach dem Gottesdienst begrüßte Präsident Lampe den neuen Landesbischof:

„... Der Landesbischof soll in erster Linie der geistige Führer des Kirchenvolkes sein. Aus Ihren persönlichen Aussagen weiß ich, wie ernst Sie diese Führerpflcht nehmen ...“

Zur Frage der „Einführung“ teilt D. Fleisch schriftlich mit:

„Als Einzelnotiz erwähne ich, daß der Landesbischof sich selbst einführt. Auch der Abt zu Loccum führt sich selbst ein (schon um seine Unabhängigkeit vom L.B. zu dokumentieren).“

Der neue Landesbischof hat sich mit größter Loyalität bemüht, sein Amt in den Grenzen zu führen, die ihm durch die Landeskirchenverfassung gesetzt waren. Durch seine Kanzelworte und seine Seelsorge, die ihm bald das Vertrauen von Pastoren und Gemeinden erwarben, hat er dem landesbischöflichen Amt in Hannover Profil gegeben. Als im Jahre 1928, nach dem Tode des Abtes D. Hartwig, ein neuer Abt zu Loccum gewählt werden mußte, fiel die Wahl auf D. Marahrens. Auf die Grußworte des Präsidenten des zweiten Landeskirchentages anläßlich seiner Wahl konnte er erwidern:

„... Unter schwerer Erschütterung nicht nur des Volks-, sondern auch des kirchlichen Lebens ist das Amt eines Landesbischofs unter viel sorgenden Fragen und nicht ohne mancherlei bange Ausschau aus dem Willen des Kirchenvolkes geboren. Dieses geschichtslose Amt tritt durch die vom Konvent des Klosters vollzogene Wahl in den Glanz einer durch besondere Segenswirkungen leuchtenden Geschichte ...“ (Protokolle ..., 1928, S. 722.)

Paul Fleisch über das Verhältnis zum Abt zu Loccum, einer Institution, die für Nicht-Hannoveraner schwer verständlich ist:

„... Für unsere hannoversche Kirche halte ich persönlich immer noch es für das Nächstliegende, die Bischofsstelle mit der des Abts zu Loccum zu verbinden. Der Abtstitel ist weithin in diesem Sinne in unseren Gemeinden bekannt und wird nicht als katholisch empfunden. Die Verbindung würde eine gewisse Repräsentation ermöglichen ... Es ist dagegen eingewandt, daß der Abt doch vom Konvent gewählt würde. Das ist richtig, aber die Schwierigkeit ist

leicht zu umgehen. Denn natürlich wäre für eine solche Verbindung die erste Voraussetzung, daß Landessynode und Konvent des Klosters eine feste Abmachung eingingen, etwa so, daß der Konvent sich rechtskräftig verpflichtete, seinerseits denjenigen zum Abte des Klosters zu wählen, den die Landessynode zum Landesbischofe ernennen würde ... Auf diese Weise bliebe, wie es sein muß, das Wahlrecht de facto ganz allein bei der Synode, es blieben aber zugleich die altherwürdigen Formen klösterlichen Lebens gewahrt. Dasselbe ist auch möglich bei einer anderen Frage, die mir zu verschiedenen Malen schon vorgelegt ist, wie es nämlich später werden solle, wenn ein Landesbischof wegen Alters u. dgl. oder auch wegen Gegensatzes zur Synode abgehen müsse, für ihn als Abt gebe es doch keine Pensionierung. Auch das ist richtig, aber das Kloster kennt ein freiwilliges Resignieren des Abtes und andererseits das Instrument der Wohlkapitulation. Beides läßt sich vereinigen. Käme also die Verschmelzung der Abtsstelle mit der des Landesbischofs zustande, so müßte der Konvent ... eine Wohlkapitulation abschließen, nach der derselbe sich verpflichtet, für den Fall seines Abgehens als Landesbischof auch als Abt zu resignieren ...“ (Evang. Wahrheit, 12. Jahrgang, 1920/21, Sp. 198.)

„Das Kloster Loccum ist niemals säkularisiert, niemals vom Staate eingezogen, hat darum auch nicht, wie viel gemeint wird, das Geringste mit der Klosterkammer zu tun, sondern ist heute noch wie vor Alters eine kirchliche Korporation und zwar eine, mit großen Privilegien und Freiheiten ausgestattete, Korporation der lutherischen Kirche Hannovers“ (a. a. O., Sp. 198 f.)

Die verfassungsgebende Landeskirchenversammlung hat sich den Gedanken von Fleisch nicht verschlossen: Innerhalb der neuen Verfassung der Landeskirche wird dem Kloster Loccum der vierte Teil eingeräumt, die Artikel 40 bis 47. Eine verbindliche Kumulation des landesbischöflichen und des äbtlichen Amtes hat freilich nicht stattgefunden.

D. Marahrens hat im Jahre 1947, als er sein oberhirtliches Amt niederlegte, sich in Gestalt eines Rechenschaftsberichtes vor der hannoverschen Landessynode am 15. April 1947, wie folgt, geäußert:

„... man sieht auf Schritt und Tritt, welche Sicherungen die Väter der Verfassung gegen einen Mißbrauch des bischöflichen Amtes zu treffen versuchten. In der Tat mangelte dem Landesbischof vieles von dem, was andere Landeskirchen schon damals dem führenden Geistlichen ohne weiteres zugestanden: Der Landesbischof war nicht Mitglied des Landeskirchenamtes und des Landeskirchenausschusses, er hatte in beiden Körperschaften kein Stimmrecht, besaß keinen Einfluß auf die Stellenbesetzung und keinerlei Anordnungsbefugnisse. Seine Dienstfunktionen, soweit sie kirchenregimentlicher Natur waren, beschränkten sich nach Art. 100 unserer Verfassung im wesentlichen auf Anregungen. Zwar hatte er das Kanzel- und das Kundgebungsrecht, sowie die Befugnis, außerordentliche Buß- und Festgottesdienste anzuordnen. Im übrigen aber hatte jedes Mitglied des Generalsuperintendenten-Kollegs, dessen Vorsitzender der Landesbischof war, schon wegen der stimmberechtigten Mitgliedschaft der Generalsuperintendenten in der obersten Verwaltungsbehörde und wegen der den Generalsuperintendenten gegebenen Anordnungsbefugnis gegenüber den Geistlichen, wesentlich mehr Rechte als der Landesbischof selbst. Die außerordentliche Beschränkung des Landesbischofs in allen rechtlichen Funktionen und die unklare Formulierung einiger Verfassungsartikel haben dem Träger des Bischofsamtes, und nicht nur diesem, in den ersten Jahren seiner Amtszeit viel Not gemacht ..., aber ich bin doch heute dankbar dafür, daß unsere Verfassung mich damals zwang, das, was ich zur Frage der Leitung der Landeskirche, zu den Fragen der Ausbildung und Fortbildung der Geistlichen, zu den Anliegen der Inneren und Äußeren Mission, zum Ausbau des gottesdienstlichen Lebens und zur Förderung aller kirchlichen Amtsträger von meinem Amte aus fordern mußte, von mir nicht einfach angeordnet oder in einer Abstimmung erzwungen werden konnte, sondern von dem uns anvertrauten Gottesworte her und mit der Kraft, die diesem Worte geschenkt ist, vertreten werden mußte ... Weil es mir von vornherein verwehrt war, dem mir anvertrauten Amt unter Berufung auf Verfassungsartikel und -paragraphen Raum zu verschaffen, darum konnte meinem Amte das Maß von Vertrauen erwachsen, das ich die 22 Jahre meines Bischofsamtes hindurch immer von neuem

in beschämender Weise erfahren durfte, das mir in schweren Stunden eine gottgesandte Hilfe war, und das mich bis an das Ende meiner Tage als ein besonderes Gnadengeschenk unseres Gottes wird danken lassen ..." — (in: August Marahrens Pastor parorum, herausgegeben von W. Ködderitz, 1952, S. 67 ff.)

IV. Hansestädte: Hamburg und Lübeck

1. Hamburg

"... Kirchliches Führertum, volkstümliche Predigt, theologische Lehre, das waren die Aufgaben, die Bugenhagen in seiner hamburgischen Kirchenordnung von 1529 dem Superintendenten gestellt hatte. Er hatte zugleich darauf hingewiesen, daß es nicht immer möglich sein werde, einen geeigneten Mann für das schwere Amt zu finden ... Als Vertreter des Superintendenten trat der jeweilige 'Senior ministerii', der Amtsälteste unter den Hauptpastoren, ein. 'Senior' ist also kein Amt, sondern lediglich die Tatsache des Altersvorrangs und das daraus fließende Altersvorteil in der Vertretung. Der Senior ist nicht Führer, sondern äußeres Zeichen für das Fehlen des Führers. Nach dem Tode des Superintendenten Penshorn im Jahre 1593 hat der Senat trotz des Jahrzehnte lang wiederholten dringenden Begehrens der Bürgerschaft die Superintendentur überhaupt nicht wieder besetzt. Die Vertretung durch den Senior wurde Dauerzustand. Die Folge war eine starke Verkümmern und Beschneidung der in der Kirchenordnung begründeten regimentlichen Leitung, die Ersetzung des Führergedankens durch den des Primus inter pares, eine Entwicklung, die durchaus in der Linie der Ratspolitik lag, von der Kirche und ihren Gliedern dagegen mit Kummer angesehen wurde. Förmlich aufgehoben ist das Amt eines Superintendenten in Hamburg niemals. Erst die Kirchenverfassung von 1870 hat es tatsächlich und stillschweigend beseitigt, indem sie keinen Raum mehr für die Superintendentur offen ließ. Bis 1870 ist also der Senior immer nur Platzhalter für den nicht vorhandenen Superintendenten und damit dauernd in einer unklaren Stellung geblieben. Erst die neueren Kirchenverfassungen haben, wenn auch nur vorsichtig und zögernd, versucht, die dem Seniorate aus den Zufälligkeiten seiner Entstehung anhaftenden schweren Mängel wenigstens teilweise zu heben, die Würde des Ältesten unter den Geistlichen mit selbständigem Inhalt zu füllen und sie der Stellung eines Kirchenführers und 'Aufsehers', eines Superintendenten oder evangelischen Bischofs in Etwas anzugleichen" (Reincke, Heinrich: Zur Geschichte der hamburgischen Superintendentur, — in: Hamburgische Kirchenzeitung, Jahrgang 1932, S. 35 f.)

"... Die Pastoren wählen zusammen mit dem Rat und den Diakonen den Superintendenten. Dessen Helfer und Vertreter, der Adjutor, wird aus der Zahl der Pastoren von den vier zum Armenwesen deputierten Ratsherren und den ältesten Diakonen gewählt. In der Verschiedenheit der Wahl kommen die Unterschiede des Dienstes an der Gesamtkirche wie an der Einzelgemeinde zum Ausdruck. Im gesamtkirchlichen Interesse hat Bugenhagen Notwendigkeit und Stellung des Superintendenten als besonders bedeutsam herausgehoben. 'Vor allen Dingen bedürfen wir eines guten Superintendenten'. Er hatte die erste Lektur am Dom zu versehen und damit die Vertretung der theologischen Wissenschaft vor den Gelehrten. Bugenhagen erwartete Gewinn davon nicht nur für Hamburg, sondern auch für andere Städte durch die hier vorgebildeten Prediger, ein Hinweis darauf, daß die Stellung des Superintendenten auch nach außen hin, im Rate der lutherischen Kirchen und im ganzen der lutherischen Theologie Bedeutung haben sollte. Die Predigt des Superintendenten war nicht auf eine Kirche beschränkt; die Kanzel im Dom, St. Peter und St. Nicolai betrat er wöchentlich. In acht Wochen, in vier sogenannten Katechismuszeiten, sollte der Superintendent den Katechismus im St. Johanniskloster predigen. Damit diese Katechismuspredigten von der ganzen Stadt besucht werden könnten, sollten Pastoren und Kapläne in dieser Zeit ihre sonstigen Wochengottesdienste aussetzen. Neben Lehr- und Predigtstätigkeit für die ganze Stadt stand ihm für alle Ämter im Kirchen- und Schuldienst Vorschlags-, Aufsichts- und Disziplinarrecht zu ... Diese Betonung der Notwendigkeit eines für die ganze Kirche bestimmten Dienstes in Lehre, Predigt und Aufsicht zeigt deutlich Bugenhagens Stellung zur beschöflichen Leitung, die er — weit entfernt, eine Herrschaft damit zu begründen (nicht zum herrschen, denn solche Prälaten

können wir wohl entbehren') — zum Schutze der Kirche, ihrer Einheit und Reinheit für unentbehrlich hielt. Solch ein Mann mußte 'geschickt und gewaltig in der Heiligen Schrift' sein, wenn man 'gern auf ihn hören' sollte. Er sollte die Widerspruchsgeister aller Art — Bugenhagen sah voraus, daß sie auch unter den Predigern aufstehen würden — zum Schweigen bringen können, sei es in der Disputation, sei es in der literarischen Fehde ... Der Durchführung der Ordnung Bugenhagens waren in verschiedener Hinsicht praktische Schwierigkeiten entstanden. Aepin stellte nun eine eigentliche 'Kärkenordeninge' auf. Sie ist in straffer Disposition und klarer Übersicht eine Ordnung des kirchlichen Lebens im engeren Sinne, höchst lehrreich in dieser Beziehung im Vergleich mit Bugenhagens 'Christlicher Ordnung'. Der Rat nahm diesen Entwurf auch an, maßte sich aber im Schlußartikel Rechte an, die ihm der Superintendent nicht zugestehen konnte. Auf seinen Einspruch unterblieb die Einführung durch mehr als ein Jahrzehnt. Sie erfolgte erst nach seinem Tode im Jahre 1556. Wie recht Aepin mit seiner Stellungnahme gegen staatlichen Übergriff hatte, hat ja dann die folgende Entwicklung gezeigt, in der der Rat gegen Ende des Jahrhunderts die Superintendentur überhaupt aufhob und nur noch die Stelle des Adjutors durch den ältesten der Pastoren, den 'Senior', besetzen ließ. Damit war ein wichtiges, keineswegs repräsentatives Stück aus der Ordnung Bugenhagens ausgebrochen, zum Schaden der hamburgischen Kirche, der Selbständigkeit und Einheit ihrer Vertretung. Bald darauf hat der Senior Joh. Müller an St. Petri in seiner Reformschrift 'den grundverderbten und erbärmlichen Zustand der Kirche Christi in Hamburg' als Folge des Fehlens der Superintendentur erklärt ..." (Knolle, Reformation, — in: Aus Hamburgs Kirche 1529—1929, Festbuch zum Reformationsjubiläum, Hamburg 1929, S. 15; 19.)

„Das Hauptpastorat.

Die Stellung der Geistlichen in der Stadt war seit alters eine sehr angesehene, und die Aufklärung hatte sie nicht erschüttern können. Mehr als das dem Ministerium eingeräumte Recht der gutachtlichen Äußerung vermochte oft der persönliche Kontakt der Geistlichen zu den Mitgliedern ihrer Kirchenkollegien, die sie in ihr Amt berufen hatten und regelmäßig hinter ihnen standen.

In der Geistlichkeit — wie der Klerus in Hamburg gewöhnlich bezeichnet wird — hatten die Hauptpastoren eine bevorzugte Stellung. Bis in das 19. Jahrhundert hinein wurden sie amtlich allein als die Pastoren der städtischen Parochialkirchen bezeichnet. Die anderen Geistlichen führten die Amtsbezeichnungen Diakonen und die jeweils Ältesten von ihnen Archidiakonen. Da die alten Bezeichnungen im Sprachgebrauch verschwanden und jeder Geistliche als Pastor bezeichnet wurde, kam für den Pastor die Bezeichnung Hauptpastor in Gebrauch. Die alten Amtsbezeichnungen sind vorreformatorischer Herkunft. An jeder der 4 alten Stadtkirchen war ursprünglich ein Kirchherr (rector ecclesiae, der parochus proprius der Kirche). Zu seiner Unterstützung und besonders zur Haltung der damals zahlreichen Stiftungsmessen stellte er entweder selbst Kapläne (Diakonen) an, oder sie wurden durch die Stifter eingesetzt. Auch nach Einführung der Reformation erforderten die großen Parochien der Stadt die Tätigkeit mehrerer Geistlicher an den Kirchen. Diese wurden nach der Bugenhagenschen Kirchenordnung mit Wissen und Rat des Superintendenten und des Kirchenkollegiums von dem Pastor angestellt. Das Anstellungsrecht gestaltete sich zur Begutachtung des auf den engeren Wahlaufsatz gelangten Bewerbers um ein Diakonat und zu dem Recht, einen von ihnen vorzuschlagen. Den Gewählten führte der Hauptpastor ein und ordnete ihn gegebenenfalls. Der Hauptpastor repräsentierte das Pfarramt seiner Kirche, nahm die an dieses eingehenden Schriftstücke in Empfang und berief die Geistlichen zu Beratungen. Außerdem hatte er gewisse Disziplinarrechte gegenüber den Diakonen bei Amtsvergehen, die ihn zusammen mit seiner sonstigen Stellung nicht nur als primus inter pares seines Kirchspiels qualifizierten. Gemeinsam bildeten die Hauptpastoren das Prüfungskollegium für die Kandidaten der Theologie. Diese akzentuierte Stellung der Hauptpastoren fiel um so stärker ins Gewicht, als eine ständige Kirchenbehörde fehlte, und sie wurde dadurch noch weiter betont, daß man bestrebt war, die Hauptpastorate nur mit Geistlichen zu besetzen, deren außergewöhnliche Qualifikation insbesondere auch als Kanzelredner bereits erwiesen war. Ihnen war die sonntägliche Hauptpredigt vorbehalten, während den Dia-

konen die Nebengottesdienste zugewiesen waren ... Im Schulwesen hatten die Hauptpastoren eine Aufgabe, die darum bemerkenswert ist, weil hier zu ihren Gunsten eine Ausnahme von dem Hamburgischen Deputationssystem gemacht war. Sie waren nämlich vollberechtigte Mitglieder des Scholarchats, der aus 4 Ratsmitgliedern und des Oberalten bestehenden Aufsichtsbehörde für die höheren Schulen des Johanneums und des akademischen Gymnasiums. In seinem Kirchspiel war der Hauptpastor zudem Inspektor der kirchlichen und privaten Schulen, die seiner KonzeSSION bedurften ... Unter den Hauptkirchen bestand und besteht noch eine Rangordnung, die auf die zeitliche Folge ihrer Gründung zurückgeführt wird ... Danach rangieren hintereinander St. Petri, St. Nicolai, St. Catharinen, St. Jacobi, St. Michaelis. Mit Rücksicht auf diese mannigfaltigen Aufgaben waren die Hauptpastoren von der Seelsorge und der Verwaltung der Sakramente befreit, die den Diakonen oblag.

Das Seniorat.

Das Amt des senior ministerii entstand nach dem Fortfall der Superintendentur 1593. In seinem Ursprung als Vertretung des Superintendenten gedacht, wurde der senior ministerii zu einer Dauereinrichtung, als die Superintendentur, die dem Rat als Ansatzpunkt für hierarchische Bestrebungen unbequem erschien, nicht wieder besetzt wurde.

Zum Senior wurde regelmäßig der älteste Hauptpastor vom Rat gewählt. Er war der erste Geistliche der Hamburgischen Kirche und Verbindungsorgan zwischen Senat und Ministerium, in dem er den Vorsitz führte und dessen Konvente er berief. Bei der Wahl der Hauptpastoren hatte er die Kandidaten des engeren Wahlaufsatzes zu begutachten und einen von ihnen zur Wahl vorzuschlagen. Daneben hatte er gewisse disziplinarische Kompetenzen.

Disziplinarrecht.

Die Hamburgische Geistlichkeit besaß somit nach innen eine patriarchalische Gliederung in Diakonen, Hauptpastoren und Senior, während sie nach außen im Ministerium zusammengefaßt war. Die innere Ordnung, mit Ausnahme des Vorranges, trat indessen kaum in Erscheinung. So war auch das Disziplinarrecht wenig ausgebildet, aber es war vorhanden, und zur Profilierung der Stellung des geistlichen Amtes in Hamburg lohnt es sich, einen Blick auf die Verteilung der disziplinarischen Kompetenzen zu werfen.

Das Disziplinarrecht hat sich vor allem aus den Bestimmungen des Art. 49 der aepinischen Kirchenordnung heraus entwickelt.

Bei Amtsvergehen von Diakonen oblag es zunächst dem zuständigen Hauptpastor, mit Verweisung und Tadel einzuschreiten. Die gleiche Befugnis hatte der Senior und das Ministerium. Die disziplinarischen Möglichkeiten dieser Instanzen erschöpften sich in Ermahnung und Verweis. Suspendierung und Entfernung aus dem Amt wurden von dem Senat, der dieses Recht als Teil seines ius episcopale in Anspruch nahm, gegebenenfalls unter Zuziehung der Sechziger und der Bürgerschaft, verfügt. Die Disziplinargewalt des Senates trat indessen nur selten in Erscheinung, weil die Vorgänge, die ein Einschreiten des Rates gefordert hätten, in den meisten Fällen ihre Regelung innerhalb des Ministeriums fanden und nicht an den Senat gelangten. Zum Teil wird die geringe Betätigung des Senates in Disziplinarsachen von Geistlichen auch in der Freiheit ihren Grund haben, die seit dem 18. Jahrhundert den Geistlichen eingeräumt wurde. Zudem hielt es der Senat nicht für ratsam, in Streitigkeiten der Ministerien einzugreifen. (Hans-Georg Bergemann, Die Entwicklung des Verhältnisses der ev.-luth. Kirche zum Staate in Hamburg während des 19. Jahrhunderts, Jurist. Diss. Göttingen, 1956, S. 22 ff.)

„... Zusammenfassend können wir die Stellung des kirchlichen Oberamtes im 18. Jahrhundert als abermals beschränkt gegenüber der im vorhergehenden bezeichnen. Das gilt sowohl für die vom Rat ausgeübten kirchenregimentlichen Rechte, wenn es auch nicht zur Einführung der Ratskirchenordnung gekommen ist, als auch für die Entwicklung im geistlichen Ministerium, dessen Einfluß auf die Kirchenleitung weitere, wichtige Fortschritte gemacht hat. Der Senior ist zum reinen Exekutivorgan des Ministeriums geworden und erfüllt vornehmlich repräsentative Pflichten. Er ist nicht Vorgesetzter der Geistlichkeit und behält seine Wirkungsbasis eigentlich in dem

fortgeführten Amte des Hauptpastors ... Die Entwicklung des 19. Jahrhunderts drängte besonders seit der Revolutionszeit von 1848/49 aus der alten Erstarrung heraus und suchte durch die Trennung von Kirche und Staat eine grundsätzliche Neuordnung vorzunehmen. Die Verfassung von 1870, in jahrzehntelanger Debatte vorbereitet, ging dabei noch betont vorsichtig zu Werke und fand im ‚Patronat‘ eine Übergangslösung. Der Senior blieb auch jetzt Spitze des Ministeriums. Zwar wurde er aus seiner unklaren Vertreterstellung befreit; denn die Superintendentur ließ die Verfassung stillschweigend fallen, aber seine Befugnis hatte dennoch erneut an Umfang eingebüßt. Aus der Zahl der Hauptpastoren durch den Kirchenrat gewählt, unterlag er der Bestätigung des Patronats. Nicht er, sondern die zwei Mitglieder des Patronats führten den Vorsitz im Kirchenrat, der als Synodalausschuß aus 3 Geistlichen und 6 Nichtgeistlichen bestand und die Kirche verantwortlich leitete. Auch im Ministerium blieb der Senior ‚primus inter pares‘, er wurde also nicht Vorgesetzter. Das Ministerium regelte 1883 seine Aufgaben selbständig, indem es auf der Grundlage der bis zum Senior Müller zurückzuverfolgenden Befugnisliste dem Senior den Vorsitz, das Abfassungsamt, die Anordnung der Gebete und Texte, die Konkordienbuchkontrolle, die Kandidatenaufsicht und den Wahlaufsatz zugestand. Dazu fügte es noch sein Amt als Schiedsinstanz und in der Disziplinarordnung. Da die Prediger der Vorstadtkirchen dem Ministerium nicht angehörten, wurde dieses jetzt ein engerer Kreis innerhalb der Geistlichkeit. Für die eigentliche Kirchenleitung war das nach dem Verfassungsneubau ohne Belang. Nach diesem Verfassungsneubau waren also die Rechte des Seniors eher noch bescheidener als in der vorangehenden Zeit geworden; dennoch brachte er durch die Anbahnung der Trennung von Kirche und Staat den wesentlichen neuen Antrieb, aus dem die weitere Entwicklung sich folgerichtig ergeben mußte. Die Verfassung von 1923 war der nächste Schritt auf diesem Wege. Sie stellte die Kirche autonom neben den Staat, der jetzt auch auf sein Patronat verzichtete. Den Senior wählte sie aus der Zahl der Hauptpastoren, jetzt aber durch die Synode, und befugte ihn zur Dienstaufsicht über die Geistlichen. (Schon die Verfassung 1919, § 29 setzte die Synode als Wahlkolleg anstelle des Kirchenrates.) Damit war das Oberamt jetzt wieder der Geistlichkeit vorgesetzt, wie einst der Superintendent. Natürlich behielt es auch den Vorsitz im Hauptpastorenkolleg und in den Kollegien der Geistlichkeit. Seine Vertretung wurde geregelt und seine Beteiligung an den Hauptpastorenwahlen sowie das Kandidatenaufsichts- und -Prüfungsamt festgelegt. Doch blieb gegen seine Maßnahmen der Berufungsweg an den Kirchenrat offen, in dem es nach wie vor nicht den Vorsitz innehatte. Im Ganzen war es also auch nach dieser Verfassungsreform noch nicht der alten Superintendentur vergleichbar. Eine autoritäre Führungsstellung erhielt das Oberamt von 1933—1945; doch geht eine Darstellung der Wandlungen, denen die Kirchenleitung unter ihren ersten beiden Landesbischöfen unterworfen war, über den Rahmen dieses Berichtes hinaus. Als dritter Bischof reiht sich D. Knolle an die lange Kette der 5 Superintendenden und 34 Senioren. Die Frage der Gestaltung des Oberamtes kann von der Synode während seiner Amtsführung in freier Autonomie entschieden werden; möge unser Gang durch die geschichtliche Entwicklung dazu ein nützlicher Beitrag sein.“ (Aus einem Bericht des hamburgischen Landeskirchenarchivars Dr. Heinz Stöb vom 2. Februar 1955, S. 21 ff.)

„... Die Kirchenverfassung von 1870 war aufgebaut auf den Kirchenkollegien und Gemeindevorständen, das sind die um die Gemeindeverordneten erweiterten Kirchenkollegien. Die Gemeindevorordneten hatten ursprünglich die Repräsentanten der rheinischen Kirchenordnung als Vorbild ... Der Senior wurde nach der Kirchenverfassung von 1870 vom Kirchenrat gewählt (§ 47, Nr. 10); da die aus dem Ministerium zu wählenden geistlichen Mitglieder des Kirchenrates meist Hauptpastoren waren, aus deren Zahl auch der Senior zu entnehmen war (§ 30), wurde die Senioratswahl bei der Verfassungsregelung von 1883 dem Patronat übertragen, das nach altem Herkommen stets den ältesten Hauptpastor zum Senior wählte. Hauptpastor und Seniorat waren im Gegensatz zu dem Entwurf von 1849 erhalten geblieben. Als wesentlichste Rechte standen dem Hauptpastorat die Hauptpredigt, die Prüfung der Kandidaten und die Mitgliedschaft im Konvent der Stadtgemeinden zu. Auch das Ministerium bestand

fort; durch die zunehmende Zahl der Geistlichen und dadurch, daß Konvente auch der Landgeistlichen geschaffen wurden, verlor es an Bedeutung. An seiner Stelle hoben sich der Senior und die Hauptpastoren mehr und mehr heraus. Die Verfassung von 1923 vollendete diese Entwicklung, indem sie die Hauptpastoren zu einem selbständigen Kollegium unter dem Vorsitz des Seniors formierte, wodurch sie in steigendem Maße in den Dienst der Gesamtkirche gestellt wurden ...“ (Bergemann, Hans-Georg: Die Entwicklung des Verhältnisses der ev.-luth. Kirche zum Staate in Hamburg während des 19. Jahrhunderts, 1956, S. 92 ff.)

„... Das Patronat bedeutete sachlich die Fortsetzung des alten Verhältnisses zu den lutherischen Senatsmitgliedern in einer den veränderten Ansichten und Verhältnissen in Kirche und Staat entsprechenden Form, die, von anderen deutschen Staaten übernommen, den hamburgischen Verhältnissen angepaßt wurde. Nur aus dem Verhältnis, in dem Senat und Kirche (= Ministerium) unter den Gegebenheiten der alten Verfassung zueinander standen, ist die Lösung des Problems der Neugestaltung der Beziehungen von Kirche und Staat, wie sie im Patronat gefunden wurde, ableitbar und verständlich. Das Patronat war gewachsen auf dem alten Boden; als er nicht mehr vorhanden war, als die Stellung der Senatsmitglieder im Staate nach 1918 eine andere wurde und die Kirche unter dem wohlwollend-zurückhaltenden Schutz des Patronates genügende innere Festigkeit gewonnen hatte, war die — jetzt auf kirchlichen Wunsch erfolgte — Beseitigung des Patronates nur noch eine Folgerung, die aus Geschehenem gezogen wurde. So war das Ergebnis der Auflösung der alten Einheit von Kirche und Staat die Konstituierung der lutherischen Kirche, unabhängig von den Organen des Staates. Das landesherrliche Band um die Gemeinden war zu keiner Zeit fortgefallen — Senat und Ministerium hatten dafür gesorgt, daß das nicht geschah —, die verselbständigte Kirche konnte auf dem, was sie vorfand, weiterbauen. Die Auflösung aber der alten Beziehungen geschah gewissermaßen etappenweise vom Kirchenregiment des Senates und der Sechziger über das Patronat zu der völlig selbständigen Kirche nach 1919 in einer Weise, wie sie für die Kirche günstiger nicht gedacht werden kann. Setzt man das Patronat dem Kirchenregiment des *praecipuum membrum ecclesiae* der monarchischen Staaten gleich, wie es dem Sachverhalt entspricht, so paßt die hamburgische Entwicklung in das Schema des Verselbständigungsvorganges der meisten deutschen Landeskirchen. Die Entwicklung der Beziehungen von Kirche und Staat in Hamburg hatte teil an den im deutschen Bereich wirksamen Gedanken und Tendenzen. Aber indem der Hamburgische Raum von ihnen erfaßt wurde, entfaltete er eigenwillige Kräfte und gestaltete das, was er aufnahm, zu etwas, was seiner Tradition gemäß war.“ (Bergemann, a. a. O., S. 110 ff.)

„... Während in den monarchischen evangelischen Staaten Deutschlands der Landesherr als solcher auch Träger der Kirchengewalt war, hat in Hamburg der Inhaber der Staatsgewalt, d. h. seinerzeit Senat und Bürgerschaft, dieses Recht nicht besessen, es stand vielmehr unter dem Namen ‚Patronat‘ den lutherischen Mitgliedern des Senats zu. Diese Ansicht, daß das hamburgische Patronat eine ungenaue und verwirrende Bezeichnung für das Oberste Kirchenregiment gewesen sei, darf ... als unbestritten herrschende gelten. Eine hamburgische Besonderheit liegt weiter noch darin, daß hier dem Patronate, ‚einer vom Staate unabhängigen Behörde‘, ... das Placet zustand ... Die eigentümliche Regelung, das Placet dem Patronate zu übertragen, hat es bewirkt, daß in Hamburg dem Staate im Kirchenrechtssinne ein Placet überhaupt nicht zustand, daß ihm vielmehr nur die aus der Staatsverfassung sich ergebende Befugnis verblieben war, dem staatlichen Recht widerstreitende Kirchengesetze für unverbindlich zu erklären ... Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Bezeichnung des Patronates als einer vom Staate ganz unabhängigen Behörde ... tatsächlich nur theoretische Bedeutung hatte, und daß in der Praxis das Placet der evangelisch-lutherischen Senatsmitglieder, das nach dem eben Gesagten kein richtiges Placet war, doch einem solchen zum Verwechseln ähnlich sah. Das Placet ist durch die ... Bekanntmachung des Kirchenrats vom 19. März 1919 endgültig gefallen; es war bei kritischer Betrachtung schon früher wenig am Platze, so muß es jetzt als ganz erledigt gelten, denn in

der Staatsverfassung hat es verfassungsrechtlich, in der Kirchenverfassung begrifflich keinen Raum mehr. Die weiter in § 5 der alten Kirchenverfassung enthaltenen Befugnisse des Pastorates haben sich als Äußerungen der Kirchengewalt herausgestellt. Oben war ausgeführt worden, daß die Kirchengewalt die nur den Organen einer bestimmten Kirche zustehende, das Innere des Kirchenwesens berührende Macht ist. Dazu stimmte, daß sie nach der alten Kirchenverfassung nicht dem Senat als solchem, sondern lediglich seinen evangelisch-lutherischen Mitgliedern anvertraut war. Nach heutigen Rechtsgrundsätzen ist jede Verbindung der Kirchengewalt mit der staatlichen Verwaltung ausgeschlossen, die Kirchengewalt ist mehr denn je zu einem Internum der Religionsgesellschaften geworden ... In diesem Zusammenhang ist es interessant, feststellen zu können, daß die Stufe der Entwicklung des Verhältnisses von Kirchenverwaltung und Staatsverwaltung, auf der Hamburg vor der Revolution von 1918 stand und die es nach ihr überwand, erst jetzt in Preußen erreicht worden ist ... Hamburg hat ... recht getan, diesen Zustand zur gleichen Zeit zu beseitigen, wie er in Preußen eingeführt wurde. Denn dieser Zustand zeichnete sich dadurch aus, daß die Träger der Kirchengewalt, die evangelisch-lutherischen Senatsmitglieder in Hamburg und die drei Staatsminister evangelischen Glaubens in Preußen, neben dem Bekenntnis doch vornehmlich durch die Zugehörigkeit zum obersten staatlichen Verwaltungskörper bestimmt waren. Eine derartige, außerhalb der religiösen Gemeinschaft selbst liegende Bestimmung ihrer Verwaltungsorgane nach dem Gesichtspunkt der Wahrnehmung rein staatlicher Funktionen kann nicht mehr für zulässig erachtet werden ... Für Hamburg, wo die im Patronat verkörperte Kirchengewalt mit der neuen Kirchenverfassung fortfiel, bleibt nur zu fragen, was aus der Kirchengewalt nun geworden ist, und die Antwort kann jetzt nicht schwer fallen: Die Kirchengewalt steht jetzt ausschließlich der Kirche als Selbstverwaltungskörper zu. In Hamburg ergibt sich dies aus der neuen Kirchenverfassung vom 16. Juli 1919 (Amtsblatt S. 1217) in der Fassung der Bekanntmachungen des Kirchenrats vom 8. Mai und 30. Oktober 1920 (Amtsblatt S. 673 und 1345) ... die Ergebnisse ...: Das vom Senate ausgeübte Oberaufsichtsrecht des Staates ist in der Form des dem Staate kraft seiner Hoheit stets zustehenden Rechtes, für die Einhaltung der Gesetze zu sorgen, den kirchlichen Gemeinschaften ebenso wie allen weltlichen gegenüber bestehengeblieben und bedurfte als selbstverständlich keiner Erwähnung in der Verfassung. Das dem Senat zustehende Schutzrecht des Staates in bezug auf alle verfassungsmäßigen Rechte der evangelisch-lutherischen Kirche ist als mit der Gleichstellung aller religiösen Gemeinschaften gegenüber dem Staate unvereinbar beseitigt. Das Patronat der evangelisch-lutherischen Senatsmitglieder ist, soweit es sich um das Placet handelt, ausdrücklich aufgehoben und als bei der heutigen Auffassung des Verhältnisses von Staat und Kirche begrifflich unmöglich fortgefallen. Soweit es sich beim Patronate um die Kirchengewalt handelt, steht diese nunmehr ausschließlich der Kirche selbst zu. Man kann sagen, daß das Patronat insoweit auf die oberste Kirchenverwaltungsbehörde übergegangen ist, sofern man sich der Tatsache bewußt bleibt, daß dieser Übergang in Wirklichkeit nur eine Änderung in der Zusammensetzung des Kirchenregiments bedeutet, das früher Träger der Staatsgewalt um dieser Eigenschaft willen in sich aufgenommen hatte, gleichwohl aber einen rein kirchlichen und vom Staat begrifflich verschiedenen Charakter in Hamburg schon immer besaß.“ (Bertram, Alfred: Kirchenhoheit und Kirchengewalt in bezug auf die evangelisch-luth. Kirche im hamburgischen Staate, — in: Hanseatische Rechts-Zeitschrift, 1921, Sp. 170 ff.)

„... Alle Rechte, die früher das Ministerium der alten Geistlichkeit hatte, werden (durch die Verfassung von 1876) nun den Kollegien der Pastoren überhaupt und ihrer Zusammenfassung übertragen und verlieren selbstverständlich dadurch an Bedeutung. Auch die Disziplinargewalt über seine Mitglieder wird langsam dadurch unwichtiger, daß das eigentliche Disziplinarrecht auf Kirchenrat und Synode übergeht. In der Verfassung von 1923 wird auch das Recht des Gutachtens bei Gesetzesvorlagen und Verfassungsänderungen auf bestimmte Gebiete eingeschränkt. Aber wenn sich die Dinge auch geändert haben und sich die Gewichte anders verteilt haben — zweierlei bleibt einmal, daß die geistlichen Kollegien in der Verfassung

gesicherte, mitwirkende Organe im Verfassungsleben der hamburgischen Kirche sind, und daß die Pfarrämter, die sich in einer Pfarramtsordnung nach der Verfassung von 1923 bestimmen müssen, selbständig neben den Kirchenvorständen stehen. Eine Folge der hier geschilderten Entwicklung war es, daß sich gegenüber den an Zahl anwachsenden geistlichen Kollegien der Senior und die Hauptpastoren langsam gesetzlich und verfassungsmäßig heraus hoben. Der entscheidende Schritt wurde ... schon im Jahre 1876 getan. Während bisher die Hauptpastoren die Prüfungskommission für den theologischen Nachwuchs im Auftrag des Kirchenrats waren, bekommen sie in der Verfassung von 1923 dies Recht als Kollegium ohne irgendwelche Beziehung auf eine andere Instanz. Das war hier das Entscheidende, daß sie nun unter dem Vorsitz des Seniors, zu dessen Unterstützung in seinem Amt sie berufen sind, ein besonderes Kollegium bilden". (Beckmann, Das Verfassungsleben, — in: Knolle, Aus Hamburgs Kirche 1529—1929, Festbuch zum Reformations-Jubiläum, Hamburg 1929, S. 56 f.)

Auszüge aus den Verhandlungen zum Verfassungsneubau:

„Kirchenverfassungsausschuß, Erste Sitzung am Donnerstag, dem 5. Dezember 1918, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, Neueburg 26. Anwesend alle Mitglieder.

Auf Anregung des Herrn Seniors beschließt die Kommission, das Ergebnis ihrer Beratungen nicht erst vor die Versammlung der Pastoren zu bringen, sondern als Material an die Kommission, die von der bevorstehenden Synode eingesetzt wird. Zur Beratung stellt der Herr Senior die Fragen des Patronats, der Zusammensetzung der Kirchenvorstände und der Wahl derselben und im Zusammenhang damit die gesamte kirchliche Frauenfrage ... In der Besprechung der Frage des Patronats hebt der Herr Senior hervor, daß wir trotz der rechtlichen Trennung uns als Kirche tatsächlich in große Abhängigkeit vom Senat begeben haben. Freilich hat das Patronat der Kirche zweierlei wertvollen Gewinn gebracht: 1. Hohes Ansehen der Geistlichen und dadurch Einfluß und Wirkensmöglichkeit, 2. wertvolle allgemeine Beaufsichtigung aller kirchlichen Angelegenheiten. Aber geändert muß werden wegen der Veränderung der staatlichen Verhältnisse und um der kirchlichen Geschäfte willen. Die Rücksicht auf die Zeit der Senatsmitglieder hat wirkliche Aussprachen über kirchliche Fragen verhindert; das kirchliche Leben ist eingeschnürt. Das Schlußergebnis der ausführlichen Besprechung ist, daß das Patronat bereits gefallen ist und endgültig fallen wird. Ob noch ein Patronat in irgend welcher Ehrenstellung bleiben wird, kann zunächst dahingestellt bleiben ... Konvente werden beizubehalten sein, wenn sie nach Art preußischer Kreissynoden ausgestaltet und lebendig gemacht werden. Sodann erfolgt eine Besprechung der mit dem Hauptpastorat zusammenhängenden Fragen."

„Dritte Sitzung am 13. Dezember 1918, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr ... Auf des Herrn Seniors Veranlassung wird dann besprochen, ob die Neuwahl eines Seniors durch den Kirchenrat oder die Geistlichkeit erfolgen solle ..."

„Hamburg, Dezember 1918.

An die Synodalkommission für Revision der Kirchenverfassung.

Die Pastoren der drei ersten Kirchenkreise haben in einer Versammlung am 2. d. M., in der sie über die Lage unsrer Kirche berieten, neben anderen Ausschüssen auch einen Ausschuß für Verfassungsfragen eingesetzt, bestehend aus den Herren D. Rode, D. Stage, Bahnson, Ditlevsen, Dubbels, Ladendorf, Mumßen, Töner und dem Unterzeichneten. Im Auftrage dieses Ausschusses beehre ich mich, die folgenden Vorschläge ergebenst zu überreichen, die sich 1) auf das Patronat, 2) auf die Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften beziehen.

1) Das Patronat betreffend.

Kirche und Staat sind in Hamburg getrennt. Wenigstens hat der Staat sich von der Kirche abgelöst. Aber nicht ebenso die Kirche vom Staate. Die Kirche, an sich selbständig neben dem Staate stehend, hat sich doch ihrerseits, ich möchte sagen: freiwillig, unter die Leitung des Staates gestellt, nämlich der obersten Staatsbehörde, des Senats, soweit seine Mitglieder der lutherischen Kirche angehören. Diese leiten die Kirche, indem je zwei Senatoren an die Spitze der Synode, des Kirchenrats und jedes einzelnen Kirchenvorstands gestellt sind, so daß in ganz

Hamburg keine regelrechte Kirchenvorstandssitzung stattfinden kann, ohne daß nicht wenigstens ein Herr aus dem Senat den Vorsitz führt. Das ist eine Verflechtung oder Verschnürung, wie sie kaum enger gedacht werden kann, ein Zustand, der unter ganz einfachen, patriarchalischen Verhältnissen angehen mag, aber bei einer stets wachsenden Millionenstadt sich als ein großes Hindernismittel herausstellt. Wir müssen unter den jetzigen Verhältnissen darauf gefaßt sein, daß der Senat auch einmal nur wenige lutherische Mitglieder, wenn sie auch nicht gerade aus der Kirche ausgetreten sind, doch den kirchlichen Dingen nur wenig oder gar keine innere Teilnahme entgegenbringen, oder daß sie der Kirche einfach diesen Dienst verweigern. In diesem Falle wäre die Kirche geradezu lahmgelegt, sowohl im Kirchenrat, wie in der Synode und den Kirchenvorständen. Wir sind nicht blind gegenüber den Vorzügen des jetzigen Systems. Es gab der Kirche ein besonderes Ansehen und ermöglichte zugleich eine beständige Kontrolle, auch über finanzielle Dinge. Auch sind wir von Herzen dankbar für alle uns oft in geradezu freundschaftlicher Weise gewährte Arbeit und Hilfe. Aber zu halten ist dieses Verhältnis nicht mehr, wenn die Kirche nicht einmal ganz führerlos dastehen oder in der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung ihrer beständig wachsenden Aufgaben außerordentlich gehindert sein soll.

Wir fühlen uns daher zu dem Vorschlage verpflichtet, so schwer es uns auch werden mag, uns von dem bisherigen Zustand zu trennen, die Aufhebung des Patronats zu beantragen und den kirchlichen Körperschaften, den Kirchenvorständen sowohl wie der Synode und dem Kirchenrat das Recht zu verleihen, ihre Vorsitzenden selbständig aus ihrer Mitte zu erwählen ... Wenn wir uns zur Zeit auf diese Vorschläge beschränken, so wollen wir damit nicht aussprechen, daß nur diese Stücke der Verbesserung bedürfen. Wir weisen z. B. auf zwei Fragen hin, die längst angeregt worden sind, aber immer wieder vertagt und daher bis heute unerledigt. Nämlich 1) die Frage einer anderen Einteilung der Kirchspiele der inneren Stadt, ausgehend von einem Antrage des Kirchenvorstands von St. Petri aus dem Jahre 1903! 2) die Frage der Hauptkirchen und damit zusammenhängend die des Hauptpastorats, für welche eine Synodalkommission noch heute besteht, die 1912 nach dem Zusammentritt der jetzigen Synode noch ergänzt wurde, die aber seit 1909 nicht mehr zusammengerufen worden ist! Auch die Frage dürfte bei einer Verfassungsänderung mit zu erwägen sein, ob die beiden städtischen Konvente bei ihrer jetzigen Bedeutungslosigkeit nicht ganz wegfallen sollten, oder ob es möglich sei, ihnen einen neuen Inhalt zu geben ... (gez.) Grimm."

Aus Aufzeichnungen (Nachschriften von Verhandlungen?) des Seniors D. Dr. Grimm:

"... An einigen Stellen ist auch der Gedanke aufgetaucht, nach altchristlichem Vorbild Bischöfe an die Spitze der Kirchen zu setzen. Nach dem, was aus den Landeskirchen gemeldet wurde, ist doch der weitaus größere Teil der Geistlichen dafür nicht zu haben. In Sachsen die Bischofsfrage nur von ganz rechts stehenden Kreisen angeschnitten. Der Vertreter von Baden sprach es in aller Deutlichkeit aus: Gegen die römischen Bischöfe wären die evangelischen Bischöfe doch nur e. arme Figur. Was wäre ein Bischof von Karlsruhe gegenüber dem Erzbischof von Freiburg. Das Volk habe nicht das geringste Bedürfnis nach einem Bischof. Die evangelischen Pastoren würden in einem evang. Bischof doch nicht dasselbe sehen wie die katholischen Priester in e. katholischen Bischof ..."

Zweiter Bericht des Synodalausschusses zur Revision der Kirchenverfassung ..., Hamburg, den 5. Mai 1919:

"... Einer Neuregelung bedurfte auch die Wahl des Seniors, die bisher dem Patronat oblag. Zur Frage stand, ob die Wahl durch den Kirchenrat, die Geistlichkeit oder die Synode erfolgen solle. Von einer Seite wurde beantragt, die Wahl nur provisorisch dem Kirchenrat zu übertragen und die endgültige Ordnung dieser Angelegenheit der neuen Synode zu überlassen. Die Mehrheit entschied sich jedoch, in diesem Punkte schon jetzt diejenige Bestimmung zu treffen, die man dauernd für die richtige hielte. Der Ausschuß hat sich dann, wie § 29 Abs. 3 des Entwurfes ergibt, für die Wahl durch die Synode entschieden, da dies am besten mit dem Geiste der Verfassung im Einklang stünde, und es nicht für wünschenswert gehalten wurde, die Stellung des Kirchenrats und den Einfluß der Geistlichkeit durch Übertragung dieses Rechtes weiter zu verstärken. Besonders betont wurde auch bei

dieser Gelegenheit, daß durch die Bestimmung, nach welcher der Senior aus der Zahl der Hauptpastoren zu wählen sei, der zukünftigen Neugestaltung der Hauptkirchen und des Hauptpastorats in keiner Weise vorgegriffen werden solle ..."

Der Präsident des Senats an den Präses des Kirchenrats, Herrn Senator Dr. Schramm, Hamburg, den 7. Mai 1919:

„Die Umwälzung der Verhältnisse, die sich auf staatlichem Gebiete gegenwärtig vollzieht, hat die völlige Trennung von Staat und Kirche zur Folge. Die evangelisch-lutherischen Mitglieder des Senats erachten es daher für angezeigt, auf das ihnen gemäß Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im hamburgischen Staate zustehende Patronat zu verzichten. Die evangelisch-lutherischen Mitglieder des Senats sehen mit schmerzlichem Bedauern eine Verbindung gelöst, die jahrhundertlang bestand und dem Staate wie der Kirche reichen Segen gestiftet hat. Möge für die Kirche — das ist ihr aufrichtiger Wunsch — die Aufhebung ihrer bisherigen Verbindung mit dem Staate sich segensreich erweisen und möge sie die Kraft haben, die hohen Aufgaben, die ihr gestellt sind, in immer vollkommenerem Maße zu erfüllen! Namens der evangelisch-lutherischen Mitglieder des Senats ersuche ich Sie, dem Hochwürdigen Kirchenrat von dem Vorstehenden Kenntnis zu geben.“

Antwort des Kirchenrats vom 23. Mai 1919:

„Den evangelisch-lutherischen Mitgliedern des Senats spricht der Kirchenrat der evangelisch-lutherischen Kirche im hamburgischen Staate für die der Kirche gewidmeten Wünsche, mit denen sie die Anzeige der Niederlegung des Patronats begleitet haben, den wärmsten Dank aus. Zugleich ist es dem Kirchenrat eine tiefempfundene Pflicht, auch der Dankbarkeit der Hamburgischen Kirche für das bisherige Wirken des Patronats hierdurch Ausdruck zu geben. Alles, was Senat und Patronat, was auch die einzelnen Kirchspielsherren seit Jahrhunderten dem kirchlichen Leben Hamburgs gewesen sind, wird in unserer Kirche und in unseren Gemeinden unvergessen bleiben und oft noch wird die Kirche die wertvolle Mitarbeit der Kirchspielsherren vermissen. Löst sich somit auch das altehrwürdige Band zwischen Patronat und Kirche, so bleibt doch die Oberaufsicht des Senats über die evangelisch-lutherische Kirche in Hamburg bestehen. Wie die evangelisch-lutherische Kirche sich die Pflege der staatsbürgerlichen Gesinnung nach wie vor angelegen sein lassen wird, so wird uns der Senat auch darin zustimmen, daß es nur im Interesse des Staates liegt, einer Körperschaft wie der Kirche, die die Mehrheit der hamburgischen Bevölkerung umfaßt, sein förderndes Wohlwollen zu bewahren.“

Der stellvertretende Vorsitzende des Kirchenrats der evangelisch-lutherischen Kirche im hamburgischen Staate (gez.) Senior D. Grimm.“

Der Mecklenburg-Strelitzsche Oberkirchenrat richtete unter dem 5. Oktober 1921, Gesch.-Nr. 2865, folgendes Schreiben an den hamburgischen Senior D. Dr. Rode:

„Nachdem die verfassunggebende Landessynode zu Schwerin die Einführung des ‚Landesbischofs‘ beschlossen hat und dortselbst der ‚Landesbischof‘ noch in diesem Jahre gewählt werden soll, nachdem, soweit wir sehen, auch schon in sonstigen Kirchenverfassungsentwürfen die Bezeichnung ‚Landesbischof‘ vorgesehen ist, hat der jetzt gewesene Meckl.-Strelitzsche Kirchentag den Zeitpunkt für gekommen erachtet, dem Vorsitzenden seines Oberkirchenrats die Amtsbezeichnung

Landesbischof

beizulegen. Der Vorschlag des Oberkirchenrates, die beschlossene Bezeichnung erst dann rechtskräftig werden zu lassen, wenn der Landesbischof in Schwerin gewählt sein würde, wurde abgelehnt, wie denn überhaupt der Entschluß von einem sichtbaren freudigen Wunsche getragen war. Der Oberkirchenrat beehrt sich, hiervon den hohen Kirchenregierungen Mitteilung zu machen und wagt es, hieraufhin wenigstens an die nord- und mitteldeutschen Kirchenregierungen die ehrerbietige Bitte zu richten, daß sie, nachdem die beiden Mecklenburg den Anfang gemacht haben, auch ihrerseits, selbst wenn ihre Verfassung schon vollendet sein sollte, der Einführung der Amtsbezeichnung ‚Landesbischof‘ näher treten möchten, da diese Amtsbezeichnung, so gewiß sie eine fehlsame bleiben muß, wenn sie nur ganz vereinzelt versucht wird, andererseits sicherlich ein Segen für die evangelische Kirche werden

wird, wenn sie weithinaus durchgeführt wird, da sie unverkennbar in den Empfindungen und Wünschen der weitesten evangelischen Volkskreise gerade unter den Laien einen tiefen und freudigen Widerhall findet.

Der Oberkirchenrat.
(gez.) D. Tolzien.“

Dies Schreiben wurde am 21. Oktober 1921 in Hamburg behandelt:

„Der Herr Vorsitzende verliest ein Schreiben des Mecklenburg-Strelitzschen Oberkirchenrats, wonach der Mecklenburg-Strelitzsche Kirchentag den Zeitpunkt für gekommen erachtet, dem Vorsitzenden seines Oberkirchenrats die Amtsbezeichnung ‚Landesbischof‘ beizulegen. Der Oberkirchenrat empfehle daher besonders den benachbarten Kirchenregierungen, ebenfalls diese Bezeichnung einführen zu wollen.“

Der Herr Referent bemerkt hierzu, daß Hamburg sich schwerlich in dieser Weise festlegen würde; so wenig man seinerzeit einen Juristen als Präses des Kirchenrats habe bestimmen wollen, würde man auch jetzt nicht das gleiche für einen Geistlichen tun.

Beschlossen:

die Anregung des Mecklenburg-Strelitzschen Oberkirchenrats zur Kenntnis zu nehmen.“

Bericht über die 109. Sitzung der Synode der Evang.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate am Mittwoch, dem 2. Mai 1923 (maschinenschriftlich im Archiv des Landeskirchenrates Hamburg):

„... Heitmann ... entwirft in längeren Ausführungen ein Zukunftsbild von der Tätigkeit der Hamburgischen Hauptpastoren, die Männer der Apologetik, Führer für die Lösung der kultischen Aufgaben, für Religionspädagogik und viele andere Zweige kirchlicher Gesamtaufgaben werden müssen. Syn. Krause will bei aller Anerkennung der Heitmannschen Wünsche doch die Erhaltung des Amtes der Hauptpastoren für ihre Hauptkirche und deren Lokal- und Personal-Gemeinde erhalten wissen und bekämpft die Absicht, in Zukunft den kirchenregimentlichen Einfluß zum ausschlaggebenden Faktor bei der Wahl der Hauptpastoren zu machen ... Beckmann weist nach, daß die Angaben Heitmanns ... auf unrichtigen Zahlen beruhen und daß seine Vorschläge darauf hinauslaufen, daß die Hauptpastoren theologische Spezialisten werden würden. Schon heute weist das Amt des Hauptpastors eine dreifache Linie der amtlichen Tätigkeit auf, in Predigt, Verwaltung und Lehramt. Durch die Beschreitung und Innehaltung dieser dreifachen Linie, je nach der charismatischen Begabung des einzelnen Hauptpastors, empfängt die Gesamtkirche ihre gute geistliche Kost ...“ (a. a. O., S. 6 f.)

Bericht über die 107. Sitzung ... am Mittwoch, dem 18. April 1923:

„... Junge bekennt sich zu dem vom Verfassungsausschuß ins Auge gefaßten Ziel, aber nicht zu dem von ihm eingeschlagenen Weg. Ihm fehlt in der Vorlage, die doch als Ausdruck des Lebenswillens der Kirche und Christenheit unserer Tage gelten muß, die Würdigung der Gemeindefrage, der Führerfrage und der Jugendfrage. Die Gemeinde als Organisation ist zwar in der Verfassung vorhanden ... Die Führer der hamburgischen Kirche müssen die Hauptpastoren sein, deren Amt sich heute nach 3 Richtungen ‚Predigt, Wissenschaft, Kirchenregiment‘ zersplittert, während die Vorschläge Heitmanns es in einer bestimmten Richtung für die Gesamtkirche fruchtbar machen sollen. Darum muß der Einfluß der Kirchenvorstände auf die Wahl des Hauptpastors auf ein Minimum herabgedrückt und die erste theologische Prüfung den Hauptpastoren genommen werden, und diese selbst müssen für den verantwortungsvollen Dienst als Anreger und Förderer in allen die Gesamtkirche angehenden Lebensfragen freigemacht werden ... Syn. Beckmann ... Die bisherige Verfassung mit ihrem Repräsentativ-System ist gut ... Syn. Horn bezeichnet das Amt der hamburgischen Hauptpastoren als eines, das gerade um seiner Beweglichkeit willen anerkannt ist und Anziehungskraft besessen hat. Eine Festlegung des Hauptpastorats nach irgend einer bestimmten Richtung, etwa durch Umwandlung in eine den Pröpsten oder Superintendenten aller Landeskirchen ähnliches Amt, würde nur zum Schaden für die hamburgische Eigenart ausschlagen. Der immer wieder vorgebrachte Gedanke, die Hauptpastoren sollen die Führer und Anreger des kirchlichen Lebens sein, hat in seiner Durchführung zur Voraussetzung, daß die An-

regungen des Hauptpastorats tatsächlich gewünscht und in den Gemeinden durchgeführt werden. Fehlt diese Voraussetzung, dann behält der heimgegangene Dr. Huntzinger mit seinen drastischen Worten Recht: Er lasse sich nicht aus einem hamburgischen Hauptpastoren zu einem Schnabeltier erniedrigen, das noch dazu, wenn es seinen Schnabel aufträte, etwas draufbekäme ..." (a. a. O., S. 3 ff.)

Antrag Heitmann für die 107. Versammlung der Synode am 18. April 1923:

"... 8 ... Sache des Seniors ist es, die Geistlichkeit mit den großen kirchlichen Zeitfragen im allgemeinen und den inneren Entwicklungsnotwendigkeiten der hamburgischen Landeskirche im besonderen in Fühlung zu halten und die dafür notwendigen Anregungen zu geben ..."

124. Sitzung der Synode der Evang.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate, am 23. April 1925:

"Punkt 1 der Tagesordnung. Antrag des Kirchenrats: Zum Ornat des Seniors gehört das bei den führenden Geistlichen der Landes- und Provinzialkirchen übliche Kreuz. Der Senior ist berechtigt, es auch zu tragen, wenn er, ohne das Ornat anzulegen, berufen ist, die hamburgische Kirche oder Geistlichkeit bei feierlichen Anlässen zu vertreten. Herr Direktor Dr. Schröder begründet im Namen des Kirchenrats den Antrag. Er betont, daß die führenden Vertreter der einzelnen Kirchen schon seit längerer Zeit durch ein silbernes Kreuz gekennzeichnet seien und daß es erwünscht sei, sich den anderen Landeskirchen darin anzupassen. Es handelt sich nicht darum, durch dies Abzeichen seine Stellung zu ändern oder zu heben; die Persönlichkeiten haben sich früher durchgesetzt und werden es weiterhin tun. Aber es würden unbequeme Lagen entstehen, wenn unser Senior eine Ausnahmestellung einnehmen würde dadurch, daß ihm ein äußeres Abzeichen seiner Stellung fehle. Die Anregung zu dem vorliegenden Antrag ist von der Kirchenbehörde in Lübeck an den hamburgischen Kirchenrat herangebracht, von diesem aber bereitwillig aufgenommen. Der Kirchenrat bittet nunmehr um möglichst einstimmige Annahme seines Antrages. Herr D. von Schinckel erklärt im Namen seiner Freunde, daß das vorgeschlagene Abzeichen des Seniors als eine Äußerlichkeit angesehen würde, die keine Änderung in seiner persönlichen Stellung unter den Kollegen oder gar im inneren Leben der Kirche in sich schliesse. Aber Äußerlichkeiten sind nicht zu vermeiden, wie auch die Pastoren durch ihre Talare gekennzeichnet sind. Weil nicht nur die deutschen, sondern auch die Nordischen Landeskirchen, wie Schweden und Dänemark, dieses Abzeichen ihren führenden Männern verliehen haben, halten wir es für richtig, dem Antrage des Kirchenrats Folge zu geben. Herr Pastor Kappeßer erklärt im Namen seiner Fraktion, daß deren Mehrheit dem Antrage des Kirchenrats zustimme. Die Minderheit habe gewünscht, daß auch ihre Bedenken ausgesprochen würden, die darin bestehen, daß mit dem Bischofskreuz, wie sie meinen, auch Titel und Stellung eines Bischofs neu in Vorschlag gebracht würden, und daß es der hamburgischen Art widerspräche, eine derartige Äußerlichkeit mitzumachen, weil man bei uns auf Schlichtheit im Auftreten besonderes Gewicht lege. Der Redner ist der Ansicht, daß die Befürchtung, der Bischofstitel könnte erneut beantragt werden, begründet sei. Die Schlichtheit aber dürfe nicht überspannt werden. Ein ehrwürdiger Brauch, der in anderen Landeskirchen sich bewährt hat, solle von uns aufgenommen werden, das Kreuz wäre für den Senior ein Schmuck, der die Gesinnung der Demut nur zu erhalten vermöchte. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Präsident verliest noch einmal den Antrag, der einstimmig angenommen wird."

Durch einen Artikel, der im gleichen Jahre 1925 erschien, wird eine öffentliche Auseinandersetzung über die „Bischofsfrage“ in Hamburg eingeleitet:

„Ein evangelischer Bischof für Hamburg?

Eine ernste Frage an die bevorstehende Synode.

Von Lic. Kurt Leese, Pastor an der St. Georgskirche in Hamburg.

„Was für

Ein Fastnachtsaufzug, und was soll der Hut?

— — — — —
Verehren! Sagt! Hat man je vernommen von dergleichen?

— — — — —
Wir unsre Knie beugen einem Hut!
Treibt er sein Spiel mit ernsthaft würd'gen Leuten?"

Schiller, Wilhelm Tell I, 3.

1.

An der Spitze der hamburgischen Geistlichkeit steht seit altersher der Senior. Der Senior war ursprünglich Primus inter pares, Mann des Vertrauens. Man möchte den ideellen Wert seiner Stellung, ihren Gehalt und das Verhältnis der Pastoren zu ihm mit den Worten umreißen:

„Das Haupt zu heißen eines freien Volks,
Das dir aus Liebe nur sich herzlich weihet,
Das treulich zu dir steht in Kampf und Tod —
Das sei dein Stolz, des Adels rühme dich —."

Die Stellung des Seniors wurde durch die neue Hamburgische Kirchenverfassung vom 30. Mai 1923 eine völlig andere. Leider! Das sehen heute zahlreiche Pastoren ein, die damals die Änderung in unbegründetem Optimismus leichten Herzens passieren ließen. Der Senior wurde nämlich Vorgesetzter, laut § 38 der Verfassung. Er hat ‚Dienstaufsicht‘. Er kann die Geistlichen ‚vorladen‘ und ‚amtlich aufsuchen‘. Davon, daß er Mann des Vertrauens sein soll, steht kein Wort in der Verfassung. Wie reimen sich auch ‚Vertrauen‘ und ‚Dienstaufsicht‘!

Mit der Stellung des Seniors änderte sich auch die Stellung der Hauptpastoren. Sie bilden nach §§ 39 ff. der Verfassung unter dem Vorsitz des Seniors ein ‚Kollegium‘: ‚zur Unterstützung des Seniors in seinem Amte‘.

Niemand ahnte damals, was diese Änderungen für Konsequenzen haben könnten. Jetzt wissen's viele.

Der hamburgischen Kirche droht die Gefahr der Überfremdung, d. h. es kommen Pastoren und Hauptpastoren aus Preußen oder Mecklenburg oder Bayern nach Hamburg, finden in Hamburg alles viel mangelhafter als in Preußen oder Mecklenburg oder Bayern und haben alsbald das Bedürfnis, die rückständigen Einrichtungen der hamburgischen Kirche auf die Höhe der preußischen oder mecklenburgischen oder bayrischen zu bringen. Wie wäre es also, wenn der ‚Senior‘ (niemand kennt im deutschen Ausland, wenn die Kirchenhäupter auf einer Konferenz zusammensitzen, einen hamburgischen ‚Senior‘!) ‚Bischof‘ würde und die Hauptpastoren ‚Oberkirchenräte‘? Hauptpastoren gibt es zwar auch woanders, z. B. in Schleswig-Holstein. Aber während der Titel ‚Senior‘ zu selten und unbekannt ist, gibt es der Hauptpastoren zu viele, auch in kleinen Nestern. Man müsse daher die Hauptpastoren ‚heben‘, sie den Kirchenobern anderer Kirchenprovinzen ebenbürtig machen. Also: man mache sie zu ‚Oberkirchenräten‘. Endresultat: Die hamburgische Kirche habe 1 ‚Präsidenten‘ des Kirchenrats (früher ‚Vorsitzender‘), 1 ‚Präsidenten‘ der Synode (früher ‚Vorsitzender‘), 1 ‚Bischof‘ (früher ‚Senior‘) und 5 ‚Oberkirchenräte‘ (früher ‚Hauptpastoren‘). Damit kann man dann 100 Pastoren ‚regieren‘ und steht, weil man auch außerhalb ‚repräsentieren‘ kann, auf der Höhe der Zeit.

2.

Die Änderung kam zu plötzlich und schreckhaft, als daß sie zur Wirklichkeit wurde. Der Gang der Entwicklung wurde vor dem Bischof abgestoppt. Aber sie ging doch weiter. Der Senior erhielt von der Synode die Befugnis, das in anderen Kirchen übliche Bischofskreuz zu tragen. Indessen, das Bischofskreuz ohne den Bischofstitel? Das ist eine mißliche Sache. Nun, Oberkirchenräte hin, Oberkirchenräte her — der Bischofstitel ist doch ganz unverfänglich. Es wird doch nicht das Geringste an der verfassungsmäßigen Stellung des Seniors geändert! Im Grunde eine Bagatelle! Eine bloße Namensänderung! Eigentlich nur eine Frage und Angelegenheit des repräsentativen Geschmacks!

Vor dieser Auffassung die Hamburgische Pastorenschaft und die Synode zu warnen, ist die Absicht dieser Zeilen. Nichts wäre gefährlicher, als diese das Gesicht der Hamburgischen Kirche deformierende (scheinbar ganz harmlose) Sache auf die leichte Schulter zu nehmen.

Die erste Frage, die gestellt werden muß, lautet: Wozu ein Bischof? Man verlange hierauf eine klare und unzweideutige Antwort, und lasse sich nicht mit allerlei mehr oder minder plausiblen Redensarten abspeisen.

Weil ein katholischer Bischof nach Altona kommt? Es wäre geradezu lächerlich, wenn die evangelische Kirche durch Titeländerung der katholischen Konkurrenz machen, ihr Ansehen durch solche Äußerlichkeiten heben wollte.

Weil es in anderen deutschen und außerdeutschen evangelischen Kirchen Bischöfe gibt, damit der ‚Senior‘ als Bischof in demselben Hotel einquartiert wird, wo die

anderen wohnen, wenn der 'Verein der Bischöfe' (dessen Gründung man auf dem kürzlich in Hamburg stattgehabten Pfarrertag empfahl) tagt? Diese Begründung ist schlechterdings unwürdig, weil sie die bodenlose Leere an geistiger Substanz mit einer reinen Dekoration verdeckt. Ist ein Hamburgischer Senior ein Mann, der imponiert durch die überragende Höhe seiner geistigen Qualitäten, dann sei er Träger althamburgischer Tradition, und sei stolz darauf, daß er 'Senior' ist, und verzichte darauf, wie alle andern Feld-, Wald- und Wiesenbischof zu sein.

Oder endlich, soll der Senior etwa aus 'seelsorgerlichen' Gründen Bischof werden? Soll er 'Seelsorger' seiner Pastoren sein, Helfer und Berater wie der Bischof in Hannover, der aller Verwaltungsgeschäfte ledig ist? Einer solchen Begründung wäre jedenfalls Mangel an geistiger Substanz nicht vorzuwerfen. Sie ist die einzige, die überhaupt diskutabel ist.

Setzen wir also einmal den Fall, der Bischofstitel wäre unvermeidlich. Dann erhebt sich die zweite Frage: Aus welchem Kreise soll der Bischof hervorgehen? Der Senior wird nach Paragraph 38 der Verfassung von der Synode aus der Zahl der Hauptpastoren gewählt. Soll dasselbe auch für die Bischofswahl gelten? Man beruft sich stets auf das Vorbild anderer Kirchen. In welcher Kirche der Welt findet sich die Groteske, daß der Bischof aus einem Fünf-Männer-Kollegium gewählt wird? Es fehlte nur noch, daß die Hauptpastoren selber die Bischofswahl vollziehen, dann wäre das Kardinalskollegium fertig. Also, der Bischof müßte aus dem Kreise sämtlicher Pastoren gewählt werden können, wie überall.

Ihre ich nicht, dann sollten dem Sinne dieser Hamburgischen Einrichtung nach die Haupt-Pastoren solche sein, die hervorragend als Prediger und nicht nur Doktoren der Theologie, sondern in ihren wissenschaftlichen Leistungen bedeutend wären. Es ist aber nicht gesagt, daß jeder Hauptpastor das Vertrauen als Seelsorger genießt, das Pastoren zu einem Bischof haben müßten, der mehr wäre als eine dekorative Figur oder ein Hierarch. Es ist der reine Widersinn, daß die Bischofswahl auf den Kreis der Hauptpastoren beschränkt bleiben sollte. Tiefgreifende Verfassungsänderungen müßten die Folge sein.

Die dritte Frage, um die es geht, ist dann die, ob es sich wirklich nur um eine Titelländerung, nicht um eine Systemänderung handeln würde? Sind die hamburgischen Pastoren und die Synode dessen absolut gewiß, daß der Bischof keine 'Etappe' ist, Etappe auf dem Weg zur Konsistorialverfassung, zur Obrigkeitkirche? Kommt der Bischof, dann sind auch eines Tages die 'Oberkirchenräte' wieder da, man mag sich drehen und wenden, wie man will. Bisher waren Hauptpastoren und Pastoren Kollegen. Kommt der Bischof und mit ihm zwangsläufig die Oberkirchenräte (wie kann ein 'Bischof' Vorsitzender in einem 'Hauptpastoren'-Kollegium sein — das ist schon für das Ohr beleidigend), dann ist eine Kluft aufgerissen zwischen Bischof und Oberkirchenräten einerseits und Pastoren andererseits, wie sie für das bisherige Hamburg unerhört wäre.

3.

Zum Schluß sei noch eines wichtigen Umstandes gedacht, der meistens übersehen wird.

Jede Änderung hat eine logische und eine psychologische Folgerung. Die beiden können außerordentlich verschieden sein. Nehmen wir also den Bischofstitel. Was wäre die logische Folge? Gar keine — so sagen uns die, die uns einreden wollen, daß sich mit dem Titel ja gar nichts im Wesen der Sache ändere. Die psychologische Folge könnte unter Umständen — ich spreche jetzt einen hypothetischen Satz aus — verheerend sein: geistliche Herrschaft oben und — Servilismus unten. Titel schaffen psychische Dispositionen, besonders bei den Jüngeren.

Darum seien Pastoren und Synode auf der Hut. Sie mögen nicht dem Zuge der Zeit, sie mögen einer gut fundierten und hoffentlich der besseren Erkenntnis folgen."

(Hamburger Correspondent vom 29. Oktober 1925.)

Ein ähnlicher Artikel, unterzeichnet mit „Dr. Sch.“, folgte: „Wider den Bischof von Hamburg.

„Wäre das nicht ein unnatürliches Vornehmen, so ein Feuer in einer Stadt aufzuge, und jedermann sollte stille stehen, lassen für und für brennen, was da brennen mag, allein darum, daß sie nicht die Macht des Bürgermeisters hätten ... Ist hier nicht ein jeglicher Bürger schuldig, die

anderen zu bewegen und zu berufen? Wie vielmehr soll das in der geistlichen Stadt Christi geschehen, so ein Feuer des Ärgernisses sich erhebet, es sei an des Papstes Regiment, oder wo es wolle."

So schrieb Luther vor 405 Jahren. Pastor Lic. Leese an St. Georg ist diesem Rufe gefolgt und warnt in einem temperamentvollen, lediglich der Sache dienenden Aufsatz im Correspondenten vor der heraufziehenden Gefahr. Dank sei ihm dafür!

Es zieht wirklich ein Wetter auf. Zunächst ist's nur ein Wetterleuchten, aber wie lange wird's währen, dann kann der Sturm dasein. Die evangelische Kirche Hamburgs soll, so raunt man, auch einen Bischof haben, wie — leider Gottes! — schon andere evangelische Landeskirchen unseres lieben deutschen Vaterlandes ihn bekommen haben. Wie manchen wird das mit Kummer und Sorgen, ja mit Zorn erfüllen. Wie mancher evangelische Christ wird ob solchen Beginns verständnislos das Haupt schütteln. Unser Martin Luther hat doch einst, als er unsere evangelische Kirche gründete, gekämpft gegen den Papst und gegen die Bischofskirche. Selbst der fürstliche Notbischof, den als Übergangsform zuzugestehen ihn die blasse Not des Bauernkrieges mit ihren Schrecken drängte, war nicht sein Ziel aus seiner ersten großen Zeit. Luther wollte überhaupt keine monarchischen Häupter der Kirche. Er dachte sich (das war sein ursprünglicher Plan) das Land in Sprengel und Pfarreien eingeteilt, die Gemeinden mit demokratischer Verfassung und die Landessynoden als letzte Instanz. Diese Gedanken hat er nach den Erfahrungen des Bauernkrieges, die ihm zeigten, wie wenig reif das Volk für solche Ziele noch war, aufgeben müssen, aber die bischöfliche Kirche, d. h. die sich in den Bischöfen äußerlich als Kirche darstellende, hat er nie und nimmer gewollt. Er kannte eben seine Bibel ...

„Aber“, wird mir vielleicht ein Freund des Bischofsgedankens zurufen, „wer denkt an solche Neuerung! Was wir wollen, ist nichts als ein harmloser Titel für unseren Senior, damit er auch äußerlich als vollanerkannter Kollege unter den übrigen deutschen Landesbischöfen dasteht; nicht etwa so, wie bis vor kurzem noch unsere hamburgischen Senatssekretäre mit ihrem dem Fremden subaltern vorkommenden Titel den preußischen Geheimen und Wirklichen Geheimen Räten gegenüber. Gewiß, da hatte der neue Titel Sinn und Berechtigung. Da konnte aber auch durch die Titulatur weiter kein Schaden angerichtet werden. Aber im Falle des Seniors stehen doch andere Werte auf dem Spiele.

Zunächst erfüllt gewiß manchen evangelischen Christen alles, was nach katholischer Kirche aussieht, mit Unbehagen. Wir sind gewiß nicht kulturkampflüster, und wer wäre nicht davon überzeugt, daß Friede mit unserer katholischen Schwesterkirche in mehr als einer Hinsicht erwünscht und von hohem Werte ist, aber zwei Welten stehen sich doch nun einmal in diesen beiden Kirchen und ihren Weltanschauungen gegenüber, zwei Welten ohne rechte Annäherungsmöglichkeit, es sei denn, wir Evangelischen brächten das Opfer unseres ureigensten Selbst. Drum muß es in allen Neuerungen der evangelischen Kirche, die irgendwie einen katholischen Beigeschmack haben, heißen: „Principiis obsta!“ ... Drum keine katholische Nachahmung! Und daß es sich im Bischofstitel um eine solche handelt, das wird niemand überzeugend abstreiten wollen und können. Wir haben übrigens als Evangelische auch gar kein Verlangen daran, den Verwaltungsapparat unserer Kirche noch mehr zu unterstreichen und herauszuheben. Es wird schon reichlich verwaltet. Und ob zum Segen oder zum Schaden der Kirche, darauf mögen die Lehren der Kirchengeschichte antworten: Stärkung der äußeren Formen hat niemals dauernd eine Stärkung rechter religiöser Innerlichkeit und tatbereiter Liebesgesinnung zur Folge gehabt.

Ein Titel ist nicht nur ein Ehren- und Standesabzeichen. Mögen die, die den katholisierenden Titel einführen wollen, noch so sehr in gutem Glauben handeln und der Überzeugung sein, daß es eben nur eine andere, nützliche Amtsbezeichnung sei, die sie anstreben. Zu lange schon und zu eng ist der Titel Bischof verknüpft gewesen mit der Geschichte der christlichen Kirche und zumal des deutschen Volkes. In jedes Kindes Kopf, das den Werdegang des deutschen Vaterlandes kennen lernte, bildete sich zu dem Worte Bischof eine ganz bestimmte Vorstellung von Amtshoheit und Würde, von Herrenbewußt-

sein und Stolz, von Streben nach Einfluß und Macht, etwas, was so ganz und gar nicht evangelisch anmutet. Nicht der ferne Italiener, der in seinem geräumigen Vatikan mit den rotgerockten Prälaten die kirchlichen Geschicke der katholischen Welt führt, ist für die Millionen seiner Kirche der sichtbare göttliche Stellvertreter — wie wenige sehen ihn Auge in Auge —, sondern der Bischof ist's, den jedes Beichtkind doch hin und wieder zu sehen bekommt. An ihn knüpfen sich alle Gedanken und Anschauungen von der Größe und Herrlichkeit der Kirche.

Und das sollte so ganz unwirksam bleiben in unserer evangelischen Bevölkerung, wenn jetzt plötzlich ein wirklicher evangelischer Bischof unter uns träte? Nein, in den Augen der großen urteilsschwachen Menge würde er weit mehr bedeuten, als was die kirchliche Ordnung mit diesem Titel sagen wollte. Und mag diese Wirkung nicht gleich zutage treten, mit der Zeit bliebe sie gewiß nicht aus.

Drum lassen wir Evangelischen Hamburgs es nicht zu spät werden und sorgen wir rechtzeitig, daß sich solch schädigender Fremdkörper, dem man seine Herkunft nur zu deutlich ansieht, nicht in unserer hamburgischen Kirche einnistet.

Ein Beispiel aus der jüngeren Kirchengeschichte, wenn man Großes mit Kleinem vergleichen darf: Als 1870 das drohende Gerücht durch die Welt ging, für das kommende Konzil bereite man die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit vor, da war es der damalige bayrische Ministerpräsident Chlodwig von Hohenlohe (ein Katholik, unser späterer Reichskanzler), der die Staatslenker aufrief, rechtzeitig diese unselige Absicht zu verhindern. Leider predigte er tauben Ohren. Nachher, als der Kulturkampf tobte, erkannte man, wie weise vorausschauend Hohenlohe die Zeichen der Zeit erkannt hatte.

Horchen wir auf Pastor Leeses Ruf, und tue jeder an seinem Teile und an seiner Stelle, was zu tun ist, um dem Bischof rechtzeitig die Tür zu weisen. In solchem Falle hat das ganze evangelische Volk zu sprechen und nicht die obersten kirchlichen Verwaltungsbehörden."

(Hamburgischer Correspondent, 6. November 1925.)

Eine Entgegnung von Hauptpastor D. Horn, Präsident der Synode:

"Um den evangelischen Bischof in Hamburg.

... An sich ist selbstverständlich gegen das Recht einer freimütigen Meinungsäußerung und Kritik nichts zu sagen. Wir sind auch nicht die humorlosen ägyptischen Oberpriester, die in solcher Kritik einen frisch zugreifenden Ton und Scherz nicht verstünden. Herr Lic. Leese aber schlägt eine Methode der Kritik ein, deren Fortführung weder die von ihm befragte und gewarnte hamburgische Synode, noch die Geistlichkeit und die Öffentlichkeit wünschen kann.

Eine Synode, die in einer Zeitung gewarnt und befragt wird, kann verlangen, daß beides mit der gehörigen Würde des Tones und mit der nötigen Sorgfalt der Begründung geschieht. Daß der Artikel des Lic. Leese die Würde des Tons vermissen läßt, daß er die für den Bischofsgedanken eintretenden Kreise, daß er die auswärtigen evangelischen Landesbischöfe, die Hauptpastoren, die 'alles' in Hamburg 'viel mangelhafter finden' als in ihren Heimatkirchen, schwer verletzt, wird jeder zugeben, der den Artikel liest...

Lic. Leese weiß anscheinend nicht, was der Synode größtenteils erinnerlich sein wird: daß der Anstoß zu der ganzen Erörterung der Amtsbezeichnungen in der Hamburger Kirche gar nicht von den Hauptpastoren, sondern von dem ehrwürdigen, durch und durch alt-hamburgisch gesinnten früheren Vorsitzenden des Kirchenrats, Professor D. Krüß, ausging. D. Krüß, der von Hause aus den Titelfragen skeptisch oder halb ironisch gegenüberstand, hatte bei Kongressen und dergleichen, zu denen er abgeordnet war, dieselben Erfahrungen gemacht, die — ebenfalls ohne Inspirierung durch die Hauptpastoren — Vertreter des hamburgischen Staates längst gemacht hatten: daß nämlich die Hamburger Amtsbezeichnungen zwar für das früher in sich abgeschlossene alte Hamburg genügten, nach außenhin aber unzureichend waren und ihre Träger daher bei der neuerdings immerhin häufigeren Berührung mit auswärtigen Vertretern in peinliche Lagen brachten... Und der Hamburger Senat hat unter diesem Gesichtspunkt auch anderen seiner führenden Beamten mehr und mehr Bezeichnungen gegeben, die sie der lächerlichen Aufgabe

überheben, auswärts erst selber irgendwie betonen zu müssen, daß sie ein ganz anderes Amt zu vertreten haben, als ihre Amtsbezeichnung besagt.

Herr Lic. Leese meint, Herren in solcher Lage (also auch ein Senior) sollten sich 'durch die überragende Höhe ihrer geistigen Qualitäten' auswärts beglaubigen. Aber wie soll so ein Unglücklicher das machen unter vielleicht 100 oder 50 anderen Qualitäten, unter denen er ja gar nicht ohne weiteres zu Worte kommt? Soll er zu Anfang des Kongresses oder auch eines zwanglosen Beisammenseins eine Qualitätsrede halten oder ein Verzeichnis seiner Schriften verlesen oder verteilen (falls er nämlich, wie Herr Lic. Leese andeutet, 'nicht nur Doktor der Theologie' ist, sondern auch etwas geschrieben hat)?... Und die Bischofsfrage? Auch hier sei ausdrücklich festgestellt, daß die Anregung dazu nicht von Hauptpastoren, sondern vor drei Vierteljahre von einem Gliede der neukirchlichen Fraktion, das zugleich Kirchenratsmitglied ist, und jetzt kürzlich wieder vom Vorsitzenden des Evangelischen Bundes, also wieder von Hamburgern, ausgegangen ist, die wohl schwerlich geneigt sein würden, sich als lediglich vorgeschobene Strohmannen der eigentlichen Drahtzieher, der Hauptpastoren, bezeichnen zu lassen. In der Tat hatten nun dieselben Erfahrungen, wie D. Krüß neuerdings, bei dem jetzt viel lebhafteren Zusammenschluß der Landeskirchen, der Senior und die Hauptpastoren gemacht, einer nach dem anderen. Wie in Bayern jeder Vertrauensmann eines Dekanatsbezirktes 'Senior' heißt, so anderwärts die amtsältesten Geistlichen 'Hauptpastor'. Nun beruht, was die Hauptpastoren angeht, die Eigenart des hamburgischen Hauptpastors gar nicht auf ihrem Pastorenamt an einer Hauptkirche, sondern ebensosehr auf dem, was sie über ihre Hauptkirche hinaus der Gesamtkirche Hamburgs sein sollen. Also wäre 'Oberkirchenrat' eine zwar nicht überwältigend ersehenswerte, aber immerhin zutreffendere Kennzeichnung nach außen hin als 'Hauptpastor'...

Und der Senior? Lic. Leese will eine klare Antwort auf die Frage: 'Wozu ein Bischof?' Antwort: aus zweifachem Grunde. Zunächst für eine angemessene und unmißverständliche Vertretung seines Amtes nach außen. Die jetzige Bezeichnung ist — das hat der Lübecker Senior so gut erfahren wie der Hamburger — unter heutigen Verhältnissen eine ungenügende Beglaubigung, die die hamburgische Kirche ihrem ersten geistlichen Vertreter nach außen hin mitgibt. Sodann aber auch für Hamburg selbst. Hier unterscheidet sich die Lage des Seniors von der der Hauptpastoren. Sie bedürfen einer Amtskennzeichnung nach außen hin: innerhalb Hamburgs wäre das nicht nötig. So wie die Stellung des Seniors aber durch die neue Verfassung von 1923 gestaltet ist, entspricht die Bezeichnung 'Senior' auch der innerkirchlichen Bedeutung dieses Amtes nicht mehr. Der Senior ist jetzt tatsächlich Vorgesetzter der Pastoren und führt die Dienstaufsicht. Er ist also, amtlich geredet, nicht mehr nur 'der Älteste' oder 'Erste unter Gleichen'. Und auch um das zu kennzeichnen, ist 'Bischof' die richtige Bezeichnung. Das griechische Wort Bischof (Episkopus) bedeutet rein sprachlich ja wie das lateinische 'Generalsuperintendent', den Mann an der Spitze, der die 'Dienstaufsicht' führt. Inhaltlich aber gibt 'Bischof' im Gegensatz zu dem starren Amtston des Wortes 'Generalsuperintendent' zugleich die seelsorgerliche Vertrauensstellung wieder, die dem führenden Geistlichen eignen soll. So drückt das Wort 'Bischof' also nur das aus, was heute schon in der hamburgischen Kirche besteht, nicht etwas, was an Herrsgewalt erst noch erstrebt würde. Eine 'durchgreifende Verwaltungsänderung', wie manche befürchten, erfordert also der Bischofsname nicht. Ein Bischof in Hamburg kann seinem Amte im wesentlichen völlig genügen mit den äußeren und inneren Rechten, die ihm schon jetzt zustehen... Daß man ein Bischofsamt an sich mit weitergehenden Befugnissen, z. B. auch gegenüber den Gemeinden, ausstatten kann, und teilweise auswärts unter anderen kirchlichen Verhältnissen ausgestattet hat, kommt für Hamburg nicht in Betracht. Denn Senior und Hauptpastoren — das darf ich hiermit ein für allemal feststellen — sind sich mit der Synode und dem Kirchenrat und der Geistlichkeit darin völlig einig, daß sie eine 'Konsistorialverfassung', eine 'Obrigkeitskirche', durchaus nicht wollen...

Hier gibt nun der Artikel des Lic. Leese dem Kenner des Sachverhaltes ein Rätsel auf, das der Klärung bedarf. Denn das anscheinend jetzt umgehende Gespenst einer Hauptpastoren-Herrschaft scheint auch den Verfasser des

Artikels hypnotisiert zu haben. Lic. Leese mußte als Warner der Synode zunächst schon wissen, daß der Kirchenrat bei der ersten Erörterung der Frage vor etwa drei Vierteljahre ausdrücklich erklärt hat, eine Änderung der Amtsbefugnisse sei mit diesen veränderten Amtsbezeichnungen nicht beabsichtigt. Er war ferner dagegen, als ich bei einer amtlichen Vormittagsberatung der Geistlichen über die Bischofsfrage, einen Tag vor Erscheinen des Leese'schen Artikels, in offiziellem Auftrage 1. an jene Erklärung des Kirchenrats, 2. ebenso an die Tatsache erinnerte, daß wir Hauptpastoren wiederholt die von gewissen Gruppen der Geistlichkeit uns zugedachte Rolle vom Vorgesetzten (Superintendenten, Präpsten und dergleichen) mit allem Nachdruck, auch vor der Synode (!), abgelehnt haben; als ich 3. diesen ablehnenden Standpunkt aller fünf Hauptpastoren noch einmal in deren Namen bekräftigte. Trotzdem wird von Lic. Leese einen Tag darauf den Zeitungslesern und Synodalen verkündet — nicht als eine denkbare Gefahr der Zukunft nur, sondern, das ist das Unglaubliche, als Absicht und Gelüste der Gegenwart vom Präsidenten ab bis zu den Hauptpastoren —, daß man alle diese Titel will, 'weil man damit 100 Pastoren regieren kann'. Man steht vor einem Rätsel. War der Artikel schon geschrieben, vielleicht der Redaktion bereits eingesandt, warum wurde er dann nicht am selben Tage noch zurückgezogen oder (vor oder nach seinem Erscheinen) berichtigt? Gilt Wort und Ehre der Hauptpastoren so wenig, daß man eine Verdächtigung ruhig in eine Zeitung sendet oder darin beläßt, obgleich die Beteiligten am Tage vorher durch ihr amtliches Wort 'die bodenlose Lehre' dieser Verdächtigung 'an Substanz' erwiesen hatten? Ich würde der erste sein, der sich freut, wenn dieses Rätsel befriedigend sich klärte. Darum enthalte ich mich auch jedes Urteils in diesem Punkt. Aber den wahren Sachverhalt im Punkt unserer Herrschgelüste mußte ich denn doch mit derselben Rückhaltlosigkeit hier festlegen, mit der Lic. Leese den falschen in die Öffentlichkeit geschleudert hat.

Aber Lic. Leese findet es überhaupt beklagenswert, daß der Senior Vorgesetzter geworden sei. Nun, die Hamburger Synode, also eine Körperschaft erfahrener Laien, die ja vier Fünftel der Synode ausmachen, und Pastoren haben eben doch geglaubt, daß auch der Hamburger Geistlichkeit not und gut sei, was die Geistlichen aller anderen Landeskirchen und was überhaupt irgendwie jeder Stand, zumal jeder Beamtenstand sich zu seinem eigenen Besten muß gefallen lassen. Und die Synode hat auch die verblüffende Ethik Lic. Leeses nicht geteilt, daß 'Vertrauen' und 'Dienstaufsicht' sich nicht reimen. Sie hat es als lutherische Synode mit Vater Luther gehalten, der noch harmlos im vierten Gebot voraussetzt, daß man seine 'Eltern und Herren lieb und wert haben kann'. Die Parole: Vertrauen nur dem, der mir nichts zu sagen hat, hat die lutherische Kirche bisher gewissen anderen Kreisen überlassen.

Daß 'in der Verfassung kein Wort' vom Senior als dem 'Mann des Vertrauens steht', bedarf kaum einer Antwort. Die Verfassung sagt auch nicht, daß die Pastoren Männer des Vertrauens ihrer Gemeinde sein sollen. Denn eine Verfassung galt uns in der Kommission damals als eine Rechts- und Gesetzesurkunde, nicht als Moralkatechismus.

Bei der entrüsteten Frage endlich: In welcher Kirche der Welt findet sich die Grotteske, daß der Bischof aus einem Fünfmännerkollegium gewählt wird? Weiter vergißt der Artikel, daß sich in keiner Kirche der Welt die Einrichtung eines Hauptpastorenkollegiums findet, dessen Glieder nach einem besonderen, denkbar sorgfältigen Wahlverfahren unter Beteiligung des Kirchenrats ausgesucht und gewählt werden. Und da sollte man nicht seelsorgerlich geeignete Kirchenmänner finden?

Doch genug. Ich wollte ja meinerseits die Sache nur so weit behandeln, als die schiefe Darstellung der Beweggründe und Absichten in dieser Frage eine Richtigstellung verlangte. Die Sache selbst mag laufen, wie sie will. Das Heil der Kirche hängt in der Tat nicht davon ab, wohl aber eine zweckmäßige Gestaltung des kirchlichen Organismus. Ich wollte nur zu zeigen versuchen, daß die Synode ein Recht darauf hat, — würdiger und gewissenhafter beraten zu werden, als es in dem erwähnten Artikel geschah. Und daß man über die Sache zwar verschieden denken kann, daß aber kein Grund vorliegt, sie in Hamburg nicht ebenso ruhig und ernsthaft zu be-

handeln, wie es anderwärts geschah, wo man ja wohl auch zwischen alberner Titelsucht und sachlichen Amtserfordernissen zu unterscheiden weiß."

(Hamburgischer Correspondent vom 8. November 1925.)

Lic. Leese erwiderte:

„Der Kampf um den Bischof.

Meine Ausführungen ... haben lebhafteste Zustimmung in weitesten Kreisen, privat und öffentlich, gefunden. Nicht das ist der Grund, weshalb ich mich noch einmal mit der Bischofsangelegenheit befaße. Ich tue es vielmehr, um dem Mißbrauch, dem mein Artikel ausgesetzt ist, entgegenzutreten, dem Mißbrauch, der mir die Absicht unterstellt, den guten Glauben von Personen zu verdächtigen, die sich für den Bischofs- und Oberkirchenrattitel in der evangelischen Kirche Hamburgs einsetzen. Mein Kampf gilt einem System und dessen überaus verhängnisvollen Konsequenzen, die bis in ihre letzte Absurdität hinein verfolgt werden mußten, um die Größe ihrer Bedrohlichkeit sichtbar werden zu lassen. Wenn Wundt jenen berühmten Satz von der Heterogenie der Zwecke aufgestellt hat, daß von Handlungen diese selbst in den Schatten stellende Neben- und Folgewirkungen ausgehen, ohne daß diese von Anfang an gewollt oder überhaupt auch nur in Betracht gezogen waren, so liegt in der Anwendung dieses Satzes auf gegenwärtige schwere Erschütterungen der hamburgischen Kirche der eigentliche Sinn meiner Darlegungen. Und zwar handelt es sich hierbei um Erschütterungen, die, wie der Verfasser des Artikels ... sehr treffend bemerkt, ja nicht eine interne Angelegenheit von Pastoren und Behörden, sondern die öffentlichen Belange des ganzen evangelischen Kirchenvolks betreffen. Sind Bischof und Oberkirchenräte, sei es als Titel, sei es als Amt, erst einmal eingeführt, so nehmen diese Dinge nach der ihnen innewohnenden Logik, und nicht nach der persönlichen Auffassung ihrer Urheber oder Verfechter ihren Gang. Darauf galt es hinzuweisen, ganz abgesehen davon, daß Bischof und Oberkirchenrat als Titel und Ämter der katholischen Kirche, bzw. der 'Obrigkeitskirche' (jenem unseligen, politisch bedingten 'Notbau' des Reformationszeitalters) entstammen und als Fremdkörper das bodenständige Gewächs der Hamburgischen Kirche mit ihrer eigenartigen Sonderentwicklung zum Absterben bringen müßten. Auch die Hamburgische Kirche hat ihren Genius loci. Sie hat ihn deswegen, weil sie Hamburgische Kirche ist. Es ist der stolze und freie Hanseatengeist, der auch in der Kirche den Geist der Freiheit fordert und Männer, die um dieses Geistes willen nicht schweigen, wenn sie sich in ihrem Innersten zum Sprechen berufen fühlen.

Der zweite Grund, weshalb ich noch einmal das Wort ergreife, ist der, daß auch in andern Kirchen die bedrückende Schwere der angerührten Fragen empfunden wird. Es ist durchaus nicht so, daß, wie man denken könnte, außerhalb Hamburgs der große Fortschritt und Vorsprung herrscht, hinter dem nun die Hamburgische Kirche leider zurückbliebe, wenn sie nicht den erstrebten Neuerungen stattgäbe.

In Nr. 42 vom 18. Oktober 1925 des 'Protestantenblattes', Wochenschrift für den deutschen Protestantismus' macht Konsistorialrat Alfred Fischer in Berlin anläßlich der Verhandlungen preußischer Provinzialsynoden Mitteilungen, die geradezu erschütternd sind. Bekanntlich tragen die 'Generalsuperintendenten', die mutmaßlich in Preußen bald den Bischofstitel erhalten sollen, ein goldenes Kreuz zur Bezeichnung ihrer Amtswürde. Nun sind Bestrebungen im Gange, daß auch die 'Superintendenten' (anderswo 'Pröpste' oder 'Kreispfarrer') ein Kreuz tragen sollen, und zwar ein silbernes. Hierüber schreibt nun Konsistorialrat Fischer:

„Ich habe die Behandlung über das 'kleine Kreuz der Superintendenten' und die Bischofsfrage vergessen. Beide Dinge gehören zu dem Dekorativen, mit dem man heute den Mangel an geistiger Substanz im kirchlichen Leben zu ersetzen bemüht ist. Das kleine silberne Kreuz für die Superintendenten wurde mit geringer Mehrheit ... abgelehnt. Der Bischof ... nach einer sehr belanglosen und gedankenarmen Debatte ... angenommen."

Wenn ein Mann, der selber einer kirchlichen Verwaltungsbehörde angehört, mit solchen Worten seinen Eindrücken über die gegenwärtige kirchliche Entwicklung Luft macht, dann hat man allen Grund, mit der größten Besorgnis und mit schwerster Bedrängnis in die Zukunft zu schauen." (Hamburgischer Correspondent vom 10. November 1925.)

Eine weitere Erwiderung von Pastor Lic. Leese hat folgenden Wortlaut:

„Noch einmal: ‚Der Bischof‘. Offener Brief an den Präsidenten der Synode, Herrn Hauptpastor D. Horn.

Sehr geehrter Herr Präsident!

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, wie notwendig es war, in der Öffentlichkeit das Wort zur Bischofsfrage zu nehmen, so hat ihre Entgegnung ... diesen Beweis in vollem Maße erbracht.

Durch Ihre Bezugnahme auf eine ‚Vormittagsberatung der Geistlichen über die Bischofsfrage‘ und dadurch, daß Sie mir Mangel an Kenntnis, Sorgfalt, Würde und Gewissenhaftigkeit vorwerfen, zwingen Sie mich leider, Dinge zu berühren, die ich in dem von Ihnen angegriffenen Artikel mit voller Absicht nicht erwähnt hatte.

Zunächst die Vormittagsberatung. Sie war einem Beschluß der geistlichen Körperschaft des Ministeriums vom 14. September 1925 gemäß formal nicht zulässig und erweckte schon dadurch in mir den peinlichen Eindruck einer sich überstürzenden und überstürzenden Entwicklung. Es ist durchaus zutreffend, daß Sie die Erklärung abgaben, die Sie mir entgegenhalten. Ich habe aber niemals den guten Glauben dieser Erklärung verdächtigt, weder damals, noch in dem von Ihnen beanstandeten Artikel, noch jetzt. Mein Artikel war fertig in meiner Aktenmappe. Ich ging damit von jener Beratung direkt zur Redaktion. Ich fand keinen Grund, etwas zu ändern. Denn was ich zu sagen hatte, wurde von Ihrer Erklärung überhaupt nicht berührt.

Sie machen mir nun den Vorwurf, daß ich das, was Sie in jener Erklärung namens der übrigen Hauptpastoren ausdrücklich ablehnten (nämlich die Inaugurierung einer ‚Konsistorialverfassung‘):

‚nicht als eine denkbare Gefahr der Zukunft nur, sondern, das ist das Unglaubliche, als Absicht und Gelüste der Gegenwart vom Präsidenten ab bis zu den Hauptpastoren‘

zur Irreführung der Öffentlichkeit hingestellt habe. Sie sehen darin angesichts Ihrer und sonstiger Erklärungen ein ‚Rätsel‘. Ich bin mit Ihnen darin einig, daß, wenn Ihre Voraussetzung zuträfe, eine solche Kampfweise in höchstem Grade bedenklich wäre. Aber, was Sie mir unterstellen, habe ich weder gesagt noch gemeint. Mein Artikel ... ist die Lösung des ‚Rätsels‘, die Sie von mir verlangen. Ich brauche das dort Gesagte nicht zu wiederholen. Ich bemerke nur, daß der Aufsatz, auf den ich mich beziehe, bei der Redaktion war, ehe ich von Ihrer ‚Entgegnung‘ eine Ahnung hatte, und auch, nachdem ich diese gelesen, unverändert geblieben ist. Ich sage aber in diesem Artikel nichts anderes, als was ich bereits in dem ersten, nur in anderer Form, schon deutlich genug gesagt hatte: ‚Bischof‘ und ‚Oberkirchenrat‘ sind Titel und Ämter, die, belastet mit dem Schwergewicht einer mächtigen historischen Tradition, Tatsachen und psychische Dispositionen schaffen, völlig unabhängig davon, welche persönliche Meinung und Auffassung ihre jetzigen Urheber und Befürworter damit verbinden. Um die tatsächliche Entwicklung, deren rasendes Tempo viele überraschte, handelt es sich, nicht um noch so gut und ehrlich gemeinte Erklärungen bzw. Absichten. Auf die drohenden Gefahren dieser Entwicklung wollte ich hinweisen, damit ihr Einhalt geschehe. Hatte ich dazu ein Recht?

Sie werfen mir Unkenntnis darüber vor, daß die Lawine der sich um ‚Bischof‘ und ‚Oberkirchenrat‘ ballenden Bestrebungen gar nicht von den Hauptpastoren ins Rollen gebracht worden sei. Der ‚Anstoß‘ oder die ‚Anregung‘ hierzu sei ganz woanders zu suchen. Wo habe ich das gesagt, darüber Sie mich der Unkenntnis zeihen? Nirgends. Denn auch mir ist wohl bekannt, daß keineswegs nur Hauptpastoren jene Bestrebungen fördern. Aber sage ich zuviel, wenn ich jetzt notgedrungen erkläre: mögen die Hauptpastoren auch nicht die ‚Anreger‘ oder ‚Urheber‘ gewesen sein, so sind sie doch die stärksten und zähesten Verfechter der erwähnten Titel geworden.

Sie sagen ferner, das Amt des Bischofs sei schon da, es fehle nur noch ‚die zutreffende Form‘, d. h. der entsprechende Titel. Eben dieser Auffassung gilt mein Kampf. Die Selbstverständlichkeit, mit der Sie dieselbe vortragen, zeigt gerade, wie notwendig und berechtigt meine Warnung war. Ist nun der Titel ‚Oberkirchenrat‘ auch nur die zutreffende Form für ein bereits bestehendes Amt? Ich denke sehr hoch von der eigenartigen Stellung eines ham-

burgischen Hauptpastors ... Aber ist es ein Irrtum, daß Hauptpastoren und Pastoren Kollegen sind und von jeher waren? Der Titel ‚Oberkirchenrat‘ bezeichnet demgegenüber einen Vorgesetzten und eine kirchenregimentliche Stellung. Und diese im Fluß befindliche Entwicklung ..., die die Hauptpastoren zu dem machen könnte, was sie bisher noch nicht sind, nämlich zu kirchenregimentlichen Persönlichkeiten, ist die Ursache, weshalb, wie Sie sagen, ‚das Gespenst einer Hauptpastoren-Herrschaft‘ umgeht und eine Atmosphäre der Verbitterung und des Mißtrauens entstanden ist, unter der die Hamburgische Kirche nur leiden kann.

Sie sagen am Eingang Ihrer Entgegnung ..., daß Sie nicht zu den ‚humorlosen ägyptischen Oberpriestern‘ gehören, die keinen ‚Scherz‘ verstünden. Wahrhaftig, es war mir weder um Humor, noch Scherz zu tun, sondern um eine für die Zukunft der hamburgischen Kirche ungemein ernste und verhängnissschwere Angelegenheit. Noch mehr, Herr Präsident, ich sage auch dieses notgedrungen. Mein Artikel, auf den Sie entgegnen, ist die Folge einer seit längerem andauernden Provokation, worüber es, wie Sie wissen, schon mehrfach zu sehr erregten Auftritten gekommen ist. Meine Flucht in die Öffentlichkeit war eine ultima ratio. Ich kann die Spalten, die mir die Redaktion freudlichst zur Verfügung stellt, mit diesen und anderen Dingen, zu deren Kritik Ihre Entgegnung herausfordert, nicht stärker belasten, als es schon geschehen. Aber ich bin jederzeit bereit, meinen Vorwurf der Provokation ausführlich zu begründen, wenn es überhaupt nötig sein sollte.

Ich habe meinen Artikel nicht geschrieben, Herr Präsident, um die Synode zu ‚beraten‘. Sie hat bedeutend gewichtigere Berater als mich, ich gebe Ihnen das gerne zu. Ich bin ja auch selbst nicht Mitglied der Synode. Deshalb braucht aber noch nicht der Notruf (denn um einen solchen handelt es sich) eines ganz einfachen Pastors ungehört zu verhallen.

Sie zeihen mich, Herr Präsident, des Mangels an Kenntnis, Sorgfalt, Würde und Gewissenhaftigkeit. Eine sehr prominente Persönlichkeit, die fast ein halbes Jahrhundert die Geschicke der hamburgischen Kirche miterlebt und jahrelang mitgeleitet hat und um die Eigenart derselben genauestens weiß, hat meine Ausführungen nicht beanstandet. Wer hat nun recht?

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
ergebenst

Lic. Kurt Leese, Pastor zu St. Georg.“

(Hamburgischer Correspondent vom 11. November 1925.)

Eine weitere Stimme:

„Wider den Bischof in Hamburg.

Sehr geehrte Redaktion!

Die unter dieser Überschrift ... erschienenen Aufsätze ... verdienen die Aufmerksamkeit weitester Kreise der evangelischen Bevölkerung Hamburgs, denn sie sind ein Weck- und Mahnruf, der nicht ungehört verhallen darf. Was bisher über diese Angelegenheit in die Öffentlichkeit gelangt ist, läßt nicht unbedingt auf die Quelle schließen, der der Plan zur Einführung der Bischofswürde in der evangelischen Kirche Hamburgs entspringen ist. M. E. wird es nicht so sehr auf Titel und Amt ankommen als darauf, was sich hinter jener Bestrebung verbirgt, also darauf, welche Persönlichkeit es ist, der man die Würde und die Macht eines Bischofs zugeordnet hat.

Mit einer bewunderungswürdigen Zähigkeit haben es die positiv gerichteten Kreise Hamburgs fertiggebracht, überall ihren Einfluß zu stärken. Man hat es verstanden, liberal gerichtete und zur Volkskirche neigende Männer unter Umgehung der Wahl im Herbst 1924 aus den Kirchenvorständen herauszudrängen. Man geht auch wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß der Entwurf eines Reichsschulgesetzes im wesentlichen von positiver Seite beeinflußt wurde. Und so strebt diese Richtung zur Macht und sie würde ihr Werk gekrönt sehen, wenn einer ihrer Kandidaten mit der Würde eines Bischofs bekleidet werden sollte. Was das für Hamburg bedeuten würde, wo die liberale kirchliche Richtung vorherrschend ist — die Ursache der Gleichgültigkeit dieser Kreise braucht hier nicht erörtert zu werden —, wird sich im Falle mit erschreckender Deutlichkeit zeigen. Der traurige Kampf der beiden kirchlichen Richtungen, der letzthin mehr im Stillen geführt wurde, würde auf der ganzen Linie offen entbrennen und das würde der evangelischen Bevölkerung Hamburgs den letzten

Rest von Interesse für die hamburgische Landeskirche zerstören. Ist es nicht gerade dieser unwürdige Kampf der Richtungen gewesen, durch den sich die Kirche ihren Einfluß auf das öffentliche Leben verscherzt hat?

In der Kirchenkonferenz von Stockholm hat die Kirche ihre Schuld an diesem Zustand offen bekannt, sie hat aber leider nicht den Mut gehabt, die wahren, tiefer liegenden Gründe dafür anzugeben. Will die Kirche ihrer hohen Aufgabe, die ihr niemand bestreitet, gerecht werden, so ist der Weg über den Bischof wenigstens hier in Hamburg nicht der rechte. Innerer Friede und Ausgleich der Gegensätze allein sind es, die der Kirche aufs neue die Kraft verleihen können, ihr Ansehen nach außen hin wiederherzustellen. Von Äußerlichkeiten, zu denen auch die Ernennung eines Bischofs gehören würde, ist das Heil für die Kirche nicht zu erwarten.

(Hamburg. Correspondent v. 13. November 1925.)

Hauptpastor D. Horn erwiderte:

„Zur Bischofsfrage.

Trotz meiner Abneigung gegen Zeitungskämpfe bin ich es der Sache schuldig, auf den „Offenen Brief“ des Herrn Lic. Leese an mich ... kurz Folgendes zu antworten.

1. Herr Lic. Leese überwindet sich leider nicht, die verletzenden Urteile zu bedauern, die sein Artikel ... enthält und die Entrüstung weiter Kreise hervorgerufen haben.

2. Herr Lic. Leese hat in demselben Artikel tatsächlich für jeden, der denkend lesen kann, die mit allen Einrichtungen der hamburgischen Kirche unzufriedenen Hauptpastoren als die eigentlichen Urheber und Dränger in der Amtsbezeichnungsfrage hingestellt. Ihr Ziel: „Damit kann man dann 100 Pastoren regieren und steht, weil man auch außerhalb repräsentieren kann, auf der Höhe der Zeit.“ Das ist also der Doppelvorwurf der Herrsch- und der Titelsucht.

3. Daß die Dinge oft anders sich entwickeln, als ihre Urheber gedacht und gewollt haben, ist natürlich klar und wohl bewußt. Aber wir können weder die Einsicht und den evangelisch kirchlichen Sinn fast aller anderen deutschen Landeskirchen, noch die Einsicht und Widerstandskraft der Hamburgischen Synode so gering einschätzen, daß sie einen hierarchischen Mißbrauch der Namen Bischof usw. dulden würden.

4. Inwiefern Herrn Lic. Leeses Flucht in die Öffentlichkeit eine ultima ratio, und zwar die Folge einer „seit längerem andauernden Provoizierung“ sein soll, ist mir unbekannt. Das „letzte Hilfsmittel“ einer Flucht in die Öffentlichkeit pflegt man erst zu ergreifen, wenn alle Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Beteiligten erschöpft sind. Soweit ich nun in Betracht kommen sollte, so kann ich nur sagen: bis heute ist kein Wort, keine Beschwerde, kein Wunsch wegen Verhandlungen über etwaige Unstimmigkeiten an mich gelangt. Und dann, als lägen unheilbare Zwiste vor, die letzte Rettung durch die Flucht in die Öffentlichkeit!

5. Es scheint ja nun irgend etwas vorzuliegen. Jeder, den es angeht, ist gewiß aufrichtig bereit, es zu hören und, so gut sein Gewissen es ihm gebietet, auf sich wirken zu lassen. Aber, dies gern zugestanden — Herr Lic. Leese wird dem wohl zustimmen, daß das nun wirklich nicht in eine Zeitung gehört. Denn schon sein Hineinwerfen einer in sich selbst noch völlig ungeklärten, mitten in Erörterungen stehenden Frage in eine Zeitung mit ihrem meist völlig uneingeweihten Leserkreis hat dem Ansehen der Kirche wahrlich nicht gedient.

6. Oder bestand auch hier eine unmittelbare Gefahr? Wir Hauptpastoren sind durch diese Veröffentlichung in das falsche Licht geraten, als hätten wir gerade jetzt einen Vorstoß in Sachen der Amtsbezeichnungen vorgehabt. Dabei hatte und hat wahrlich keiner von uns Lust, eine Amtsbezeichnung zu tragen, der ein erhebliches Mißtrauen in den in Betracht kommenden Kreisen begegnet wäre. In dieser Hinsicht wollten wir in vertraulichen Vorbesprechungen verschiedener Art die Stimmung prüfen und danach erst entscheiden, ob wir überhaupt wünschen sollten, offiziell an die Frage heranzutreten oder nicht. Ohne unser Zutun und Wissen ist die Sache von anderer Seite plötzlich und zwar, wie Herr Lic. Leese mit Recht sagt, überhastet und überstürzt an die Bezirksversammlungen der gesamten Geistlichkeit und durch Herrn Lic. Leese in die Zeitung gebracht. Dadurch war uns die Freiheit des Handelns genommen. Es sei also hierdurch festgestellt,

daß ein etwaiges Scheitern des jetzt begonnenen Vorstoßes kein Scheitern eines Hauptpastorenvorstoßes wäre.“ (Hamburg. Correspondent vom 18. November 1925.)

Ein abschließender Bericht:

„... das geistliche Ministerium, d. h. die Gesamtheit der Geistlichen der Evangelischen Landeskirche Hamburgs, hat kürzlich die Frage, ob Hamburg einen evangelischen Bischof bekommen soll oder nicht, in den Kreis seiner Beratungen gezogen. Diese Verhandlungen sind nicht öffentlich gewesen. Da aber ein Geistlicher die Angelegenheit auch in der Öffentlichkeit erörterte, so mögen die nachstehenden Darlegungen darüber unterrichten, wie es in den kirchlichen Kreisen Hamburgs zum Aufwerfen dieser Frage gekommen ist und wie es augenblicklich um sie steht ... Die Änderung der Amtsbezeichnungen wäre also zunächst eine Äußerlichkeit, die wegen des Verkehrs mit den anderen Landeskirchen erforderlich ist. Äußerlichkeiten sind eben nicht zu vermeiden, wie D. von Schinckel in der Synode erklärte, als über ein silbernes Kreuz als Amtszeichen für den Senior beraten wurde. Mit diesem Kreuz und mit den Präsidenten hat man den Anfang gemacht; die anderen Titel werden auch kommen, da sie nicht nur eine Äußerlichkeit, sondern auch eine innere Notwendigkeit sind, um dem Inhalt des Amtes die allein richtige Kennzeichnung zu geben. Einen neuen Antrag in dieser Richtung wird der Kirchenrat aber sicher erst dann wieder stellen, wenn sich die Meinungen durch ruhige und sachliche Erörterungen soweit geklärt haben, daß er auf Annahme durch die Synode rechnen kann. Vorläufig ist es noch nicht soweit.“

Aus einer Erklärung des späteren hamburgischen Landesbischofs D. Schöffel in einem Dankwort an Senior D. Horn:

„Ich muß und darf in dieser Stunde Ihnen den Dank für alles aussprechen, was Sie in Ihren hohen Ämtern als Hauptpastor, als Präsident der Synode und Senior für unsere Kirche geleistet haben. Von Ihnen so das Kreuz zu empfangen, ist eine successio, die mir besonders wertvoll ist ...“ (Hamburgische Kirchenzeitung, 1933, S. 54.)

2. Lübeck

Der Verzicht des Senates auf seine bisherigen Rechte findet sich in der Praeambel zur neuen Landeskirchenverfassung vom 17. Dezember 1921:

„Der Senat, als Inhaber des Kirchenregimentes, erläßt hiermit die nachstehende, vom Kirchenrat und der außerordentlichen Synode beschlossene neue Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staate und das in gleicher Weise beschlossene Kirchliche Wahlgesetz und verkündet sie als Kirchengesetze. Sie treten am 1. Januar 1922 in Kraft.“

Durch die neue Regelung, welche damit die kirchlichen Verhältnisse Lübecks, den Bestimmungen des Artikels 137 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 entsprechend, erfahren, geht die Kirchengewalt in vollem Umfange auf die Kirche selbst über. Der Senat, in dessen Händen seit der Reformation, und somit seit fast 400 Jahren, das Kirchenregiment ruhte, hat für die Folgezeit auf dieses Recht verzichtet. Er vertraut darauf, daß die evangelisch-lutherische Kirche im Lübeckischen Staate in vollem Bewußtsein der übernommenen Verantwortung und getreu ihrem im Artikel 1 der neuen Verfassung ausgesprochenen Bekenntnisse das hohe geistige Gut, dessen Pflege in der Ausübung der Kirchengewalt eingeschlossen und nunmehr ihr überlassen ist, allezeit zum Segen der Allgemeinheit wie der Einzelnen wahren wird.

Die deutschen evangelischen Landeskirchen stehen im Begriff, sich zu einem Deutschen Evangelischen Kirchenbunde zusammenzuschließen. Möge die Lübeckische Landeskirche sich stets als ein würdiges Glied dieses Bundes erweisen!

Lübeck, den 17. Dezember 1921. (gez.) Dr. Pleßing.“

Besitzt der Lübeckische Senior bischöfliche Funktionen? Seine Haupttätigkeit ist geistlicher Art; er wird als Geistlicher in Anspruch genommen. Im Kirchenrat hat er nur eine Stimme unter insgesamt neun Mitgliedern. Er ist gewählter Vertrauensmann der Lübeckischen Geistlichkeit, mit der er zusammen im ehrwürdigen Ministerium berät. Die eigentliche Leitung der Landeskirche hat er nicht inne. Gegenüber seinem hamburgischen Kollegen hat der Senior von Lübeck geringere Verfassungsrechte. Der hamburgische Senior hat u. a. stärkeren Einfluß auf die Synode, der er selbst angehört, er tritt dort durch seine leitende Stellung im Kollegium der Hauptpastoren deutlicher hervor.

„... Die Geistlichkeit schloß sich wie in Hamburg zum Ministerium zusammen, dieses konnte sich aber eine größere Selbständigkeit erhalten. Es leitete unter der Aufsicht des Rates die inneren kirchlichen Angelegenheiten. Die durch die Bugenhagensche Ordnung auch hier eingeführte Superintendentur bestand bis 1746; seitdem wählte das Ministerium seinen Senior aus seiner Mitte, und der Senat bestätigte ihn. Außerdem bestand ein Senatsausschuß für kirchliche Angelegenheiten, an dessen Sitzungen bis zur Einverleibung Lübecks in das französische Kaiserreich 1810 auch Mitglieder des Ministeriums teilnahmen. Die Verwaltung der 4 Kirchspiele lag in den Händen je eines der vier Bürgermeister als Obervorsteher, dem ein Delegierter des Senats und zwei Bürger als Vorsteher beigeordnet waren. Außer diesem Kollegium bestand noch das der 9 Diakonen für die Armenpflege. Bei der Predigerwahl waren die Geistlichen Mitglieder des Wahlkollegiums.

Auch in Lübeck, und zwar stärker als in Hamburg, macht sich ein konservativer Zug bemerkbar. Das Laienelement ist durch die Obrigkeit und den Klerus von der Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten zurückgedrängt ...

Ein Vergleich der Kirchenverfassungen der drei Städte ergibt, daß allein in Hamburg die Bürgerschaft am Kirchenregiment teilhatte; weiter, daß zwar die diakonale Organisation der Armenpflege ein reformatorisches Erbe aller drei Städte war, die aber in Hamburg die weiteste Ausbildung erfahren hat und nur hier in ihrer gesamtstädtischen Zusammenfassung zur bleibenden politischen Organisation der Bürgerschaft wurde. Trotz mancher Übereinstimmung nahm das Verhältnis von Kirche und Staat in jeder der drei Städte eine besondere eigenartige Entwicklung. In Lübeck schränkte ein überaus aristokratisches Ratsregiment die Rechte der Geistlichkeit am wenigsten ein. In Hamburg war es gerade die enge Verbindung der kirchlichen und politischen Organe, die das Laienelement in der Kirche betonen und ihr jede Selbständigkeit gegenüber dem Stadtregiment nahm, während in Bremen das Kirchenregiment des Rates am wenigsten Beschränkungen unterworfen war und gesamtkirchliche Organe nicht neben sich duldeten, wodurch die schon früh einsetzende Sonderentwicklung der Einzelgemeinden gefördert wurde ...

(Bergemann, Hans-Georg: Die Entwicklung des Verhältnisses der ev.-luth. Kirche zum Staate in Hamburg während des 19. Jahrhunderts, 1956, S. 29 f.)

V. Mecklenburg

1. Mecklenburg-Schwerin

„... Nach einem ersten Augenblick des Überwältigtseins und der Ratlosigkeit sammelten sich die, welche mit Ernst Christen sein wollten, und Mecklenburg blieb darin nicht zurück, obgleich es infolge der völlig fehlenden Organisation der Gemeinden und der Rückständigkeit seiner Kirchenverfassung ungerüsteter als alle anderen für das Kommende war ...

Die Vorbereitung einer verfassungsgebenden Landessynode kam nur langsam und unter großen Schwierigkeiten vorwärts. Am 15. Mai 1919 erließ der Oberkirchenrat eine Wahlordnung, aber auf eine Interpellation des Warenschen Gymnasialdirektors Wilbrandt erklärte die Regierung, sie werde eine auf dieser Grundlage zustandgekommene Synode nicht anerkennen. Nun zog der Oberkirchenrat die Verordnung zurück, der Landtag aber unterstellte durch einen Beschluß vom 18. Juni die vorläufigen Kirchenbehörden dem Staatsministerium, indem er von der Voraussetzung ausging, daß die kirchlichen Befugnisse des ehemaligen Landesherrn bis zu einer reichsgesetzlichen Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche auf die Regierung übergegangen seien. Der Oberkirchenrat protestierte, natürlich vergebens ... Die Verhandlungen zwischen Oberkirchenrat und Regierung drohten, trotz der kirchenfreundlichen Gesinnung des Kultusministers Reincke-Bloch, immer wieder zu scheitern, weil der in der Wurzel konservativ monarchische Oberkirchenratspräsident Giese es innerlich nicht fertig brachte, mit der republikanischen Regierung zu verhandeln, ohne seine protestierende Haltung zum Ausdruck zu bringen, und auf der anderen Seite auch von seiner autoritativen Stellung aus den Weg zum Kirchenvolk nicht finden konnte, um an seiner Spitze den kirchenfeindlichen Tendenzen Widerstand zu leisten ...“ (Schmaltz, Karl: Kirchengeschichte Mecklenburgs, 3. Bd., 1952, S. 478 f.)

Aus dem Mecklenburgischen Kirchen- und Zeitblatt, 49. Jahrgang, 1921:

„16. April ... 1. Lesung des Verfassungsentwurfes ... P. D. Schmaltz, Schwerin ... Die vorgeschlagenen Kreissynoden seien unpraktisch, weil zu groß. Auch sei die Stellung der Superintendenten nicht klar umrissen. Sie müßten von Verwaltungsgeschäften entlastet werden, damit das Seelsorgerliche mehr in den Vordergrund trete. Der Entwurf konstituiere eine erbliche Monarchie des Oberkirchenrats. Die Spitze der Kirche müsse eine geistliche sein ... Konsistorialrat Hilbert-Rostock bemerkt, daß im Entwurf die Verwaltungsseite zu sehr in den Vordergrund gerückt sei. An der Spitze der Kirche müsse ein Theologe stehen, damit der geistliche Charakter mehr zum Ausdruck komme ... P. Rugenstein-Ludwigslust ...: Die Spitze der Kirche muß eine geistliche sein ...“ (a. a. O., S. 198 f.)

„18. April ... Die Mitglieder des Oberkirchenrats Haack und Giese ... nahmen zu den angeschnittenen Fragen Stellung ...: Wenn sich die Begründung zum Gesetzentwurf gegen das Bischofsamt wendet, so tut sie es, weil dieser Titel keine Wurzel mehr im Volksempfinden hat. Auch wird er nicht nur zum Vergleich mit dem katholischen Bischofstitel herausfordern, sondern es wird auch schwer sein, dem Landesbischof Funktionen zu übertragen. Es darf in der Verfassung keine Festlegung dahin erfolgen, daß der Vorsitzende der obersten Kirchenbehörde ein Geistlicher sein solle. Auch den Juristen muß die Möglichkeit gegeben werden, diesen Posten einzunehmen. Aus der Synode heraus wurde gerade von juristischer Seite der entgegengesetzte Standpunkt in dieser letzten Frage vertreten: Wenn auch kein theologischer Landesbischof verlangt wurde, so müßte doch der Oberkirchenrat eine theologische und keine juristische Spitze haben. In den Stürmen, denen die Kirche entgegengieht, muß sie eine führende Persönlichkeit im Talar und mit der Bibel in der Hand an sturmwüthiger Stelle stehen haben. Im allgemeinen sprachen sich die Redner dieses Tages für die Einrichtung des Landesbischofs aus, wenn auch Funktionen und Kompetenzen dieser obersten Spitze der Landeskirche, besonders in ihrer Abgrenzung gegen die übrigen Instanzen, noch nicht klar heraustreten. Nur darüber herrschte Übereinstimmung, daß ein solcher aus dem Pfarrerstande stammende Bischof, der am besten spüre, was den Gemeinden nötig sei, von Verwaltungsgeschäften befreit, den Gemeinden ein Führer und den Pastoren ein Seelsorger sein müsse ... Ein Abgeordneter fordert: ... Superintendenten sollen Kreispropste heißen und ihre Tätigkeit mehr auf das geistliche Gebiet lenken. Die theologische Spitze möge Landespropst heißen ... 18. April ... An diesem Tage erheben sich mehrere Stimmen gegen den Landesbischof. Die Superintendenten üben die Funktionen des Landesbischofs aus. Sie können das besser als ein Landesbischof, da ihre Sprengel kleiner und übersichtlicher sind. Andere treten dagegen wiederum für den Landesbischof ein ...“ (a. a. O., S. 216 ff.)

„10. Mai 1921 ... Aus der Kommittendarbeit, die nun abgeschlossen ist ..., folgende Ergebnisse: Mit großer Mehrheit hat sich der Hauptausschuß für den Landesbischof entschieden, dem vor allem oberhirtliche Befugnisse übertragen werden sollen, der daneben aber zugleich auch Vorsitzender des Oberkirchenrats sein soll ... Doch sind Übergangsbestimmungen getroffen worden, durch welche die Befugnisse des von der 1. ordentlichen Landessynode gewählten Landesbischofs bis zur Erledigung des augenblicklichen Präsidentenpostens auf die oberhirtlichen Befugnisse beschränkt werden ...“ (a. a. O., S. 228.)

„... In der Synode überwog ... die Auffassung, daß ein Geistlicher an die Spitze der Kirche gehöre. Bei der Abstimmung wurden 28 Stimmen für und 13 Stimmen gegen den Bischof abgegeben, während 8 Mitglieder sich der Stimme enthielten ...“ (a. a. O., S. 449.)

„... Am 15. April 1921 konnte die Landessynode mit einer Predigt des Oberkirchenrates Haack eröffnet werden. Sie bestand aus 18 Geistlichen und 36 Laien, und auch hier zeigte es sich, daß es im Lande kirchliche Parteien, wie in den anderen Landeskirchen, noch nicht gab. Freilich, der sehr konservativ, autoritäre Verfassungsentwurf des Oberkirchenrates erfuhr sofort in der 1. allgemeinen Aussprache lebhaft Kritik. Schon in ihr wurde die Losung ausgegeben: ein Geistlicher an die Spitze der Landeskirche und los von dem juristischen Bürokratismus! Die Synode teilte sich dann in fünf Ausschüsse, denen die einzelnen Teile des Entwurfs zur Bearbeitung über-

wiesen wurden. Nach 14tägiger Arbeit konnten sie das Ergebnis der Vollversammlung vorlegen. Am 12. Mai wurde die neue Verfassung einstimmig angenommen. Sie stellte in der Tat einen Geistlichen als Landesbischof an die Spitze der Landeskirche ... Indes beließ man den Vorsitz im Oberkirchenrat einstweilen dem bisherigen Präsidenten Giese und bestimmte, daß er erst nach dessen Ausscheiden aus dem Amte an den Landesbischof fallen solle. Er starb bereits 1923 ... (Schmaltz, Kirchengeschichte Mecklenburgs, III, S. 483.)

„... Die Initiative zur Begründung eines Bischofsamtes ging von Pastor D. Schmaltz aus. Bereits am 2. Verhandlungstag (16. 4. 1921) erklärte er als erster folgendes: ‚Die geistliche Spitze ist dringend erwünscht und entspricht auch der Tendenz der Entwicklung in der Gegenwart. Das gleiche Oberhaupt soll durch die Synode gewählt werden; die Spitze soll, soweit möglich, von Verwaltung befreit werden, um sich der geistlichen Leitung widmen zu können.‘ — Auch die Abgeordneten Professor D. Hilbert (Konsistorialrat) und Pastor Rugenstein erklärten, daß an die Spitze der Kirche ein Theologe gehöre. Diese Ansicht drang entgegen den Einwänden des Oberkirchenratspräsidenten D. Giese, des Oberkirchenrats D. Haack und des Synodalen Landdrost Fensch schließlich durch. Letzterer wollte zwar eine theologische Spitze, aber die Bezeichnung Landesbischof durch Landespropst ersetzen. — 2. und 3. Verhandlungstag (Vormittagssitzung), 16. und 18. 4. 1921. Die von Seiten Gieses und Haacks gegen die Darlegungen von Schmaltz gemachten, etwas sophistisch anmutenden Einwände, daß die Kirche auch von Nichttheologen geistlich geleitet sei bzw. geleitet werden könne, konnte der Synodale Professor Dr. Büchsel mit folgenden treffenden Worten widerlegen: ‚An die Spitze der Kirche ist ein aus dem Pfarramte Hervorgegangener zu berufen. Auf den Titel kommt es nicht an. Ein aus dem Pfarramt Hervorgegangener ist deshalb zum Leiter der Kirche mehr geeignet als ein Jurist, weil er das Leben der tätigen Gemeinde aus eigener Erfahrung kennt, durch dieses gebildet und in seinem Gesichtskreis und in seinem Charakter bestimmt ist, während der Jurist in der Regel nur aus den Akten und Bestimmungen das Gemeindeleben kennt ...‘ Von Bedeutung war es auch, daß ein Jurist, erster Staatsanwalt Schmaltz, die Ausführungen des Synodalen Büchsel unterstrich. Er erwartete viel von der anregenden und belebenden Wirkung des Kirchenoberhauptes. Auch meinte er, daß entgegen Haacks Ansicht, sich auch Juristen erster Güte finden würden, ‚wenn die Verwaltungsabteilung entsprechend selbständig gestellt wird ...‘ (Aus: Handakten des Pastors Koch zu Grabow, späteren Propsten zu Güstrow, emeritiert 1934, gestorben 1942.)

„... In der Nachmittagssitzung des 11. Mai wurde von Pastor D. Schmaltz der Antrag gestellt, statt ‚Präsident‘ ‚Vizepräsident‘ für den 2. Vorsitzenden einzusetzen. Der Antrag wurde aber abgelehnt. In der Vormittagssitzung des 12. Mai 1921 verlas der Oberkirchenratspräsident D. Giese ein Schreiben des Geh. Oberkirchenrats D. Haack, des Inhalts, daß dieser sich genötigt sehe, nach dem Verlauf der Synodalverhandlungen seinen Rücktritt in Aussicht zu stellen und seinen Sitz im Oberkirchenrat dem künftigen Landesbischof zu überlassen. Den Zeitpunkt seines Rücktritts behalte er sich vor. Es hänge mit davon ab, wann der von der ersten ordentlichen Synode zu wählende Landesbischof sein Amt antrete. Solange werde er seine Pflicht als Oberkirchenratsmitglied erfüllen. — Abgelehnt wurde ein Antrag des Synodalen von Oertzen, statt Superintenden: ‚Bischöfe‘ zu setzen ... Nun wurde namentlich darüber abgestimmt, ob der oberste Geistliche auch an der Spitze des Oberkirchenrats stehen solle. Mit ‚Ja‘ stimmten 34, mit ‚Nein‘ 20 Synodalen. — Nach der endgültigen Genehmigung der Kirchenverfassung am Nachmittag des 12. Mai 1921 ergriff der Präsident des Oberkirchenrats D. Giese das Wort: Er gab seiner Freude Ausdruck, daß das Verfassungsgesetz nunmehr beschlossen sei; er erklärte sich bereit, seine Kräfte auch ferner der Mecklenburgischen Landeskirche zu widmen und bat, ihm auch künftig Vertrauen zu schenken. ‚Verhehlen könne er nicht, daß sein Bedenken gegen zwei wesentliche Beschlüsse der Synode von Bestand geblieben seien: Die Verbindung der oberhirtlichen Tätigkeit des Landesbischofs mit der Leitung des Oberkirchenrates und die Einführung der Verhältniswahl mit gebundenen Listen. Durch jene Vereinbarung werde der Landesbischof zu sehr belastet. Die Verhältniswahl mit gebundenen Listen böte die Gefahr der

Bildung von Parteien.‘ (Nach Ermittlungen des Oberkirchenrats in Schwerin vom 25. April 1956.)

Erklärung von Pastor D. Schmaltz in der Synodalsitzung am 16. 4. 1921:

„... Die Kirche ist kein Rechtsinstitut, sondern ein geistliches, in dem Geist, Liebe und Freiheit herrschen. Das Recht hat nur dienende Bedeutung ... Von diesem Grundsatz aus sind alle Punkte der Verfassung zu beurteilen ...“

Aus den Lebenserinnerungen von Ernst Haack:

„... So brach der alte Zustand der Dinge zusammen. Das war das Ende des bisherigen monarchischen Systems in Deutschland, so unruhlich wie möglich. Ein förmlicher demokratischer Rausch ging nun durch die Länder Deutschlands, von dem auch Pastoren und kirchliche Kreise nicht frei blieben. Konnte doch ein sonst so scharfsinniger, klarer und für die Landeskirche in ihrer bisherigen Form eingetretener Kirchenregierungsman Mann öffentlich schreiben, daß künftig ein sozialdemokratischer Bischof nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liege. ‚Volkskirche, nicht Pastorenkirche!‘ hieß es. Herrschaft der Synoden, nicht des Kirchenregiments! Bei uns hielten die neu gebildeten Kirchengemeinderäte am 14. Juli 1919 eine große Versammlung in Bad Kleinen ab und wählten einen Zwölferausschuß als eine Art Aufsichtsrat für den Oberkirchenrat, da unsere Landeskirche bisher noch nicht synodal verfaßt war. Mit dem neuen Revolutionslandtag geriet der Oberkirchenrat gleich bei der Veröffentlichung der Wahlordnung für die Kirchengemeinderäte in Konflikt, bald darauf wegen der von jenem beabsichtigten Unterstellung des Oberkirchenrats unter das Staatsministerium, die jedoch an unserem energischen Protest scheiterte. Die Einrichtung einer Synode war bei der sofort von Staats wegen in Aussicht genommenen Trennung der Kirche vom Staat eine unabweisbare Notwendigkeit und wurde auch alsbald betrieben. Da entbrannte der Streit um Urwahlen oder Sieb- wahlen für die Mitglieder der Synode, um Majoritäts- oder Verhältniswahl mit gebundenen oder ungebundenen Listen. Die Siebwahl, d. h. die Wahl der Synodalen nicht durch die einzelnen Kirchenglieder, sondern durch die Kirchengemeinderäte fand wenig Widerspruch. Aber man begehrte die sozialdemokratische Erfindung der Verhältnis- oder Listenwahl für die Synodalen. Dieser habe ich mich von vornherein mit allen Kräften widersetzt, da sie das Parteiwesen in die Kirche hineinträgt (gegen 1. Kor. 1) und die Führerschaft der Parteigrößen stärkt, die den Wählern ihre Listen aufdrängen. Sie setzt Parteien voraus und schafft sie, wenn sie, wie bisher in unserer Landeskirche, noch nicht bestehen, bzw. verfestigt bloße Richtungen zu Parteien. Im Oberkirchenrat setzte ich auch für die Wahl zur verfassungsgebenden Landessynode die Majoritätswahl durch. Aber man verübte mir dies nicht wenig.

Es wurde mir sehr bald klar, daß meine Stunde geschlagen habe und die Neuordnung der Dinge für mich das Ende meiner amtlichen Wirksamkeit bedeuten werde. Meiner Familie und auch dem befreundeten Präsidenten gegenüber, der mich unter allen Umständen zum Bleiben bewegen wollte, ließ ich von vornherein keinen Zweifel darüber, daß ich meinen Abschied nehmen würde, wenn die verfassungsgebende Synode die Verhältniswahl annähme und dem Oberkirchenrat einen zu wählenden Landesbischof vorsetzte, der künftig neben den eigentlichen bischöflichen, geistlichen Funktionen auch an die Spitze der obersten Kirchenbehörde träte, auch wenn, was zu erwarten war, die bisherigen Oberkirchenratsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt würden. Beides geschah ... Am 17. März 1922 bereitete mir die Synode dann eine freundliche Abschiedsovation, auf die ich nicht gefaßt war und zu der ich telefonisch herbeigerufen wurde. Was ich aus dem Stegreif erwiderte, war die Eingebung des erregenden Augenblicks, die, weil unmittelbar aus dem Herzen kommend, oft am besten gelingt und der friedliche Ausklang der vorhergehenden Kämpfe war ... (Führungen und Erfahrungen, Lebenserinnerungen aus siebzig Jahren, 1925, S. 214 ff.)

„Die Einführung des Landesbischofs D. Dr. Behm, vorher Geh. Oberkirchenrat zu Schwerin, am 2. April 1922 im Dom zu Schwerin erfolgte durch den Konsistorialrat und Landessuperintendenten Behm, Parchim, der hiermit von dem Oberkirchenrat beauftragt war. Dem Konsistorialrat Behm wurde aufgegeben, über die erfolgte Einführung zu berichten. Aus dem am 11. April 1922 erstatteten Bericht geht folgendes hervor:

Zu dem Festgottesdienst waren sämtliche Mitglieder des Oberkirchenrates erschienen, auch die Minister für geistliche Angelegenheiten wie der Justiz waren anwesend, ebenso eine Reihe anderer Staatsbeamten. Von der Theologischen Fakultät war der Dekan Prof. D. Althaus entsendet. Vom oberen Kirchengenicht nahm der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Schmidt, teil. — Die Gemeinde hatte sich in erfreulicher Weise beteiligt. — Es assistierten sämtliche Landessuperintendenten und diejenigen Pastoren der Stadt, welche nicht durch eigenes Amtieren in ihren Gemeinden festgehalten wurden ... Nach dem vom Schloßkirchenchor gesungenen Introitus hielt der Domprediger, Oberkirchenrat Gösch, die Eingangsliturgie nebst den Lektionen. Das Glaubensbekenntnis wurde stehend von der ganzen Gemeinde gesprochen. Dann folgte der Gemeindegesang Nr. 195. Nach der von der Kanzel aus erfolgten Verlesung des ihm erteilten Kommissoriums hielt Konsistorialrat Behm eine Ansprache über Apostelgeschichte 20, 28 und 1. Timotheus 2, 8. Die Gemeinde sang hierauf Nr. 336 Vers 1, und am Altar folgte unter Assistenz sämtlicher Landessuperintendenten und der anwesenden Geistlichen die Einführung des Landesbischofs. Nach dem Gemeindegesang Nr. 385 Vers 6 hielt der Eingeführte eine Ansprache an die Gemeinde über Johannes 18, 36—37. Einer vom Schloßkirchenchor gesungenen Motette folgte die vom Landesbischof gehaltene Schlußliturgie."

Die Einführung des von der Landessynode am 30. Mai 1930 gewählten ordentlichen Professors der Theologie D. Rendtorff, Kiel, erfolgte am 1. Oktober 1930 durch den Oberkirchenrat D. Gösch, der hierzu den Auftrag vom Oberkirchenrat erhalten hatte ... Dem liturgischen Akt der Einführung selbst lag das übliche Formular für die Einführung eines Pastors zugrunde ...

2. Mecklenburg-Strelitz

"... In Mecklenburg-Strelitz gab das Konsistorium schon im Dezember 1918 ein Rundschreiben an die Landes-Geistlichkeit betr. der bevorstehenden Trennung von Kirche und Staat. Der Landessuperintendent hielt zu Anfang des Jahres 1919 in allen Städten bei überfüllten Kirchen Vortrag über die Lage und rief die Gemeinden auf zur kirchlichen Pflichterfüllung. Hier wurde vom Landtag und Ministerium die Kirche auch bald anerkannt als öffentlich rechtliche Korporation, mit dem Recht der selbständigen Verwaltung ihrer Angelegenheiten. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche sollte durch besonderes Gesetz bis April 1921 geschehen, auch die finanzielle Auseinandersetzung. Das Konsistorium hatte auch hier die baldige Berufung von Gemeindevertretungen angeordnet, einstweilen noch ohne bestimmte Wahlordnung, die aber bald gegeben wurde. Die Wahlen zum verfassunggebenden Kirchentag fanden am 13. Mai 1920 statt. Dieser ist Anfang Juni in Neustrelitz zusammengetreten. Der vorher schon von den Kirchengemeinderäten und Pastoren vorbereitete Verfassungsentwurf wurde im wesentlichen angenommen. Den weiteren Ausbau soll ein im Herbst 1920 zu berufender Kirchentag in die Wege leiten ..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 405 f.)

"... Der Kirche waren eine Reihe schwerwiegender Aufgaben gestellt. Das erste mußte sein, sich eine Verfassung zu geben. Zur Vorbereitung wurde im Jahre 1919 eine Gesamtsynode nach Neubrandenburg einberufen, und der verfassunggebende Kirchentag konnte am 20. Juni 1920 mit der Verfassung der evang.-luth. Kirche vor die Öffentlichkeit treten. Es war die zuerst veröffentlichte Verfassung einer evangelischen Landeskirche nach dem Umsturz. Kein Wunder, daß sie im Laufe der Jahre mehrfacher Überarbeitung bedurfte, so 1925, zuletzt 1929, doch ist sie in ihren Grundzügen dieselbe geblieben ..." (Krüger-Haye, Georg: Kirchengeschichte von Mecklenburg-Strelitz, 1701 bis 1934, 1941, S. 84.)

VI. Oldenburg

1. Landesteil Oldenburg

"Der Übergang der landesherrlichen Kirchenbefugnisse an den Oberkirchenrat erfolgte glatt und reibungslos. Nach der Abdankung des Großherzogs teilte der Oberkirchenrat dem Direktorium (vorläufige Staatsregierung) mit, daß das landesherrliche Kirchenregiment eine innerkirchliche Einrichtung sei, über die er zu verfügen gedenke. Der Staats-

regierung verbleibe selbstverständlich die Kirchenhoheit zur Wahrung der Rechte des Staats. Dem wurde nicht widersprochen. Das Direktorium sprach nur den Wunsch aus, von den innerkirchlichen Vorgängen in Kenntnis gesetzt zu werden. Schon am 10. Dezember 1918 wurde ein Gesetz erlassen bezüglich der erledigten landeskirchlichen Rechte, welches die Befugnisse des Großherzogs vorläufig auf den Oberkirchenrat und Synodalausschuß (5 Mitglieder) übertrug. Die auf Anfang Dezember 1918 berufene Landessynode wandte sich mit einer Kundgebung an die evangelische Bevölkerung des Landes, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß die christliche Religion mit keiner Staatsform unauflöslich verbunden sei, daß man Ursache habe, mit Dank der Verdienste des Landesfürsten um die Förderung des evangelischen Glaubens zu gedenken, daß nun die Zeit ernste Forderungen stelle an die Kirchentreue und freiwillige Mitarbeit aller Gemeindeglieder, damit die Kirche des Landes Volkskirche bleibe und immer mehr werde ... Ein Gemeindetag (3. Januar 1919), der von 6—700 Gemeindegliedern aus allen Teilen des Landes besucht war, nahm die „Richtlinien“ des Pfarrers Ibbcken-Rüstringen an: Berufung einer auf Grund des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen zu erwählenden Vertretung der Landeskirche, welche eine neue Verfassung geben soll ... Der zum Juni 1919 berufenen Landessynode legte der Oberkirchenrat ein Wahlgesetz vor für eine verfassunggebende Landeskirchenversammlung. Diese soll aus 26 weltlichen und 13 geistlichen Abgeordneten bestehen, die in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl gewählt werden. Wählbar und wahlberechtigt sind auch Frauen. Wahlalter: 25 Jahr ... Die Verhältniswahl wird abgelehnt, weil zu Parteibildungen auffordernd, während seither die verschiedenen kirchlichen Richtungen in friedlichem und harmonischem Zusammenarbeiten der Gesamtkirche gedient hätten ... Die Synode nahm nach lebhafter Debatte mit 22 gegen 11 Stimmen Urwahl und Frauenstimmrecht an; die Zahl der Abgeordneten wurde auf 28 weltliche und 14 geistliche festgesetzt ..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 409 f.)

"Die verfassunggebende Landeskirchenversammlung ... der evang.-luth. Kirche des Landesteils Oldenburg (altes Herzogtum) trat am 14. Sept. 1920 zu mehrwöchiger Beratung zusammen und gab unter dem 12. Nov. 1920 eine neue Verfassung ... Die Landessynode übt die Kirchengewalt aus ... Der Oberkirchenrat besorgt Regierung und Verwaltung der Landeskirche, besonders auch die Oberaufsicht über die Geistlichen. Er wird von der Landessynode gewählt. Ist der Präsident des Oberkirchenrats geistlichen Standes, so muß sein Stellvertreter weltlich sein und umgekehrt ..." (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 48. Jahrgang, 1921, S. 411.)

"Die für die Aufrichtung neuer Verfassungen wichtige Frage nach den Erben des fürstlichen Summepiskopats war am einfachsten in Oldenburg geregelt, wo der abdankende Großherzog seine oberbischöflichen Rechte an die Kirche und ihre Organe abgetreten hatte ..." (Meyer, Johannes: Kirchengeschichte Niedersachsens, 1939, S. 246.)

Der Neubau der Kirchenverfassung geht im Landesteil Oldenburg reibungslos vor sich. Der synodale Charakter bleibt gewahrt, nachdem hier das „Kirchenvolk“ durch seine gewählten Vertreter in der verfassunggebenden Landeskirchenversammlung die Kirchengewalt übernommen hat. Der Gedanke an eine episkopale Spitze spielt in den Synodalverhandlungen keine Rolle. Aus Ausführungen des Abg. Ahlhorn vor der Synode:

"... Nachdem der Großherzog vom Kirchenregiment zurückgetreten ist, soll dieses auf das Kirchenvolk selbst übergehen und ausgeübt werden durch eine von ihr gewählte Vertretung, der Landessynode, die also Inhaberin der Kirchengewalt wird und sie ausübt vermittelt des die Regierung und Verwaltung der Landeskirche übernehmenden Oberkirchenrates, den sie selbst bestellt. Als Kontrollorgan behält sie den Synodalausschuß, bleibt aber selbst höchste Kontrollinstanz. Damit ist — das darf gesagt werden — die Souveränität der Landessynode durchgeführt. Auch das Einspruchsrecht des Oberkirchenrates gegen die Beschlüsse der Landessynode wird dann unwirksam, wenn eine zweite Landessynode dem Einspruch nicht stattgibt ..." (Stenographische Berichte ..., Sp. 37.)

Die Verbindung des synodalen mit dem konsistorialen Element, wie es der besonderen Art und Tradition der Oldenburger entsprach, entschied von vornherein für einen

kollegialischen Oberkirchenrat, an dessen Spitze ein Präsident stehen solle. Die Synode hat sich lange mit der Frage beschäftigt, ob die Leitung der Kirche — durch den Oberkirchenrat — einem Theologen oder einem Verwaltungsbeamten (wie bisher) übertragen, und ob das Amt des Präsidenten haupt- oder nebenamtlich wahrgenommen werden solle (vgl. Stenograph. Berichte, Sp. 256 ff.). In der Aussprache setzt sich schließlich die Auffassung der Mehrheit der Abgeordneten durch, an die Spitze des Oberkirchenrates einen Präsidenten im Hauptamt zu stellen. Ob dieser ein Theologe oder Verwaltungsfachmann sein solle, bleibt offen (§ 101), die Entscheidungen des Oberkirchenrates, der kollegiale Behörde ist, geschehen nach Abstimmung, wobei bei Stimmengleichheit die Stimme des Präsidenten den Ausschlag gibt (§ 103). Zum neuen Präsidenten des Oberkirchenrates wurde der bisherige Oberkirchenrat Dr. Tilemann in der Sitzung vom 21. Oktober 1920 mit 25 von 39 abgegebenen Stimmen gewählt.

2. Landesteil Lübeck (Eutin)

„Gesetz- und Verordnungsblatt, 1920, I. Bd., 3. Stück, Nr. 14:

Bekanntmachung, betr. anderweitige Beordnung der Tätigkeit des Superintendenten. Eutin, 1920. April 29.

Mit Zustimmung der Landessynode wird der derzeitige Superintendent bis auf weiteres von seinem Gemeindepfarramt entbunden. Es verbleibt ihm die Pflicht, nach Art. 46 des Organisationsgesetzes an der Predigtstätigkeit der Eutiner Pfarrer teilzunehmen und das Recht auf den Vollzug von Amtshandlungen in der Gemeinde ...

„... Nr. 24. Gesetz betr. Verdeutschung des Wortes ‚Superintendent‘. Eutin, 1920, September 13.

Der Landeskirchentag verkündet mit Zustimmung des Synodalausschusses und nach erfolgter Genehmigung durch die Landessynode als Gesetz, was folgt:

Einziger Paragraph.

In sämtlichen Kirchengesetzen wird das Wort ‚Superintendent‘ durch das Wort ‚Landespropst‘ ersetzt.“

„In der Landeskirche des Landesteils Lübeck ist allerdings das Bischofsamt nicht erst durch die neue Verfassung geschaffen. Der eine Superintendent dieser Landeskirche hatte schon vor der Neuordnung ihrer Verfassung seiner Zuständigkeit nach eine bischöfliche Stellung, die mehr gewohnheitsrechtlich als durch Satzungen begründet war. An dieser hat auch die neue Verfassung nichts geändert, nachdem schon vor ihrem Erlaß dem Superintendenten durch Kirchengesetz vom 13. September 1920 der Titel ‚Landespropst‘ beigelegt war, um das Wort Superintendent zu verdeutschen und einen der selbständigen Bedeutung des Amtes mehr entsprechenden Titel zu haben ...“ (Schoen, Paul: Der deutsche evangelische Bischof ..., 1925, S. 404.)

Hat Haebler recht, wenn er den Landespropsten von Eutin zu den „Bischöfen ohne Bischofsmacht“ rechnet? Nur in gewissem Sinne, weil, trotz der erfolgten Einordnung in den Landeskirchenrat, der Gewaltenteilung mit dem Synodalausschuß und der Betonung des synodalen Elements (keine Urwahlen, sondern Wahl durch die Kirchenräte der Einzelgemeinden), dem Landespropsten Gewohnheitsrechte zustanden haben, die in der damaligen Landeskirchenverfassung selbst nur wenig Niederschlag gefunden haben. Die Amtsbefugnisse, die dem führenden Geistlichen der kleinen Landeskirche zustanden, sind nicht eigentlich in der neuen Nachkriegskirchenverfassung, sondern in herkömmlichen, der Kirchenordnung des Landes eigenen Bestimmungen zu suchen.

„... Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Übertragung der Kirchengewalt auf nur eine Behörde mangelhaft ist und sich nur durchführen läßt in den kleineren Kirchen, deren Verhältnisse übersichtlicher sind. Ob sich die Hilfsmittel der Korrektur von Entscheidungen der Kirchenregierungen durch den Synodalausschuß bewähren wird, muß dahingestellt bleiben; glücklich ist die Lösung keinesfalls, wenn über die Arbeit hauptamtlich tätiger Männer ein willkürlich zusammengesetzter Synodalausschuß zu Gericht sitzt. In diesem Falle ist die Lösung, einen erweiterten Landeskirchenrat zweitinstanzlich entscheiden zu lassen, m. E. weitaus besser. Am günstigsten ist jedenfalls die Stellung der Kirchenregierung, die keine Korrekturinstanz über sich hat, wie diejenige von Lübeck und Mecklenburg-Schwerin ...“ (Haebler, Die rechtliche Stellung des Kirchenregiments ..., 1925, S. 94 ff.)

Die kleine Landeskirche, ein Erbe des dynastischen Landeskirchentums, gab sich im Jahre 1922 eine eigene Verfassung und hielt sich von der Bildung einer gesamtthüringischen Kirche fern, bis sie im Jahre 1934 mit dieser endgültig verschmolzen wurde.

„Die beiden Reuß fehlten bei der Dezembertagung 1919. Anfang 1919 hatten sich die beiden Länder, ohne den politischen Zusammenschluß Gesamtthüringens abzuwarten, zu einem Volksstaat Reuß vereinigt. Die Kirchenregierung der jüngeren Linie glaubte deshalb zunächst ihr Verhältnis zur Landeskirche der älteren Linie ins Reine bringen zu müssen, ehe sie sich für den Anschluß an die Thüringer Kirche entschied. Das war erst im Herbst 1920 geklärt. Am 7. September erklärte die verfassungsgebende Synode in Gera den Beitritt, während die für Reuß ä. L. ihn am 29. September endgültig ablehnte. Dabei waren konfessionelle und theologische Gründe maßgebend. Man fürchtete, daß durch die Verbindung mit den konfessionell weniger engen Kirchen der ernestinischen Länder die unbedingte Geltung der lutherischen Bekenntnisschriften gefährdet werden oder gar hie und da ein Schüler der Jenaer Professoren in ein Pfarrhaus der Greizer Kirche einziehen könnte ... Greiz blieb ablehnend. Die lutherisch-konfessionelle Haltung ... hatte sich je länger je mehr verschärft. In der Verfassung spielten überall die lutherischen Bekenntnisschriften eine ausschlaggebende Rolle; die Pfarrer sollten bei der Einführung in unzweideutiger Weise auf Schrift und Bekenntnis verpflichtet werden; als anstellungsfähig werden nur solche betrachtet, die ‚fest‘ auf dem Bekenntnis standen. Der Kirchentag wurde nicht durch allgemeine Wahlen der Kirchenglieder, sondern durch die Mitglieder der Kirchenvorstände bestellt. Da es keine Verhältniswahlen gab, waren die Minderheiten praktisch ausgeschaltet ... Aber schließlich wurde das Zwerggebilde (es war die kleinste unter allen deutschen Kirchen ...) doch von seinem Schicksal erreicht. Auf staatlichen Wunsch hin beschloß der Kirchentag am 27. März 1934 seinen Anschluß an die Thüringer evang. Kirche, wobei dem neuen Oberpfarrbezirk, in dem die 20 Kirchspiele zusammengeschlossen blieben, die Wahrung seiner bisherigen kirchlichen Eigenart zugesichert wurde.“ (Herrmann, Rudolf: Thüringische Kirchengeschichte, Bd. II, 1947, S. 302 f.)

Aus einem Rundschreiben des Deutschen Evangelischen Kirchausschusses vom 18. April 1921, Nr. K. A. 507, an die zur Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz verbundenen Kirchenregierungen außerhalb Preußens:

„In Reuß haben beide Landeskirchen neue Kirchenverfassungen beschlossen. Die Verfassungsgesetze haben indes noch nicht in Vollzug gesetzt werden können, weil einstweilen noch der Staatsrat die Rechte der Kirchengewalt ausübt und das zur Trennung der Kirche vom Staat erforderliche staatliche Gesetz noch nicht erlassen ist. Für die Verfassung der Landeskirche von Reuß ä. L. hat der Staatsrat vielmehr die Genehmigung versagt mit der Begründung, daß die provisorische Synode, von der die Verfassung beschlossen ist, nicht nach den Grundsätzen der Urwahl und der Verhältniswahl gebildet sei, und die Einberufung einer neuen Synode gefordert. Das Konsistorium in Greiz hat gegen diese Stellungnahme des Staatsrats die Entscheidung des Reichsministeriums des Innern angerufen.“

„Der Landeskirche von Reuß älterer Linie, die den Anschluß an die Thüringer Gesamtkirche ablehnte, wurden für ihre Konsolidierung vom Staat beträchtliche und langdauernde Schwierigkeiten bereitet. Einer von der Landessynode entworfenen, schon Oktober 1919 vorgelegten Kirchenverfassung wurde von der Gebietsregierung die Genehmigung versagt, wie wir lesen wegen des Fehlens der Urwahl und Verhältniswahl. Sollte das zutreffen, so wäre zu bedauern, daß die Synode sich dabei beruhigt hat und nicht wie die Braunschweigische Synode, gestützt auf Art. 137 der Reichsverfassung, ihr Recht vor dem Reichsministerium und ev. Reichsgericht erstritt. Eine Beschwerde wurde zwar in Aussicht genommen, zugleich aber beschlossen, eine neue Wahlordnung zu beraten, die den staatlichen Einwänden Rechnung trug, um den kirchlichen Verfassungsbau nicht aufzuhalten, für den ausdrücklich Schutz vor staatlichen Eingriffen und volle kirchliche Freiheit dringend erbeten wurde. Nur so gelang es, durch das ‚Trennungsgesetz‘ vom Sept. 1921 ... vom Staat loszukommen (Reuß ältere und jüngere Linie waren ja staatlich verbunden). So trat die provisorische Synode zurück,

und es lag nun der im Januar 1922 gewählten neuen Synode ob, das von ihrer Vorgängerin vorbereitete Verfassungswerk endgültig zu gestalten. Die neue Kirchenversammlung brachte trotz erweiterten Wahlrechts eine Majorität der Rechten (11 vom „Bund der Bekenntnisfreunde“, die dem Anschluß an die Thüringer Gesamtkirche den an Sachsen oder eine andere Landeskirche vorziehen, zwei Freunde der freien Volkskirche — für den Thüringer Anschluß —, zwei Freunde des kirchlichen Fortschritts — Positive für den Thüringer Anschluß). Am 28. Febr. 1922 wurde die am 14. März vom Konsistorium veröffentlichte und am 18. März in Kraft getretene Verfassung verabschiedet ...“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 49. Jahrgang, 1922, S. 497.)

„Die der Thüringer Gesamtkirche nicht angeschlossene Landeskirche von Reuß ä. L. hat sich im März 1922 die schon im Vorjahr erwähnte und kurz skizzierte Verfassung gegeben. Konsistorium und Kirchentag erließen gemeinsam am 8. Mai 1922 ein Ruhestandsgesetz ..., der Kirchenausschuß am 13. Juni eine „Prüfungsordnung für Theologen“ ..., am 2. November eine kirchliche Lebensordnung ..., enthaltend in zehn Abschnitten: 1. Allgemeines. 2. Von Gottesdienst, Seelsorge und Gemeindeleben. 3. Von der Taufe. 4. Von der religiösen Unterweisung und Erziehung der Kinder. 5. Von der Trauung. 6. Vom heiligen Abendmahl. 7. Von der Beerdigung. 8. Von der Kirchenzucht. 9. Vom Kirchen-Eintritt und -Austritt. 10. Schlußbestimmungen.“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 50. Jahrgang, 1923, S. 467 f.)

VIII. Sachsen

„... Die frühere landesherrliche Kirchengewalt wird zurzeit vom evang.-luth. Landeskonsistorium gemeinsam mit dem ständigen Synodalausschuß ausgeübt. Das staatliche Oberaufsichtsrecht übt der Kultusminister. Oberste Kirchenbehörde ist das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium zu Dresden, Taschenberg 3. Die Oberlausitz hat ein eigenes Konsistorium, verbunden mit der Kreishauptmannschaft zu Bautzen.“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 542.)

„Zweimal trat im Lauf des Jahres 1919 die sächsische Landessynode zu Beratungen zusammen. Der Zusammenhang von Kirche und Staat war in Sachsen von jeher besonders enge trotz oder vielleicht wegen der andersartigen Konfessionszugehörigkeit des Landesherrn. Das bewies schon die Existenz des Kollegiums der drei in evangelicis beauftragten Staatsminister, welche 1831 die Funktionen des ‚Geheimen Rats‘ übernahmen, dem August der Starke bei seinem Übertritt zum Katholizismus 1697 die Wahrung der landesbischöflichen Rechte übertragen hatte — ein staatsobrigkeitliches Kollegium als Hüter der überkommenen kirchlichen Rechtsordnung. Schon am 26. November 1918 erklärte das sächsische Ministerium des Kultus dem evangelischen Landeskonsistorium: Da ein Auftrag in evangelicis nicht mehr bestehe und die jetzt im Amt befindlichen Minister nicht die Absicht haben, Behörden der Kirche zu sein, so stelle das Ministerium fest, daß die in evangelicis beauftragten Staatsminister nicht mehr vorhanden seien. Es war also die Möglichkeit gegeben, den Übergang der landesherrlichen Befugnisse an eine rein kirchliche Instanz ohne wesentliche Reibungen zu verwirklichen. Der provisorischen Übernahme durch das Landeskonsistorium folgte dann der Beschluß der Synode und die kirchengesetzliche Regelung (vom 10. Juni 1919): ‚Bis zur anderweitigen Regelung der Verfassung ... werden die in der kirchlichen Gesetzgebung bisher den in evangelicis beauftragten Staatsministern zugewiesenen Geschäfte vom evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium gemeinsam mit dem zuständigen Synodalausschuß wahrgenommen‘. Sachsen hat also den Vorzug gehabt, diese Materie ohne die Reibungen, wie sie in Preußen, Bayern und anderen Bundesstaaten sich ergaben, regeln zu können ... Schon im Dezember 1918 traten die Synodalen der vorigen Session zusammen, um das Konsistorium als oberste kirchliche Behörde zu Recht bestehend zu erklären. Ein freier Ausschuß der Landeskirche, geleitet von den beiden sozialen Gruppen (kirchlich-soziale Konferenz und sächsisch-soziale Vereinigung) hatte gleich nach dem Umsturz dem Konsistorium seine freie Mitarbeit für die Neuordnung angeboten. Die Absicht, ‚eine außerordentliche Kirchenversammlung‘ zu berufen, die dann als eine Art kirchlicher Nationalkonvent die neue Verfassung schaffen sollte, kam, man kann wohl

sagen glücklicherweise, nicht zur Ausführung. Die Kontinuität dieser kirchlichen Rechtsentwicklung wäre doch einigermaßen zweifelhaft gewesen ... Das Konsistorium berief die Synode auf den 19. Mai 1919. Sie tagte bis zum 6. Juni, erledigte eine reiche Tagesordnung: z. B. Kriegsarbeit der Landeskirche, Zusammenschluß aller deutsch-evangelischen Landeskirchen, Verfassung der zukünftigen sächsischen Volkskirche u. a. ... Ob man für die zukünftigen Landessynoden der unmittelbaren Urwahl den Vorzug geben solle, oder für die Synodalwahlen erst Wahlkollegien zu bilden haben werde (etwa die Gemeindevertretungen), war wie überall, so besonders in Sachsen, Gegenstand eifriger Debatte gewesen. Daß man das alte Siebssystem in seinem ganzen Umfang nicht werde aufrecht erhalten können, war vorherrschende Meinung. Die Vorlage befürwortete die Wahl der Synodalen durch die Gemeindevertretungen, eine große Zahl von Petitionen forderte die Urwahl. Die Entscheidung überließ man der Herbsttagung. Die Synode wurde zu Ende September 1919 wieder zu einer Session einberufen. Da die Synode 1915 gewählt war, lief ihre Befugnis mit dem Jahr 1919 rechtlich ab. Der Neubau der Verfassung mußte daher einer künftigen Synode überlassen werden, die zu 1920 oder 1921 berufen werden soll. Der Antrag einer besonderen Konstituante wurde abgelehnt. Ein Kirchengesetz vom 18. Dezember 1919 regelte das Wahlverfahren für die Landessynode. Die Abgeordneten der Kirchengemeinden sind der Wahlkörper, der in direkter Wahl durch geheime persönliche Stimmabgabe wählt ... Das Kirchenregiment wird durch 5 Mitglieder des Landeskonsistoriums und 6 des Synodalausschusses repräsentiert.

Am 1. Juni 1920 haben die Wahlen zur 11. ordentlichen Landessynode stattgefunden ... Als erster Teil des Verfassungswerks liegt der Entwurf einer neuen Kirchengemeindeordnung vor.

Für den Entwurf der neuen Kirchenverfassung wurden einige Grundsätze festgestellt, die zwar keine bindende Kraft haben sollen für die verfassungsgebende Synode, aber doch als ‚Richtlinien‘ ihrer Arbeit gelten werden. 1. Die Landeskirche Sachsens ist eine freie Volkskirche evangelisch-lutherischen Bekenntnisses. Dieses Bekenntnis ist nicht Gegenstand der Gesetzgebung. Die Aufrechterhaltung der Einheit der Landeskirche und die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses aller ihrer Mitglieder erfordert den gesetzlichen Schutz der Minderheiten, unter anderem durch Lockerung des Parochialzwanges. 2. Die Landeskirche ordnet und verwaltet — unbeschadet des Kirchenhoheitsrechts des Staates — ihre Angelegenheiten frei und selbständig durch ihre eigenen Organe. Die Aufhebung der kirchlichen Sonderstellung der Oberlausitz ist anzustreben ... 5. Die Kirchengewalt steht der Kirche selbst zu. Zur Ausübung der Kirchengewalt hat die Verfassung ein synodales und ein kirchenregimentliches Organ vorzusehen ... 7. Das Kirchenregiment wird von dem aus Berufsbeamten zusammengesetzten Landeskonsistorium geführt. Seine Beschlüsse bedürfen in bestimmten, durch die Verfassung festzulegenden Fällen der Zustimmung des Synodalausschusses: hierzu gehört die Berufung von Mitgliedern der Synode ... Der Synodalausschuß ist in seiner Zusammensetzung und seinen Befugnissen zu erweitern. Der Präsident und der Vizepräsident des Konsistoriums werden unter Mitwirkung des Konsistoriums von der Synode, seine weiteren Mitglieder vom Synodalausschuß auf Lebenszeit gewählt. Die Leitung des Konsistoriums ist so zu gestalten, daß neben dem Verwaltungsfachmann der Vertreter des geistlichen Amtes zu gebührendem Einfluß gelangt.

Die lebhafteste Debatte kirchlicher Gemeinde- und Verfassungsfragen ließ gelegentlich die Richtungsgegensätze sehr deutlich in die Erscheinung treten. Der ‚Volkskirchliche Laienbund‘ sah sich veranlaßt, gegen seine parteipolitische Rubrizierung Verwahrung einzulegen; er ist als Korporation dem ‚Deutschen Volkskirchenbund‘ beigetreten, der besonders für eine Entfaltung der kirchlichen Verfassung im Sinn des kirchlichen Liberalismus tätig ist. In Chemnitz bildete sich unter Leitung von Oberkirchenrat Jentzsch eine positive volkskirchliche Vereinigung, welche sich, unter Aufrechterhaltung der Autorität der Bibel und der Bekenntnisse, die Erhaltung und Entfaltung der Kirche als staatsfreie Volkskirche, die Abwehr aller zersetzenden Bestrebungen und die Pflege lebendiger Gesinnungs- und Arbeitsgemeinschaft zum Ziel setzt.“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 47. Jahrgang, 1920, S. 384 ff.)

Vorlage Nr. 7 vom 17. April 1919, vom Landeskonsistorium zu Dresden an die Landessynode, nachdem das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts unter dem 2. April d. J. Unbedenklichkeit ausgesprochen hatte:

„... Bis zu anderweitiger Regelung der Verfassung der evang.-luth. Kirche in Sachsen werden die in der kirchlichen Gesetzgebung bisher den in Evangelicis beauftragten Staatsministern zugewiesenen Geschäfte vom Evang.-luth. Landeskonsistorium gemeinsam mit dem ständigen Synodalausschuß (Kirchengesetz vom 15. April 1873, Gesetz- und Verordnungsblatt S. 382) wahrgenommen.“ (Akten der 10. ordentlichen evang.-luth. Landessynode zu Dresden vom Jahre 1919.)

Schon die „Vor“-Synode wurde mit der „Bischofsfrage“ beschäftigt:

„... zum Gesuche des Kirchenvorstandes zu Rückmarsdorf vom 20. März 1919 1. die Schaffung einer Landeskirchenbehörde für Sachsen, 2. die Verleihung des Bischoftitels an den Vizepräsidenten des Landeskonsistoriums und 3. den Religionsunterricht betreffend. Die Synode wolle beschließen: das Gesuch zu 1 und 3 durch die Entschlüsse der Synode in der Mai- und Juni-Tagung dieses Jahres für erledigt zu erklären, zu 2 als mit der Neuordnung der Verfassung zusammenhängend dem Kirchenregiment als Material zu überweisen ...“ (Akten der 10. ordentlichen evang.-luth. Landessynode zu Dresden vom Jahre 1919, Berichte, Nr. 38.)

Aus den Verhandlungen zu diesem Antrag:

„... (Berichterstatte Bürgermeister Dr. Michael): ... Die Entschließung über diesen Teil des Gesuches würde der Neuordnung der Verfassung zu überlassen sein, zumal über die Frage, ob und mit welchen Machtvollkommenheiten die Stelle eines obersten Geistlichen der evang. Landeskirche zu schaffen und ob ihrem Inhaber insbesondere der Titel ‚Bischof‘ oder ‚Landesbischof‘ zu verleihen sei, die Ansichten sehr auseinandergehen. Jedenfalls hat der Verfassungsausschuß davon abgesehen, bereits jetzt endgültig dazu Stellung zu nehmen, glaubt hierzu vielmehr erst die Vorschläge und die Entschließung des Kirchenregiments erwarten zu müssen und beantragt daher, das Gesuch in soweit dem Kirchenregiment als Material zu überweisen ...“ (Verhandlungen ..., S. 469.)

Die 11. ordentliche evang.-luth. Landessynode hat in insgesamt 52 Sitzungen, vom 16. Juli 1920 bis zum 25. Oktober 1922, den Verfassungsneubau zum Abschluß gebracht:

Aus einem Verfassungsentwurf des Landeskonsistoriums:

„... Es könnte naheliegen, an die Spitze der Landeskirche an Stelle des weggefallenen Landesherrn, der vielfach als summus episcopus, als Notbischof bezeichnet und auch in Sachsen ... als solcher aufgefaßt worden ist, wieder einen Bischof zu setzen. Der Entwurf lehnt diese Verfassungsform ab. Der Landesherr war nicht Bischof im römisch-katholischen Sinne. Er war einerseits mehr als dieser; denn er unterstand keiner päpstlichen oder metropolitani Obergewalt wie dieser, andererseits war er weniger wie dieser, da er immer nur membrum praecipuum war, ohne das Recht der Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung. Den evang.-luth. Kirchen Deutschlands aber ist das Amt eines Bischofs als eines vom Pfarramt wesentlich verschiedenen unbekannt. Es müßte überhaupt erst geschaffen werden. Gegen die Schaffung eines evangelischen Bischofsamts aber als eines dem römisch-katholischen gleichartigen bestehen grundsätzliche konfessionelle Bedenken, die mit dem Unterschied des Kirchenbegriffs beider Konfessionen überhaupt zusammenhängen. Eine Verfassungsgestaltung etwa dergestalt, daß einem solchen Landesbischof die Fülle der kirchlichen Regierungsgewalt zu übertragen sei, neben dem nur noch das Kontroll- und Zustimmungsrecht der bisherigen Synode bliebe, muß deshalb abgelehnt werden. Auch die vorläufigen Richtlinien, die die 10. Synode für die Verfassungsreform aufgestellt hat, enthalten eine Empfehlung des Episcopalsystems nicht ... Der Entwurf hält die Lösung für empfehlenswerter, daß das Regierungsorgan und das Parlamentsorgan vollkommen getrennt werden und für die Lösung von Meinungsverschiedenheiten nicht ein besonderes Organ geschaffen, sondern sachliche Vorschriften aufgestellt werden, nach denen eine Entscheidung durch ein Vereinigungsverfahren oder durch spezielle Rechtsnorm herbeigeführt wird ... Der Entwurf steht auf dem Standpunkt, daß die Ausübung der Kirchengewalt jedenfalls nicht in ein einziges Organ verlegt werden darf, daß vielmehr

diese Ausübung auf verschiedene Organe verteilt werden muß. An diesem durch bittere Erfahrungen im europäischen Völkerleben auf staatlichem Gebiete erworbenen Grundsatz muß auch in der Verfassung der Kirche festgehalten werden ... Als Funktionen der Rechtsgewalt in der Kirche sind wohl unbestritten die gesetzgebende, die verwaltende und die rechtsprechende anzusehen. Als notwendige Organe für die Ausübung der Kirchengewalt können aber nur in Betracht kommen ein Parlament, eine Regierung und die kirchlichen Gerichte ...“ (a. a. O., S. 27 ff.), Vorlage Nr. 11.

Der Präsident des Landeskonsistoriums, D. Dr. Böhme, hat diesen Entwurf vor dem Plenum der Synode, wie folgt, begründet:

„... Der Entwurf geht davon aus, daß die Inhaberin der Kirchengewalt die Landeskirche als solche ist und daß die Ausübung dieser Kirchengewalt auf drei Organe, die Synode, die Kirchenregierung und die kirchlichen Gerichte, verteilt werden soll. Die Bedeutung dieser Teilung liegt darin, daß damit einmal dem Absolutismus irgend eines der Organe vorgebeugt werden soll und daß andererseits vor allen Dingen das bischöfliche System im römisch-katholischen Sinne schlechthin ausgeschlossen erscheinen soll ... Ein Episcopalsystem im katholischen Sinne ist mit einer Teilung der Kirchengewalt ... nicht vereinbar ... Sie wissen, daß jetzt überall der Ruf nach führenden Männern ertönt, und es war nötig, auch diesen Ruf zu prüfen unter dem Gesichtspunkt, was für eine Bedeutung er für die künftige Verfassung habe. Nun steckt ganz gewiß in diesem Rufe ein sehr berechtigter Kern. Wir brauchen führende Männer in der Kirche, namentlich religiös führende, aber wir können sie durch all unsere Arbeit nicht schaffen, soviel wir auch Paragraphen in die Kirchenverfassung hineinschreiben. Sie sind ein Geschenk Gottes, und wir können den Herrn der Kirche nicht innig genug bitten, daß er uns hervorragende Führer in unserer Kirche gebe. An uns wird es sein, daß wir sie als solche erkennen und anerkennen und sie an den rechten Platz stellen ...“ (Verhandlungen ..., S. 641 f.)

Die 11. Landessynode hat mit der Beratung der Vorlage Nr. 11 in ihrer 24. Sitzung am 21. Oktober 1921 begonnen und die neue Landeskirchenverfassung nach dritter Lesung und namentlicher Endabstimmung in ihrer 43. Sitzung am 23. Februar 1922 gegen eine Stimme angenommen. Innerhalb dieser Verhandlungen sind alle, auch aus anderen Landeskirchen bekannten Argumente für und gegen das landesbischöfliche Amt zur Sprache gekommen, vgl. Verhandlungen ..., S. 643 ff., 652 ff., 656 ff., 662 f., 670, 836, 847, 852.

Aus dem ausführlichen Bericht Nr. 67 des Verfassungsausschusses zur Vorlage Nr. 11:

„... Einmütig war der Ausschuß in der Auffassung, daß ein Bischof im Sinne eines katholischen Bischofs nicht in Betracht komme; auch darüber waren seine ständigen Mitglieder der gleichen Meinung, daß Träger der Kirchenregierung nicht eine Einzelpersonlichkeit, sondern nur ein Kollegium sein könne ...

Synodale Lotichius machte geltend, daß der Bischof seines Antrags die Synode neben sich und das Kirchengericht über sich habe, also kein Hierarch sei. Die Notwendigkeit eines Kirchenregiments über Synode und Landeskonsistorium gestehe er zu, nur wolle er dieses Kirchenregiment, das in einem mehrgliedrigen Kollegium bloß abgeschwächt und in seinem Verantwortlichkeitsbewußtsein beeinträchtigt werde, auf einen einzigen Mann legen. Eine Überlastung des Bischofs mit nichtgeistlichen Geschäften besorge er nicht, da doch die Ausübung der kirchenregimentlichen Funktionen nichts Alltägliches sei. Zudem käme die Vorbereitung derartiger Entschlüsse dem Landeskonsistorium zu, das gleichsam der Generalstab des Landesbischofs sei ... Der Antrag des Synodalen Lotichius, die Kirchengewalt, soweit sie nicht der Landessynode und den kirchlichen Gerichten zusteht, dem Landesbischof und diesem demgemäß die Kirchenleitung ... zu übertragen, fand bei aller Anerkennung der Einfachheit und Geschlossenheit des Aufbaues keinerlei Zustimmung ...

Zu dem jetzigen § 28, Landesbischof, wurde im Ausschuß die Stellung des ersten Geistlichen der Landeskirche sehr eingehend erörtert. Das ganze Absehen ging dahin, den ersten Geistlichen in jeder nur erreichbaren Weise für die geistliche Führung der Landeskirche frei zu machen und frei zu halten und unter diesem ausschlaggebenden

Gesichtspunkte seine Stellung in der Verfassung auszubauen und zu sichern. Gerade die Rücksicht hierauf war bestimmend dafür, daß man sich, zuletzt einhellig, gegen ein Landeskirchenamt von zwei Präsidenten, einem geistlichen und einem rechtskundigen, mit ihrem Wechsel und mit der unvermeidlichen Überlastung des geistlichen Präsidenten durch Verwaltungsgeschäfte ... entschied. Anderseits erwuchs aus der Entschliebung, die Präsidentenstellung des ersten Geistlichen in Abweichung von der Vorlage aufzugeben, für den Ausschuß erst recht die Verpflichtung, Rechte und Pflichten des ersten Geistlichen so, wie es die Aufgaben seines Amtes erfordern, in den Verfassungsorganismus einzugliedern. Der Wirkungskreis des ersten Geistlichen liegt in der religiösen Sphäre, in den geistlichen Dingen, und das Charisma in der Kirche soll sich in ihm auswirken. Er soll alles weniger sein als eine dekorative Figur, und schon durch seine Persönlichkeit soll er Autorität sein. Mit Bezugnahme hierauf wurde geltend gemacht: daß der erste Geistliche einen selbständigen Zuständigkeitskreis haben und über die Geschäfte des Landeskirchenamtes jederzeit unterrichtet sein müsse; darüber bestehe Übereinstimmung. Nur würde ein erster Geistlicher mit voller Mitgliedschaft im Landeskirchenamt schon geschäftlich dadurch zu stark belastet sein und sich seine selbständige Entschliebung leicht festlegen; es empfehle sich darum, ihm nur beratende Stimme im Landeskirchenamt, wohl aber die volle Möglichkeit, sich in jeder Weise (so auch durch den Vortrag eines Mitglieds des Landeskirchenamtes) über die landeskirchenamtlichen Geschäfte und Entschliebungen zu unterrichten, und das suspensive Veto gegen ihm bedenklich erscheinende Beschlüsse zu geben. Von anderer Seite wurde für die Zugehörigkeit des ersten Geistlichen zum Landeskirchenamt, die für sein amtliches Wirken unerlässlich sei, angelegentlich eingetreten; nur zur Übernahme eines bestimmten Geschäftskreises oder einzelner Aufträge der Behörde dürfe er nicht verpflichtet, und von der Dienstaufsicht des Präsidenten des Landeskirchenamtes müsse er ausgenommen sein. Von dritter Seite wurde bemerkt, die Stellung des ersten Geistlichen im Landeskirchenamt sei die Quadratur des Zirkels ...

Über die Amtsbezeichnung waren die Meinungen geteilt. Vorgeschlagen wurden: Landesbischof, Landespropst, Prälat, Landespfarrer. Von einem Mitgliede des Ausschusses wurde angeregt, die Entschliebung darüber der Vollsynode ohne Ausschlußantrag zu überlassen; das Kirchenregiment sprach sich für Vertagung der Entschliebung bis zur Verabschiedung einer Verfassung der evangelischen Kirche Preußens aus. Die auseinandergehenden Meinungen wurden in Ansehung der Amtsbezeichnungen Landesbischof und Landespropst, wie folgt, begründet. Der Amtsname Landesbischof sei der für den ersten Geistlichen von selbst gegebene, um die Bedeutung des Amtes nach außen und innen zu kennzeichnen und das Amt, wie davon allseitig erwartet werde, zu höherem Ansehen und Einfluß zu erheben; weite Kreise in der Kirche treten dafür ein. Auch anderen Religionsgemeinschaften gegenüber müsse im gut evangelischen Titel Landesbischof die Würde der Landeskirche zum Ausdruck kommen. Jedes römisch-katholische Vorbild liege fern; es handle sich um den evangelischen Bischofsgedanken, um den Ruf nach dem persönlichen Führer auch in der evangelischen Kirche. Dem wurde erwidert: Es bestünden Bedenken, weil der Titel Bischof katholisch belastet sei. Mit dem Bischofstitel verbänden sich leicht Aspirationen; entweder werde dem Zug zum Hierarchischen nicht widerstanden oder es entstehe ein unausgeglicherer Zwiespalt zwischen der Vorstellung vom Amte und dessen Träger. Der Titel trage Unruhe in kirchliche Kreise. Eine Umfrage des Volkskirchlichen Laienbundes habe ergeben, daß die Wünsche der Laienkreise auseinandergingen. In evangelischen Arbeiterkreisen habe ein Mitglied des Ausschusses keine Stimmung für den Bischof gefunden. Der Konsistorialpräsident bemerkte: Der Bischofstitel sei ein Programm. Er erwecke Erwartungen von der geistlichen Repräsentanz, die sich nicht erfüllen ließen; auch auf den Amtsträger könnten solche Vorstellungen zurückwirken. Er meine, man solle auch das Verhältnis zu anderen Landeskirchen im Auge behalten. Man solle die Entscheidung in Preußen erst abwarten, wo wahrscheinlich der erste Geistliche der Provinz zum Bischof werde ernannt werden. Das Kirchenregiment habe zunächst den Titel Landespropst ins Auge gefaßt. Diesen Ausführungen wurde verschiedentlich entgegengehalten: Der Titel Landespropst sei katholisch und in Sachsen sei man mit ihm

nicht vertraut; in anderen Landeskirchen bezeichne dieser Titel Geistliche verhältnismäßig niedrigen Ranges. Auf die Entscheidung in der evangelischen Kirche Preußens zu warten, dazu bestehe kein Anlaß. Der Titel Landespropst wäre im Vergleich mit anderen Landeskirchen (so Mecklenburg) unmöglich; von einem Provinzialbischof aber werde die Amtsbezeichnung Landesbischof den ersten Geistlichen der sächsischen evang.-luther. Landeskirche immer unterscheiden. Der für Sachsen ausgeschlossene Titel Erzbischof sei in der evangelischen Kirche Preußens kaum zu erwarten.

In erster Lesung erklärten sich zwei Stimmen für die Amtsbezeichnung Landespfarrer, 5 Stimmen für Landespropst, 6 Stimmen gegen Landesbischof, 9 Stimmen für Landesbischof; in zweiter Lesung wurde der Titel Landespfarrer gegen 1 Stimme, der Titel Landespropst gegen 7 Stimmen abgelehnt. Für und gegen die Amtsbezeichnung Landesbischof wurden zunächst je 8 Stimmen abgegeben; die wiederholte Abstimmung über den Amtsnamen Landesbischof ergab (nach Eintritt eines Vertreters für ein behindertes Ausschußmitglied) 10 Stimmen für und 6 Stimmen gegen diesen Amtsnamen." (a. a. O., S. 4 f.; 7; 22 ff.)

Der Synodale Lotichius hat im Verlauf der synodalen Verhandlungen einen selbständigen und originellen Antrag eingebracht:

„... § 1 Abs. 4. Vertreten wird die Landeskirche durch den Landesbischof, soweit es sich aber um rechtsgültige Erklärungen handelt, durch das Landeskonsistorium. § 6. Kirchengewalt. Träger der Kirchengewalt, soweit sie nicht der Landessynode und den kirchlichen Gerichten zusteht, ist der Landesbischof ... § 6a. Oberstes geistliches Amt. Der Landesbischof ist der erste Geistliche der Landeskirche und als solcher zu allen geistlichen Verrichtungen im ganzen Lande berechtigt. Seine Aufgabe ist a) das gesamte religiöse Leben in der Landeskirche und dessen kirchliche Betätigung zu überwachen und die zu seiner Förderung erforderlichen Anregungen an die kirchlichen Behörden zu geben; b) für die Heranbildung der Geistlichen zu sorgen, die geistliche Tätigkeit und die wissenschaftliche Fortbildung der Geistlichen zu beobachten und zu fördern und auch, wo erforderlich, seelsorgerlich auf die Geistlichen der Landeskirche einzuwirken; c) die Superintendenten in ihr Amt einzuführen, sie und die Geistlichen des Landes mit Weisungen für Behandlung rein geistlicher Angelegenheiten zu versehen. Er kann an die Geistlichen und Kirchengemeinden des Landes geistliche Ansprachen richten. Zur Erfüllung seiner Aufgaben steht ihm das Recht und die Pflicht der Visitation der Superintendenten und, soweit erforderlich, der Pfarrämter und der Kirchengemeinden zu. Er hat überall, wo eine persönliche Wahrnehmung der rein geistlichen Interessen der Landeskirche erforderlich wird, diese zu übernehmen. Im Behinderungsfalle wird der Landesbischof in diesen Obliegenheiten, soweit erforderlich, durch einen geistlichen Rat des Landeskonsistoriums vertreten, den er in Vernehmung mit dem Landeskonsistorium selbst bestimmt. § 6b. Kirchenleitung. In seiner Eigenschaft als Träger der Kirchengewalt steht dem Landesbischof außer der ... ihm zugewiesenen Vertretung der Landeskirche und außer dem in den §§ 6, 21 flg. bestimmten Anteil an der Kirchengesetzgebung folgendes zu: 1. Einberufung, Eröffnung, Vertagung, Schluß, Auflösung der Synode ..., 2. Berufung von 9 Mitgliedern in die Synode ..., 3. Bestätigung der Geschäftsordnung der Synode ..., 5. Erlaß von Notverordnungen ..., 6. Ernennung der Räte des Landeskonsistoriums ..., 7. im Falle der Beschwerde über das Landeskonsistorium Entscheidung darüber, soweit sie nicht der Synode oder einem kirchlichen Gericht zusteht ..., 8. Ernennung, Verpflichtung und Einweisung der Geistlichen an der evangelischen Hofkirche und der Superintendenten ..., 9. Ernennung, Verpflichtung und Einweisung der rechtskundigen Mitglieder der Bezirkskirchenämter ..., 10. Genehmigung a) zu solchen Abweichungen von Kirchengesetzen, zu deren Genehmigung nicht das Landeskonsistorium im allgemeinen ermächtigt ist ..., b) zur Aufhebung oder Verlegung von Feiertagen, sowie zur Anordnung außerordentlicher Buß- oder Feiertage in allen Gemeinden der Landeskirche ..., c) zur Anordnung allgemeiner Kirchenvisitationen ..., d) zur Anordnung allgemeiner Kirchenkollekten ..., e) zu Beschlüssen in Grenzangelegenheiten der Landeskirche oder der Kirchenbezirke ... § 6d. Stellvertretung. Als Träger der Kirchengewalt wird der Landesbischof im Behinderungsfalle durch den Präsidenten des Landeskonsistoriums vertreten. § 6e. Teilnahme an den

Sitzungen des Landeskonsistoriums und des ständigen Synodalausschusses. Dem Landesbischof steht es frei, den Sitzungen des Landeskonsistoriums und des ständigen Synodalausschusses beizuwohnen. An den Abstimmungen nimmt er nicht teil ... § 6 f. Wahl des Bischofs. Der Landesbischof wird von dem Landeskonsistorium und der Synode gewählt, die unter dem Vorsitz des dabei stimmberechtigten Landesbischofs oder des Präsidenten des Landeskonsistoriums zu einem Wahlkörper zusammentreten. Die Vorbereitung der Wahl liegt dem Landesbischof und dem Landeskonsistorium unter Mitwirkung des ständigen Synodalausschusses ob. § 6 g. Rechtsstellung, Verpflichtung und Einweisung des Landesbischofs. Der Landesbischof ist berufsmäßiger öffentlicher Beamter. Er wird auf Lebenszeit angestellt. Verpflichtet und eingewiesen wird er vom Präsidenten der Synode oder vom Vorsitzenden des ständigen Synodalausschusses. Er hat bei seiner Verpflichtung den vorgeschriebenen Religionseid zu leisten ..." (Berichte, S. 44 ff.)

In der 34. Sitzung der Landessynode vom 19. Januar 1922 hat sich Lotichius zu seinem Antrag geäußert:

"... Der Antrag nimmt Bezug ... auf das vielseitige und dringliche Verlangen nach persönlicher Führung der Landeskirche ... Er weicht sachlich von dem Vorschlage des Verfassungsausschusses in folgenden zwei Punkten ab, auf die es mir hauptsächlich ankommt: der führende Geistliche soll nicht Mitglied des Landeskonsistoriums sein, sondern über diesem stehen ... Und dann: die oberste Stelle des Kirchenregiments soll nicht ein Kollegium bilden ... Aus allen diesen Gründen komme ich dazu, Ihnen vorzuschlagen, nicht ein solches Kollegium zu schaffen, sondern den gesetzlichen noch bestehenden Rest des sogenannten Summepiskopats zu einem wirklichen Episkopat evangelischen Charakters auszubauen. An dieser Stelle soll nach meiner Überzeugung die Verantwortung einer ganz haben, einer, der im unmittelbaren Dienste Jesu Christi, des himmlischen Herrn der Kirche, gereift und bewährt ist; einer, der in fortwährend anfrischender Fühlung mit dem kirchlichen Leben draußen im Lande steht, aber doch am Sitze der Kirchenregierung seinen Amtssitz hat und sich daher in fortwährender Fühlung mit den Geschäften des Landeskonsistoriums halten kann; einer, der das von dem Herrn selbst gestiftete Amt trägt und den wiederum dieses Amt trägt; einer, der sich darin selbst als Diener Christi weiß und voll verantwortlich fühlt. In diesem Amt soll meiner Überzeugung nach der Stiftungscharakter der Kirche zum Ausdruck kommen. Wir sind wohl alle darüber einverstanden, daß der Charakter unserer Kirche, auch unserer Landeskirche, ein doppelter ist: sie trägt einerseits Stiftungscharakter, andererseits Vereinscharakter. Hier soll meiner Meinung nach der Stiftungscharakter zum Ausdruck kommen. Der Vereinscharakter, der sich in dem synodalen Element ausdrückt, darf an der obersten Spitze nicht überwiegen ... Was gegen meine Vorschläge eingewendet worden ist, besteht zum großen Teil, ja fast ausschließlich, möchte ich sagen, aus Schlagwörtern und Karikierungen. Auf die gehe ich selbstverständlich nicht ein. Wenn hier eingehalten worden ist, der Bischof würde ein Autokrat, ein Hierarch, ein absoluter Monarch, ein Papst, päpstlicher als der Papst, daß die Stellung des Bischofs auf ein Gottesgnadentum hinausgehe, so brauche ich auf solche leere Schlagwörter nicht einzugehen. Das einzige, was etwas sachlichen Charakter hat und mir entgegengehalten worden ist, ist immer nur das, es komme mein Vorschlag auf ein Episkopalsystem in römisch-katholischem Sinne hinaus. Demgegenüber frage ich aber einfach: Wo gibt es unter dem katholischen Episkopalsystem einen Bischof, der von einer Synode und von einem Konsistorium gewählt wird, der von einem Synodalpräsidenten eingeführt wird, der keinen Erzbischof und keinen Papst über sich hat, dem er blinden Gehorsam zu leisten verpflichtet wäre, der ganz ohne primitiale Alleinrechte geistlicher Art wäre, gegenüber einem Konsistorium ein Einspruchsrecht hätte, einen Bischof, der in seinen gesetzgeberischen Befugnissen von der Zustimmung einer Synode abhängig wäre, über den man sich bei einer Synode beschweren könnte? Also dieser Entwurf ist meines Erachtens unbegründet ... Nach S. 21 des Berichts hat im Verfassungsausschuß das Kirchenregiment darauf Bezug genommen, daß das Landeskonsistorium bisher nur unter dem König gestanden hat, nur den König über sich gehabt hat. Nach meinem Vorschlag würde es nun den Landesbischof, also einen wirklichen Bischof statt des sogenannten Summus Episkopus, einen wirklichen Bi-

schof evang.-luther. Bekenntnisses und evangelischen Charakters über sich haben. Das wäre, denke ich, auch für die Kirchenbehörden erträglicher und befriedigender als der bisherige Zustand. Weiter sagt die kirchliche Oberbehörde nach S. 21 des Berichts von sich aus, ihre tägliche Arbeit stelle das Herzwerk der Landeskirche dar. Nun, ich glaube, die Bedeutung des Landeskonsistoriums wird durch meinen Vorschlag nicht abgemindert, sondern eher erhöht. Ich meine, wenn ihm Folge gegeben würde, würde auch fernerhin das Landeskonsistorium das Herzwerk der Landeskirche zu verrichten haben ..." (a. a. O., S. 878 ff.)

In der anschließenden Aussprache wird „die große Geschlossenheit und Klarheit der Konstruktion“, „die Wächterstimme“ des Antragstellers begrüßt. Trotzdem konnte der Antrag damals noch nicht mit allgemeiner Annahme seitens der Landessynode rechnen. Auszüge aus der Debatte:

Lic. Stange: "... Trotzdem haben wir Bedenken getragen im Verfassungsausschuß und auch im Kreise unserer Freunde, uns hinter den Antrag des Herrn Synodalen Lotichius zu stellen ... Das Entscheidende für uns sind nicht etwa jene irreführenden Schlagwörter und Karikaturen, die er selbst mit Recht abgelehnt hat, sondern das Entscheidende für uns ist die Erwägung, daß die Kompetenzen, die sein Antrag dem Landesbischof zumutet, eine zu starke Belastung dieser Persönlichkeit bedeuten würden ... Es ist ein großer Unterschied, ob die Kompetenzen des § 6 b ... einem König oder Minister eines Staates zugemutet werden oder derjenigen Persönlichkeit, in der man in allererster Linie den obersten Seelsorger der Landeskirche sehen möchte. Dieser oberste Seelsorger würde nach unserer Überzeugung in schwere Gewissenskonflikte kommen, wenn man ihm unter anderem die Berufung von Mitgliedern in die Landessynode oder die Ernennung und Verpflichtung und Einweisung der Geistlichen an der Hofkirche, die Ernennung der Räte des Landeskonsistoriums und ähnliche personelle Entscheidungen auf die Schulter legt. Wir möchten ihn nach dieser Richtung hin wesentlich freier gestellt sehen. Er hat nicht hinter sich wie etwa die in Evangelicis beauftragten Staatsminister der vergangenen Kirche das Schwergewicht des Staates und die Unterlage des juristischen Amtes, sondern er soll ein Mann sein, der als Seelsorger jederzeit ein umfangreiches, weitreichendes Vertrauen seiner Landeskirche genießt. Dieses Vertrauen irgendwie auch nur anzutasten durch so schwere Entscheidungen in persönlichen Fragen, die noch dazu Eingriffe in die Gesetzgebung der Synode bedeuten, das scheint uns für dieses Amt und diesen Mann bedenklich. So glauben wir, daß der Antrag des Herrn Geheimrats Lotichius uns eine Richtung zeigt, in der man in dieser Stunde der Kirche hätte gehen können. Aber indem wir diesem Antrage nicht beitreten, glauben wir mit besonderer Deutlichkeit zu dokumentieren, daß wir gewisse Tendenzen, die man in der öffentlichen Polemik den Freunden eines Landesbischofsamtes untergeschoben hat, nicht teilen. Wir sehen auch in dieser Richtung in dem Antrage des Herrn Geheimrats Lotichius einen wertvollen Dienst, den er der Beschlußfassung und Beratung in der gegenwärtigen Stunde getan hat." (a. a. O., S. 883 f.)

Kaufmann Schneider: "... Der Antrag Lotichius bringt uns alles, was wir seit langem fordern, eine großzügige Führung für die Landeskirche ... ich bedauere aufrichtig, daß man diesem Antrage nicht stattzugeben scheint ... ich behaupte, der Antrag ist nur zu spät an das Hohe Haus gekommen; wäre er früher gekommen, so habe ich die Überzeugung, daß er angenommen worden wäre ..." (a. a. O., S. 886.)

D. Dr. Böhme, Präsident des Landeskonsistoriums: "... Ich will meine Bemerkungen nicht schließen, ohne ein Wort zu den Anträgen und zu den Ausführungen, die der hochverehrte Herr Geheime Rat Lotichius geboten hat, zu machen. Ich darf von dieser Stelle aus an das anknüpfen, was bereits im Verfassungsausschuß vom Kirchenregiment zu seinen Anträgen erklärt worden ist. Das ist in der Hauptsache zweierlei. Das erste ist das Bedenken, daß die Aufgaben, die er dem Landesbischof zuweisen will, über die Kraft eines Mannes hinausgehen. Man kann solche Aufgaben zwar verbinden, nämlich einerseits die ganze religiöse Leitung eines Volkes in die Hand zu nehmen und andererseits die ganze Leitung der inneren Verwaltung und der Organisation der Kirche in der Hand zu behalten. Man kann das aber nur mit der Wirkung, daß nach einer Richtung hin die Stellung eine bloß noch

dekorative wird. Man hat die Wahl, ob man wünscht, daß der Mann seine Haupttätigkeit auf das religiöse Gebiet oder auf das Verwaltungsgebiet legt. Beides in gleichem Maße zu erfüllen, wird kaum möglich sein. Andererseits entsteht eine große Schwierigkeit für die Auswahl eines Bischofs. Bei der Auswahl wird in Betracht kommen, welche Seite der Tätigkeit des Bischofs man als für die Auswahl maßgebend ansehen will. Der Wahlkörper würde in große Schwierigkeit kommen, wenn man sich als Ideal vorstellen müßte einen Mann, der große religiöse Kräfte für die geistliche Leitung und für die religiöse Förderung des Volkes mitbringt und der andererseits auch ein vollständig gewappneter und nach allen Richtungen hin geeigneter Verwaltungsfachmann ist ... Ich möchte mit dem Danke, den ich für die Darlegungen und für die Anträge Lotichius zum Ausdruck bringen wollte, doch auch das Bedauern darüber ausdrücken, daß das Kirchenregiment diesen Vorschlägen nicht zuzustimmen vermag, was nicht hindert, sich dem anzuschließen, was hier ausgesprochen worden ist, daß es ungemein verdienstlich ist, die spezifische Aufgabe des bischöflichen Amtes in dieser Weise zur Diskussion gebracht zu haben." (a. a. O., S. 888.)

Die Landessynode lehnte, wie vorausszusehen war, den Antrag von Geheimrat Lotichius — gegen 6 Stimmen ab, vgl. a. a. O., S. 890. Auch in der zweiten Lesung, vgl. a. a. O., S. 1098 ff., findet er keine Annahme. In ihrer 43. Sitzung, am 23. Februar 1922, nimmt die Landessynode die Vorlage über die Verfassung der evang.-luth. Landeskirche des Freistaats Sachsen in dritter Lesung — gegen die Stimme des Synodalen Lotichius — an.

„... Die Gegensätze, ob mehr konsistorialer oder synodaler Stil mit episkopaler Spitze beherrschten die Beratung, während die theologischen und kirchlichen Gruppengesätze zurücktreten. Die ‚Linke‘ (freie synodale Vereinigung), deren Führer (Pfr. Herz) nicht zur Synode entsandt war, trat sehr zurück. Sie entspricht auch mehr der ‚Mitte‘ in Preußen. Scharf gegensätzlich wurde die Debatte — bei wesentlicher Einmütigkeit über die geistliche Führung — um den Bischofstitel; auch das Konsistorium war gegen den Bischof. Er wurde schließlich mit 59 gegen 19 Stimmen angenommen; die Minorität wollte den Titel ‚Propst‘.“ (Schneider, Kirchliches Jahrbuch, 49. Jahrgang, 1922, S. 487.)

Der Wahl eines ersten Landesbischofs für Sachsen stand nun nichts mehr im Wege: Vor Eintritt in die Tagesordnung der 46. öffentlichen Sitzung der Landessynode am 26. April 1922 verliest der Präsident des Evang.-luth. Landeskonsistoriums D. Dr. Böhme folgende Erklärung:

„Das zur einstweiligen Führung des Kirchenregiments berufene Kollegium beschließt, das Amt des bisherigen Oberhofpredigers und Vizepräsidenten des Landeskonsistoriums dem Herrn Geheimen Kirchenrat Professor D. Ihmels in Leipzig zu übertragen. Wegen der Feststellung der Amtsbezeichnung behält sich das Kollegium anderweite Entschliebung vor. Bis zum Amtsantritt des Herrn D. Ihmels soll Se. Magnifizenz D. Dr. Dibelius gebeten werden, im Amte zu bleiben.“ (a. a. O., S. 1239.)

Der Präsident des Landeskonsistoriums und der Präsident der Landessynode begrüßen den Gewählten, der Dankesworte spricht, vgl. a. a. O., S. 1240.

In der 47. öffentlichen Sitzung der Landessynode wird Kenntnis gegeben von Vorlage Nr. 17, Kirchengesetz, die Amtsdauer des ersten Geistlichen an der bisherigen evangelischen Hofkirche betreffend:

„Das Evang.-luth. Landeskonsistorium gemeinsam mit dem ständigen Synodalausschusse verordnet unter Zustimmung der evang.-luth. Landessynode, was folgt:

Einziger Paragraph.

Der erste Geistliche an der bisherigen evang. Hofkirche, der zur Zeit des Inkrafttretens der Verfassung der evang.-luth. Landeskirche vom 29. Mai 1922 ... im Amte steht, tritt mit diesem Zeitpunkte ohne weiteres in das Amt des Landesbischofs im Sinne von §§ 6 und 28 dieser Verfassung über.

Begründung.

Der dormalige Inhaber des Amtes des ersten Geistlichen an der bisherigen evang. Hofkirche (bisherigen Oberhofpredigers) ist in dieses Amt berufen worden, damit er mit dem Inkrafttreten der Verfassung der evang.-luth. Landeskirche ... das Amt eines Landesbischofs im Sinne von §§ 6 und 28 dieser Verfassung übernehme.

Da die in Gemäßheit der bisherigen Kirchengesetzgebung erfolgte Berufung durch das zur einstweiligen Führung des Kirchenregiments berufene Kollegium dem Berufenen den Übertritt in das künftige Amt allein rechtswirksam nicht zu sichern vermag, eine solche rechtliche Sicherung aber von dem Berufenen, der sein bisheriges akademisches Lehramt aufgegeben hat, aus guten Gründen erwartet werden darf, so hält das Kirchenregiment den Erlaß eines entsprechenden Kirchengesetzes für erforderlich und ersucht die Landessynode, dem vorgelegten Kirchengesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.“

Der Präsident der Landessynode macht dazu folgende Mitteilung:

„... Wie beim Registrandenvortrag bekanntgegeben wurde, ist der Vizepräsident des Landeskonsistoriums, Se. Magnifizenz der Landesbischof D. Ihmels, als Kommissar für die jetzige Tagung der Synode vom Kirchenregiment bestellt worden. Der Herr Landesbischof ist am 30. September 1922 für seine Ämter verpflichtet worden, und zwar unter Teilnahme derjenigen Mitglieder der Synode, die dem ständigen Synodalausschusse angehören. Dieselben Mitglieder haben in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Direktoriums der Synode am 1. Oktober den Herrn Landesbischof begrüßt und ihm die herzlichsten Wünsche der Landessynode für seine künftige Amtswirksamkeit ausgesprochen ...“ (a. a. O., S. 1253.)

Der Gesetzentwurf über die Amtsdauer des ersten Geistlichen an der bisherigen evangelischen Hofkirche wird in der 48. Sitzung der Landessynode am 19. Oktober 1922 einstimmig angenommen, vgl. a. a. O., S. 1257. Annahme nach zweiter Lesung erfolgt in der 49. Sitzung am 20. Oktober 1922, vgl. a. a. O., S. 1295 f.

Einer besonderen Einführung des neuen Landesbischofs bedurfte es nach der sächsischen Landeskirchenverfassung nicht. Sie ist auch nicht erfolgt. Bei seinem Übertritt in den landeskirchlichen Dienst hat D. Ihmels sich als „Landesbischof“, d. h. in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als erster Geistlicher an der evangelischen Hofkirche mit einer Predigt in seiner Personalgemeinde selbst eingeführt bzw. vorgestellt.

IX. Schaumburg-Lippe

Zum Verständnis der kirchlichen Verhältnisse im früheren Fürstentum Schaumburg-Lippe, vgl. Heidkämper, Schaumburg-Lippische Kirchengeschichte vom dreißigjährigen Kriege bis zur Gegenwart, 1908, S. 56 ff.

„Es gibt in Deutschland 28 Landeskirchen, von denen allein die Ev.-luth. Landeskirche von Schaumburg-Lippe, die bereits seit 1895 von einem eigenen Landessuperintendenten geleitet wird, keine neue Verfassung erhalten hat ...“ (Stephan-Leube, Handbuch der Kirchengeschichte, 4. T., 1931, S. 434.)

„Am schnellsten vollzog sich der Verfassungsneubau in Schaumburg-Lippe, wo trotz sozialdemokratischer Mehrheit die Regierung dem kräftigen kirchlichen Leben im Lande Rechnung trug. Das Konsistorium, dessen laufende Unterhaltung der Staat durch einmalige Abfindung ablöste, schrieb mit Ermächtigung der Landessynode Neuwahlen aus, worauf die neu gewählte Synode schon am 28. November 1919 durch das Kirchengesetz über das Kirchenregiment die Landessynode zur alleinigen Gesetzgeberin in der Kirche machte.“ (Meyer, Johannes: Kirchengeschichte Niedersachsens, 1939, S. 247.)

„Der Erlaß einer neuen Kirchenverfassung erübrigt sich, da seit Einführung der Reformation eine selbständige lutherische Landeskirche in Schaumburg-Lippe bestand. Es gelten daher die früheren kirchlichen Verfassungsbestimmungen mit einigen Änderungen und Ergänzungen weiter.“ (Giese, II, S. 1006.)

Die in Frage kommenden Verordnungen betreffen:

1. Die Vertretung der evang.-luth. Kirchengemeinden, vom 3. 2. 1893 (vgl. Giese, II, S. 1007—1019);
2. Die Errichtung von Inspektionen in der evang.-luth. Landeskirche des Fürstentums Schaumburg-Lippe, vom 9. 5. 1895 (Giese, II, S. 1020—1022);
3. Erlaß einer Synodalordnung für die evang.-luth. Landeskirche des Fürstentums Schaumburg-Lippe, vom 10. 5. 1900 (Giese, II, 1023—27);
4. Ergänzung der Synodalordnung vom 10. 5. 1900, vom 20. 12. 1902 (Giese, II, S. 1029 f.)“

Die Landessynode konnte auf Grund des § 14 der Synodalordnung vom 10. 5. 1900 („Die Landessynode beräth und beschließt über die Angelegenheiten der gesamten evang.-luth. Landeskirche...“) nunmehr mit § 1 des neuen Kirchengesetzes beschließen: „Das auf die Landessynode übergegangene landesherrliche Kirchenregiment wird ausgeübt durch den Landeskirchenrat.“

Dem schamburgisch-lippischen Landessuperintendenten standen schon seit Jahrzehnten oberhirtliche Rechte, vor allem den Superintendenten gegenüber, zu. Nach dem Kirchengesetz vom 28. 11. 1919 ist er Mitglied des Landeskirchenrates, zwar nicht dessen Präsident, gehört aber zu den geschäftsführenden Mitgliedern desselben (§§ 3 und 6). Zu den besonderen oberhirtlichen Funktionen des Landessuperintendenten, bereits in der Verordnung von 1895 festgelegt, gehören: 1. die alljährliche Berufung der Predigersynode und die Bestimmung der für die Synode anzufertigenden Ausarbeitungen, 2. die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts am Gymnasium Adolfinum sowie in den höheren und städtischen Schulen, 3. die Einweihung neu erbauter Kirchen, 4. die Vollziehung der Ordinationen, 5. die alljährliche Aufstellung und Einsendung der Liste der für unabkömmlich zu erklärenden, noch im Militärdienstverhältnis stehenden Geistlichen, 6. die Ordnung und Aufbewahrung der Gesamtinspektionsregistratur und der Duplikate der Kirchenbücher.

Aus einem Vorschlag von Pastor Heidkämper-Bückeburg:

„... Da aber nun einmal die Wahl des Landessuperintendenten durch die Synode Gesetz geworden ist, muß um so mehr darauf hingearbeitet werden, daß vor der Wahl eines Landessuperintendenten, ebenso auch der Superintendenten der Pfarrerverein als die Standesorganisation der Geistlichen gehört wird. Es handelt sich um ganz besondere Vertrauensämter, und es kann dem Landessuperintendenten und den Superintendenten doch nur lieb sein, wenn sie wissen, daß sie das Vertrauen der Geistlichen haben. Jedenfalls besteht in anderen Kirchen die Mitwirkung der Pfarrer bei der Wahl der Superintendenten in irgendwelcher Form zu Recht, in Westfalen wählen sogar die Pfarrer den Superintendenten. Daß der Pfarrerverein wenigstens zu einer gutachtlichen Äußerung aufgefordert wird, müßte auch bei uns erreicht werden...“ (Die Verfassung der Schaumburg-Lippischen Kirche einst und jetzt, in: Evangelische Wahrheit, Hannoversche Halbmonatsschrift f. relig. und kulturelle Fragen der Gegenwart, Jahrgang XX, 1928/29, S. 159.)

Das Jahr 1927 brachte in Schaumburg-Lippe mit der Ausgestaltung eines „Landeskirchenamtes“, statt des früheren „Landeskirchenrates“, einige Änderungen. Das synodale Element blieb nicht ohne Einbuß. Heidkämper, vgl. a. a. O., Sp. 170, weist darauf hin, daß der Synodalausschuß, den man in anderen Landeskirchen besonders pfleglich behandelt hat, „fast zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken“ sei, und daß „der Präsident der Landessynode nicht der kirchlichen Behörde angehört und so ohne Fühlung mit der Geschäftsführung“ sei. Die damit gegebene Stärkung des konsistorialen Elements dürfte für eine lutherisch bestimmte kleine Landeskirche typisch sein, vgl. auch Sprenger: Die neue Kirchenverfassung in Schaumburg-Lippe, — in: Evangelische Wahrheit, Jahrgang XII, 1920/21, Sp. 312—315.

Haebler, Die rechtliche Stellung des Kirchenregiments..., 1925, S. 181 ff.) ist leider einem verhängnisvollen Irrtum anheimgefallen: Er verwechselt Schaumburg-Lippe mit dem kirchlich ganz anders strukturierten Lippe-Dehmold.

Eine Diskussion um den Titel „Landesbischof“ hat es in Schaumburg-Lippe, wie das Landeskirchenamt in Bückeburg mitteilt, nicht gegeben. Lt. Verordnung vom 13. 11. 1945 trägt der Landessuperintendent in seiner Eigenschaft als oberster Geistlicher und geistlicher Leiter der Landeskirche die Amtsbezeichnung „Landesbischof“. Während seiner Dienstzeit als Landesbischof ist er zugleich Präsident des Landeskirchenrates und -amtes. Mit ihrem lutherischen (Landes-)Superintendenten besitzt die kleine Landeskirche herkömmlicherweise ein „bischöfliches“ Amt. Die Vereinigte Evang.-luth. Kirche Deutschlands hat das anerkannt, als sie den ersten leitenden Bischof, D. Meiser, durch den schamburg-lippischen Landesbischof als dienstältesten Oberhirten einführen ließ.

X. Schleswig-Holstein-Lauenburg

1. Schleswig-Holstein

„... Die Hauptfrage unter den eigentlichen Verfassungsfragen bildete... diese: Nach welchem System ist die neue Verfassung zu gestalten? Die bisher geäußerten Vorschläge scheinen sich um drei Möglichkeiten zu bewegen, die durch die Worte Konsistorialsystem, Episkopalsystem und Synodalsystem bezeichnet werden. Eine Ordnung der neuen Verfassung nach dem Konsistorialsystem würde bedeuten, daß der bisherige Zustand, wenn auch mit Modifikationen, grundsätzlich erhalten bliebe. Besondere Bestimmungen wären bezüglich derjenigen Teile des landesherrlichen Kirchenregimentes zu treffen, die als „iura reservata“ bezeichnet worden sind. — Würde das Episkopalsystem = Bischofssystem eingeführt werden, so hieße dies nach den bisherigen Vorschlägen, daß nicht mehr ein weltlicher Präsident an der Spitze der Kirchenregierungsbehörde steht, sondern ein geistlicher Fachmann, d. h. ein Geistlicher. Ob diesem der Name Bischof gegeben würde, wäre eine Frage für sich, desgleichen, ob im übrigen der konsistoriale Organismus beibehalten würde. Ein wahres Bischofssystem wäre dies jedoch nicht, sondern nur ein modifiziertes Konsistorialsystem. Die Einführung eines wahren Bischofssystems würde bedeuten, daß ein Bischof wie ein Monarch an die Spitze der Kirche gestellt und daß seine Stellung nicht nur geistlich begründet, sondern auch kirchenregimentlich i. e. S. ausgebaut würde, etwa entsprechend der katholischen Kirche, was allerdings wohl weder zweckmäßig, noch nach dem reformatorischen Grundgedanken unserer Landeskirche möglich wäre. Dies würde jedenfalls eine Änderung von Grund aus bedeuten, ebenso wie die Einführung des reinen Synodalsystems. Unter Anlehnung an ein sehr treffendes Schlagwort aus den norwegischen Verfassungskämpfen zwischen Krone und Storting, welches lautete „all makt skal samles i denne sal“ (alle Macht soll in diesem, dem Stortings-Saal versammelt werden), würde die Einführung des Synodalsystems bedeuten, daß alle kirchliche Gewalt der synodalen Vertretung der Kirche im Gegensatz zu einer Behörde übertragen würde. Im Zusammenhange hiermit steht die Frage der Einführung des Parlamentarismus, d. h. des Systems der Parteiregierung oder -herrschaft. Als möglich ist auch eine Verbindung der drei Systeme mit einander bezeichnet worden, oder etwa des Konsistorial- mit dem Episkopalsystem bzw. des Synodalsystems mit dem Konsistorialsystem...“

„... Was die systematischen Vorarbeiten für die neue Landeskirchenverfassung betrifft, so sind, soweit uns bekannt ist, bisher folgende Verfassungsentwürfe ausgearbeitet worden: 1. ein Entwurf des Konsistoriums...; 2. ein von dem Justizrat Dr. Abraham und dem Professor der Theologie D. Sellin ausgearbeiteter Entwurf; nicht gedruckt...; 3. Richtlinien für die Verfassung, aufgestellt vom „Verein der Freunde evangelischer Freiheit“; 4. ein Entwurf, bearbeitet von Pastor Hansen-Altona-Ottensen, Justizrat Hems-Rendsburg, Justizrat Dr. Löhmann-Flensburg, Propst Meifort-Neumünster, Landrat Steltzer-Rendsburg, Pastor Tonnesen-Rendsburg...; 5. lehrreich für die Art, wie das Verfassungsproblem als Ganzes angefaßt werden kann, ist ein geistvoller Aufsatz des Landrats Steltzer-Rendsburg „Kirchenvolk, Kirchenverwaltung und geistliche Leitung“ in der Wochenschrift „Die Landeskirche“, 2. Jahrgang, Nr. 36, vom 11. September 1921. Seine Lektüre darf darum angelegentlich trotz Abwehrens in manchen Punkten empfohlen werden...“ (Wolgast: Schleswig-Holsteinische Kirchenverfassung in Vergangenheit und Gegenwart, 1922, S. 36 f.; 2 f.)

„... Die noch mit Allerhöchster Genehmigung auf Ende Oktober 1918 berufene, dann „bis November oder Dezember“ verlegte und endgültig auf den 17. Dezember berufene 14. ordentliche Gesamtsynode mußte selbstverständlich auch sofort zu der... geschaffenen völlig neuen Rechtslage Stellung nehmen. Bereits damals herrschte Einigkeit darüber, daß einerseits durch den Fortfall des landesherrlichen Kirchenregimentes die Notwendigkeit einer Umbildung der Verfassung gegeben sei, daß aber andererseits infolge ihres kirchengesetzlichen Charakters die Kirchengemeinde- und Synodalordnung vorläufig weiter zu Recht bestehe und auch durch Staatsgesetz nicht einseitig abgeändert werden könne. Die Erkenntnis dieser Tatsache führte im Verein mit der Erwägung, daß sich die einmal notwendige gewordene Verfassungsänderung nicht auf die Ergänz-

zung der durch die Revolution aufgerissenen Lücke werde beschränken lassen, und daß eine Überstürzung dieses neuen Verfassungswerkes unbedingt vermieden werden müsse, zu der wenigstens vorläufigen Zurückstellung der in einem Antrag des damaligen Kieler Oberbürgermeisters Lindemann am 6. Dezember 1918 ... geforderten 'alsbaldigen Berufung eines aus Wahlen auf der breitesten Grundlage hervorgegangenen Kirchentages' ... Statt dessen wurde einstimmig die Bildung einer Zentralstelle für alle mit der Trennung von Staat und Kirche zusammenhängenden Fragen beschlossen ... Formell wurde die durch den Fortfall des landesherrlichen Summepiskopats entstandene Lücke dadurch geschlossen, daß durch das Staatsgesetz zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen vom 20. März 1919 ... die Rechte des Königs als Trägers des landesherrlichen Kirchenregiments als 'bis zum Erlaß der künftigen Verfassung auf die von der Staatsregierung zu bestimmenden drei Staatsminister evangelischen Glaubens übergegangen' erklärt wurden ... Am 7. Januar 1919 hat ... eine erste Sitzung der Zentralstelle stattgefunden, die sich selbst den Namen 'Landeskirchliche Zentralstelle für Verfassungsfragen' gegeben hat. Außer den auf Vorschlag des Seniorenkonvents von der Gesamtsynode gewählten 15 Mitgliedern der Gesamtsynode waren schon zu dieser Sitzung eine Reihe weiterer kirchlich gesinnter Männer und Frauen aller theologischen Richtungen und eine Anzahl von Schulmännern hinzugezogen. Durch Ergänzung auf Vorschlag von Mitgliedern der Zentralstelle stieg ihre Zahl sodann von 45 auf insgesamt 64, von denen zwei im Laufe des Jahres gestorben und zwei auf ihren eigenen Wunsch ausgeschieden sind. Der Verfassungsausschuß, der aus seiner Mitte den Geheimen Justizrat Dr. Rendtorff zu seinem Vorsitzenden wählte, hat es nach seinem der landeskirchlichen Zentralstelle erstatteten Bericht 'als seine Aufgabe betrachtet, die zukünftige Verfassung der Landeskirche zu beraten' ... Die Landeskirchliche Zentralstelle hat mit den Beratungen am 1. und 2. Oktober 1919 ihre Aufgabe im wesentlichen als erledigt angesehen und ihre Arbeiten für immer eingestellt ... Die Haupt- und Kernfrage, ob die neue Verfassung von der Gesamtsynode — und zwar entweder von der bisherigen oder von einer neu zu wählenden — oder von einer eigens hierfür zu berufenden Landeskirchenversammlung beraten werden solle, wie die Zentralstelle mit großer Mehrheit vorgeschlagen hatte, führte in der zur Entscheidung hierüber auf den 17. Juni 1920 einberufenen außerordentlichen Gesamtsynode zu eingehenden Erörterungen. Die Entscheidung fiel zugunsten einer verfassunggebenden Landeskirchenversammlung ... Ihre einzige Aufgabe bestand darin, die künftige Verfassung festzustellen und zu erlassen, und die einzige Vorlage, die ihr gemacht wurde, war demgemäß der unter Mitwirkung des Gesamtsynodalausschusses aufgestellte 'Entwurf einer Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, der mit einer sehr eingehenden Begründung versehen war ... Nachdem die Landeskirchenversammlung in 4 Sitzungen den gesamten Komplex der mit der Neubildung der Kirchenverfassung im Zusammenhang stehenden Fragen im Plenum eingehend erörtert hatte, wurde auf Antrag Dr. Ehlers die Ausarbeitung des Entwurfs einem Ausschuß von 25 Synodalen mit der Ermächtigung übertragen, nach seinem Ermessen Unterausschüsse zu bilden und zwei von anderer Seite vorgelegte Teilentwürfe hinzuzuziehen. Nachdem im Gesamtausschuß im Januar eine mehrtägige Beratung über einzelne Hauptpunkte stattgefunden hatte, wurden Unterausschüsse gebildet ... Auf Grund der Arbeiten der Unterausschüsse wurden sodann neue Entwürfe für die einzelnen Abschnitte aufgestellt und im Juni in weiteren eingehenden Beratungen der am 18. September 1922 wieder zusammengetretenen Vollversammlung zu Grunde gelegt. Am 30. September wurde die Verfassung nach der bei der Einzelberatung beschlossenen Fassung mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen (Schmidt-Ratzeburg und Baumann-Woltorf wegen der Lauenburgische Kirche bewegenden Fragen) angenommen. An demselben Tage fand im Sitzungssaale des Rendsburger Rathauses, in dem am 9. März 1542 die alte schleswig-holsteinische Kirchenordnung durch Christian III. erlassen war, die feierliche Unterzeichnung durch den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Schriftführer der Synode statt ... Auf Grund des § 171 der Verfassung wurde vom Landeskirchenausschuß der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verfassung

für ihre verschiedenen Abschnitte durch Verordnungen vom 14. April, 2. Mai und 28. Oktober 1924 festgesetzt. Inzwischen waren am 22. Juni 1924 die Wahlen der Landessynode auf Grund der neuen Verfassung erfolgt. Sie wurde als erste ordentliche Landessynode am 13. Oktober 1924 in Rendsburg vom Präsidenten D. Dr. Müller als Vorsitzenden des Landeskirchenausschusses eröffnet. Nachdem sie am 16. Oktober den Generalsuperintendenten D. Mordhorst als Bischof für Holstein und am 29. Oktober die sieben synodalen Mitglieder der Kirchenregierung gewählt hatte, trat die Kirchenregierung noch am selben Tage zu ihrer ersten Sitzung zusammen und nahm die nach der Verfassung erforderlichen Wahlen und Ernennungen des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Landeskirchenamts vor. Am 6. Januar 1925 wurden von der Landessynode, nachdem Prof. D. Rendtorff-Leipzig die Wahl zum Bischof für Schleswig und zum Vorsitzenden der Kirchenregierung abgelehnt hatte, Propst Völkel zum Bischof für Schleswig und Bischof D. Mordhorst zum Vorsitzenden der Kirchenregierung gewählt. Hiermit war dem Verfassungswerk der Schlußstein eingefügt ...

Der Kernpunkt der Verhandlungen lag in der Frage der geistlichen Leitung und des Vorsitzes in den beiden kollegialen Organen der Landeskirche, der Kirchenregierung und des Landeskirchenamts ... Die Verfassung hat davon abgesehen, die geistliche Leitung der Gesamtkirche einem Landesbischof zu übertragen. Die Bischöfe für Schleswig und Holstein und der Landessuperintendent für Lauenburg sind im Bereich dieser ihrer übrigen Aufgaben, die eine erhebliche Erweiterung erfahren haben, durchaus selbständig und unabhängig, und zwar dergestalt, daß alle drei in dieser Beziehung untereinander völlig gleichstehen. Um zu verhindern, daß durch das Sondervorgehen eines einzelnen von ihnen auf Gebieten, die die ganze Landeskirche gleichmäßig berühren, Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten entstehen, bestimmt die Verfassung, 'daß sie sich in grundsätzlichen Fragen zu verständigen und auf eine einheitliche Leitung der Sprengel Bedacht zu nehmen haben' (§ 136 Abs. 3). Auf der anderen Seite drückt sich aber in der Bestimmung, daß nur einer der beiden Bischöfe Vorsitzender der Kirchenregierung sein kann, der klare Wille aus, an die Spitze der Kirche, auch abgesehen von der geistlichen Leitung, nicht einen Juristen, auch nicht irgendeinen Laien oder den Präsidenten der Landessynode, sondern einen der geistlichen Oberhirten der Landeskirche zu stellen, eine Regelung, die von der verfassunggebenden Kirchenversammlung in ihrer Mehrheit als die allein dem Wesen der Kirche entsprechende angesehen wurde. Diese Sonderstellung des einen Bischofs als Vorsitzenden der Kirchenregierung hat zur selbstverständlichen Folge, daß dem Vorsitzenden der Kirchenregierung die geschäftliche Leitung und die Vertretung der Kirchenregierung (und somit auch der Landeskirche selbst) nach außen gebührt, es ist aber wohl darauf zu achten, daß ihn diese Stellung nicht etwa zu einem dem andern Bischof übergeordneten 'Landesbischof' macht. Die Landessynode hat daher auch die Beilegung dieser Amtsbezeichnung mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf abgelehnt, daß sie zu Mißverständnissen führen würde ...' (Frh. v. Heintze, Traugott: Die Verfassung der Ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins ..., 1928, SS. 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 32, 33).

... Der Zusammenbruch des Staatskirchentums hat der schleswig-holsteinischen Landeskirche die nötige Handlungsfreiheit gegeben, um ihre Verfassung von sich aus neu zu gestalten. Es zeigte sich aber bald, daß radikale Änderungen an dem bestehenden Verfassungsbau der schleswig-holsteinischen Landeskirche gar nicht erforderlich waren, und daß man bei der Neuordnung weitgehend an Vorhandenes anknüpfen konnte ... Die Frage war nur, ob der Schwerpunkt in der Leitung der Kirche bei dem konsistorialen oder dem synodalen Element liegen sollte oder ob Konsistorium und Synode einer bischöflich-monarchischen Spitze untergeordnet werden sollte. In dieser Frage, die für die Gestaltung der schleswig-holsteinischen Landeskirche von hervorragender Bedeutung war, gingen die Meinungen und Wünsche am schärfsten auseinander. Schließlich hat das demokratische Denken der damaligen Zeit bei der Entscheidung dieser Frage den Ausschlag gegeben, und genau so, wie im verfassungsrechtlichen Aufbau des Staates das Schwerege-

wicht bei den mit ungeheurer Machtfülle ausgestatteten Parlamenten lag, wurde auch in der Organisation der Kirche das Schwergewicht auf das synodale Element gelegt, indem nach dem Wegfall des Landesherren die Landessynode der oberste Träger der Kirchengewalt geworden ist und alle andern Organe der Kirche ihre Rechte letzten Endes von der aus Wahlen der Gemeindeglieder hervorgegangenen Landessynode ableiten. Um aber eine schrankenlose Herrschaft der Souveränität des Kirchenvolkes repräsentierenden Landessynode zu verhindern, haben das Konsistorium, das jetzt Landeskirchenamt genannt wird, und die Kirchenregierung, welche sich aus synodalen und konsistorialen Elementen zusammensetzt, eine verhältnismäßig unabhängige Stellung gegenüber der Landessynode erhalten und bilden ein wirksames Gegengewicht gegen eine Parlamentsherrschaft. Die neue Verfassung der schleswig-holsteinischen Landeskirche weist also, genau wie die Verfassung zur Zeit des landesherrlichen Kirchenregiments, zwei Verfassungselemente auf, nämlich das konsistoriale und das synodale. Der Unterschied gegen früher ist aber der, daß der Schwerpunkt im verfassungsrechtlichen Aufbau der schleswig-holsteinischen Landeskirche nicht mehr bei dem konsistorialen, sondern bei dem synodalen Element liegt ... Die rechtliche Stellung der beiden geistlichen Oberherren für Holstein und für Schleswig ist aber deswegen, weil sie jetzt Bischöfe genannt werden, keine andere geworden als die der früheren Generalsuperintendenten. Zum Unterschied gegen früher hat aber der Aufgabenkreis der Bischöfe eine erhebliche Erweiterung erlitten, wie die Aufzählung der amtlichen Obliegenheiten der Bischöfe in den §§ 138 und 139 der Kirchenverfassung ergibt. Auch werden die Bischöfe nicht, wie früher die Generalsuperintendenten, von oben ernannt, sondern von der Landessynode auf Vorschlag der Kirchenregierung gewählt, wodurch sie in Beziehung zum genossenschaftlich-synodalen Element gebracht werden. Sie sind aber in ihrer Amtsführung durchaus selbständig und stehen nicht in parlamentarischer Abhängigkeit von der Landessynode ... Wenn wir die Verfassung, welche die schleswig-holsteinische Landeskirche sich als autonome Körperschaft nach dem Zusammenbruch des landesherrlichen Kirchenregiments gegeben hat, als Ganzes betrachten, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß diese Verfassung starke genossenschaftliche Züge aufweist. Durch die starke Betonung des genossenschaftlichen Elements ist aber der Charakter der schleswig-holsteinischen Landeskirche als Anstalt und göttliche Stiftung nicht angetastet worden ... Die schleswig-holsteinische Landeskirche hat sich bei ihrem Verfassungsneubau nicht völlig von einer Nachahmung der staatlichen Demokratie freigemacht, obwohl sie die Möglichkeit hatte, nach dem Zusammenbruch des Staatskirchentums ihre Verfassung von sich aus, ihrem Wesen entsprechend, neu zu gestalten. Zwar bringt die Verfassung der schleswig-holsteinischen Landeskirche im Gegensatz zu manchen anderen Landeskirchen Deutschlands den Gedanken der Obrigkeit verhältnismäßig stark zum Ausdruck, indem das Landeskirchenamt und die Kirchenregierung eine ziemlich unabhängige Stellung gegenüber der Landessynode erhalten haben. Das ändert aber nichts daran, daß die schleswig-holsteinische Landeskirche, wenn auch nur sehr gemäßigt, demokratisch-parlamentarische Formen in ihrem organisatorischen Aufbau angenommen hat; denn die Stellung der mit Mehrheitsbeschlüssen arbeitenden Synoden, das Fehlen einer einheitlichen Führung und die Ausgestaltung des Wahlrechts in der schleswig-holsteinischen Landeskirche kann nur verstanden werden, wenn man den Einfluß berücksichtigt, den das damals geltende staatliche Verfassungsrecht auf die innere Organisation der schleswig-holsteinischen Landeskirche gehabt hat. Durch die Nachahmung der staatlichen Demokratie hat die schleswig-holsteinische Landeskirche aber manches übernommen, was ihr wesensfremd ist, und so ist es ganz natürlich, daß mit dem Zusammenbruch des parlamentarisch-demokratischen Staates die schleswig-holsteinische Landeskirche das Bestreben hatte, die demokratisch-parlamentarischen Formen in ihrem organisatorischen Aufbau zu beseitigen und sich in verfassungsrechtlicher Hinsicht den Grundsätzen des neuen national-sozialistischen Staates anzugleichen ... Die verfassungsrechtliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Landeskirche zeigt, daß die schleswig-holsteinische Landeskirche bei der Gestaltung ihres organisatorischen Aufbaus in starkem Maße von den jeweils im Staatsrecht herrschen-

den Strömungen beeinflusst worden ist ..." (Geil, Heinz: Die verfassungsrechtliche Entwicklung der Ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in der preußischen Zeit bis zur Gegenwart, Diss. 1935, SS. 39, 40, 45, 51, 52, 56.)

Aus den „Verhandlungen der verfassungsgebenden Landeskirchenversammlung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein 1921/22“ (Kiel, Schmidt und Klauing, 1922):

Aktenstück Nr. 3 ... „Der Entwurf geht von drei Grundgedanken aus, die für die Umgestaltung des kirchlichen Oberbaues hauptsächlich in Betracht kommen und unter denen, soweit sie bei scharfer Ausprägung miteinander in Widerstreit kommen würden, es einen Ausgleich zu finden gilt. Die drei Grundgedanken sind: erstens die überragende Stellung, die der Landessynode als der Vertretung der gesamten evang.-luth. Gemeinden im Gebiet der schleswig-holsteinischen Landeskirche in dem Augenblick gebührt, in dem die Landeskirche selbst, deren oberstes Organ sie ist, alleinige Trägerin der Kirchenverwaltung wird; zweitens der Anspruch der geistlichen Oberherren auf eine selbstverantwortliche, von aller äußerlicher Behinderung freie Amtsführung in der geistlichen Leitung der Landeskirche; drittens die Notwendigkeit einer Verwaltungsbehörde mit unabhängigen, verantwortungsfreudigen geistlichen und weltlichen Mitgliedern. Aus der Anerkennung dieser drei Grundgedanken ergibt sich von selbst die Beantwortung einer Reihe von vielumstrittenen Einzelfragen ... Und weiter ist auch die Antwort auf die Frage, ob die eigentliche Verwaltung kollegial oder nach dem sogenannten Prärektursystem geführt werden soll, in der Annahme der obigen drei Grundsätze schon beschlossen ... Am umstrittensten von allen Fragen über die Leitung der Kirche ist die zukünftige Stellung des oder der geistlichen Oberherren. Der Name ist hierbei, was auch meist erkannt wird, von untergeordneter Bedeutung. Freilich liegt zweifellos in der Forderung des Bischofstitels gleichzeitig der Anspruch auf eine überragende Stellung, als sie bisher den Generalsuperintendenten zustand; andererseits kann man aber sowohl einen Generalsuperintendenten als auch einen Bischof, Landesbischof oder Landespropst entweder als Führerpersönlichkeit an die Spitze der ganzen Kirche stellen, oder aber nur mit der geistlichen Leitung betrauen. Bezüglich des Namens will der Entwurf die Frage offen lassen ... Zu wünschen ist nur gerade in diesem Punkt, daß es bei der Entscheidung wirklich gelingt, die Stimmung der Gemeindeglieder zum Ausdruck zu bringen. Ein neuer Name kann, auch wenn er sprachlich schöner ist als der alte, viel Schaden anrichten, wenn das Kirchenvolk für ihn kein Verständnis hat. Was nun den Kernpunkt der Frage anbetrifft, so läßt sich gar nicht leugnen, daß in weitesten Kreisen auch unserer schleswig-holsteinischen Landeskirche und zwar sowohl bei Pastoren wie bei Laien, der lebhafteste Wunsch besteht, einen Geistlichen, sei es unter welchem Namen auch immer, als Leiter auf allen kirchlichen Gebieten an die Spitze der Landeskirche zu stellen ... Trotz entgegenstehender Meinung von gewichtiger Seite muß daran festgehalten werden, daß gerade für uns ... die ... geistliche Spitze nur möglich ist, wenn die in Betracht kommende Persönlichkeit auch im übrigen in der geistlichen Leitung der Landeskirche eine einzigartige Sonderstellung einnimmt. Stehen neben ihr aber ein oder gar mehrere andere Geistliche auf der gleichen Stufe des geistlichen Amtes, mit den gleichen Amtsrechten und -pflichten, so können diese unmöglich als Leiter der Gesamtkirche unterstellt, aber gleichzeitig als geistlichem Leiter seines Sprengels nach wie vor gleichgeordnet bleiben ... Diese Feststellung bedeutet aber für unsere Landeskirche das Erfordernis einer völligen Neugestaltung des Amtes selbst. Das Ziel ist nur erreichbar, wenn die Generalsuperintendenturen für Schleswig und Holstein und der Superintendentur Lauenburg beseitigt und statt dessen eine einheitliche oberste geistliche Stelle, mit welchem Namen auch immer, geschaffen würde. Ob es politisch richtig sein wird, gerade jetzt einen Schritt zu tun, der tatsächlich ohne Frage als Aufhebung der schleswigischen Generalsuperintendentur gewertet werden würde, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Auch ist es noch ganz unübersehbar, wie Lauenburg, dessen bisherige Sonderrechte dadurch geschmälert werden würden, sich zu dieser Frage stellen und welche Folgen der Versuch einer zwangsweisen Durchführung haben würde ... Es ist ganz ausgeschlossen, daß eine Einzelpersönlichkeit in Zukunft erstens das Amt eines Generalsuperintendenten

im bisherigen Umfange für das Amt der ganzen Landeskirche wahrnimmt, zweitens — über den Kanon des bisherigen Amtes hinaus — die geistliche Leitung und alle im Entwurf sonst noch vorgesehenen neuen Ausgaben der Generalsuperintendenten gleichfalls für die ganze Landeskirche übernimmt, und drittens, in welcher Form auch immer, sei es als Präsident nur der Kirchenregierung oder auch des Landeskirchenrats, die Gesamtleitung der Landeskirche in die Hand nimmt. Wenn auf den Einwand, die Zeit eines einzelnen Mannes könne niemals ausreichen für diese Überfülle von Geschäften, und die ganze Kirche müsse unter einer solchen Überbürdung ihres führenden Geistlichen schwer leiden, erwidert würde, dasselbe würde auch für den weltlichen Leiter der Landeskirche Geltung haben, so würde dabei völlig übersenen, daß von diesem ja gerade die geistliche Leitung ihrem ganzen Umfang nach, soweit sie ihm bisher überhaupt zustand, genommen und auf die Generalsuperintendenten übertragen werden soll. Die Neuordnung des Entwurfs würde also für ihn im Gegensatz zum Bischof eine wesentliche Erleichterung und Entlastung von Amtsgeschäften bedeuten. — Bei dieser ganzen Erörterung ist mit Absicht die Frage ausgeschaltet, wie im einzelnen die Befugnisse des Bischofs gegenüber den Behörden bzw. dem ältesten juristischen Mitglied abzugrenzen sein würden ... Hier handelt es sich nur darum, grundsätzlich festzustellen, daß gerade das, was die Verrassung ihm als Neues geben soll, nämlich die Initiative nicht nur, sondern auch die letzte Verantwortung im ganzen Geltungsbereich der Landeskirche, soweit sie überhaupt einer Einzelpersonlichkeit übertragen wird, von ihm ohne wesentliche Entlastung auf seinem ureigensten Gebiet als geistlicher Oberhirte schlechterdings nicht getragen werden kann. Hieran würde auch das nichts ändern, wenn man ihm ... einen rechtskundigen Vizepräsidenten als ständigen Vertreter bei Erledigung der laufenden Geschäfte zur Seite stellte ... Eine solche Entlastung ließe sich aber wieder nicht ohne grundlegende, einschneidende Veränderungen in der Propsteiinstanz (Zusammenlegung der Propsteien, Schaffung von Propstenstellen im Hauptamt usw.) durchführen und würde finanziell unübersehbare Folgen nach sich ziehen. Auch die Stellung des Bischofs zur Landessynode würde durch die Übertragung aller dieser Geschäfte wesentlich verschoben werden. Als Vorsitzender oder jedenfalls doch als Leiter von Landeskirchenrat und Landeskirchenregierung würde er der Landessynode zweifellos verantwortlich sein ... Ob aber nicht eine solche Abhängigkeit von der synodalen Mehrheit gerade für das geistliche Amt sehr unerwünscht sein würde, ist doch zum mindesten erster Prüfung wert. — Die Schwierigkeiten, die, wie gezeigt, überall auftauchen, wenn man es wirklich unternimmt, den Gedanken der geistlichen Spitze in dieser oder jener Form für unsere Landeskirche praktisch durchzudenken, sind so groß, ja fast unübersteigbar, daß die Regelung des Entwurfs sich demgegenüber durch Einfachheit und praktische Brauchbarkeit empfiehlt ... Die Hauptfrage ist aber eben die, ob nicht die Stellung dieses Generalsuperintendenten, der in seinem eigenen Amt als Oberhirte und pastor parvorum völlig frei und unter eigener Verantwortung handelt und dadurch auch der Landessynode innerlich durchaus frei gegenübersteht, im übrigen aber absichtlich nicht mit der Verantwortung für die notwendige und doch nicht zum innersten Wesen der Kirche gehörenden Verwaltung und Leitung nach außen beschwert ist, evangelischer und geistlicher ist als die des Kirchenfürsten, der mit der äußeren Würde auch die ganze Last der Verantwortung für ein Gebiet zu tragen hat, das ihm stets fremd bleiben wird und muß, dem er seine besten Kräfte nicht widmen darf, sollen nicht seine ureigensten Aufgaben zu kurz kommen. Der Teilentwurf des Preßverbandes sucht die Gefahr einer bürokratischen Herrschaft dadurch zu bannen, daß er die Leitung der Verwaltung dem Laien nimmt und in die Hände der Geistlichen legt. Der vorliegende Entwurf sucht das gleiche Ziel dadurch zu erreichen, daß er die Inhaber der obersten geistlichen Ämter in diesen Ämtern völlig selbständig macht."

Aktenstück Nr. 4 ...

§ 104

Die Organe der Landeskirche sind: 1. die Landessynode, 2. die Kirchenregierung, 3. der Landesbischof, 4. das Landeskirchenamt.

§ 124

(1) Die Kirchenregierung besteht aus: 1. dem Landesbischof, 2. fünf Mitgliedern der Landessynode ... 3. dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und dem hauptamtlichen Mitglieder des Landeskirchenamts.

(2) Den Vorsitz der Kirchenregierung führt der Landesbischof ...

§ 135

(1) Der Landesbischof wird von der Landessynode auf Vorschlag der Kirchenregierung auf Lebenszeit gewählt. Die Wahl erfolgt mit Stimmzettel und erfordert die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ...

§ 136

(1) Die geistliche Leitung der Landeskirche liegt dem Landesbischof ob.

(2) Der Landesbischof vertritt die Landeskirche in allen nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten nach außen.

(3) Der Landesbischof wird bei der Erledigung seiner Obliegenheiten durch die geistlichen Mitglieder und Hilfsarbeiter des Landeskirchenamts nach Bedarf unterstützt und vertreten.

§ 137

Zu den amtlichen Obliegenheiten des Landesbischofs gehört insbesondere:

1. die Leitung der theologischen Prüfungen,
2. die Aufsicht über die Kandidaten während ihrer praktischen Ausbildung,
3. die Ordination der Geistlichen und die Einführung der Präpste in ihre Ämter,
4. die Leitung und Beratung der Geistlichen bei der Führung ihres Amtes sowie auch in allen persönlichen Angelegenheiten,
5. die Abhaltung jährlicher amtlicher Zusammenkünfte mit den Präpsten,
6. die Teilnahme an Propsteisynoden und Propsteikonferenzen nach freiem Ermessen,
7. die Heranziehung von Geistlichen zu allgemein kirchlicher Hilfsarbeit,
8. die Fürsorge für die kirchlichen Arbeiten, welche sich über den ganzen Sprengel erstrecken, wie Jugendpflege, Volksmission, Evangelisation, Apologetik, kirchliches Vortragswesen, Presse, Schriftenwesen,
9. die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung der Verbindung mit den Organen der Inneren und Äußeren Mission,
10. die Wahrung der kirchlichen Interessen auf dem Gebiet der Schule und der Erziehung.

§ 138

Dem Landesbischof steht das Recht zu

1. bei der Besetzung geistlicher Stellen innerhalb der gesetzlichen Grenze Vorschläge zu machen,
2. Kirchen und gottesdienstliche Gebäude oder Räume einzuweihen,
3. alle Gemeinden seines Sprengels nach fester Ordnung zu visitieren sowie auch außerordentliche Visitationen vorzunehmen,
4. nach vorheriger, rechtzeitiger Anmeldung in den Kirchen seines Sprengels Gottesdienste zu halten,
5. Ansprachen an Geistliche und Kirchengemeinden zu erlassen und für ihre Kundgebung das Kirchliche Gesetz- und Verordnungsblatt zu benutzen.

§ 140

Die disziplinarischen Befugnisse des Landesbischofs gegenüber den Geistlichen werden durch Kirchengesetz festgestellt. Jedenfalls steht dem Landesbischof das Recht und die Pflicht zu, wenn ihm über die Amtsführung oder den Wandel eines Geistlichen Ungünstiges bekannt wird, die Angelegenheit aufzunehmen und sie entweder persönlich durch Mahnung oder Warnung zu erledigen oder für die Weiterverfolgung im Disziplinarwege Sorge zu tragen.

§ 141

(1) Für die evangelisch-lutherischen Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg werden die Rechte und Pflichten des Landesbischofs durch den Landessuperintendenten für Lauenburg wahrgenommen ...

Aktenstück Nr. 8 ... Während diese Bestimmungen den in der allgemeinen Aussprache aufgestellten Richtlinien entsprechen und über sie kein grundsätzlicher Kampf der Meinungen stattfand, geschah das um so mehr hinsichtlich der übrigen Stücke der Richtlinien: Die zwei Sprengel Schleswig und Holstein wurden beseitigt und die einheitliche geistliche Leitung der Landeskirche beschlossen, die Bezeichnung des Leiters als Generalsuperintendent durch „Landesbischof“ ersetzt und der Landesbischof auch an die Spitze der Kirchenregierung gestellt. Die Beschlüsse wurden freilich mit so geringer Mehrheit gefaßt, daß eine bei der zweiten Lesung auf Grund eines Mißverständnisses abgegebene Stimme eine Mehrheit für die Wiederherstellung des Konsistorialentwurfs ergab und die erst durch das Mißverständnis notwendig gewordene Wiederholung der Abstimmung die Mehrheit der ersten Lesung (für den Landesbischof) wiederherstellte. Die Freunde der geistlichen Spitze erhoffen davon eine Stärkung und Belebung des der Kirche Wesenhaften, des geistlichen, religiösen Elements und eine Zurückdrängung des bloß Verwaltungsmäßigen, Bürokratischen. Die Gegner sehen gerade den geistlichen und religiösen Einfluß gefährdet durch die Beseitigung des einen Generalsuperintendenten, durch die Übertragung aller geistlichen Aufgaben auf einen Mann und durch die Belastung desselben mit den Geschäften der Kirchenregierung.

Aktenstück Nr. 12 ... Zu § 102 (Antrag Abgeordneter Baumann und Genossen): Für „Landessuperintendent für Lauenburg“ soll es heißen: „Bischof für Lauenburg“.

Aus den Verhandlungen im Plenum (vgl. „Verhandlungen der verfassungsgebenden Landeskirchenversammlung der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein 1921/22, Kiel, Schmidt und Klaunig, 1922):

3. Sitzung, 14. 12. 1921, Abg. Riewerts:

„... Das schwierigste Stück ist die Neugestaltung der Kirchenleitung. Drei Elemente, das synodale, das kollegiale und das episkopale, müssen zusammenwirken. In dieser Sache wird die Kommission viel gründliche Arbeit zu leisten haben. Aber eins muß hierbei ganz ausscheiden ..., nämlich der Gesichtspunkt, als ob es im Interesse der Hebung des geistlichen Standes liege, durch Schaffung einer episkopalen Spitze diesem Stande bessere Aufstiegsmöglichkeiten zu geben. Ich möchte, daß der Gesichtspunkt gewahrt bleibt, daß es für unseren Stand keine höhere Ehrenstellung gibt, als Pastor einer Gemeinde zu sein, getragen von dem Vertrauen dieser Gemeinde. Das kommt symbolisch dadurch zum Ausdruck, daß ein Pastor, wenn er Propst wird, aus seinem Titel die ‚Ehre‘ verliert, weil er das Gemeindeamt nun mit anderen Obliegenheiten teilen muß ...“ (a. a. O., S. 26.)

Bevollmächtigter D. Freiherr v. Heintze:

„... Ich komme zur geistlichen Spitze. Ich gestehe, der Gedanke hat etwas sehr Verlockendes! Wir lehnen sie trotzdem ab, wobei aber für uns der Gedanke an die Möglichkeit des Aufstieges eines Kirchenjuristen ebenso wenig eine Rolle spielt, wie das vorhin von den Pastoren bezüglich der geistlichen Spitze gesagt worden ist. Der Titel ‚Generalsuperintendent‘ ist ja sehr unbeliebt, aber er ist urschleswig-holsteinisch und zwar zum mindesten seit 1636 da. Der ‚Bischof‘, der sozusagen in der Luft liegt und den Schriftstellern schon in die Feder fließt, wenn sie den Generalsuperintendenten meinen, ist für uns in Schleswig-Holstein eine ziemlich neue Erfindung. Der Titel ist von Dänemark ein- oder zweimal verliehen worden. Die Namensnennung ist zwar nur Nebensache, aber wenn es immer wieder heißt, das Volk will einen Bischof, so glaube ich, daß sehr viele, die das sagen, den Gedanken nicht zu Ende gedacht haben. Auch sind manche Unklarheiten zutage getreten. Vor allem kann er m. E. keinesfalls die drei vorhandenen Träger des oberhirtlichen Amtes absetzen und einem Manne alle ihre Aufgaben übertragen. Wenn ich aufs wärmste gegen diesen geistigen Leiter bin — man kann auch warm gegen etwas eintreten —, so ist das nur aus Ehrfurcht vor dem hohen geistlichen Amt, das ich in seiner Kraft und Intensität um nichts geschwächt, sondern das ich gestärkt wissen möchte, und aus Furcht, daß seinen Träger sonst die Fülle der Geschäfte nicht zu seinem eigentlichen Amt kommen lassen würde. Es geht nicht an, in demselben Augenblick sein geistliches Amt zu vertiefen und ihn mit all dem bürokratischen Quark — verzeihen

Sie den harten Ausdruck — zu belasten. Anders kommt die Bürokratie, die Sie hinaustreiben wollen, auch noch in die geistliche Spitze ... Gewiß, Sie haben es in der Hand, zu verfügen, daß neben dem Landesbischof oder unter ihm die beiden Generalsuperintendenten und der Superintendent von Lauenburg bleiben. Das ist theoretisch möglich. Es ist theoretisch ebenso möglich, wie das geistliche Element aus dem Landeskirchenrat auszuschneiden. Aber vielleicht werden Sie gerade in diesem Punkt doch auch uns, die wir praktisch in diesen Sachen drinstehen, hören. Gerade das war das Bedeutsame in unserm Kollegium, daß Geistliche und Weltliche in ihm zusammensaßen, und daß gerade wir Juristen durch die Mitarbeit der Herren Geistlichen eine immer erneute Vertiefung unserer kirchlichen Auffassungen erfahren haben, und daß vermieden wurde, daß die Verwaltungsmaschinerie sich öde abhaspelte. Wagen Sie nicht ein gefährliches Risiko, wenn Sie nach einem Ideal haschen, und das Gute, in der Praxis Bewährte unberücksichtigt lassen? Welche Aufgaben würde nun aber der Landesbischof haben? ... Es ist gesagt, ‚er solle das Recht haben, auf die freie Arbeit der Landeskirche befruchtend einzuwirken‘. Aber wie ist diese Aktion gedacht, wenn der Landesbischof völlig neben der Kirchenverwaltung und somit auch neben den Generalsuperintendenten steht? Er muß notwendig weltfremd werden. Oder wollen Sie einen Bischof, der nur als ein Deus ex machina hier und da überraschend eingreift?“ (a. a. O., S. 31.)

Abg. Hansen-Altona:

„... Wenn gesagt wurde: der Bischof kann sich doch unmöglich um ‚jeden Quark‘ kümmern, so ist das auch gar nicht unsere Meinung. Wir verweisen auf die Parallele des Regierungspräsidenten, Oberbürgermeisters, Ministers, Leiters eines großen industriellen Unternehmens, von welchen die beiden letzteren häufig auch keine Verwaltungsvorbildung besitzen. Es handelt sich für uns nur darum, daß der Bischof als Vorsitzender die Direktiven gibt. Der von uns vorgesehene Vizepräsident würde ein bedeutendes Arbeitsgebiet in nicht geringer Selbständigkeit, auch Verantwortlichkeit haben. Es sei übrigens bemerkt, daß mir ein Nebeneinander mehrerer Generalsuperintendenten durchaus diskutabel erscheint. Es würde dann — so wollen es ja Th. Kaftan und der Entwurf des Evangelischen Oberkirchenrats für die Provinzialinstanz — einer derselben die Leitung der Verwaltung haben ... Was die Namens-(Titel-)Frage betrifft, so ist sie m. E. durchaus eine cura posterior. Jedenfalls scheide man scharf zwischen Namen und Sache. Wenn der Herr Bevollmächtigte hier gegen die Bezeichnung ‚Bischof‘ polemisiert hat, so hat mich das überrascht, da dieselbe doch in dem von ihm verfaßten Entwurf in Parenthese zur Verwendung kommt ... Es sei noch darauf hingewiesen, daß in einer ganzen Zahl deutscher Landeskirchen der von uns vertretene Gedanke einer geistlichen Leitung, auch über das innerkirchliche Gebiet hinaus, bereits als geltende Ordnung festgelegt ist oder in den vorliegenden Entwürfen vertreten wird. Worauf kommt es uns letztlich an? Auf dieses, daß das eigentliche Leben der Kirche nicht in der Verwaltung pulsiert, sondern in der Arbeit ...“ (a. a. O., S. 33 f.)

Abg. D. Baumgarten:

„... Nun zur Frage des Bischofs ... Ich stehe da dem Entwurf des Konsistoriums näher als meinen Freunden in der Mitte. Unsere bisherige Ordnung der Spitze hat nicht diesen schweren Mißstand gezeigt, daß eine Neuschaffung nötig wäre. Daß in weiten Kreisen der schleswig-holsteinischen Landeskirche das Drängen auf starke geistige Führung vorhanden ist, ist nicht zu verkennen, und darüber soll man nicht leicht hinweggehen, und ich verstehe, daß wir gegenüber dem Beamtentum der Kirche nun einmal das Pendel nach der andern Seite sich überschwingen lassen. Aber es ist Gefahr, daß damit das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Ich meine, daß wir mehr Verständnis und Achtung vor der Arbeit der Juristen in der Kirche haben sollten. Ich habe es oft beobachtet, daß, wo die Geistlichen mit dem Kopf durch die Wand gehen wollten, uns die Kirchenjuristen an die Wirklichkeit erinnert haben. Sie wußten die Beikommenheiten — mit Klaus Harms zu reden — und konnten sagen: dies oder jenes schließt sich aus durch eine Gesetzesbestimmung. Demgegenüber habe ich die Besorgnis, daß die Konstruktion, die uns vorgetragen ist, in

die Luft gebaut ist ... Ich habe in den 28 Jahren manche Person an mir vorüberziehen sehen und muß mich fragen: wie würde dieser oder jener sich mit solcher Machtfülle, wie sie ihm die bischöfliche Verfassung geben will, verhalten? Ich habe ein Bild vor Augen, das des allverehrten Präsidenten Bezzel. Er ist ein warnendes Beispiel. Er war ein Mann von glühendem Eifer für die Sache des Herrn; ich werde ihm nie den Vorwurf machen, daß er gemischte Motive hatte; er war eine der reinlichsten Erscheinungen in unserem Leben. Ich weiß, wie schwer ihm, der dem Herrn ganz dienen wollte, sein Amt geworden ist. Er mußte paktieren, er mußte Kompromisse schließen. Das ist es, was die Juristen verstehen. Aber wir Geistlichen können es nicht so; wir haben die idealen Forderungen, und dann rennen wir an, und es kommen die gebrochenen Linien, die manche ernstesten Männer so schwer tragen ..." (a. a. O., S. 35.)

4. Sitzung, 15. 12. 1921

Abg. Dr. Löhmann:

"... Wir wünschen bei einer Landeskirche einen Fachmann an der Spitze der Verwaltung, einen Geistlichen. Man fragt: Wie kann dieser eine Mann das alles leisten, was von ihm verlangt worden ist? Ja, wie kann ein Jurist denn das alles leisten? Ich verkenne absolut nicht die schwerwiegenden Bedenken, die insbesondere von Seiten des Herrn Bevollmächtigten der Kirchenregierung hier vorgebracht werden. Es ist fraglos, daß eine große Last auf solch einem Manne ruht, und es gehören tüchtige Männer dazu und auch Kräfte von nicht gewöhnlicher Art. Aber wir brauchen nicht zu fragen: wo sollen wir sie finden? Die lassen sich finden, das Vertrauen haben wir; wir sollten ihnen nur die Möglichkeit schaffen, sich zu entfalten ..." (a. a. O., S. 42.)

Abg. Dr. Stubbe:

"... Der Abgeordnete Löhmann hat sich für eine bischöfliche Spitze verwandt. Ich gehöre mit ihm zu der landeskirchlichen Gemeinschaft. Aber wenn er und bestimmte Freunde so kräftig für den 'Bischof' eingetreten sind, so ist das nicht im Namen der Gruppe geschehen. Ich habe beim Entwurf des Preisverbandes immer den Kopf geschüttelt. Was soll darin alles der Bischof leisten! Das ist ja ein Stück Allwissenheit und Allweisheit, und bei einem Bischof für alle Pastoren und Gemeinden in Schleswig-Holstein und Lauenburg dazu ein Stück Allgegenwart, was von ihm verlangt wird. Da möchten wir ihm nicht auch noch ein Stück Allmacht geben. Vor solcher Gottähnlichkeit wird mir bange. — Ohne Scherz gesagt: Uns ist der Generalsuperintendent zu gut für die vielen Verwaltungssachen und Repräsentationen. Was tut er denn Großes, wenn er bei all den Verhandlungen präsidiert? Dergleichen kann eine beliebige andere tüchtige Persönlichkeit auch. Wir möchten den 'Landespropst' wirklich als Pastor für die Pastoren, als seelsorgerliche pastorale Persönlichkeit für seinen Sprengel haben. Je mehr äußere Arbeit ihm abgenommen wird, um so mehr wird er für solche innerliche Arbeit frei. Der Titel ist Nebensache. Ich wäre immerhin für den 'Landespropst' zu haben. Dabei können auch unsere ländlichen Gemeinden sich etwas denken. 'Bischof' das klingt so innerlich, meint man; was ist dabei viel Innerliches? Oder, wenn man ihn urkirchlich mit den 'Presbytern' zusammennimmt, so darf man nicht vergessen, daß die Bischöfe für Verwaltungs- und Finanzsachen eingesetzt waren. Auch dabei ist nichts Innerliches. Freilich haben wir auf deutschem lutherischem Gebiet einen Bischof, den Bischof Deutsch in Siebenbürgen; er ist in der Tat eine 'Führerpersönlichkeit'. Aber Siebenbürgen ist ein Reich für sich. Bei dem Titel 'Bischof' denke ich landesgeschichtlich an Dänemark, welches uns nach 1851 Bischöfe gab, und kirchengeschichtlich an Rom, welches die Menschheit mit Bischöfen als Kirchenfürsten und Hierarchen versieht. Mit beiden wollen wir nichts zu tun haben. Ich bleibe lieber bescheiden beim 'Landespropst' stehen." (a. a. O., S. 42.)

Abg. Steltzer-Rendsburg:

"... Wenn man überhaupt die Notwendigkeit einer geistlichen Spitze bejaht, kann man sie nicht neben die Verwaltung stellen. Es muß auch äußerlich zum Ausdruck kommen, daß nicht die Verwaltungsaufgaben, sondern diese inneren Aufgaben das Wesentliche sind. Die praktische Lösung hierfür in der Verfassung zu schaffen, ist

dann eine verwaltungstechnische Aufgabe. In der Spitze der Kirche berühren sich Verwaltung und geistliche Spitze oder ... Verfassungskirche und Glaubenskirche. In der Spitze darf aber kein Dualismus bestehen. Deshalb muß die Verwaltung zugunsten der geistlichen Spitze zurücktreten. Es ist gute Sitte geworden, Ziele und Forderungen historisch zu entwickeln. Hier möchte ich nur andeuten, daß sich meines Erachtens die Notwendigkeit der Führung einzelner gerade aus innerstem deutschem Wesen heraus begründen läßt. Wir Deutsche wünschen auf allen Gebieten kraftvolle Einzelpersönlichkeiten an der Spitze, die Einheit und Kraft und geschlossenes Wollen repräsentieren und dadurch auch stärkend auf den einzelnen in seiner isolierten Arbeit zurückwirken ... (a. a. O., S. 49.)

Abg. v. Rumohr:

"... Ein Bischof muß nur Leiter der Kirchenregierung, an den Geschäften des Landeskirchenrats möglichst unbeteiligt sein. Er soll Leiter der Kirchenregierung sein und die Tätigkeit der zwei oder drei Generalsuperintendenten wahrnehmen können. Daß die drei bleiben, halte ich für nicht möglich. Aber die Tätigkeit als Generalvisitator ist auch nicht mehr so notwendig wie früher. Die Zeiten sind andere geworden. Früher war ein häufiger Besuch des Bischofs beim Geistlichen wegen der Schwierigkeit der Verbindung notwendig, heute können sie sich leicht auf allen möglichen Wegen treffen. Wir haben auch zeitweilig die Zusammenfassung der Herzogtümer unter einer Hand gehabt. Es müßte also auch wieder möglich sein bei den erleichterten Verhältnissen unserer Tage. Ich wünsche, daß Lauenburg dort, wo es selbständig und unabhängig war, in jeder Weise in seinen Rechten unangetastet bleibe. Man muß sich vor jedem Eingriff scheuen. Es läßt sich auch machen, wenn der Lauenburger Superintendent als ständiger Vertreter des Bischofs bestellt wird. Als die Kirchengemeinde- und Synodalordnung beraten wurde, hat man gehofft, daß neues Leben durch ihre Einführung entstehen würde. Das hat sich nicht bewahrheitet. Das werden wir auch jetzt nicht durch die Verfassung erreichen, wohl aber hoffe ich, daß ein Bischof neues Leben wecken und daß es ihm gelingen wird, neuen Wein in den neuen Schlauch zu gießen." (a. a. O., S. 49 f.)

Abg. Heesch:

"... Wir brauchen geistliche Führung in den geistlichen Dingen, aber führen und herrschen ist nicht dasselbe. Es wird gesagt, das Kirchenvolk wünsche an der Spitze der Kirche einen Geistlichen, einen Bischof zu sehen; ich weiß nicht, ob dieser Wunsch wirklich so allgemein vorhanden ist. Jedenfalls habe ich es erlebt, daß es einem Laien, dem ich den Bischofsgedanken auseinandersetzte, unwillkürlich entfuhr: 'Dann bekommen wir wohl auch noch einen Papst!' Das war eine kurze, schlagende Kritik. Und ob wir nicht auch wirklich — in anderem Sinne, als jener es meinte — einen Papst bekommen würden? Die Wucht des Amtes würde doch vielleicht jeden unwillkürlich dahin drängen." (a. a. O., S. 52 f.)

Abg. Riewerts:

"... Die Bischofsfrage wird vielfach in dem Zusammenhang behandelt, daß man nach einem Führer suche. Diese Stimmung ist durchaus berechtigt, zumal in der gegenwärtigen Zeit, in welcher alte Autoritäten dahingesunken sind; falsch ist es aber zu meinen, man könne dieses Verlangen nach einem Führer auf dem Wege der Verfassung befriedigen. Führer müssen geboren sein, müssen von Gott gegeben werden. Darum warne ich davor, die Bischofsfrage mit der Führerfrage zu verquicken ..." (a. a. O., S. 53.)

Abg. Schmidt-Ratzburg:

"... Es geht ein ökumenischer Zug durch die Welt der Reformationskirchen. Es handelt sich auch darum, der geschlossenen römischen Kirche gegenüber zu einem Zusammenschluß gerade der lutherischen Kirchen Deutschlands und der Nachbarländer zu kommen ... Unter den Lutheranern aller Länder, namentlich des Nordens — man beachte nur Finnland und das Baltikum — wird ein stärkerer Zusammenschluß bischöflich verfaßter lutherischer Kirchen erstrebt. Wir stehen also in der Linie der 'ökumenischen' Bewegung, wenn wir auch in Schleswig-Holstein ein geschlossenes kirchliches Führeramt suchen, das 'ökumenisch' einen Zusammenschluß reformatorischer Art fördern und Rom eine ebenbürtige Geschlossenheit entgegensetzen kann. Das ist der 'Bischof', nicht ein 'Kirchenpräsident'. Man hat aus einer Befangenheit gegenüber

dem Bischofsnamen von ‚Landespastor‘ und ‚Landespropst‘ gesprochen. Ich weise auf die Parallele hin, daß es auch ‚Landesrabbiner‘ gibt. Demgegenüber nehme ich lieber den Namen ‚Bischof‘ in Kauf. Denn im ‚episcopus‘ steckt doch neutestamentlicher Wert. Es würde uns damit auch gelingen, ein Amt für groß veranlagte Persönlichkeiten, die Gott beruft, zu schaffen, da ein geeigneter Rahmen ihres Wirkens grundsätzlich da ist. Die einzige Schwierigkeit bleibt lediglich die Geschäftsverwaltung ... (a. a. O., S. 57 f.)

11. Sitzung, 25. 9. 1922, Abg. Baumgarten:

„... Ich verabscheue alles, was irgend an Katholizismus in unserer evangelischen Kirche erinnert. Sie können noch so oft sagen, daß in Skandinavien das Bischofsamt besteht. Das beweist gar nichts für unsere Verhältnisse. Namen sind an dieser Stelle mehr als Schall und Rauch. Es läuft darauf hinaus, daß eine Persönlichkeit von Amts wegen einen derartigen Druck ausübt, daß einzelne selbständige Persönlichkeiten dadurch nicht zur Geltung kommen. Ich habe in dieser Hinsicht eine große Besorgnis ... Sie ist bestärkt worden durch das, was man mit dem Kirchenpräsidenten von Bayern erlebt hat. Es ist die Besorgnis, eine Hierarchie zu züchten. Außerdem bietet das ganze System gar keine Garantie, daß man auf diesem Wege persönliche schöpferische Kräfte frei macht; wenn eine solche Kraft da ist, dann wirkt sie unabhängig von allen amtlichen Befugnissen durch das Schwergewicht ihres geistigen Vermögens ... Sie verlangen von dem einen Manne viel zu viel. Es ist ganz unmöglich, daß eine einzelne Persönlichkeit diese Fülle von Aufgaben zu lösen imstande wäre. Einer allerdings hat unter uns gelebt, der sich das zumuten könnte. Aber ich bin nicht sicher, ob nicht diese Persönlichkeit, wenn sie diese Privilegien, die Sie dem Bischofsamt verfassungsmäßig zusprechen wollen, gehabt hätte, nicht hineingewachsen wäre in das, was meine Freunde und ich am meisten befürchten: in die hierarchische Vergewaltigung freier Persönlichkeiten. Vielleicht erheben Sie den Vorwurf, daß ich mit zweierlei Maß messe, wenn ich vom Landesbischof einerseits sage, er sei zu schwer belastet, wenn man ihm zu der geistlichen Leitung und dem Seelsorgeramt auch noch die Kirchenregierung aufbürdet, und auf der anderen Seite dafür eintrete, daß beide Generalsuperintendenten im Landeskirchenamt bleiben und die völlig unmögliche, ich hätte beinahe gesagt fratzenhafte Gestalt des hauptamtlichen geistlichen Rats verschwindet. Es ist im Interesse der Arbeit der Kirchenbehörde, wenn die beiden Generalsuperintendenten Gelegenheit haben, ihre persönlichen und lokalen Erfahrungen unmittelbar in der Behörde zu verwerthen. Aber es ist ein großer Unterschied, ob jeder für seinen Sprengel oder einer für den ganzen Bezirk verantwortlich eintritt.

Daß ich zwar kein unbedingter Anhänger des Altbewährten bin, das brauche ich vor Ihnen nicht zu betonen. Im Gegenteil, ich erkenne Ihren Mut an, die Landeskirche durch die schöpferische Kraft einer Persönlichkeit neu beleben zu wollen. Das ist die Stärke Ihrer Position. Aber es ist nicht der Weg der protestantischen Volkskirche, sich ganz einem Einzelnen unterzuordnen. Im übrigen glaube ich nicht, daß die Frage von so grundsätzlicher Bedeutung ist, daß wir deshalb auseinandergerücken müßten. Ich jedenfalls werde mich auch dem etwaigen Landesbischof in Ehrfurcht beugen ... (a. a. O., S. 152.)

12. Sitzung, 26. 9. 1922, Abg. Matthießen:

„... Um einen Hierarchen brauchen wir uns nicht zu sorgen. Die gedeihen nicht auf unserem Boden ... Darin werden sich die Generalsuperintendenten finden müssen, daß einer von ihnen sich in einer gehobenen Stellung befindet, sei es mit oder ohne Titel. Es muß sich ein Weg finden, um die Schwierigkeiten zu heben. Das ist viel eher möglich als die Konstruktion des geistlichen Rates. Für die vorgeschlagene Ordnung scheint mir das historische Moment in hohem Grade bestimmend zu sein, und zwar ganz anders als für die romantisierende Idee eines einzigen Landesbischofs. Sichern wir uns die zwei Sprengel! Ich kann mich nicht entschließen, so weit aus dem historischen Gleise herauszugehen, daß wir den einzigen Landesbischof annehmen ...“ (a. a. O., S. 153.)

Abg. Dr. Stubbe:

„... Dem ‚gemeinen Mann‘ liegt das Wort ‚Superintendent‘ nicht, ebensowenig der ‚Generalsuperintendent‘. Die Ausdrücke sind nicht volkstümlich, ebensowenig das ‚Kon-

sistorium‘ und der ‚Konsistorialrat‘; ‚Kirchenamt‘ und ‚Kirchenrat‘ werden ihm meines Erachtens lieber sein, und ein ‚Landespropst‘ wird ihm näher treten als der ‚Generalsuperintendent‘. Der Entwurf schlägt für den ersten Geistlichen die Bezeichnung ‚Bischof‘ vor. Ich widerspreche. Bei ‚Bischof‘ denkt man an katholisches Wesen oder an die trübste Zeit des Vaterlandes, wo Dänemarks Hand sich schwer auf uns legte und uns einen ‚Bischof‘ vortsetzte. Der ‚Landespropst‘ würde kein Fremdling sein; ich habe von D. Michelsen gelernt, daß wir bereits einen ‚Generalpropsten‘ (den älteren Fabricius) besessen haben: den ‚General‘ wollen wir uns schenken, dafür aber den ‚Landespropsten‘ behalten. Auch Freunde der Bischofsidee haben ausgeführt, daß, wenn man bei dem Bischofstitel einen romantischen oder hierarchischen Beigeschmack fürchte, man lieber bescheiden dafür ‚Landespropst‘ sagen solle. — Ich möchte keinen einheitlichen Landesbischof haben, sondern zwei ‚Landespropste‘. Die Zweiheit liegt in der schleswig-holsteinischen Geschichte begründet, und in der Gegenwart fühlen wir noch stärker als zuvor, daß der Generalsuperintendent für Schleswig neben seiner außerordentlich wichtigen kirchlichen auch eine nationale Bedeutung hat ... Die ‚Glaubenskirche‘ kann sich bei jeder Verwaltung durchsetzen. Sie ist davon unabhängig, ob ein Landespropst oder ein Laie an der Spitze steht ...“ (a. a. O., S. 153 f.)

Bevollmächtigter D. Dr. Müller:

„... Die Titelfrage ist nichts Wesentliches. Ich teile nicht die Befürchtung einer hierarchischen Entwicklung, wenn der Titel Bischof eingeführt wird. Vielleicht ließe sich die Entscheidung der Titelfrage auf ein späteres Kirchengesetz verweisen, wie das in Altpreußen geschehen ist ...“ (a. a. O., S. 155.)

Abg. Schwartz:

„... Was ist denn in unserem lieben Schleswig-Holsteiner Land das Ausschlaggebende? Vor allem der Gedanke des ‚Up ewig ungedeelt‘. Der schleswig-holsteinische Gedanke ist es also, der allein dem dänischen die Wage hält! Schleswig-Holstein ist eine Einheit auf allen Gebieten! Es gibt nur ein schleswig-holsteinisches Konsistorium, Oberlandesgericht, eine Regierung, eine Provinzialverwaltung, nirgends etwas Schleswigsches oder etwas für sich bestehendes Holsteinisches. In dieser Richtung liegt auch der Wunsch nach einem schleswig-holsteinischen Bischof! Nicht das kleine Schleswig allein kann uns retten, sondern daß wir uns dem Dänentum als ein Ganzes entgegenwerfen. Wäre Schleswig so wichtig gewesen, dann hätte Theodor Kaftan nicht von seinem Bischofssitz fortgehen und nach Kiel gehen dürfen. Darum ist die Erhaltung der schleswigschen Generalsuperintendentur an sich kein allein ausschlaggebender Faktor für die vorliegende Frage ... Ich möchte Sie bitten, der Größe des Bischofsgedankens Raum zu geben und zu überlegen, ob nicht doch ein Segen darin für unsere Landeskirche enthalten ist ...“ (a. a. O., S. 155 f.)

Abg. Hansen-Altona:

„... Sieht man bei unserer Forderung das Bistum Schleswig gefährdet, nun, dann ist es ja sehr wohl möglich, zwischen dem neuen Landesbischof und Schleswig eine nähere Verbindung herzustellen; wie der künftige hannoversche Landesbischof mit Kloster Loccum besonders verbunden sein wird, so könnte ihm der Schleswiger Dom besonders zugewiesen werden. Soviel ist jedenfalls gewiß, daß wir, deren Wiege zum großen Teil nördlich der Eider stand, die nationale Not unserer schleswig-holsteinischen Heimat nicht minder heiß empfinden als die, welche in der Bischofsfrage andere Wege gehen ... Zur Titelfrage möchte ich nur dieses bemerken. Man scheide durchaus zwischen Namen und Sache. Ein Dreifaches scheint mir aber doch zum Titel ‚Bischof‘ sehr beachtlich: 1. ist die deutsche die einzige lutherische Kirche, die keine Bischöfe hat, 2. hat eine so ganz und gar nicht hochkirchliche Gemeinschaft wie die Brüdergemeinde ohne Bedenken diese Amtsbezeichnung übernommen, 3. hat gewiß D. Kaftan recht, wenn er meint, daß ‚in keinem Teile Deutschlands diesem Titel weniger entgegensteht als eben in Schleswig-Holstein‘. — Ich stehe am Ende meiner Ausführungen. Was ist der tiefste Grund unserer Forderungen? Der ungeheure Ernst der Lage, in der wir uns gegenwärtig befinden. Als Pastor der Großstadt empfinde ich ihn besonders. Aber, meine sehr verehrten Herren vom Lande, diese Not der Kirche hat jetzt ja

auch Ihre Gemeinden erreicht. Da gilt es alle Kräfte zusammenzufassen — Konzentration. Ein Auge, das alles übersieht, eine Hand, die in allem leitet, tut uns bitter not. Darum fordern wir den Landesbischof.“ (a. a. O., S. 161 f.)

Abg. v. Rumohr:

„... Gibt es in unserer kleinen Landeskirche nun immer geeignete Leute für den Posten eines Landesbischofs? Das ist vielfach bezweifelt. Ich meine aber, da muß man ohne Bedenken über die Grenzen unserer Landeskirchen hinausgehen. In unseren Schwesterkirchen finden wir sicher immer befähigte Persönlichkeiten. Noch ein Wort zur Titelfrage: Landespropst gefällt mir nicht. Ich bin für Bischof. Es ist darauf hingewiesen, daß der Titel Bischof auch früher nicht populär gewesen ist. Das kam daher, daß man ihn nur aus Dänemark kannte, und er von dort in unser Land importiert worden ist. Das sind Gründe, die jetzt nicht mehr mitsprechen. Ich glaube, der Titel ‚Bischof‘ wird sich bald einbürgern. Darum meine Bitte: nehmen Sie einen Landesbischof. Ich glaube, er wird unserer Kirche zum Segen gereichen.“ (a. a. O., S. 164.)

Abg. Tonnesen:

„Ich spreche von Schleswig-Holstein, und ich spreche als Nordschleswiger. Ich werde nie die heutige Grenze anerkennen, weil sie unter Ausschaltung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes gezogen ist. Und nun höre ich hier, daß durch die Schaffung des einheitlichen bischöflichen Amtes die Landeskirchenversammlung indirekt auf einen starken Protest gegen die jetzige Grenze verzichtet. Es wurde auch gesprochen von der Deutung seitens der Dänen, die diesem Schritt gegeben werden könnte, und die man nicht verhindern könne. Ich bin der Meinung, daß die Dinge ganz anders liegen. Mir sagte vor kurzem ein Historiker der Kopenhagener Universität, daß in Dänemark und auch in Versailles nichts stärker überrascht hätte als das Erwachen des schleswig-holsteinischen Gedankens. Uns aber überraschte es, wie der Gegner verstand, vor der Abstimmung den schleswischen Gedanken für sich auszunutzen, bis ihm auf der zweiten Landesversammlung in Rendsburg der schleswig-holsteinische entgegengestellt wurde. Wir können es jetzt überall verfolgen, daß die Dänen ihre Agitation darauf aufbauen, daß Schleswig ein Sonderrecht habe. Auch sonst im Ausland arbeitet man mit dem Gedanken, Schleswig sei etwas für sich. Ich bin überzeugt, daß wir dem schleswig-holsteinischen Volk keinen größeren Schaden tun können, als daß wir hier von der Besonderheit Schleswigs sprechen. Wir haben vielmehr das Sonderrecht einzuordnen in den übergeordneten Gesichtspunkt des Up ewig ungedeelt. Es gibt kaum etwas, was in der Richtung des Up ewig ungedeelt mehr wirken könnte, als wenn wir unsere schleswig-holsteinische Kirche als Einheit zusammenfassen. Dem könnte man noch hinzufügen, daß auch der Sitz des Landesbischofs nach Schleswig verlegt werden möge. Wenn hier gesagt wird, daß ein Strich gemacht wird durch das Bistum Schleswig, so scheint mir, eher gesagt werden zu müssen, daß vielmehr einer durch Holstein gemacht werde. Holstein muß sich bereit erklären, den Bischof dorthin zu stellen, wo der Dom unseres Landes steht, in Schleswig. Der Landesbischof am ehrwürdigsten Dom unseres Landes — ein wirksames Symbol für unsere Einheit gibt es nicht!“ (a. a. O., S. 164.)

Abg. Meifort:

„... Wir möchten, daß an der Spitze ein Mann steht, der es sich zum Lebensberuf gesetzt hat, das geistliche Amt zu verwalten und der Kirche zu dienen, der die Geschichte der christlichen Kirche und ihrer religiösen Strömungen kennt, der die Praxis des Amtes kennt und die Amtsfragen und Sorgen, die Wissensfragen und Nöte der Geistlichen versteht. Der große Jurist Sohm hat den Satz aufgestellt, daß das Recht nicht in die Kirche hineingehört. Es kann zweifelhaft sein, ob das richtig ist. Das aber ist richtig, daß die Kirche in erster Linie eine religiöse Größe ist. Wir machen Ernst damit: Die Kirche eine religiöse Größe in erster Linie, nicht eine Verwaltungsorganisation, sondern eine Arbeitsgemeinschaft...“ (a. a. O., S. 171.)

13. Sitzung, 27. 9. 1922, Abg. Dr. Löhmann:

„Der Landesbischof als solcher ist abgelehnt worden. Es wird nun empfohlen, jede Bezeichnung der Art zu ver-

meiden. Aber es ist doch einmal ein Unterschied zwischen dem Bischof, der den Vorsitz hat, und dem, der ihn nicht hat. Warum soll das nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend hervorgehoben werden? Dem einen ist doch der Vorsitz der obersten Behörde unserer Kirche auf Lebenszeit übergeben; es ist also ein Unterschied gemacht worden. Tatsächlich bedeutet der eine mehr als der andere. Das muß auch in der Amtsbezeichnung seinen Ausdruck finden. Der ‚Landesbischof‘ ist erst in den Entwurf hineingekommen, als dem einen der Vorsitz gegeben wurde. Es wird notwendig sein, daß man ihn hervorhebt. Es läßt sich außer ‚Kirchenpräsident‘ und ‚Landesbischof‘ kein anderer Titel finden. In der geistlichen Führung sind sie ja gleichbedeutend, aber nicht in der Leitung der Landeskirche; die steht dem einen allein zu und nicht dem andern. Und sie ist etwas ganz Hervorragendes.“ (a. a. O., S. 179.)

Abg. Wagner:

„Ich bitte dringend, von der Wiederaufnahme des Titels ‚Landesbischof‘ abzusehen. Gerade weil wir zwei Bischöfe haben, können wir keinen auszeichnen. Es handelt sich darum, die Reibungsflächen möglichst zu vermeiden. In dem Titel ‚Landesbischof‘ liegt ohne weiteres ein Anspruch, der die geistlichen Interessen des andern Bischofs berührt.“ (a. a. O., S. 179.)

Abg. D. Petersen:

„... Haben wir die beiden Namen ‚Bischof‘ und ‚Landesbischof‘, dann haben wir den einen schon totgeschlagen, und sollte es nun noch dahin kommen, daß der Landesbischof auch noch über seinen Sprengel hinaus in geistlichen Dingen beraten kann, dann erst recht.“ (a. a. O., S. 179.)

Abg. Harrsen:

„Das Kirchenvolk erwartet, daß wir unserer Kirche eine Spitze geben, eine Persönlichkeit an die erste Stelle setzen, zu der wir mit Ehrfurcht aufsehen. Wir wollen keine Kirchenjuristen an der Spitze. Mit der Regelung der Generalsuperintendentenfrage bin ich einverstanden. Wir singen: ‚Teures Land, du Doppelteiche unter einer Krone Dach‘. Hätten wir die eine Superintendentur beseitigt, wäre das dem Absägen des einen Stammes zur Freude der Dänen gleichgekommen. Wenn jetzt aber der eine Bischof zum Landesbischof gemacht werden soll, würde die Gefahr einer Rivalität entstehen können. Die allgemeine Volksauffassung würde jedenfalls annehmen, daß der eine dem andern übergeordnet ist. Ich schlage vor, dem Vorsitzenden der Kirchenregierung den Titel ‚Kirchenpräsident der schleswig-holsteinischen Landeskirche‘ zu geben.“ (a. a. O., S. 179.)

Abg. Baur:

„Ich schließe mich den Ausführungen D. Petersens an. Das Kirchenvolk würde immer meinen, daß der Landesbischof mehr ist als der Bischof. Ich empfehle zu sagen: ‚vorsitzender Bischof‘. Damit ist dann kein Titel gegeben, sondern eine Funktion benannt.“ (a. a. O., S. 179.)

Abg. Harrsen bringt den Antrag ein, den Vorsitzenden der Kirchenregierung Kirchenpräsident zu nennen. Es sind vorgeschlagen als Bezeichnung: Landesbischof, vorsitzender Bischof, Vorsitzender der Kirchenregierung und Kirchenpräsident. (a. a. O., S. 179.)

Die Bezeichnung Landesbischof wird abgelehnt, ebenso (gegen 25 Stimmen) vorsitzender Bischof, ebenso der Vorsitzende der Kirchenregierung (gegen 33 Stimmen) ... Die Bezeichnung Kirchenpräsident wird gegen 19 Stimmen abgelehnt ... (a. a. O., S. 180.)

15. Sitzung, 29. 9. 1922, Abg. Dr. Löhmann (zur Begründung seines Antrages):

„Ich nehme den Antrag der 1. Lesung zu diesem Paragraphen wieder auf. Es besteht in dieser Versammlung das Bestreben, die beiden Bischöfe möglichst auf gleiche Stufe zu stellen. Es ist nun doch mal so, daß derjenige Bischof, der in der Kirchenregierung den Vorsitz führt, sich auch nach außen abhebt. Er ist doch zugleich Repräsentant der Landeskirche, und es besteht das Bedürfnis, diese Stellung durch eine besondere Amtsbezeichnung zu kennzeichnen. Die Bezeichnungen: ‚Vorsitzender Bischof‘ und ‚Vorsitzender der Kirchenregierung‘ halte ich für unmöglich. Für wünschenswert halte ich es, das Wort ‚Bischof‘ beizubehalten, und schlage darum vor, ‚Landesbischof‘ zu sagen, um dadurch auszudrücken, daß er Repräsentant der Landeskirche ist.“ (a. a. O., S. 218.)

„Der Titel Landesbischof gibt nicht wieder, daß der betreffende Bischof Vorsitzender der Kirchenregierung ist.“ (a. a. O., S. 218.)

Abg. Matthießen:

„Ich mache die Mehrheit der Versammlung darauf aufmerksam, daß wir mit Annahme des Antrages Löhmann unsern Beschluß für die zwei Bischöfe sabotieren. Nach meiner Meinung braucht der den Vorsitz führende Bischof keine besondere Amtsbezeichnung. Den Titel Landesbischof lehne ich ab.“ (a. a. O., S. 218.)

Bevollmächtigter Dr. Freiherr v. Heintze:

„Wir haben die Bestimmung: Pastoren sind im Rang alle einander gleich. Die beiden Bischöfe sind es auch. Aber wie wir im Kirchenvorstand einen Vorsitzenden haben, so auch in der Kirchenregierung; das ist eben der vorsitzende Bischof. Kirchenpräsident ist kein schöner Titel.“ (a. a. O., S. 218.)

Abg. Steltzer (zur Begründung seines Antrages):

„Wir Anhänger der einheitlichen geistlichen Spitze sehen in der Vorlage keine befriedigende Lösung. Man muß zweierlei unterscheiden: 1. die Führung der Gesamtkirche und 2. die geistliche Führung. Das zweite ist nicht erreicht, wohl aber das erste. Tatsächlich ist der vorsitzende Bischof mehr als der andere. Das muß noch in der Amtsbezeichnung zum Ausdruck kommen; sonst gibt es ein verkehrtes Bild ...“ (a. a. O., S. 218.)

Abg. Völkel:

„Ich bin gegen Kirchenpräsident. Wir wären bei Annahme des Antrages Steltzer wieder in einem Dilemma; denn dann hätten wir zwei Präsidenten, den des Landeskirchenamts und den der Kirchenregierung.“ (a. a. O., S. 218.)

Abg. Harrsen:

„Für mich ist die Titelfrage eine sehr ernste Frage. Wir müssen der Spitze auch eine Amtsbezeichnung geben. Man wird fragen: Wer ist in Schleswig der erste? Der Bischof von Schleswig. Wer in Holstein? Der Bischof von Holstein. Wer ist nun aber in Schleswig-Holstein der erste? Der Kirchenpräsident. Warum lehnt man das ab? Überall hat man das doch so. Ich habe die Empfindung, als ob die Scheu vor der Bezeichnung lediglich der Rücksicht auf die beiden Bischöfe entstammt. Das darf aber nicht sein. Schmücken Sie unsern Neubau mit einer Krone; ich bin gewiß, sie wird unserer Kirche zur Zierde gereichen.“ (a. a. O., S. 218.)

Bevollmächtigter Dr. Freiherr v. Heintze:

„Immer hörten wir den lauten Ruf nach dem Bischof, und jetzt muten Sie ihm zu, diesen Titel wieder niederzulegen und dafür den Titel Kirchenpräsident anzunehmen.“ (a. a. O., S. 218.)

Abg. Steltzer:

„Ich habe das Gefühl, als ob man sich den Tatsachen verschließt. Es ist garnicht beschlossen, daß beide Bischöfe einander gleichgestellt sind. Tatsächlich ist der eine durch den Vorsitz in der Kirchenregierung hervorgehoben. Ist es nicht natürlich und geboten, daß das auch in der Amtsbezeichnung zum Ausdruck kommt?“ (a. a. O., S. 218.)

Der Antrag Löhmann wird abgelehnt. Der Antrag Steltzer wird abgelehnt. (a. a. O., S. 218.)

16. Sitzung, 30. 9. 1922

Der Präsident stellt fest, daß nunmehr die Verfassung in der Einzelberatung angenommen ist. (a. a. O., S. 222.)

Abg. Schmidt-Ratzburg:

„Nicht aus den von Herrn Abg. Steltzer vorgetragenen Gründen ..., sondern lediglich wegen der die Lauenburgische Kirche (in § 102, 2 und den entsprechenden anderen Paragraphen) bewegenden Frage habe ich, zugleich im Namen meines Freundes, des Herrn Abg. Baumann, zu erklären, daß wir beide uns unserer Stimmen enthalten werden.“

Es erfolgt die Schlußabstimmung. Die Verfassung wird nach der in der Einzelberatung beschlossenen Fassung mit allen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. (a. a. O., S. 223.)

„... In den dem Landtage vorgelegten Grundzügen für die Einverleibung des Herzogtums Lauenburg war die Aufrechterhaltung des Konsistoriums und damit der bisherigen Kirchenverfassung vorgesehen. Allein hiergegen erhoben sich im Landtage selbst schwere Bedenken. Man versprach sich von der Übertragung der Funktionen des bisherigen lauenburgischen Konsistoriums auf das ev.-luth. Konsistorium für die Provinz Schleswig-Holstein nicht nur eine bedeutende finanzielle Entlastung des Landes, sondern auch eine sachgemäßere Bearbeitung der kirchlichen Angelegenheiten und faßte, allerdings nur mit geringer Majorität, einen dahingehenden Beschluß, indem man zugleich in einer Resolution dem Wunsch nach einer angemessenen Vertretung im Kieler Konsistorium Ausdruck gab. In einer weiteren Resolution wurde das Staatsministerium ersucht, baldmöglichst eine andere Kirchenordnung für Lauenburg zu erlassen (Sitzung v. 16. Febr. 1876). Die endgültige Fassung des Einverleibungsgesetzes wurde den Wünschen der Landesregierung insoweit gerecht, als der Wirkungskreis des ev.-luth. Konsistoriums in Kiel nach Maßgabe der Verordnung vom 24. Sept. 1867 auf den Kreis Herzogtum Lauenburg ausgedehnt wurde. Endlich wurde durch Allerhöchsten Erlaß vom 7. Nov. 1877 die Einführung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 4. Nov. 1876 in den ev.-luth. Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg angeordnet und hierdurch das kirchliche Verfassungswerk zum Abschluß gebracht. Durch diese neuere Gesetzgebung ist nicht nur die kirchliche Verfassung der ev.-luth. Kirche des Kreises Herzogtum Lauenburg der Verfassung der schleswig-holsteinischen Landeskirche in wesentlichen Punkten nachgebildet, sondern es hat sogar bis zu einem gewissen Grade eine Eingliederung der lauenburgischen Gemeinden in die ev.-luth. Kirche der Provinz Schleswig-Holstein stattgefunden. Die ev.-luth. Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg bilden nach der Einführungsverordnung ... den Verband einer Kreissynode und sind als solche den Propsteisynoden Schleswig-Holsteins im allgemeinen gleichgestellt, sie sind ferner durch ihre Vertreter mit allen übrigen zu der ev.-luth. Kirche der Provinz Schleswig-Holstein gehörenden Gemeinden in der Gesamtsynode vereinigt ... Ebenso erstreckt sich die Zuständigkeit aller kirchlichen Provinzialbehörden, und zwar sowohl des Konsistoriums als auch der Staatsbehörden, in gleicher Weise auf den Kreis Herzogtum Lauenburg wie auf die übrige Provinz. Dagegen besteht auf dem Gebiet der Kirchenverfassung noch eine wesentliche Abweichung. Die ganze übrige Provinz ist in zwei Generalsuperintendenturen für Schleswig und Holstein eingeteilt und die Inhaber dieser Ämter nehmen eine gewisse Aufsichtsstellung über die Geistlichen ihrer Gebiete einschließlich der Kirchenpropste ein. Wenn nun auch dem Superintendenten des Kreises Lauenburg einerseits alle Rechte und Pflichten eines Propsten beigelegt sind, so ergeben sich doch andererseits schon aus der Tatsache, daß der Superintendent keinem Generalsuperintendenten unterstellt ist, gewisse Besonderheiten, die seine Stellung über die Stellung eines schleswig-holsteinischen Kirchenpropsten hinausheben. Am bedeutsamsten ist es, daß der Superintendent nicht visitiert wird, sondern nur selbst visitiert. Im Kreise Herzogtum Lauenburg gibt es keine Generalvisitation, sondern nur Spezialvisitationen (Näheres enthält die Konsistorialverfügung v. 19. Febr. 1880, abgedruckt bei Chalybaeus 180). In anderen Fällen tritt der Superintendent an die Stelle des Generalsuperintendenten, z. B. bei der Einweihung von Kirchen, bei der Ordination der Geistlichen, bezüglich der Unterstellung der im Kreise Herzogtum Lauenburg geborenen Kandidaten, die außerhalb Schleswig-Holsteins ihren dauernden Aufenthalt nehmen (abgedr. bei Chalybaeus 230), und endlich bezüglich der dem Konsistorium jährlich einzureichenden Kandidatenliste. Ausnahmsweise tritt für Lauenburg an die Stelle eines Generalsuperintendenten das Konsistorium. Auch insofern ist der Superintendent den Generalsuperintendenten von Schleswig und Holstein gleichgestellt, als er als solcher Mitglied der Gesamtsynode ist, und wenn auch der vom lauenburgischen Landtage seinerzeit geäußerte Wunsch, der Superintendent möge ebenso wie die Generalsuperintendenten ständiges Mitglied des Konsistoriums sein, eine förmliche Anerkennung nicht gefunden hat, so hat doch bisher tatsächlich der Superintendent stets dem Konsistorium an-

gehört ... Freilich bestehen nebenher noch in den einzelnen Kirchengemeinden eine ganze Reihe örtlicher Observanzen und Gewohnheiten, die in Geltung geblieben sind, soweit sie mit den bestehenden Gesetzen nicht im Widerspruch stehen oder ausdrücklich aufrechterhalten sind. Jedoch handelt es sich hierbei um keine für Lauenburg spezifische Erscheinung, und ihre Darstellung würde daher über den Rahmen des vorliegenden Werkes hinausgehen."

(v. Heintze: Lauenburgisches Sonderrecht, 1909, S. 258 ff.)

In den Verhandlungen der Verfassungsgebenden Landeskirchenversammlung der evang.-luth. Kirche der Provinz Schleswig-Holstein 1921/22 kam die Sonderstellung Lauenburgs und die Behauptung seiner „Sonderrechte“ innerhalb der neuen Landeskirchenverfassung mehrfach zur Sprache:

Abg. Baumann:

„... Im Namen der Lauenburger spreche ich meinen Dank aus für die von allen Seiten dieses hohen Hauses anerkannten Sonderrechte Lauenburgs, so daß ich mein Schlußwort wohl daraus schließen kann: ‚Up ewig unge-deelt.‘“ (a. a. O., S. 57.)

Abg. Schmidt-Ratzeburg:

„... In Lauenburg hat man das, was man unter einem kleinen ‚Episkopalsystem‘ versteht. Die Hemmungen des Oberhirten an sich kommen hier in einem verhältnismäßig kleinen Bezirk nicht in Betracht. Hier ist wirklich ein ‚Landesbischof‘ der Oberhirte seines Sprengels. Aber auch für Schleswig-Holstein im ganzen bekenne ich mich als Anhänger des Bischofsamtes.“ (a. a. O., S. 57.)

Abg. Schmidt (zur Begründung seines Antrages):

„... Nach unserem Erachten entspricht das Wort ‚Propst‘ bei aller Hochachtung für die Bedeutung, die ein Propst in Schleswig-Holstein hat, den Tatsachen für Lauenburg in keiner Weise. Das Amt des Lauenburgischen Oberhirten deckt sich nicht mit dem Propstenamte. Die Bezeichnung ‚Landespropst‘ würde eine völlige Änderung für Lauenburgs Rechtslage sein ... Es kommt uns auf die Selbständigkeit unseres Oberhirten als Ausgangspunkt an. Ich möchte hier in einer gewissen Weise dem Abg. Tonnesen beipflichten, der geäußert hat, man erlebt die Kirche und die Gemeinde, aber man erlebt nicht die ‚Propstei‘. Wir aber, in Lauenburg, ‚erleben‘ unsere Lauenburgische Kirche als eine geschichtliche, landschaftliche und urchristlich-evangelische Größe, indem wir in unmittelbarer Beziehung zu unserem Oberhirten stehen. Die Landeskirche Schleswig-Holsteins ‚erleben‘ wir nicht. Wollen Sie uns doch verstehen. In Schleswig-Holstein wird das tastend gesucht, was wir im kleinen Radius längst haben. Geschichtlich, landschaftlich und religiös geschlossen stehen wir in Lauenburg da. Und wir haben es in der Verbindung dessen, was in Schleswig-Holstein Propstei heißt. Wir haben es längst! Bitte, lassen Sie es uns und gönnen Sie es uns! Unsere evangelisch-lutherische Frömmigkeit ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, ‚saturiert‘. Die Lauenburgische Kirche mit ihrem unabhängig-selbständigen Träger des geistlichen Oberhirten für Lauenburg ist uns vollständig zureichendes ‚Erlebnis‘. Wir haben gleichzeitig das, was ‚Bischof‘ heißt. Wo jetzt an die grundsätzliche Lösung der ‚Bischofs‘-Frage in Schleswig-Holstein herangegangen wird, haben wir demgemäß das Verlangen, unseren Superintendenten auch dem Namen nach auf die Stufe des unabhängig-selbständigen Trägers des geistlichen Amtes zu stellen. Wenn Schleswig-Holstein das will, dann wollen Sie doch würdigen, daß auch wir mit freudigem Stolz sagen: Wir haben bereits die Sache, auf die es Ihnen jetzt ankommt. Daher lassen Sie uns diesen unseren Führer, der für uns der unabhängig-selbständige Träger des geistlichen Amtes ist, auch ‚Bischof‘ heißen. Es liegt uns dabei keineswegs an der Trennung von Schleswig-Holstein. Was aber Recht ist, das soll Recht bleiben. Wir wollen, Sie und wir, die Kirche jetzt los machen von den Banden, die sie durch die Verbindung mit den Staatsrücksichten gehabt hat. Daher geben Sie uns auch den Namen des Oberhirten, der das unzweideutig bedeutet. Ich stehe nicht an, zu sagen, daß die Bestimmungen des Entwurfs ... derart sind, daß wir kein Wort der Kritik in lauenburgischen Fragen daran üben wollen. Nur das eine fehlt, daß Sie unserm geistlichen Oberhirten nicht den Namen geben wollen, den Sie selber Ihrem Oberhirten geben wollen. Wollen Sie auch

diesen Rest beseitigen, wollen Sie Frieden sein lassen auf dem Boden dieser Verfassung zwischen Schleswig-Holstein alter Gemarkung und Lauenburg, und wollen Sie uns den Namen ‚Bischof‘ für unsern Oberhirten geben, den wir wünschen müssen! Lassen Sie stehen neben dem großen Landesbischof für Schleswig-Holstein den kleinen ‚Bischof für Lauenburg.‘“ (a. a. O., S. 148 ff.)

Berichterstatte Abg. Schwartz:

„In dem Ausdruck ‚Landessuperintendent‘ sollte eine besondere Hervorhebung desselben liegen. Wir wählen ihn in Rücksicht auf die frühere historische Selbständigkeit Lauenburgs. Der Ausdruck ‚Kreissynode‘ ist die alte historische Bezeichnung, bei der es bewenden zu lassen ich bitte.“

Bevollmächtigter Dr. Freiherr v. Heintze:

„Ich stehe noch heute zu den Ausführungen meines ‚Sonderrechts‘. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Lauenburger die Sonderrechte, die sie in die jetzige Zeit hinübergerettet haben, zu wahren bestrebt sind. Ich möchte doch aber auch betonen, daß in den Entwurf die lauenburgischen Interessen mit weitgehendem Entgegenkommen eingestellt sind. Bei der Festsetzung des Namens Landessuperintendent ist man sich darüber klar gewesen, daß es gelten sollte sowohl in dem Falle, daß Schleswig-Holstein den Landesbischof bekommt, wie in dem Falle, daß der Titel Generalsuperintendent bleibt. Es ist als ein Entgegenkommen zu deuten, daß der Entwurf über den Titel Superintendent hinausgeht und den Titel Landessuperintendent einführt. Dadurch sollte die Sonderstellung des Superintendenten von Lauenburg gegenüber der eines Propsten zum Ausdruck gebracht werden.“ (a. a. O., S. 150.)

Abg. Schetelig:

„Die Lauenburgische Kirche hat stets ihr besonderes Leben geführt. Die Kirche ist hier mit der Heimat und die Heimat mit der Kirche eng verbunden. Das einzelne Glied des Kirchenvolkes hat wenig Kenntnis von den kirchenrechtlichen Verhältnissen, die Lauenburg mit Schleswig-Holstein verknüpfen. Das Kirchenvolk fühlt sich einfach unter den Superintendenten gestellt. Die Schwierigkeit für viele Abgeordnete hier, unsere Beweggründe zu würdigen, mag darin liegen, daß Lauenburg ja verhältnismäßig klein ist. Das kann aber nicht entscheidend sein, wenn Sie auf die bei uns bestehende Einheit von Kirche und Heimat achten. Unsere jetzige Regierung hat den von dem Herrn Bevollmächtigten gezeichneten Wünschen des Landes Rechnung getragen hinsichtlich der Titulaturen (Landesbank, Landesgymnasium). Weil unsere Verfassung die höchste Synode Landessynode nennt, haben wir nicht dieselbe Bezeichnung für unsere Synode wählen wollen. Daher schlagen wir Lauenburgische Synode vor. Der Titel Bischof ist nicht nur unser, der Abgeordneten Wunsch, sondern der Wunsch des Landes. Eine kürzlich abgehaltene Predigersynode hat ebenfalls zum Ausdruck gebracht, daß es erwünscht wäre, wenn der Selbständigkeit des lauenburgischen Superintendenten auch durch den Titel Bischof Ausdruck gegeben würde.“ (a. a. O., S. 151.)

Bevollmächtigter D. Dr. Müller:

„In der Allerhöchsten Verordnung vom 7. November 1877 über die Einführung der Kirchengemeinde- und Synodalordnung in Lauenburg ist ausdrücklich bestimmt, daß die evangelisch-lutherischen Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg den Verband einer Kreissynode bilden, und daß weiter die zu der Kreissynode des Kreises Herzogtum Lauenburg gehörigen Gemeinden dem Gesamtsynodalverbande der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche angeschlossen werden. Das muß festgestellt werden, damit es nicht den Anschein hat, als wenn im Verfassungsentwurf eine willkürliche Bezeichnung gewählt und Lauenburg eine neben Schleswig und Holstein ganz selbständig dastehende Schwesterkirche sei. Das Herzogtum Lauenburg ist seit 1877 ein Bestandteil der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche, kirchlich dem Konsistorium in Kiel unterstellt und erhält von dort aus seine Weisungen, soweit nicht Sonderrechte bestehen. Diese sollen vollkommen erhalten bleiben; darüber weiter hinauszugehen, liegt keine Veranlassung vor ...“ (a. a. O., S. 151.)

Abg. Schmidt-Ratzeburg:

„Ich muß gestehen, daß ich in Verlegenheit bin, wie ich mich zu dem, was beide Herren Kirchenbevollmächtigte geäußert haben, verhalten soll. Ich sehe ihre Äuße-

rungen an als den Ausdruck einer Anschauung, aus der wir ja gerade herauskommen wollen. Wir wollen neues Leben schaffen, soweit das nach menschlichem Ermessen möglich ist. Da wollen Sie doch nicht Lauenburgs Verhältnis zu Schleswig-Holstein einengen, ein Verhältnis, das nun hinter uns liegen sollte. Wir sind uns bewußt, daß wir der Kirchenregierung und dem Landeskirchenamt eingeordnet sind und bleiben. Aber wie wir als Hauptfrage für unsere Verfassung und die des neuen kirchlichen Lebens nur die Frage nach dem Führer ansehen können, so ist für uns die Kernfrage die nach dem Führer der Kirche unseres Landes Lauenburg. Ich bitte Sie, nicht irgendwie einen quantitativen Gesichtspunkt hereinzubringen. Wenn für Schleswig-Holstein die staatliche Bezeichnung 'Provinz' gefallen ist, so hat auch der 'Kreis' für Lauenburg zu fallen. 'Sum cuique' — in harmonischem Fortschritt!" (a. a. O., S. 151.)

Abg. Baumann:

"Nachdem wir die Generalsuperintendenten in Bischöfe verwandelt haben, bitte ich, dem Superintendenten für Lauenburg auch diesen Titel zu verleihen. Wir wollen damit nur einen Titel haben und nichts mehr."

Abg. D. Gleiß:

"Ich bitte, den Antrag Baumann abzulehnen. Ich halte es nicht für billig, daß die Sonderrechte Lauenburgs, die seit Jahren immer mit solcher Schonung behandelt sind, nun noch erweitert werden."

Der Antrag Baumann wird abgelehnt. Der § 102 wird angenommen. (a. a. O., S. 216.)

XI. Thüringen

Aus nicht weniger als sieben Landeskirchen wuchs, unter dem Druck der veränderten politischen Verhältnisse, aber auch innerlich vorbereitet, nach dem ersten Weltkrieg eine gesamtevangelische thüringische Kirche zusammen: Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Reuß j. L., Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen (vgl. § 1 der Kirchenverfassung von 1924).

"In den Tagen vom 9.—25. Nov. 1918 legten die 6 noch vorhandenen Thüringer Fürsten (die beiden Reuß und die beiden Schwarzburg waren je durch Personalunion vereinigt) die Regierung nieder. Vom landesherrlichen Kirchenregiment war in den Abdankungsurkunden nirgends die Rede. Im Laufe des 19. Jahrhunderts hatte sich immer mehr die Meinung durchgesetzt, daß es nicht ein Anhängsel der staatlichen Gewalt, sondern eine selbständige Machtausübung sei. Es hätte also die Möglichkeit bestanden, daß die Fürsten auch nach der Abdankung Träger der Kirchengewalt blieben. Aber daran dachte Niemand. Die Kirchen wären dann als Einrichtungen erschienen, die mit der vergangenen Staatsform untrennbar verbunden waren. Es blieben nur zwei Lösungen: die Kirchengewalt (nicht die Kirchenhoheit) ging entweder sogleich auf kirchliche Organe oder für einen vorübergehenden Zwischenzustand auf die neuen Inhaber der staatlichen Macht über. Der erstere Weg wurde nur in Sachsen-Weimar beschritten. Die Voraussetzungen dafür waren hier insofern günstig, als es längst einen Kirchenrat und eine Synode gab ... In sämtlichen übrigen Kirchengebieten betrachteten sich die neuen Inhaber der staatlichen Gewalt (Staatsrat; Gesamtministerium; Volksbeauftragte) als vorläufige Träger des landeskirchlichen Kirchenregiments. Aber die Verselbständigung der Kirchen wurde von vornherein ins Auge gefaßt ... Die Einzelkirchen beschlossen den Beitritt zur Thüringer evangelischen Kirche sämtlich mit dem Vorbehalt: diese dürfe in vermögensrechtlicher Beziehung erst dann Rechtsnachfolgerin der Einzelkirchen werden, wenn die Auseinandersetzung zwischen Staat und Einzelkirchen einerseits, zwischen diesen und der Gesamtkirche andererseits durchgeführt sei. Als nach langen Mühen 1929 ein Vertrag über die Staatsleistungen mit dem Lande Thüringen zustande gekommen war, sah man diese Bedingungen als erfüllt an. Am 16. November 1929 traten die Vertreter der Einzelkirchen zum letztenmal zusammen und faßten entsprechende Entschlüsse. Damit hatten die Einzelkirchen, jede mit ihrer besonderen Art und Vergangenheit, auch rechtlich und endgültig zu bestehen aufgehört ... Man hatte einen klaren Aufbau geschaffen: Kirchenvorstand und Kirchenvertretung, Kreiskirchentag, Landeskir-

chentag hier; Pfarrer, Oberpfarrer, Landesoberpfarrer mit den Kirchenräten dort. Die dem Volke nicht verständlichen Fremdwörter waren verschwunden. Die Schlichtheit der Amtsbezeichnungen stach wohlthuend ab von der anspruchsvollen Fülle, die anderwärts beliebt wurde. Indem der Landeskirchentag die Mitglieder des Landeskirchenrates wählte und eine Kommission ermächtigte, gemeinsam mit dem Landeskirchenrat den Sitz der Kirchenregierung zu bestimmen (zur Wahl standen Eisenach und Gotha, die Entscheidung fiel für Eisenach), schuf er die Voraussetzungen, daß die Verwaltungsarbeit beginnen konnte. Am 1. Januar 1921 traten die neuen Männer ihr Amt an, aber erst im April konnten sie nach Eisenach übersiedeln und in den neuen Diensträumen die Arbeit aufnehmen ..."

(Herrmann, Rudolf: Thüringische Kirchengeschichte, Bd. II, 1947, S. 598 f.; 605.)

Bericht des Sonderausschusses zur Vorbereitung des Entwurfs einer Verfassung für die Thüringer Evangelische Kirche:

"Nachdem das Verfassungsrecht der Thüringer Evangelischen Kirche zunächst in 10 einzelnen Gesetzgebungsstücken zur Feststellung gebracht war, von denen zwei im Dezember 1919, sieben weitere im Oktober 1920 und das letzte (das Pfarramtsgesetz) im Mai 1921 von der verfassungsgebenden Synode bzw. vom Ersten Thüringer Landeskirchentag beschlossen worden ist, regte sich immer mehr der Wunsch, diese einzelnen Stücke des kirchlichen Verfassungsrechts zu einer einheitlichen Verfassung zusammenzuarbeiten. Maßgebend hierfür war nicht nur der mehr äußere Grund, daß die Thüringer Evangelische Kirche zur Zeit wohl die einzige oder doch nahezu die einzige deutsche Kirche ist, die noch keine endgültige Verfassung hat; vielmehr mußte erkannt werden, daß das stückweise Entstehen des kirchlichen Verfassungsrechts mancherlei Lücken und Mängel, teils sogar Widersprüche zur Folge gehabt hatte, — eine Folge, die bei der Anwendung der Verfassungsgesetze in der kirchlichen Verwaltung praktisch zu Tage trat und zur Abhilfe mahnte. In der gleichen Richtung wirkte der vielfach bestehende Wunsch, den interessierten Gliedern der Kirche, insbesondere den in der Verwaltung der Kirchengemeinden Tätigen, eine Handausgabe des kirchlichen Verfassungsrechts samt zugehörigen Gesetzen mit Erläuterungen baldmöglichst zur Verfügung stellen zu können, — eine Maßnahme, die die vorhergehende Codification des Verfassungsrechts zur Voraussetzung hat. Alle diese Gründe und Erwägungen führten zu dem an Herrn Kirchenrat Dr. Pfeiffer erteilten Auftrag, den Entwurf einer Verfassung der Thüringer Evangelischen Kirche auszuarbeiten ... Der Ausschuß war einmütig der Ansicht, daß um eines guten organisatorischen Ausbaus der Verfassung willen die durch die ursprünglichen 'Verfassungsstücke' gegebene Gliederung der Verfassungsmaterie aufgegeben werden müsse, und daß man deshalb bei den Beratungen nicht diese Verfassungsstücke, sondern deren organische Verarbeitung in Gestalt des Pfeiffer'schen Entwurfs zum Ausgangspunkt und zur Grundlage nehmen müsse. Gegenstand eingehender Erörterungen aber war die Frage, ob man diesem Entwurf in seiner detailliert durchgeführten Form, oder nach der im Vorwort anheimgegebenen Eventualgliederung folgen wollte, d. h. ob man das Pfarramt (und entsprechend auch das Amt des Oberpfarrers und des Landesoberpfarrers) in die für die 'Gemeinde' im weitesten Sinne des Wortes gegebenen Bestimmungen einordnen wollte, — oder ob man in zwei getrennten Hauptteilen neben einander stellen wollte: hier die Gemeinde in ihren drei Organisationsstufen als Kirchengemeinde, Kreiskirchengemeinde und Landeskirchengemeinde, — dort das in ihr geordnete Amt in den entsprechenden Abstufungen. Die Meinungen hierüber waren sowohl im Ausschuß als unter den anwesenden Mitgliedern des Landeskirchenrats geteilt; die überwiegende Meinung ging aber dahin: wenn bisher durch Aufnahme eines besonderen Pfarramtsgesetzes unter die Verfassungsstücke, welche alle Bestimmungen über das geistliche Amt in sich vereinige, der letztere Weg gegangen worden sei, so sei das weniger auf grundsätzliche Erwägungen und Motive, als auf die historische Tatsache der stückweisen Entstehung des thüringischen Kirchenverfassungswerks zurückzuführen. Es werde also nichts preisgegeben von den grundsätzlichen Gedanken des bisherigen Verfassungswerks, wenn man jetzt den ersten Weg beschreife,

der den Vorzug der klareren formalen Gliederung der Verfassungsbestimmungen für sich habe und überdies in sämtlichen anderen deutschen Kirchenverfassungen eingeschlagen sei. Der Ausschuß beschloß demnach gegen drei Stimmen, auch in der Gliederung dem durchgeführten Pfeiffer'schen Entwurf zu folgen, der das geistliche Amt in die Gemeinde einordnet. Dem Bedenken, daß die Stellung des Landesoberpfarrers durch diesen Entwurf gegenüber den bisherigen Verfassungsbestimmungen äußerlich gemindert erscheinen könnte, indem die geistlichen Kirchenräte durch § 115 Abs. II und § 116 Abs. II dem Landesoberpfarrer gewissermaßen gleichgestellt würden, ist man dadurch begnügt, daß man in Abänderung des Pfeiffer'schen Entwurfs den Landesoberpfarrer gesondert in zwei Paragraphen (§ 111 und 112 des definitiven Entwurfs) behandelt und die geistlichen Kirchenräte betreffenden Bestimmungen der §§ 115 Abs. II und 116 Abs. II in einem besonderen Paragraphen zusammengefaßt hat (§ 113) ..."

(Anlage 5, in: „5. Tagung des Ersten Thüringer Landeskirchentages vom 30. September bis 9. Oktober 1924, Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei Eisenach, H. Kahle AG., 1925, S. 316 ff.)

XII. Württemberg

In Württemberg hat das Verfassungswerk, wenn man überhaupt von einem „Neubau“ sprechen kann, einen schnellen Abschluß gefunden, vgl. Wurster, Paul: Das kirchliche Leben der evang. Landeskirche in Wttbg., 1919, S. 33 ff.; Hermelink, Geschichte der evang. Kirche in Wttbg. von der Reformation bis zur Gegenwart, 1949, S. 462 ff. Die evang. Kirchenregierung bestand hier (seit 1898) aus zwei, der evang. Kirche angehörenden Staatsministern oder Chefs der Verwaltungsdepartements, dem Präsidenten des Konsistoriums, dem Präsidenten der Landessynode und einem Generalsuperintendenten (Wurster, a. a. O., S. 37). Auch nach dem Einfall des landesherrlichen Summepiskopats war eine solche Kirchenregierung als handlungsfähiges Organ vorhanden.

Der Evangelischen Landeskirchenversammlung, die am 14. Oktober 1919 in Stuttgart zusammentrat und aus 82 Mitgliedern bestand — Hermelink, a. a. O., S. 462, berichtet: 42 Abgeordnete aus Gemeinschaftskreisen, 27 zur Mitte, 14 zur Linken gehörig —, lag ein Kirchenverfassungsgesetz im Entwurf vor, vgl. Verhandlungen der Evang. Landeskirchenversammlung..., Beilagenband, Stuttgart 1919—1924, S. 8 ff. In der Begründung dieses Entwurfs — a. a. O., S. 17 ff. — finden sich folgende Ausführungen:

„Zur Zeit ist Trägerin der Kirchenregimentsrechte die Evang. Kirchenregierung, deren Mitglieder teils von dem früheren Inhaber des Kirchenregiments, teils von der Landessynode, teils von einem aus synodalen und konsistorialen Elementen zusammengesetzten Wahlkollegium ernannt sind ...“ (a. a. O., S. 19.)

„Es wird sich ergeben, daß der konstitutionell-monarchische Grundsatz der bisherigen Kirchenverfassung, wonach im Kirchenregiment die Fülle der Kirchengewalt vereinigt ist und die kirchliche Volksvertretung nur ein die Machtbefugnisse des Kirchenregiments beschränkende Stellung hat, in der künftigen Kirchenverfassung nicht mehr festgehalten werden kann. Zwar wird ... die Kirche auch in Zukunft eines obersten leitenden Organs entsprechend dem bisherigen Kirchenregiment bedürfen, wie auch ein mit den regelmäßigen Verwaltungsaufgaben betrautes Organ entsprechend der bisherigen Oberkirchenbehörde nicht zu entbehren sein wird. Aber diesen Organen gegenüber wird die Synode künftig eine wesentlich gewichtigere Stellung einnehmen, als dies bisher der Fall war ...“ (a. a. O., S. 20.)

„... der Kirchenleitung ist in der Form des Suspensivvetos ein aufschiebendes Einspruchsrecht gegen Gesetzesbeschlüsse einzuräumen, wie ein solches z. B. auch in manchen republikanischen Staaten (Vereinigte Staaten von Nordamerika) besteht ...“ (a. a. O., S. 30.)

„... Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Aufgaben des bisherigen Landesherrn als Landesbischof mehr auf eine Einzelperson zugeschnitten sind und daß die von ihm zu treffenden Entschlüsse bereits in der Oberkirchenbehörde kollegial vorberaten waren und auch in Zukunft vorberaten werden, so daß die Beratung in

einer weiteren Kollegialinstanz nicht unbedingt erforderlich ist ... Sofern man nicht geradezu die in der reformierten Kirche bestehende Abneigung gegen eine Einzelperson an der Spitze der Kirche teilt, wird man sich mehr dafür entscheiden, eine Einzelperson für das oberste Organ ins Auge zu fassen. Dies schlägt auch der vorliegende Entwurf vor, nimmt aber dabei in Aussicht, für gewisse Fälle, namentlich Stellenbesetzung, vorzuschreiben, daß die Einzelperson ihre Entschlüsse zusammen mit 2 von der Synode bestimmten Männern trifft, damit auch nach außen hin eine unparteiische Entscheidung in solchen Fällen in die Erscheinung tritt. Vielfach wird nun der Gedanke vertreten, das Amt der obersten Spitze zu einem evangelischen Bischofsamt umzugestalten. Das ist nicht etwa nur eine Titelfrage, denn welche Amtsbezeichnung dem künftigen obersten Organ beigelegt werden soll, ist für den verfassungsmäßigen Aufbau der Kirche nicht von grundlegender Bedeutung. Der genannte Vorschlag bedeutet auch nicht nur, daß zum obersten Organ im Einzelfall nur ein Geistlicher soll bestellt werden können. Eine solche Bestimmung wird vielmehr nur getroffen werden können, wenn das Amt selbst zu einem geistlichen Amt ausgestaltet wird. Die Frage ist also die, ob das bisherige Amt des Landesbischofs dahin umgestaltet werden soll, daß es ein geistliches Amt wird, so daß der Amtsinhaber nicht nur kirchenregimentliche, sondern auch geistliche Amtsaufgaben wahrzunehmen hätte. Als solche Aufgaben kämen in Betracht gewisse Aufgaben der bisherigen Generalsuperintendenten: die feierliche Vertretung der Landeskirche bei Kircheneinweihungen und anderen kirchlichen Feiern, Amtseinführung der Dekane und Abhaltung von Gottesdiensten in besonderen Fällen, die Förderung des kirchlichen Lebens und der Wirksamkeit der Geistlichen in den Gemeinden. Damit würde aber ein nicht unwesentlicher Teil der Amtsaufgaben der Prälaten (Generalsuperintendenten) herausgenommen und von ihrem Amt bliebe, abgesehen von der Visitationsaufgabe, kaum etwas übrig. Es würde also schon wegen der Schwierigkeit der Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeiten das Gegebene sein, die Prälatenämter aufzuheben. Ob es aber dem Landesbischof möglich wäre, den Aufgaben der bisherigen vier Prälaten auch unter Beiziehung von Hilfskräften voll gerecht zu werden, ist sehr zweifelhaft. Bei einem solchen Besuchsamt dürfte auch Dezentralisation besser und erfolgreicher sein als Zentralisation. Dann darf doch auch nicht verkannt werden, daß in der evangelischen Kirche ein solches oberstes geistliches Amt nicht als solches schon Autorität in geistlichen Angelegenheiten genießen wird. Auch die Richtungsunterschiede in der evangelischen Kirche könnten einem solchen Amt und damit der Kirche überhaupt leicht zum Schaden werden. Weiterhin ist im Auge zu behalten, daß bei dem obersten Organ, so wichtig auch die Aufgabe der Leitung nach der religiösen und kirchlichen Seite hin sein mag, doch stets auch die Voraussetzung zutreffen muß, daß es auch die Aufgaben der Leitung nach der rechtlichen und politischen Seite erfüllen kann. Ob dafür ein Geistlicher oder Nichtgeistlicher in Betracht kommt, wird daher besser der Entscheidung des jeweiligen Wahlkörpers überlassen, der je nach den Zeitverhältnissen und Zeitbedürfnissen und den vorhandenen Persönlichkeiten seine Wahl treffen kann. Gewiß hat es auf evangelischer Seite auch schon Bischofsämter gegeben und noch jetzt haben andere Kirchengebiete, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, das Bischofsamt, nachdem dieses bei Einführung der Reformation dort erhalten geblieben ist. Ob aber bei uns, wo das Bischofsamt mit der Reformation in Abgang gekommen ist, die Wiedereinführung zweckmäßig ist und gerade in gegenwärtiger Zeit sich empfehlen würde, diese Frage wird besser verneint als bejaht werden. Der Entwurf hat davon abgesehen, das Amt zu einem geistlichen Amt umzugestalten und schlägt einen Kirchenpräsidenten, keinen Bischof vor.“ (a. a. O., S. 32 ff.)

In der Synode, ihrem Plenum und den Ausschüssen, hat die Diskussion über die Frage eines kirchenleitenden, oberhirtlichen Amtes eine große Rolle gespielt. Mit schwäbischer Gründlichkeit hat man die Probleme, die der Verfassungsentwurf selbst noch offen gelassen hatte, behandelt. Man stößt häufig auf Vergleiche mit anderen Landeskirchen, auch die Forderung eines gesamtevangelischen Zusammenschlusses in Deutschland, kennzeichnend für das Denken der Württemberger, kommt häufig zur Sprache. Stimmen aus der Diskussion (nach: Verhandlungen der

Evang. Landeskirchenversammlung ..., Stuttgart, 1919, S. 55 ff.):

Prof. Wurster:

„... Ich bin durchaus der Meinung, für dieses Amt des Landesbischofs sollte nur ein Theologe in Betracht kommen. Was wir wünschen, nach was wir hungern, die geistige Führung, das kann uns doch auf diesem Gebiet ein Kollegium nicht bringen, das Kollegium kann nicht die Initiative ergreifen, es kann verwalten, es kann regieren, es kann reglementieren, und darin kann leicht zu viel geschehen, aber es kann nicht so leicht die Führung übernehmen, und wir wünschen, daß starke Impulse von oben her gegeben werden ... Nicht die Kanzlei soll oben stehen, sondern das innere, das geistige Element, und das soll vertreten sein durch den Theologen ... Für mich ist das Ausschlaggebende: wenn Sie ... den Vorsitzenden des Landeskirchenrats zugleich zum Landeskirchenpräsidenten machen, mit der Fülle von Gewalt, die ihm im Entwurf zugeschrieben wird, so bedeutet das, ich spreche das ganz offen aus, eine ganz erhebliche Steigerung der Konsistorialgewalt ... Der Landeskirchenpräsident der Zukunft, der je nach dem Entwurf auf Lebenszeit gewählt würde, hätte die ganze kirchliche Gewalt in der Hand mit der einzigen Ausnahme, daß als Gesetzgebungsorgan die Landessynode ihr eigenes Recht hätte. Vor dieser Konstruktion möchte ich aus ehrlicher Liebe zu unserer Kirche warnen ...“ (a. a. O., S. 55 ff.)

v. Mayer I:

„Ich gebe der Vorlage recht, wenn sie an eine besondere Spitze in der Kirche denkt, und ich stehe auch auf dem Standpunkt, daß es richtiger ist, von einem Bischof abzusehen ... Ich glaube allerdings, daß in unserem evangelischen württembergischen Volk der Name und das Amt eines Bischofs etwas Fremdes, etwas Katholisches ist. Anders scheint es mir in Norddeutschland zu sein. Ich habe auf dem Dresdener Kirchentag die Wahrnehmung gemacht, daß die Herren in Norddeutschland eine große Neigung und Vorliebe zu dem Bischofsamt haben. Aber sie haben es nicht in dem Sinn, daß der Bischof die Spitze der Kirche und der Kirchenregierung sein solle, sondern sie haben es in dem Sinn, daß sie ein geistliches Amt schaffen wollen, welches neben das Konsistorium tritt. Ich habe die Empfindung, daß die Vorliebe unserer norddeutschen Brüder ... auch darauf zurückzuführen ist, daß die norddeutschen Konsistorien vielleicht ein zu stark formalistisch-juristisches Element in sich haben, was bei uns, glaube ich, nicht der Fall ist ... Es entspricht unseren württembergischen Verhältnissen besser, wenn wir uns nicht darauf festlegen, daß der Kirchenpräsident ein Theologe sein muß ... Ich komme zu dem Ergebnis: Ja, ein Kirchenpräsident an der Spitze, ein Kirchenpräsident, der gewillt und in der Lage ist, die Geschäfte des Konsistoriums zu führen, ihnen vorzustehen, sie zu leiten, aber in entscheidenden Fragen ein Kirchenpräsidium, dessen Vorsitzender der Kirchenpräsident ist und das zusammengesetzt ist aus Mitgliedern des Synodalausschusses und aus Mitgliedern des Konsistoriums, so daß auch der Synodalausschuß hier zu seinem vollen Rechte kommen kann ... Einen Bischof brauchen wir in diesem Kollegium nicht. Wenn wir einen brauchen, so wollen wir ihn in dem Sinne haben, wie wir ihn bisher in unseren Prälaten, unseren Generalsuperintendenten gehabt haben, deren Amt wohl etwas auszubauen sein wird, und wo wir auch die Frage erörtern können: Brauchen wir 4 oder genügen vielleicht nur 2? Denn gerade diesen Prälaten kommt doch auch in bedeutungsvoller Weise der Verkehr mit den Geistlichen in dem Sinne zu, daß sie eine Art seelsorgerlicher Tätigkeit ausüben haben, und dazu eignen sich meines Erachtens mehr Personen, welche nicht an der Spitze stehen, welche nicht eine so entscheidende Macht haben, sondern mehr mittlere Beamte, wenn ich so sagen darf, denen man gern ein volles Vertrauen entgegenbringt und denen man sein Herz leichter öffnet als den allerhöchsten Herrschaften ...“ (a. a. O., S. 71 ff.)

Lic. Hummel:

„... Nur eine Persönlichkeit zieht so recht, nur Eine findet so recht Anklang, nur Eine hat die richtige Verantwortung so ganz durchschlagend, und nur Eine hat die Wirkung, die wir brauchen. Das Kollegiale haben wir ja ohnedies in den anderen. Ob ‚Bischof‘? In Preußen haben die Pfarrvereine in ihrer Versammlung ja den Bischofstitel gewünscht. Wenn nahezu oder eigentlich alle deutschen Landeskirchen den Bischofstitel haben würden, wenn

eine Stimmung dafür würde, dann wäre es etwas anderes. Aber so weit ist es doch noch nicht. Dann würden wir es uns doch überlegen müssen ..., ob wir nicht den ‚Bischof‘ annehmen; aber es ist noch nicht auf diesem Wege und wird vielleicht auch nicht dahin kommen ... Es ist uns ja nicht so, wie John Wesley 1788 sagte, daß ihn schauderte, so viel Vollmacht in die Hände eines Mannes zu legen. So denken wir nicht gerade, aber wir denken praktisch, und denken an alles, was jetzt gerade in unserer realen Zeit in der Verantwortung und im Amt eines solchen Mannes beschlossen ist. Es ließe sich ja überlegen die Scheidung des Geistlichen ‚vom obersten Kirchenamt‘, wenn wir es wirklich ganz scheiden könnten; aber es geht nach meiner Ansicht auch nicht unbedingt. Darum soll es so bleiben, ist meine Meinung, wie in dem Entwurf hier vorgeschlagen ist ... (a. a. O., S. 111.)

Dr. Hahn:

„Der Kirchenpräsident ... wird mit einer Fülle von Macht ausgestattet, die uns an das katholische Kirchenrecht erinnert. Er erhält eine monarchische, fast autokratische Stellung, weil er nach der Begründung ‚ein stetiges Gegengewicht gegenüber den wechselnden Elementen der kirchlichen Volksvertretung‘ darstellen soll ... Ich glaube, daß die Stellung des Kirchenpräsidenten, wenn Sie einen rein weltlichen Kirchenpräsidenten schaffen, von Grund aus geändert werden muß und daß das Recht der Synode nicht mehr als unbedingt notwendig zu beschneiden ist. Wir müssen Glauben und Vertrauen zum Kirchenvolk haben und keine Angst ... Nach meiner Ansicht muß die neue Kirchenverfassung so gestaltet werden, daß eine wahre und wirkliche Volksvertretung entsteht ... (a. a. O., S. 117 f.)

Dr. Egelhaaf:

„... Wollen wir eine einheitliche Spitze, wollen wir eine kollegiale Spitze haben? Ich glaube, daß diejenigen, die für die möglichste Souveränität der Landeskirchenversammlung sind, wahrscheinlich gut tun werden, wenn sie sich für die kollegiale Spitze aussprechen. Denn eine kollegiale Spitze ist, glaube ich, niemals so kraftvoll, so zielbewußt, so standhaft, als es eine einheitliche, in einer Person verkörperte Spitze sein wird. Wem daran liegt, diese Spitze kraftvoll zu gestalten, der entscheidet sich für die persönliche Lösung. Ich gestehe, daß ich dieser Lösung selber mich zuneige ...“ (a. a. O., S. 130 f.)

Oberkonsistorialrat Dr. Müller:

„... Ich verstehe durchaus die Beweggründe, die zu dem Vorschlag führen, an die oberste Spitze einen Bischof zu stellen, aber ich glaube, man muß sich streng darüber Rechenschaft geben, wie diese Regelung im einzelnen wirkt. Zunächst muß man klar vor Augen haben, daß wir in der evangelischen Kirche Württembergs schon bisher Bischofsämter gehabt haben; wir haben nur mehrere Bischöfe gehabt und nicht einen Bischof. Also die Änderung in der Beziehung gegenüber bisher wäre die, daß das Land in einen Bischofssprengel eingeteilt sein würde und nicht wie bisher in vier Bischofssprengel ... Ich möchte auch bezweifeln, ob das organisatorisch richtig wäre, wenn wir einfach an Stelle des Kirchenpräsidenten, wie er im Entwurf vorgesehen ist, den Landesbischof setzen würden. Man darf sich nur vergegenwärtigen, was die Aufgaben dieser Spitze sind. Es sind allerdings in weitem Maße auch Aufgaben, die die geistliche Leitung der Kirche betreffen, aber in ebenso weitem Maße sind es Aufgaben, die die mehr äußeren Angelegenheiten, die rechtlichen, finanziellen und politischen Angelegenheiten der Kirche betreffen. Ich erinnere nur an die Aufgabe der Vertretung der Kirche nach außen dem Staat gegenüber, gegenüber anderen Religionsgemeinschaften usw. Das sind Aufgaben der geistlichen Leitung der Kirche. So käme man also zu einer Scheidung, daß einerseits ein Landesbischof aufgestellt würde, der die Befugnis hätte zur Leitung in den geistlichen Angelegenheiten der Kirche, und man kommt andererseits zu einem Organ, das die Leitung der Kirche hätte in den mehr äußeren Angelegenheiten. Ob aber das eine wirklich befriedigende, zweckmäßige Regelung ist, das möchte ich den Herren selbst zur Erwägung geben ... Nicht die Verfassung schafft die führenden Männer, sondern die Aufgabe der Verfassung ist nur: die äußeren Ordnungen zu treffen, um die Bahn frei zu machen, daß solche führenden Männer an die richtige Stelle kommen. Ich glaube, diese Möglichkeit bietet der Entwurf. Es ist die Möglich-

keit gegeben, daß eine wirklich führende Persönlichkeit in geistlichen Angelegenheiten wirklich an den richtigen Platz kommt, wobei immer noch dahingestellt bleiben kann, ob sie an die Stelle des Bischofs im bisherigen evangelischen Sinne, an die Stelle des Generalsuperintendenten oder an die Stelle der obersten Spitze treten soll. Aber ich möchte nochmals betonen, das sind Fragen, die nicht in der Verfassung gelöst werden können, sondern die später zu lösen sind ... (a. a. O., S. 136 ff.)

Fischer:

„... An der Spitze der württembergischen Kirche steht nach dem württembergischen Entwurf ein Präsident. Sonderbar ist es, daß es keine Theologen geben soll, die so ein kleines Kirchlein zu leiten vermögen, wie es unsere evangelische Kirche in Württemberg ist. Der Ruf nach einem Bischof ist nicht so selten, allerdings nicht in Süddeutschland, wohl aber in Norddeutschland, besonders in Hannover. Dann soll die Wahl des Bischofs oder Präsidenten auf Lebensdauer gelten. Eine 10jährige Amtsdauer wäre doch gewiß auch eine angemessene Zeit. Überall wird die lebenslängliche Amtsdauer abgeschafft, hier wird sie neu verankert ... (a. a. O., S. 145.)

Hartenstein:

„... Die wichtige Frage, ob wir in der künftigen Verfassung einen Bischof oder ein Kollegium haben sollen, hat uns alle beschäftigt und beschäftigt uns noch lange. Ich gestehe offen, die gestern von meinem verehrten Nebensitzer, dem Herrn Abg. Wurster, gemachte glänzende Vorführung des Bischofs hat gewiß manchen bestochen, aber trotzdem bin ich nach wie vor mehr Anhänger des Kollegialsystems mit einem Präsidenten mit zwei oder drei, was mir noch lieber wäre, mit vier Herren, zur Rechten und zur Linken ...“ (a. a. O., S. 146 f.)

Dr. Hoffmann:

„... Wenn wir auf den Bischof hinauskommen, sollten wir weniger das Vorbild der nordischen Bischöfe ins Auge fassen, die im Grunde eben nichts anderes sind als Generalsuperintendenten, wenn auch da und dort noch ein Erzbischof vorkommt. Als Vorbild diene vielmehr der Siebenbürger Bischof ... Die Stellung des Siebenbürger Bischofs hat wirklich etwas Ideales ...“ (a. a. O., S. 154 f.)

In der zweiten Sitzungsperiode, Mai 1920, kam dann der „Bericht des Ausschusses für kirchenrechtliche Gegenstände über den Entwurf eines kirchlichen Gesetzes, betr. die Verfassung der evangelischen Landeskirche in Württemberg“ zur Behandlung, vgl. „Verhandlungen ...“, Stuttgart 1919/1924, Beilagenband, S. 114 ff. Aus dem Bericht:

v. Mayer I:

„... Der Ausschuß ist dahin gekommen, Ihnen vorzuschlagen, eine Einzelperson, die nicht notwendig ein Geistlicher sein soll, also eine kirchliche Spitze einzusetzen und ihm zur Seite ein Kollegium zu stellen, das als selbstständiges Organ gedacht ist, in dem insbesondere dem synodalen Element der ihm gebührende Einfluß gesichert werden soll ... Der Einzelperson soll die oberste Leitung zukommen, das heißt nicht, daß sie die oberste Herrschaft in der Kirche haben soll; diese steht nach dem Entwurf dem Landeskirchentag, der Vertretung der Kirchenvolksgenossen, zu, sondern sie soll die Kirchengeschäfte leiten und führen ... Die äußere Stellung des Kirchenpräsidenten ist vielfach beschränkt. Auf der einen Seite steht der Landeskirchentag, auf der anderen der Landeskirchenrat. Wichtige Aufgaben sollen dem Kollegium des § 32, dem Landeskirchenausschuß, dem Dreierat, übertragen werden. Die äußere Stellung des Kirchenpräsidenten ist also von vornherein nicht zu überschätzen. Er soll und darf kein Souverän sein, aber er soll in der Lage sein, eine führende und leitende Stellung einzunehmen ... Soll dieser Kirchenpräsident ein Theologe, ein Geistlicher sein? Wir verneinen es, das verfassungsrechtlich festzulegen. Was die sogenannte Bischofsfrage betrifft, so möchte ich zunächst darauf hinweisen, daß in Norddeutschland eine weitgehende Bewegung zugunsten eines solchen Bischofs besteht. Wenn wir näher hinsehen, so ist das, was in Norddeutschland Bischof genannt wird, nicht das, was wir Kirchenpräsident heißen, sondern es nähert sich vielmehr der Aufgabe unserer Prälaten. Die eigentliche, technische, juristische Kirchenleitung wird in Norddeutschland ganz dem Kollegium, dem Konsistorium überlassen ... Die Prälaten sind es, die bestimmt sind, den Verkehr mit dem Kirchenvolk, mit den Kirchgemeinden und den Geistlichen in

die Hand zu nehmen. Ihre Aufgabe müssen wir in der Weise festsetzen, daß sie von den Geschäften der Visitation oder gar der Rechnungsprüfung befreit werden und daß sie freie Hand bekommen, im direkten Verkehr mit dem Kirchenvolk zu stehen, daß sie dann ihre Erfahrungen, die sie draußen sammeln, am Sitz des Kirchenregiments, dessen Mitglieder sie sein sollen, verwerten können. Um diese Aufgaben wahrzunehmen, dazu reicht die Kraft eines einzelnen überhaupt nicht aus. Wir brauchen unter allen Umständen mehrere Persönlichkeiten. Der Bischof wäre nicht in der Lage, bei der Größe unseres Landes diese Aufgabe wahrzunehmen. Man spricht bei der Bischofsfrage viel von der Seelsorgetätigkeit des Bischofs. Ich glaube, daß das ein unglücklicher Gedanke ist. Man wählt seinen Vorgesetzten nicht zum Seelsorger. Aber ein Vertrauensverhältnis ist möglich und das kann dann eintreten, wenn eine Einzelpersonlichkeit an der Spitze ist, auch wenn diese Person kein Geistlicher ist. Wenn wir uns darauf binden, einen Theologen an die Spitze unserer Kirche zu stellen, so wird häufig die Gefahr eintreten, daß bei der Auswahl dieser Persönlichkeit die Richtungsunterschiede eine Rolle spielen ... Der Kirchenpräsident muß über den Parteien und Richtungen stehen, mag er Bischof heißen oder nicht ... So kommen wir dazu, Ihnen vorzuschlagen, eine Einzelpersonlichkeit an die Spitze der Kirche zu stellen und sich nicht verfassungsmäßig darauf festzulegen, daß es ein Theologe sein muß. Ich wiederhole, es ist wünschenswert, wenn wir eine solche Persönlichkeit aus dem Kreis der Theologen finden und wir werden, wenn das der Fall ist, stets eine solche vorziehen haben ... So kommen wir zu dem Ergebnis, daß der Kirchenpräsident die Leitung der Kirche in dem von mir ausgeführten Sinn haben soll, daß er, wenn er nicht lediglich auf die Prälatenaufgabe zurückgedrängt werden soll, zugleich Vorsitzender des Landeskirchentages sein muß, daß ihm ein selbstständiges Kollegium mit bestimmten Aufgaben zur Seite gestellt werden soll, in dem das synodale Element das Übergewicht hat. Wir hoffen, mit dieser Verteilung der Gewalten und Aufgaben das Richtige getroffen zu haben: die Sicherung der synodalen Grundlage unserer Verfassung, die Selbstständigkeit der Kirchenleitung, kein Übergewicht des konsistorialen Elements, keine Selbstherrlichkeit des Kirchenpräsidenten ... (a. a. O., S. 634 ff.)

Die Abgg. Hoffmann und Welsch beantragen, zu § 31 als 4. Satz hinzuzufügen:

„Der Landeskirchentag kann dem Kirchenpräsidenten den Titel „Bischof“ verleihen.“ (a. a. O., S. 640.)

Nach längerer Aussprache, in deren Verlauf alle Argumente für und gegen den Bischofstitel erscheinen, auch die Abneigung der Oberländer gegen den katholisch klingenden Bischofsnamen, ebenfalls noch mehrfach die Abgrenzung gegen das Prälatenamt, wird § 31 in seiner ursprünglichen Fassung angenommen, vgl. a. a. O., S. 712 ff.

In der Hand des württembergischen Kirchenpräsidenten — seit 1924 D. Joh. Merz — vereinigte sich eine außerordentliche Fülle von kirchlicher und kirchenregimentlicher Gewalt. Der württembergische Kirchenpräsident hat — mit Einschränkung durch das geistliche Amt der Prälaten — die „summa potestas der Kirche“ (Haebler, S. 176). Haebler ist zuzustimmen, wenn er darauf verweist, daß dem württembergischen Kirchenpräsidenten eine Fülle von Regierungs- und Verwaltungsaufgaben zugewiesen ist, während sein bayerischer Kollege weit mehr eine bischöflich-oberhirtliche Stellung einnimmt. Ob dadurch der Popularität seiner Stellung Abbruch getan wird, wie Haebler, S. 176, fürchtet, wage ich zu bezweifeln. Der spätere Fortgang der Verfassungsentwicklung in Württemberg zeigt vielmehr, daß sich auch dort das Amt des Kirchenpräsidenten unter veränderten Verhältnissen zu einer bischöflichen Leitungsaufgabe und oberhirtlichen Stellung ausweiten ließ. D. Wurm, seit 1929 Kirchenpräsident, hat, als ihn der 1931 gewählte Ständige Ausschuß des 2. württembergischen Landeskirchentages am 30. Juni 1933 bat, sein Amt künftig unter dem Titel „Bischof“ zu führen, diesen Antrag nur auf seine Person beschränkt. Erst im Jahre 1948 wurde der Bischofstitel verfassungsrechtlich in der württembergischen Landeskirche eingeführt. Damals wurde dann auch auf das Ordinationsgeheiß des Gewählten Bezug genommen. Damit wird vorausgesetzt, daß es sich um das Amt eines Geistlichen handelt (lt. Mitteilung des Evang. Oberkirchenrats Stuttgart vom 13. 9. 1955; vgl. auch Wurm, Erinnerungen aus meinem Leben, 1953, S. 82 ff.).

B. Verfassungsrechtliche Bestimmungen über das leitende, oberhirtliche Amt in den lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918

Die folgende dokumentarische Aufstellung beschränkt sich im Wortlaut auf besondere Verfassungsbestimmungen; die fernerhin genannten Artikel oder Paragraphen können bei Giese-Hosemann oder bei Schoen eingesehen werden.

I. Bayern r. d. Rhs.

(Verfassung vom 10. 9. 1920)

Art. 27; 34; 35.

Art. 36: I. Der Kirchenpräsident ist befugt, gegen einen Beschluß der Landessynode einen aufschiebenden Einspruch zu erheben mit der Wirkung, daß der Gegenstand vor die nächste Tagung zu erneuter Beschlußfassung verwiesen wird.

II. In der gleichen Angelegenheit kann der Einspruch nicht wiederholt werden.

Art. 37: Der Kirchenpräsident kann die Landessynode auflösen, jedoch nur einmal aus demselben Anlaß. Die Neubildung der Landessynode hat binnen vier Monaten, ihre Einberufung binnen sechs Monaten nach der Auflösung zu erfolgen.

Art. 46: I. An der Spitze der Landeskirche steht der Präsident (Kirchenpräsident); er führt die Bezeichnung: „Präsident der evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern r. d. Rhs.“.

II. Er ist ein Geistlicher.

III. Er hat unbeschadet der Zuständigkeit der Kreiskirchenräte das Recht, in allen Gemeinden oberhirtlich tätig zu sein ...

Art. 47; 48.

II. Braunschweigische evangelisch-lutherische Landeskirche

(Verfassung vom 23. 1. 1922)

§ 2; 7; 45; 49; 52; 54; 57; 61.

III. Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers

(Verfassung vom 20. 12. 1922)

Art. 41: Das Kloster Loccum besteht aus dem Abt und den Konventualen, deren Zahl vier bis sechs betragen soll. Der Abt und sämtliche Konventualen müssen Glieder der Landeskirche, der Abt auch ordinierter Geistlicher der Landeskirche sein. Von den Konventualen muß einer die Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Justizdienste besitzen; die übrigen müssen ordinierte Geistliche sein.

Art. 42: Abt und Konventualen werden vom Konvent (Art. 46) gewählt. Die Wahl unterliegt der Bestätigung durch den Kirchensenat. Wird die Abtstelle durch das Ausscheiden eines Abtes, der zugleich Landesbischof war, erledigt, so darf die Wahl des neuen Abtes nicht vor Ende der nächsten Tagung des Landeskirchentages stattfinden.

Vor der Wahl des Abtes ist dem Kirchensenat eine Wahlliste vorzulegen, aus der er nicht genehme Personen streichen und deren Ergänzung er verlangen kann.

Der Abt hat das Recht, die Gewählten zu ordinieren, sofern sie die Befähigung zum geistlichen Amte in der Landeskirche besitzen.

Art. 94; 95; 97.

Art. 99: Die geistliche Führung in der Landeskirche hat der Landesbischof.

Zum Landesbischof wird vom Landeskirchentage in geheimer Abstimmung ein Geistlicher auf Lebenszeit gewählt ...

Der Landesbischof ist jederzeit zum Rücktritt berechtigt.

Art. 100; 101; 102; 103; 104; 105; 106.

IV. Hansestädte

1) Evangelisch-lutherische Kirche im Hamburgischen Staate

(Verfassung vom 30. 5. 1923)

§ 38: (1) An der Spitze der gesamten Geistlichkeit steht der Senior. Er wird durch die Synode aus der Zahl der Hauptpastoren gewählt. Ihm steht die unmittelbare Dienstaufsicht über die gesamte Geistlichkeit zu und damit das Recht, die Geistlichen vorzuladen oder amtlich aufzusuchen. (2) Gegen Maßnahmen des Seniors ist die Berufung an den Kirchenrat zulässig.

§ 39: Zur Unterstützung des Seniors in seinem Amte sind die übrigen Hauptpastoren berufen. Die Vertretung in der Dienstaufsicht tritt nur auf besondere Bestellung (§ 40) ein. Die Hauptpastoren bilden unter dem Vorsitz des Seniors ein Kollegium.

§ 40; 41; 42; 43; 44; 48; 49; 56; 57.

2) Evangelisch-lutherische Kirche im Lübeckischen Staate

(Verfassung vom 17. 12. 1921)

Art. 40: Sämtliche im Amte stehenden Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche im Lübeckischen Staate bilden das geistliche Ministerium. Den Vorsitz im Ministerium führt der Senior ...

Art. 41: Für die Wahl des Seniors und seines Stellvertreters schlägt das geistliche Ministerium aus sämtlichen Geistlichen der Landeskirche je drei vor. Die Wahl vollzieht der Kirchenrat in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Kirchentages. Der Senior wird auf Lebenszeit, sein Stellvertreter auf sechs Jahre gewählt. Wiederwahl des Stellvertreters ist zulässig.

Art. 42: Das Amt des Seniors wird als Hauptamt verwaltet und ist mit einem Gemeindepfarramt nicht verbunden. Der Senior ist jedoch berechtigt, den Mitgliedern der Landeskirche, die sich auf Grund der Artikel 10 und 11 zu ihm halten, als Seelsorger zu dienen. Als Gemeinde des Seniors ... gilt die Gemeinde, in der ihm seine Dienstwohnung angewiesen ist.

Art. 42 a; 51; 55.

V. Mecklenburg

1) Evangelisch-lutherische Kirche von Mecklenburg-Schwerin

(Verfassung vom 12. 5. 1921)

§ 3.

§ 43: An der Spitze der Landeskirche steht ein oberster Geistlicher, welcher die Amtsbezeichnung „Landesbischof“ führt. Er wird von der Landessynode auf Lebenszeit gewählt ...

§ 44: Der Landesbischof hat als Oberhirte in voller Freiheit vor allem besonders die Aufgaben ...

§ 45.

§ 52: Die erste auf Grund der Verfassung gewählte Landessynode hat einen Landesbischof zu wählen. Die Befugnisse und Aufgaben des Landesbischofs beschränken sich bis zur nächsten Erledigung der Stelle des Oberkirchenratspräsidenten auf sein oberhirtliches Amt (§ 44). Daneben ist der Landesbischof Mitglied des Oberkirchenrats, dessen Vorsitz mit allen aus der bisherigen Organisation sich ergebenden Befugnissen dem Oberkirchenratspräsidenten verbleibt. Auch die übrigen Mitglieder des Oberkirchenrats bleiben im Amte.

2) Evangelisch-lutherische Landeskirche von Mecklenburg-Strelitz

(Verfassung vom 31. 10. 1925)

§ 28; 29.

§ 30: Der Vorsitzende (des Oberkirchenrats) ist ein Theologe. Er führt die Amtsbezeichnung Landesbischof. Er hat kein Pfarramt. In seiner Hand liegt die verantwortliche Leitung der kirchlichen Verwaltung. Ihm stehen die Befugnisse eines Landessuperintendenten zu. Daneben soll er allen Gemeinden des Landes mit der Verkündigung des Evangeliums dienen und in voller Freiheit die Werbung der Seelen und die Abwehr der Feinde übernehmen.

VI. Oldenburg

1) Evangelisch-lutherische Kirche des Landesteils Oldenburg

(Verfassung vom 12. 11. 1920)

§ 6; 89; 100; 101; 103; 112.

2) Evangelisch-lutherische Kirche des Landesteils Lübeck im Freistaat Oldenburg

(Verfassung vom 19. 5. 1921)

§ 4; 22; 23; 38; 45.

VII. Evangelisch-lutherische Kirche in Reuß älterer Linie

(Verfassung vom 28. 2. 1922)

§ 94; 96; 97; 98.

VIII. Evangelisch-lutherische Landeskirche des Freistaats Sachsen

(Verfassung vom 29. 5. 1922)

§ 6: Die geistliche Führung der Landeskirche liegt dem Landesbischof nach Maßgabe dieser Verfassung ob.

§ 27.

§ 28: (1) Der Landesbischof ist der führende Geistliche der Landeskirche und als solcher zur gottesdienstlichen Wortverkündigung im ganzen Lande berechtigt.

(2) Er wird in gemeinsamer Wahlhandlung von der Synode und dem Landeskonsistorium gewählt (§ 29 Abs. 3).

(3) Der Landesbischof führt den Vorsitz im Landeskirchenausschusse und ist Mitglied des Landeskonsistoriums (§ 29 Abs. 2), ohne jedoch in dieser Eigenschaft der Dienstaufsicht des Präsidenten zu unterstehen ...

§ 29: ...

(2) ... Der Landesbischof ist Mitglied des Landeskonsistoriums ... Er ist zur Übernahme eines bestimmten Geschäftskreises oder einzelner Aufträge der Behörde nicht verpflichtet.

(3) Der Präsident und der Landesbischof werden durch die Synode und das Landeskonsistorium, die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Synode oder bei dessen Behinderung unter dem Vorsitz des Präsidenten des Landeskonsistoriums zu einem Wahlkörper zusammentreten, in geheimer Abstimmung ... gewählt ... Die Vorbereitung der Wahl liegt dem Landeskonsistorium unter Mitwirkung des ständigen Synodalausschusses ob ...

§ 31: ...

(4) Sowohl dem Präsidenten des Landeskonsistoriums wie dem Landesbischof steht gegen ihm bedenklich erscheinende Beschlüsse des Landeskonsistoriums ein Widerspruchsrecht zu. Wird der angefochtene Beschluß in einer späteren Sitzung mit Zweidrittelmehrheit wiederholt, so ist dem Beschlusse nachzugehen.

IX. Evangelisch-lutherische Landeskirche von Schaumburg-Lippe

(Kirchengesetz, betreffend das Kirchenregiment vom 28. 11. 1919)

§ 1; 3.

X. Evangelisch-lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins

(Verfassung vom 30. 9. 1922)

§ 101; 102; 137; 138; 139; 140; 141; 143.

§ 124: (1) Die Kirchenregierung besteht aus 1. den beiden Bischöfen ...
(2) Den Vorsitz in der Kirchenregierung führt ein Bischof; er wird von der Landessynode auf Amtszeit gewählt ...

§ 135: (1) Die Bischöfe werden auf Vorschlag der Kirchenregierung von der Landessynode auf Lebenszeit gewählt ... (3) Der Landessuperintendent für Lauenburg wird auf Vorschlag der Kirchenregierung von der Lauenburgischen Synode gewählt.

§ 136: (1) Den Bischöfen liegt die geistliche Leitung der Landeskirche in ihren Sprengeln ob.
(2) Sie sind in der Führung ihres Amtes unbeschadet der nötigen Zusammenarbeit mit der Kirchenregierung und dem Landeskirchenamt und unbeschadet ihrer Rechte und Pflichten innerhalb dieser Organe selbständig.
(3) In grundsätzlichen Fragen haben sie sich zu verständigen und auf eine einheitliche Leitung der Sprengel Bedacht zu nehmen ...

§ 142: (1) Für die evangelisch-lutherischen Gemeinden des Kreises Herzogtum Lauenburg werden die Rechte und Pflichten des Bischofs durch den Landessuperintendenten für Lauenburg wahrgenommen.

(3) Hinsichtlich der Einführung des Landessuperintendenten verbleibt es bei dem Herkommen.

XI. Thüringer evangelische Kirche

(Verfassung vom 10. 10. 1924)

§ 1; 106; 108; 110; 113; 135.

§ 107: Vorsitzender des Landeskirchenrats ist ein vom Landeskirchentag dazu gewähltes hauptamtliches geistliches Mitglied. Er führt die Dienstbezeichnung „Landesoberpfarrer“ und vertritt den Landeskirchenrat nach außen ...

§ 111: Der Landesoberpfarrer ist der erste Pfarrer der Thüringer evangelischen Kirche, der Berater und Freund aller ihrer Pfarrer und deren Vorgesetzter in der Führung der äußeren Geschäfte.

§ 112: Im Rahmen der Geschäftsverteilung hat der Landesoberpfarrer vor allem die Aufgabe:

- a) Anregungen und Richtlinien für die Hebung des religiösen und sittlichen Lebens in der Kirche und Gemeinde zu geben,
- b) die Pfarrer in Amtsführung, Fortbildung und Wandel persönlich zu beraten,
- c) in den Gemeinden bei besonders schwierigen Fällen schlichtend mitzuwirken,
- d) sich vom Zustand des kirchlichen Lebens durch Besuche zu überzeugen,
- e) alle Oberpfarrer der Thüringer evangelischen Kirche zu gemeinsamer Aussprache und Beratung zu versammeln,
- f) an Kirchenvolk oder Einzelgemeinden im Einvernehmen mit dem Landeskirchenrat Ansprachen zu richten,
- g) bei den beiden theologischen Prüfungen den Vorsitz zu führen.

XII. Evangelische Landeskirche in Württemberg

(Verfassung vom 24. 6. 1920)

§ 13: Der Kirchenpräsident ist berechtigt, den Landeskirchentag aufzulösen. In diesem Fall muß bald, spätestens binnen neun Monaten, ein neuer Landeskirchentag einberufen werden.

§ 19: Der Kirchenpräsident und die Mitglieder des Oberkirchenrats sind berechtigt, jeder Sitzung des Landeskirchentags anzuwohnen. Der Kirchenpräsident und seine Bevollmächtigten müssen auf Verlangen bei den Verhandlungen des Kirchentags jederzeit gehört werden.

§ 20; 24; 25.

§ 31: Dem Kirchenpräsidenten kommt die oberste Leitung der Landeskirche zu. Er vertritt die Kirche nach außen ... und nimmt die Aufgaben wahr, die ihm in den kirchlichen Gesetzen übertragen sind. Er vollzieht nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften die Ernennung der Geistlichen und der Beamten der Landeskirche.

§ 32.

§ 34: (1) Der Kirchenpräsident wird von dem Landeskirchentag und dem Oberkirchenrat, die zu diesem Zweck zusammentreten, in geheimem Wahlgang auf Lebensdauer gewählt ...

§ 35: Der Kirchenpräsident kann jederzeit vom Amt zurücktreten. Er muß zurücktreten, wenn der Landeskirchentag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erklärt, daß sein Rücktritt um des Wohls der Landeskirche willen geboten ist. Die Abstimmung hierüber ist geheim. Für den Fall des Rücktritts hat er Anspruch auf Ruhegehalt. Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge werden durch kirchliches Gesetz geregelt.

§ 41.

C. Verfassungsrechtliche Bestimmungen über oberhirtliche Ämter in einzelnen Sprengeln der evangelisch-lutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918 (Mittelinstanzen, General-superintendenten, Prälaten u. a.)

I. Bayern

Art. 54: I Das Gebiet der Landeskirche wird in Kreise eingeteilt. In ihnen üben die Kreisdekane oberhirtliche Tätigkeit aus. In der Regel sollen sie in ihrem Kreise wohnen. Sie sind Oberkirchenräte und haben Sitz und Stimme im Landeskirchenrat als geistliche Mitglieder. Im Benehmen mit den Kreisdekanen wird in der Geschäftsordnung bestimmt, in welchen Fällen sie an der Beratung und Beschlußfassung im Landeskirchenrat beteiligt sind.

II Die selbständige Aufgabe der Kreisdekane ist die Pflege und Prüfung des gesamten inneren Kirchenwesens einschließlich des Religionsunterrichts und die Förderung der freien kirchlichen Liebestätigkeit. Ebenso steht ihnen die Ordination und die Sorge für die Fortbildung der Kandidaten zu, ferner die amtsbrüderliche Beratung und wissenschaftliche Förderung der Geistlichen, die Amtseinsetzung der Dekane und die Vornahme von Weihehandlungen. Zur Schlichtung von Streitigkeiten können sie von Geistlichen und von Gemeinden angerufen werden.

II. Hannover

Art. 90: Die Generalsuperintendenten sind berufen, einen mehrere Aufsichtsbezirke umfassenden Sprengel besonders auf dem Wege des persönlichen Verkehrs zu leiten und zu beaufsichtigen. Den Generalsuperintendenten steht die Sorge für die Fortbildung der Kandidaten zu. Sie haben das Recht, Geistliche zu ordinieren und kirchliche Gebäude einzuweihen, soweit der Landesbischof die Ausübung dieser Amtshandlungen nicht für sich in Anspruch nimmt. Dem Sprengel können Gebiete zugelegt werden, die keinem Aufsichtsbezirke angehören.

Art. 92; 93; 94.

III. Mecklenburg-Strelitz

§ 17: Die Pastoren einer Propstei wählen sich selber aus ihrer Mitte ihren Propst. Den Pastoren der Ratzeburger Dompropstei werden vom Oberkirchenrat 2 Pastoren der Landeskirche zur Wahl gestellt. Im Falle der Ablehnung kann sich der Dompropsteitag mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit für einen anderen Geistlichen der Landeskirche entscheiden. Der Oberkirchenrat ist berechtigt, einmal den Gewählten abzulehnen, der dann für den zweiten Wahlgang nicht mehr in Betracht kommt. Der Oberkirchenrat überträgt dem endgültig Gewählten das Propstamt.

§ 18.

IV. Reuß älterer Linie

§ 59: Der Superintendent wird von dem Kirchentag gewählt. Die Pfarrerschaft ist vor der Wahl über ihre Wünsche zu hören.

§ 60: Der Superintendent ist brüderlicher und väterlicher Freund der Pfarrer. Er hat insonderheit

1. über Lehre und Evangeliumsverkündigung zu wachen;
2. den kirchlichen Religionsunterricht zu beaufsichtigen;
3. die Geistlichen zu ordinieren und einzuführen;
4. die Geistlichen und Kandidaten zu beaufsichtigen und zu beraten;
5. die Kirchenvisitationen abzuhalten;
6. die Führung der pfarramtlichen Akten und der Kirchenbücher zu beaufsichtigen;
7. die amtlichen Versammlungen der Geistlichen zu leiten.

V. Sachsen

§ 34: (1) Die Superintendenzen sind die führenden Geistlichen ihres Bezirks. Als solche sind sie zur gottesdienstlichen Wortverkündigung im ganzen Bezirke berechtigt und zur Pflege und Beaufsichtigung des kirchlichen Lebens sowie zur seelsorgerlichen Beratung der Geistlichen und Kandidaten im Bezirke berufen ...

VI. Thüringen

§ 72: Der Oberpfarrer wird vom Kreiskirchentag gewählt. Die Wähler sollen ihr Augenmerk auf gefestigte Persönlichkeiten von guter theologischer Bildung richten, die durch längere Verwaltung des geistlichen Amtes die nötige Erfahrung gesammelt haben ... Jedesmal nach 6 Jahren findet eine Neuwahl statt, falls es der Kreiskirchentag mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder beschließt oder der erweiterte Landeskirchenrat es verlangt und der Kreiskirchentag mit der gleichen Mehrheit zustimmt. Ablehnung der Wahl oder Amtsniederlegung ist nur aus wichtigen Gründen zulässig, über die der Landeskirchenrat entscheidet ...

§ 82: Der Oberpfarrer ist der Leiter, Vertrauensmann und Berater des Kirchenkreises. Er hat über die kirchliche Ordnung im Kirchenkreis zu wachen und sie zu wahren.

§ 84; 85; 133; 142.

D. Verfassungsbestimmungen über leitende geistliche Ämter (oberhirtlich-bischöfliche Ämter) in außerlutherischen Landeskirchen Deutschlands nach 1918

I. Evangelische Kirche der Altpreußischen Union (1922)

Art. 77; 78; 100; 101; 104; 106; 107; 108.

II. Vereinigte Evangelisch-protestantische Landeskirche Badens (1919)

§ 110; 111.

§ 125: (1) Der Prälat ist der erste Geistliche der Landeskirche.

- (2) Seine Aufgabe besteht vornehmlich darin, Anregungen und Richtlinien für die Hebung des religiösen und sittlichen Lebens in Kirche und Gemeinde zu geben, die Geistlichen in Amtsführung, Fortbildung und Wandel persönlich zu beraten, sowie in Gemeinden bei besonders schwierigen Verhältnissen schlichtend mitzuwirken. Vom Zustand des kirchlichen Lebens überzeugt er sich durch regelmäßige Besuche. An die Gemeinden kann er geistliche Ansprachen (Hirtenbriefe) richten ...

III. Evangelische Landeskirche in Hessen (1922)

§ 115; 116; 117; 118.

- § 119: 1. Der Prälat soll in steter persönlicher Föhlung mit den lebendigen und tötigen Gliedern der Landeskirche auf allen Gebieten der kirchlichen Arbeit, die diese als Ganzes beröhren, föhrend und fördernd tötig sein.
2. Er leitet die Schlußprüfung der Kandidaten der Theologie.
3. Er soll im Einvernehmen mit dem Superintendenten auf geeignete Maßnahmen zur wissenschaftlichen und praktischen Fortbildung der Pfarrer und Pfarramtskandidaten der Landeskirche bedacht sein.
4. Er föhrt den Vorsitz im Kollegium der Superintendenten und vollzieht dessen Beschlüsse.
5. Er ordnet außergewöhnliche allgemeine Gottesdienste für die Landeskirche an.
6. Er erläßt Hirtenbriefe in Angelegenheiten der ganzen Landeskirche ...

IV. Evangelische Landeskirche in Hessen Cassel (1923)

§ 62; 63; 65.

- § 93: (1) Zum Landesoberpfarrer darf nur bestellt werden, wer schon ein Pfarramt innegehabt hat.
- (2) Der Landesoberpfarrer wird auf Lebenszeit vom Landeskirchentag gewählt und von der Kirchenregierung in sein Amt berufen.
- (3) Mit dem Amte des Landesoberpfarrers ist das Amt eines Landespfarrers verbunden. Der zum Landesoberpfarrer Gewählte wird zugleich Landespfarrer in dem Kirchensprengel

seines Amtsvorgängers, wenn er nicht bereits Landespfarrer ist und seinen bisherigen Kirchensprengel behaften will.

§ 95.

§ 96: (1) In der Person des Landesoberpfarrers findet die Einheit der Landeskirche ihren sichtbaren Ausdruck.

- (2) Er föhrt im Namen der Landeskirche das Wort, sofern ihm dies Recht nicht gesetzlich beschränkt ist.

(3) Er soll das christliche Leben in der Landeskirche durch persönliche Einwirkung pflegen und fördern.

(4) Ihm liegt die Verpflichtung der Geistlichen ob.

(5) Er soll die beiden andern Landespfarrer zu regelmäßigen Beratungen einberufen.

§ 97; 98; 99; 107.

V. Evangelische Landeskirche in Nassau (1922)

§ 92; 94.

§ 124: Der Landesbischof ist der erste Geistliche der Landeskirche. Ihm liegt vornehmlich ob, die Kirche so zu leiten, daß sie den von Gott empfangenen Auftrag zur Verwaltung von Wort und Sakrament erfülle. Der Gemeinschaft der im evangelischen Glauben verbundenen Geistlichen und Gemeindeglieder hat er in Seelsorge zu dienen. Er soll dahin wirken, daß sich das geistliche Leben innerhalb der Landeskirche entfalte und soll seiner Vielgestaltigkeit Rechnung tragen.

§ 125; 126.

§ 127: Der Landesbischof hat keinen persönlichen Dienstvorgesetzten. Für die äußere Föhrung seines Amtes wird eine besondere Dienstanweisung durch die Landeskirchenregierung erlassen.

§ 128.

§ 135: (1) Der Landeskirchentag ist berechtigt, den Landesbischof, sowie den Präsidenten und die Mitglieder des Landeskirchenamtes nach Maßgabe der zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften in den Ruhestand zu versetzen. Ebenso ist er verpflichtet, Anträgen der Genannten auf Versetzung in den Ruhestand nach Maßgabe dieser Vorschriften zu entsprechen.

- (2) Mit Vollendung des 68. Lebensjahres ist jedes Mitglied des Landeskirchenamtes einschließlich des Landesbischofs verpflichtet, sein Amt dem Landeskirchentag bei nächster Gelegenheit zur Verfügung zu stellen. Dieser kann ein solches Mitglied um Fortföhrung seines Amtes von einer ordentlichen Tagung zur anderen bitten.

Literatur-Verzeichnis

- Behm, Heinrich: Im Dienste des Herrn. Blätter aus der Arbeit des D. Dr. Heinrich Behm. Schwerin 1930
- Benz, Ernst: Bischofsamt und apostolische Sukzession im deutschen Protestantismus. Stuttgart 1953
- Bergemann, Hans-Georg: Die Entwicklung des Verhältnisses der Evang.-Luth. Kirche zum Staate in Hamburg während des 19. Jahrhunderts (Jurist. Dissertation, maschinenschriftlich, Göttingen 1956)
- Bertram, Alfred: Kirchenhoheit und Kirchengewalt in bezug auf die evang.-luth. Kirche im hamburgischen Staate — in: Hanseat. Rechts-Zeitschrift, 1921, Sp. 170 ff.
- Bredt, Joh. Victor: Neues evang. Kirchenrecht für Preußen, Bd. I—III, Berlin 1921 ff.
- Brunner, Peter: Vom Amt des Bischofs — in: Schriften des Theolog. Konvents Augsburgischen Bekenntnisses, Heft 9, Berlin 1955
- Brunotte, Heinz: Das evang. Bischofsamt in Deutschland, — in: Informationsamt für die Gemeinden in den niederdeutschen luth. Landeskirchen, 5. Jgg., 1956, S. 145 ff.
- Chalybaeus, Heinrich Franz: Sammlung der Vorschriften und Entscheidungen betr. das Schleswig-Holsteinische Kirchenrecht, 2. Aufl., Schleswig 1902
- Deißmann, Adolf: Zur Bischofsfrage (gedruckt für Mitglieder der preußischen Generalsynode, 1925)
- Echternach, Helmut: Bischofsamt und Synode, — in: Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen luth. Landeskirchen, 4. Jgg., 1955, S. 181 ff.
- Fischer, Otto: Der Parlamentarismus in den evang. Landeskirchen Deutschlands (Jurist. Diss. Erlangen 1931)
- Fleisch, Paul: Gedanken zur Kirchenfrage in lutherischem Sinne erwogen, Hannover 1919
- Foellmer, Oskar: Geschichte des Amtes der General-superintendenten in den altpreussischen Provinzen, Gütersloh 1931
- Gauger, Martin: Beziehungen zwischen Bekenntnis und Kirchenregiment (Jurist. Diss. Münster/W., 1935)
- Geil, Heinz: Die verfassungsrechtliche Entwicklung der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in der preussischen Zeit bis zur Gegenwart (Diss. Erlangen 1935)
- Giese, Friedrich und Hosemann, Johs.: Die Verfassungen der Deutschen Evang. Landeskirchen, Bd. 1 und 2, Berlin 1927
- Göbell, Walter: Zum kirchenrechtlichen Problem der Zuordnung von Bischofsamt und kirchlicher Verwaltung — in: Monatsschrift für Pastoraltheologie, 42. Jgg., 1953, S. 133 ff.
- Frh. v. d. Goltz, Eduard: Die Verfassungsurkunde der evang. Kirche der altpreussischen Union, Halle/S., 1925
- Haack, Hans Georg: Die evang. Kirche Deutschlands in der Gegenwart (Ev. Kirchenkunde Deutschlands), Berlin 1929
- Haebler, Hans Otto: Die rechtliche Stellung des Kirchenregiments in den nach der Revolution ergangenen Verfassungen der evang. Landeskirchen Deutschlands (Jurist. Diss. Leipzig 1925)
- Heidkämper, H.: Die schaumburg-lippische Kirche, Bückeburg 1917
- Heidkämper, H.: Schaumburg-Lippische Kirchengeschichte vom dreißigjährigen Kriege bis zur Gegenwart, Bückeburg 1908
- Heidkämper, H.: Die Verfassung der schaumburg-lippischen Landeskirche einst und jetzt — in: Evang. Wahrheit, 1929, Heft 6 und 7
- Frh. v. Heintze, Traugott: Lauenburgisches Sonderrecht, Ratzeburg 1909
Die Verfassung der Evang.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins und die seit ihrem Erlaß ergangenen Kirchengesetze und Ausführungsbestimmungen, Bordes-holm 1928
- Hermelink, Heinrich: Geschichte der evang. Kirche in Württemberg von der Reformation bis zur Gegenwart, Stuttgart und Tübingen 1949
- Herrmann, Rudolf: Thüringische Kirchengeschichte, Bd. II, Weimar 1947
- Holstein, Günther: Die Grundlagen des evang. Kirchenrechts, Tübingen 1928
- Hopf, Friedrich Wilhelm: Lutherische Kirchenordnung — in: Bekenkende Kirche, Heft 29, München 1935
- Jörgensen, Alfred, Wentz, Abdel Ross und Fleisch, Paul: Die Lutherischen Kirchen der Welt in unseren Tagen, Leipzig 1929
- Kaftan, Theodor: Vier Kapitel von der Landeskirche, Schleswig 1903
- Karnatz: Zur neuen evang. Kirchenverfassung in Preußen — in: Preuß. Pfarrarchiv Bd. XIII, 1925, S. 1 ff.
- Kinder, Ernst: Die Synode als kirchenleitendes Organ — in: Schriften des Theolog. Konvents Augsburgischen Bekenntnisses, Heft 9, Berlin 1955
- Knolle, Theodor: Aus Hamburgs Kirche 1529—1929, Hamburg 1929
- Ködderitz, Walter: August Marahrens Pastor pastorum..., Hannover 1952
- Kramm, Hans-H.: Bischof, Pastor und Gemeinde, — in: Luthertum, Heft 13, Berlin 1954
- Krüger-Haye, Georg: Kirchengeschichte von Mecklenburg-Strelitz 1701—1934, Schwerin 1941
- Maurer, Wilhelm: Typen und Formen aus der Geschichte der Synode, — in: Schriften des Theolog. Konvents Augsburgischen Bekenntnisses, Heft 9, Berlin 1955
- Maurer, Wilhelm: Das synodale evang. Bischofsamt seit 1918, — in: Schriften des Theolog. Konvents Augsburgischen Bekenntnisses, Heft 10, Berlin 1955
- Meyer, Johannes: Kirchengeschichte Niedersachsens, Göttingen 1939
- Mulert, Hermann: Bischöfe für das evangelische Deutschland?, Tübingen 1921
- Niedner, Joh.: Die Bildung der Kirchenregierung, Berlin 1919
- Niedner, Joh.: Vom Wesen der Kirchenregierung, Berlin 1919
- Niemöller, Wilhelm: Die evang. Kirche im Dritten Reich, Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld 1956
- Papst, Walter: Thüringer Kirchengeschichte 1933—1945, — in: Theolog. Literaturzeitung, 7. Jgg., 1952, Sp. 761 ff.
- Reicke, Siegfried: Kirchenrecht, Teildruck aus der Einführung in die Rechtsgeschichte, herausg. v. Rud. Reinhardt, 2. Ausgabe, Marburg 1950
- Reincke, Heinrich: Zur Geschichte der hamburgischen Superintendentur, — in: Hamburgische Kirchenzeitung, Jgg. 1932, S. 35 f.
- Schaeffer, C. und Brode, H.: Kirchenrecht, — in: Grundriß des privaten und öffentl. Rechts sowie der Volkswirtschaftslehre, herausg. v. C. Schaeffer, 20. Bd., 1.—5. Aufl., Leipzig 1927
- Schmaltz, Karl: Kirchengeschichte Mecklenburgs, 3. Bd., Berlin 1952
- Schmidt, Kurt Dietr.: Das Alter der niederdeutschen Landeskirchen. Ein Beitrag zur Frage ihrer Neugliederung, — in: Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen luth. Landeskirchen, 5. Jgg., 1956, S. 138 ff.
- Schneider, J.: Kirchliches Jahrbuch für die evang. Landeskirchen Deutschlands, 1919 ff.
- Schoen, Paul: Das neue Verfassungsrecht der evang. Landeskirchen in Preußen, Berlin 1929
- Schoen, Paul: Der deutsche evang. Bischof nach den neuen ev. Kirchenverfassungen, — in: Verwaltungs-archiv, Zeitschr. f. Verwaltungsrecht u. Verwaltungs-gerichtsbarkeit, 30. Bd., 1925, S. 403 ff.

- Schöffel, Simon und Timm, Marianne: Aus der Kirchengeschichte Hamburgs, Sonderdruck aus „Unser Glaube“, Unterrichtswerk für die evang. Unterweisung, Ausgabe C für Hamburg, Göttingen 1954
- Schreiner, Helm.: Vom Recht der Kirche, Gütersloh 1947
- Schrey, Heinz Horst: Die Generation der Entscheidung. Staat und Kirche in Europa und im europäischen Rußland 1918—1953, München 1955
- Schumann, Friedrich K.: Theologische Fragen der Kirchenleitung, — in: Archiv f. ev. Kirchenrecht, NF, 5. Bd., Berlin 1941, S. 129 ff.
- v. Soden, Hans: Die Verfassungen der deutschen evang. Landeskirchen von 1919—1933, — in: Theolog. Rundschau, NF, 5. Jgg., 1933, S. 335 ff.
- Sprenger: Die neue Kirchenverfassung in Schaumburg-Lippe, — in: Evang. Wahrheit, 12. Jgg., Hannover 1920/21, Sp. 312 ff.
- Stephan, Horst und Leube, Hans: Die Neuzeit, — in: Handbuch der Kirchengeschichte, herausg. v. Gustav Krüger, 4. Teil, 2. Auflg., Tübingen 1931
- Stock, Helmuth: Die Stellung der Kirchenregierung im Verfassungsorganismus der evang. Kirche der alt-preuß. Union (Jurist. Diss. Göttingen 1925)
- Studemund, Wilhelm: Die evang. Kirche und das Führerprinzip, Göttingen 1934
- Veller, Karl: Was bedeutet die bischöfliche Verfassung einer evang. Kirche? Im Blick auf Hessen beantwortet, — in: Evangelium und Zukunft, eine Sammlung religiöser Abhandlungen, herausg. v. Karl Veller, 1. Heft, Mainz-Bretzenheim 1921
- Verfassungsurkunde für die Evang. Kirche der alt-preußischen Union vom 29. Sept. 1922, erläutert u. herausgegeben von G. Lüttgert, 2. Auflg. von Frdr. Koch, — in: Handbuch des evang. Kirchenrechts für die Evang. Kirche der alt-preuß. Union, 2. Bd., Berlin 1932
- Wagenmann, Karl: Träger der Kirchengewalt in der evang.-luth. Landeskirche Hannovers, Hannover 1930
- Wolff, Walther: Die Verfassung der Evang. Kirche der Alt-preuß. Union. Eine Einführung, 1925
- Wolgast: Schleswig-Holsteinische Kirchenverfassung in Vergangenheit und Gegenwart, — in: Schriften des Vereins für schleswig-holsteinische Kirchengeschichte, 2. Sonderheft, Kiel 1922
- Wurm, Theophil: Erinnerungen aus meinem Leben, Stuttgart 1953
- Wurster, Paul: Das kirchliche Leben der evang. Landeskirche in Württemberg, — in: Evang. Kirchenkunde, herausg. von Martin Schian, 7. T., Tübingen 1919

Lebenslauf des Verfassers

Tebbe, Walter Friedrich Wilhelm, geboren am 15. September 1913 zu Clausthal/Harz; Schulbesuch in der Heimatstadt, Ostern 1932 Reifeprüfung; Studium an der Theologischen Schule in Bethel, sowie an den Universitäten Tübingen und Göttingen; Frühjahr 1936 Erstes theologisches Examen vor dem Evang.-luth. Landeskirchenamt in Hannover, Vikar in Norden/Ostfriesland, Funnix/Ostfriesland und im Sammelvikariat in Soltau; Herbst 1938 Zweites theologisches Examen in Hannover, 14. Oktober 1938 Ordination; Hilfsgeistlicher an der Dreifaltigkeitskirche in Hannover; zum Wehrdienst eingezogen 1941; Herbst 1942 Pastor in Schnega/Han., Kirchenkreis Lüchow; Sommer 1945 Entlassung aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft; 1. Januar 1950 Schloßprediger in Hannover, zugleich Religionslehrer an höheren Schulen der Stadt Hannover; 1. Oktober 1955 Leiter des Breklumer Seminars für missionarischen und kirchlichen Dienst in Breklum/Schleswig; Herbst 1957 Berufung zum Studiendirektor des evang.-luth. Predigerseminars in Preetz.

